

ARCHITEKTUR DER DDR

6'83

ISSN 0323-3413
Preis 5,- Mark

Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Schriftliche Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin, Abt. Absatz

Im Ausland:
Bestellungen nehmen entgegen:
Für Buchhandlungen:
Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der DDR,
DDR – 7010 Leipzig
Leninstraße 16
Für Endbezieher:
Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw. Zentralantiquariat der DDR
DDR – 7010 Leipzig
Talstraße 29

Redaktion
Zeitschrift „Architektur der DDR"
Träger des Ordens Banner der Arbeit
VEB Verlag für Bauwesen, 1086 Berlin
Französische Straße 13–14
Telefon 2 04 12 67 · 2 04 12 68 · 2 04 12 66 · 2 04 13 14
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Artikelnummer: 5236

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, 1086 Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsdirektor: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon 2 04 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin
(Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung
Druckerei Märkische Volksstimme, 1500 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR
P 3/18/83 bis P 3/33/83

Archit. DDR Berlin 32 (1983), Juni, 6, S. 321–384
ISSN 0323-3413

Im nächsten Heft:

Redaktionsschluß:
Kunstdruckteil: 4. April 1983
Illusdruckteil: 12. April 1983

Titelbild:
Salzwedel. Blick von der Burgstraße zum Altstädter Rathaus
Foto: Hans-Hartmut Schauer, Halle-Neustaadt

Fotonachweis:
Bauinformation/Felz (1); Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Halle (16); Ulrich Schreiber, Babelsberg (3); Gisela Stappenbeck, Berlin (5); Hans Rathmann, Berlin (3); Hochschulfilm- und -bildstelle der TU Dresden/Liebert (7); Ulf Zimmermann, Dresden (3); Gerhard Krenz, Berlin (1); Hubert Scholz, Berlin (11); Steffen Thost, Röhrsdorf (2)

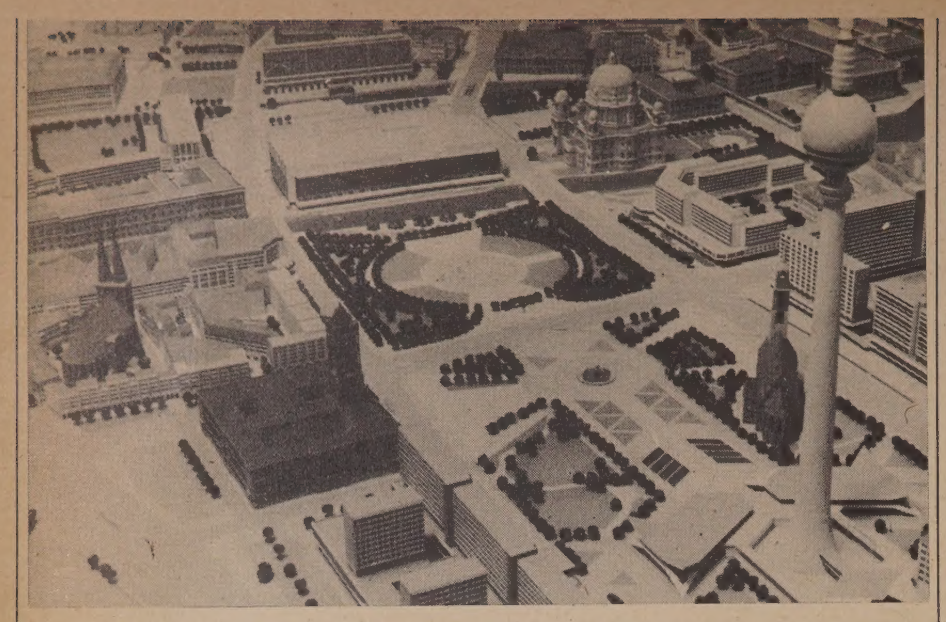


XXXII. JAHRGANG · BERLIN · JUNI 1983

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Bärbel Jaeckel



Modell des Stadtzentrums der Hauptstadt Berlin mit dem Standort des Marx-Engels-Forums an der Spree, das bis 1985 fertiggestellt werden soll

Denkmal für Marx und Engels in Berlin

Im Zentrum Berlins entsteht ein Denkmalensemble für die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, das von einem Kollektiv von bildenden Künstlern, Architekten, Formgestaltern, Kunst- und Gesellschaftswissenschaftlern unter Leitung des Bildhauers Ludwig Engelhardt gestaltet wird. Standort des Marx-Engels-Forums ist der Bereich an der Spree zwischen der Spandauer-, der Rathaus- und der Liebknechtstraße (Bild oben). Das Ensemble umfaßt eine Brozeplastik von Marx und Engels sowie Reliefs und Stelen, auf denen der weltweite Kampf der Arbeiterklasse im Geiste der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus symbolisiert wird.

Mit dem Marx-Engels-Forum, das bis Ende 1985 fertiggestellt werden soll, und dem Aufbau des daran anschließenden Bereichs um die Nikolaikirche wird ein wichtiger Teil des Berliner Stadtzentrums eine einprägsame Gestalt erhalten.

25 000. Wohnung in Leipzig-Grünau

In Leipzig-Grünau, dem zweitgrößten Neubaugebiet der DDR, wurde vor kurzem die 25 000. Wohnung fertiggestellt und an die Bewohner übergeben. Künftig werden im Wohngebiet Leipzig-Grünau 100 000 Menschen wohnen.

Von der städtebaulich-architektonischen Gestaltung bis zur Qualität der Bauausführung wird darauf Wert gelegt, hier angenehme Wohnbedingungen entstehen zu lassen und zugleich die Effektivität des Bauens durch Senkung des Arbeitsaufwandes und des Produktionsverbrauchs weiter zu erhöhen.

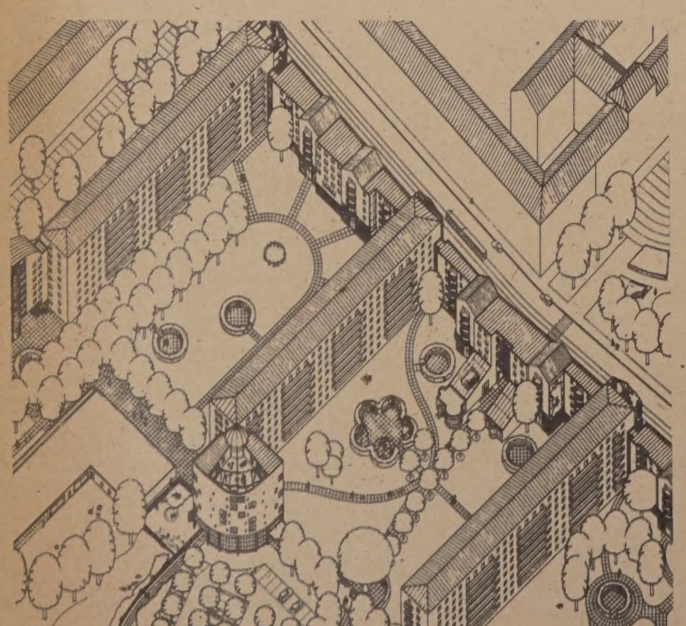
Wettbewerb für Reihenhäuser

Vom Rat des Bezirkes Erfurt wurde in Zusammenarbeit mit der Bauakademie der DDR und dem BdA/DDR ein Ideenwettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für gebietstypische zweigeschossige Reihenhäuser ausgeschrieben. Die Reihenhäuser sollen vielfältigen städtebaulichen Anforderungen gerecht werden und als Einzelsegmente auch für die Schließung von Baulücken in kleineren Städten und Gemeinden Anwendung finden können.

Wohnungsbauwettbewerb abgeschlossen

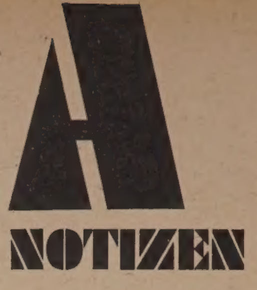
Im März dieses Jahres wurde der gemeinsam von der Bauakademie der DDR, dem BdA/DDR und der KDT ausgeschriebene Architekturwettbewerb „Variable Gebäudelösungen in Plattenbauweise für das innerstädtische Bauen" mit der Entscheidung der Jury und der Auszeichnung der Preisträger abgeschlossen. In dem Wettbewerb wurden zwei 2. Preise an ein gemeinsames Kollektiv der Bauakademie der DDR und des Bezirkes Frankfurt (Oder) und an ein Kollektiv des Bezirkes Magdeburg vergeben. Zwei 3. Preise gewannen Kollektive aus Berlin und Karl-Marx-Stadt. Weitere Arbeiten von Kollektiven aus den Bezirken Erfurt, Schwerin, Cottbus und Leipzig sowie von der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar erhielten Anerkennungen. Die Auszeichnung der Preisträger nahm Dr. Karl Schmiechen, Staatssekretär im Ministerium für Bauwesen, vor.

(In einem der nächsten Hefte werden wir ausführlich über die Autoren und die Ergebnisse des Wettbewerbs berichten.)



Projekt für die Gestaltung eines innerstädtischen Wohngebietes am Brigittaplatz in Wien. Die achtgeschossigen Zeilenbauten stehen schon. Durch eine ergänzende sechsgeschossige Straßenbebauung entstehen große, ruhige, vom Straßenlärm abgeschirmte Wohnhöfe. Der Straßenblock wird durch Läden, die an Arkaden liegen, Gemeinschaftseinrichtungen und Spielplätze ergänzt.

Autor: Prof. Dr. R. Gieselmann



NOTIZEN

Grundsätze werden Realität

Vor gut einem Jahr wurden die „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" beschlossen – ein Anlaß, sich heute die Frage vorzulegen, was sie bewirkt haben. Unverkennbar sind zunächst die geistigen Impulse, die von ihnen ausgingen. Architekturfragen sind seitdem überall stärker in das Blickfeld öffentlichen Interesses getreten. Die Diskussion um grundsätzliche soziale Ziele und gestalterische Wertvorstellungen in unserem Architekturschaffen und damit überhaupt die gesellschaftliche Aktivität des BdA/DDR hat eine spürbare Belebung erfahren.

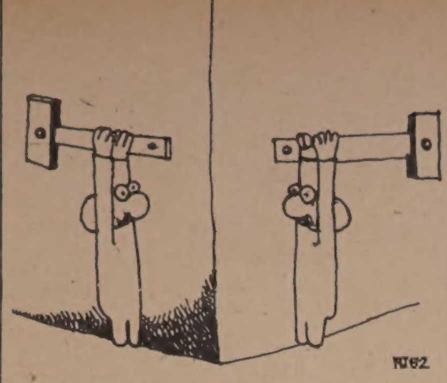
Im Vordergrund stand dabei immer eine konstruktive Position, der Wille, die Grundsätze zur praktischen Tat werden zu lassen. Gesellschaftliche Auftraggeber und Architekten sahen ihre gemeinsame Verantwortung darin, Bewährtes breiter durchzusetzen und neue Wege zu höherer Effektivität und Qualität zu beschreiten. Daß dabei manche scheinbare Tabus überwunden und dort, wo es sich als notwendig erwies, auch eingefahrene Gleise verlassen werden mußten, versteht sich von selbst.

So ist innerhalb eines Jahres in Forschung und Praxis vieles für die Einheit von Erhaltung, Modernisierung, Rekonstruktion und Neubau, für das Bauen in innerstädtischen Gebieten, überhaupt für den intensiven Weg der Stadtentwicklung, in Bewegung geraten. Das bestätigten neue Standort- und Bebauungskonzeptionen, die Weiterentwicklung der Generalbebauungspläne ebenso wie die umfangreiche Arbeit, die zur Rationalisierung von Projektlösungen geleistet wurde. Diese Bestrebungen trugen dazu bei, Stahl, Zement, Holz und auch andere materielle Fonds sowie Heizenergie in bisher unerreichten Größenordnungen einzusparen.

Verfügten vor einem Jahr nur einige Bezirke über geeignete Projektlösungen für den innerstädtischen Wohnungsbau, so ist dazu jetzt überall die Erzeugnisentwicklung einen bedeutenden Schritt weiter. Die Erzeugniskonzeption für den komplexen Wohnungsbau in der Hauptstadt Berlin, die eine langfristige Orientierung bis 1990 umfaßt, ist dafür ein beachtenswertes Beispiel. Besondere Aufmerksamkeit verdienen vor allem die Ergebnisse des jetzt abgeschlossenen, gemeinsam vom Ministerium für Bauwesen, der Bauakademie der DDR, dem BdA/DDR und der KDT geförderten Wettbewerbs zur Weiterentwicklung des industriellen Wohnungsbaus. Was in diesem Wettbewerb innerhalb weniger Monate angestrengter Arbeit an vielfältigen Ideen für den innerstädtischen Wohnungsbau entwickelt wurde, hätte mancher Zweifler sicher nicht für möglich gehalten. Dabei handelt es sich ja nicht um bloße Vorstellungen, sondern um ganz konkrete Projekte, die bereits in nächster Zeit in unseren Städten ihre Realisierung finden werden. Manches davon wird den heute höher anzusetzenden Kriterien vielleicht noch nicht in jeder Hinsicht standhalten. Insgesamt ist es aber zweifellos bemerkenswert, was der Wettbewerb an Qualitätszuwachs gebracht hat. Wenn auch die eine oder andere Arbeit möglicherweise schon über das Ziel hinausgeschossen ist, so sollten doch generell – gerade in Anbetracht der differenzierten Aufgaben – hoffnungsvolle Triebe nicht gleich auf Mittelmaß gestutzt werden. Dieser Wettbewerb bestätigt mehr als viele Worte, welche schöpferischen Potenzen durch die offensive politische Orientierung der Grundsätze erschlossen werden können.

So könnte man noch vieles aufzählen, was inzwischen eingeleitet wurde, um den Fortschritt im Bauen zu beschleunigen: die vertrauensvolle Förderung des Architekturschaffens und die Stärkung der Verantwortung der Chef- und Komplexarchitekten, die neue Wettbewerbsordnung und erfolgreiche Wettbewerbe im Industrie- und Gesellschaftsbau ebenso wie die Bildung neuer Kreisgruppen unseres Architektenverbandes.

Bei allen den außerordentlich komplizierten Problemen, deren Lösung noch vor uns liegt, bleibt doch eindeutig festzustellen: In dem Maße, wie alle, die für das Bauen in unserem Lande Verantwortung tragen, sich den neuen Anforderungen für die 80er Jahre stellen, werden die Grundsätze für die Entwicklung von Städtebau und Architektur Schritt für Schritt zur Realität. G. K.



Oben: „Mal sehen, ob er mich kritisiert . . ."
(aus „arhitectura", Zeichnung von N. Taralunga)

Unten: Drei von rund 300 Projekten, die in einem Arbeitskatalog der Slowakischen Sozialistischen Republik für den Eigenheimbau angeboten werden



Projekt für eine neue Industrieanlage in Leningrad. Autoren des Projektes sind die Architekten Tscherbin und Pisotskij

UdSSR: Kernenergie für Heizung

In der Sowjetunion wird gegenwärtig der erste Kernreaktor gebaut, der für das Heizkraftwerk einer Großstadt bestimmt ist. Derartige mit Kernenergie betriebene leistungsstarke Heizkraftwerke, die höchsten sicherheitstechnischen Forderungen Rechnung tragen, sollen die hohen Umweltbelastungen in großen Städten wesentlich vermindern. Gorki und Woronesh sind die ersten Großstädte, die mit derartigen Werken beheizt werden.

Uber 2 Millionen mangelhafte Wohnungen

Obwohl es in Frankreich rund zwei Millionen sanierungsbedürftige Wohnungen gibt und Mietwohnungen immer mehr zum Objekt des Schwarzhandels geworden sind, befindet sich der französische Wohnungsbau in einer Dauerkrise. So ist zum Beispiel der Wohnungsbau in Paris in den vergangenen zehn Jahren von 19 000 auf etwa 3000 Wohnungen im Jahr zurückgegangen.

Brasilien: Explosion der Großstädte

Die Verdrängung der Landbevölkerung durch Großgrundbesitzer hat den Druck auf die Großstädte Brasiliens in nicht mehr beherrschbarer Weise verstärkt. Dadurch stieg in den vergangenen 20 Jahren die Einwohnerzahl von Rio de Janeiro von 3,3 auf 9,1 Millionen, von Sao Paulo von 3,7 auf 12,7 Millionen und von Brasilia von 0,2 auf 1,2 Millionen Menschen. Die Folge ist, daß ein immer größerer Anteil der Stadtbevölkerung in „Favelas", das heißt in primitivsten Elendsvierteln, leben muß.

Die Hälfte für das Doppelte

Das Wohnungsbauvolumen in der BRD ist nach statistischen Angaben von 1970 bis 1982 von 37,5 Milliarden DM auf 74,0 Milliarden DM gestiegen. Das hört sich recht gut an. Ernüchternd ist jedoch die Tatsache, daß 1982 für die doppelte Preissumme nur etwa halbsoviel Wohnungen wie 1970 gebaut werden konnten. Der offizielle Preisindex der BRD für den Neubau von Wohngebäuden weist für 1982 gegenüber 1970 eine Steigerung auf 210,3 Prozent auf, indessen sind die realen Kosten je Neubauwohnung aber offensichtlich in den letzten 12 Jahren in der BRD auf das Vierfache gestiegen! Oder anders ausgedrückt: Eine DM ist heute im Wohnungsbau nur noch 25 Pfennige wert.

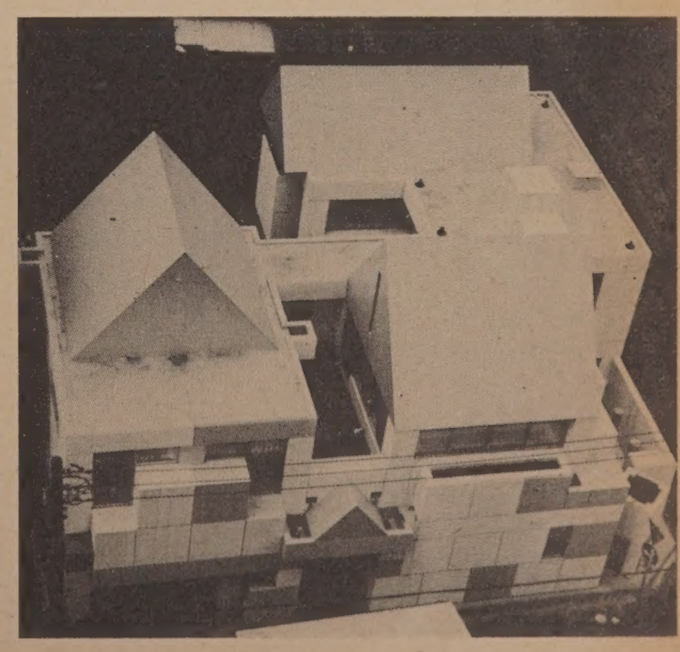
Erfolge bei der Rekultivierung

Bis zu 3000 Hektar Land werden alljährlich in der DDR durch die Braunkohlentagebaue beansprucht. Bereits beim Erkunden der Kohle untersuchen die Geologen auch die Möglichkeiten für das Wiederurbarmachen. In 16 Jahren sind so 36 730 Hektar rekultiviert worden. Das sind 92 Prozent der in dieser Zeit beanspruchten Flächen. Für die landwirtschaftliche Nutzung wird der Boden standortspezifisch mit organischer Substanz und Mikroorganismen angereichert. Zusätzliche Düngung und ausgewählte Fruchtfolge sind auf stabile Erträge ausgerichtet. Von der erfolgreichen Gestaltung ehemaliger Bergbaugebiete zeugen hohe Erträge auf rekultivierten Flächen, neue Waldgebiete auf ehemaligen Kippen sowie Seen, Wasserreservoire und Fischteiche. Durch Aufforsten rekultivierter Kippen sind in der DDR mehr als 20 000 Hektar Wald entstanden.

Die Architekten Kjaer und Richter entwarfen die neue Musikhalle in Aarhus, deren großer Konzertsaal 1500 Plätze hat.



Fröbels Holzbaukasten könnte Pate gestanden haben für diese innerstädtische Wohnhausgruppe, die der japanische Architekt T. Aida entwarf.



Zum Karl-Marx-Jahr 1983

Karl Marx, die Dialektik und die Architektur

Seit Auflösung des uralten Gemeinbesitzes an Grund und Boden ist die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen, eine Geschichte des Kampfes zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und herrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung. Dabei wird schließlich eine Stufe erreicht, auf der die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat, sich nicht mehr von der ausbeutenden und unterdrückenden Klasse befreien kann, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Dieser Grundgedanke gehört einzig und allein Marx, und die Arbeiterbewegung hat ihn stets zu bewahren gewußt, denn die progressive Entwicklung in Gegenwart und Zukunft ist nicht möglich, ohne ihn zum Leitfaden des Handelns all derer zu machen, die bestrebt sind, die Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit zu führen.

Erich Honecker auf der Internationalen Karl-Marx-Konferenz in Berlin

Prof. Dr. Gerhard Krenz

Die Frage nach dem Sinn architektonischen Gestaltens ist so alt wie die Architektur selbst. Nur indem diese Frage immer wieder neu gestellt wurde und Generationen von Architekten immer wieder leidenschaftlich versuchten, sie auf neue Art zu beantworten, konnten Fortschritte erkämpft und errungen werden.

Aber auch die größten Ideen humanistischer Architekten, die den Blick weit in die Zukunft richteten, konnten die Architektur nicht über die Bedingungen ihrer Zeit erheben. Jahrtausende hindurch blieb es in den gesellschaftlichen Strukturen und ihren geistigen Traditionen verankert, daß die Kunst des Bauens vor allem den Göttern und den auf der Erde Herrschenden zu dienen habe. Die herrschende soziale Ungleichheit der Menschen beherrschte auch die Architektur.

So war es deshalb auch kein Wunder, daß die ersten Ideen von einer Gesellschaft gleichberechtigter Menschen stets mit Vorstellungen über die gebaute Umwelt für das Leben verbunden waren. Die hervorragendsten Vertreter des utopischen Sozialismus, Charles Fourier und Robert Owen, verknüpften ihre Gedanken von einer künftigen Gesellschaft mit Visionen einer menschlicheren Umwelt. Fouriers „Phalanstér" und die von Owen inspirierten genossenschaftlichen Siedlungen „New Lanark" und „New Harmony" mußten jedoch das Schicksal vieler humanistischer Ideen teilen und scheitern, weil sie eine Gesellschaft nicht zu ändern vermochten, in der die Klassengegensätze keine Harmonie menschlichen Zusammenlebens ermöglichten.

Es bedurfte veränderter objektiver Bedingungen und der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse dazu berufen ist, diese historische Tat zu vollbringen, ja es bedurfte der tiefgreifendsten Umwälzung im gesellschaftlichen Denken, um der Menschheit die Perspektive einer menschlichen Zukunft zu eröffnen.

Der erste, der diesen völligen Umbruch in den geistigen Anschauungen von der Welt bewirkte und das Denken von den seit eh und je geheiligten Tabus befreite, war ein Mann, der sich in keiner Weise von Spekulationen über eine künftige Lebensweise oder gar ihrer architektonischen Formen leiten ließ, sondern die Ursachen und Quellen menschlichen Fortschritts in strengstem wissenschaftlichem Sinne zu ergründen suchte. Es war, wie sein kongenialer Freund und Kampfgefährte Friedrich Engels sagte, „Der Mann, der dem Sozialismus und damit der ganzen Arbeiterbewegung unserer Tage zuerst eine wissenschaftliche Grundlage gegeben hat, Karl Marx." (1)

In ihm, der am 5. Mai 1818 in Trier geboren wurde, ehren wir den großen Denker und Wissenschaftler, den Revolutionär, der der Menschheit den Weg in eine neue Epoche bahnte.

Sein Werk, das Engels und Lenin in schöpferischer Weise fortführten, das die Bolschewiki mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zum ersten Mal in die Tat umsetzten, und das wir heute fest verbunden mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei erfolgreich fortsetzen, hat die Welt wahrhaftig verändert. Und es wird sie unaufhaltsam weiter verändern.

Als Marx sein Lebenswerk vollendete, war der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft geworden. Aber noch niemand auf der Welt konnte seine Wahrhaftigkeit im Leben prüfen. Vor 60 Jahren waren es knapp 160 Millionen Menschen, die unter ungünstigsten Bedingungen und gegen eine Welt von Feinden begannen, im jungen Sowjetstaat den Sozialismus zur Realität werden zu lassen. Heute umfaßt der reale Sozialismus rund 1,5 Milliarden Menschen, ein Drittel der Menschheit auf einem Territorium von 35,6 Millionen Quadratkilometern. (2) Sein Anteil an der gesamten Weltproduktion erreicht bereits 42 Prozent. (3)

Während der reale Sozialismus in den ersten 30 Jahren seiner Existenz von zwei Weltkriegen und mehreren anderen Kriegen und Interventionen bedroht wurde, gelang es ihm in den zweiten 30 Jahren bisher erfolgreich, den Frieden an seinen Grenzen zu sichern.

Mit Fug und Recht wird deshalb in den Thesen des Zentralkomitees der SED zum Karl-Marx-Jahr 1983 festgestellt, daß sich gerade in unserer Zeit, da die menschliche Zivilisation durch die Hochrüstungspolitik des Imperialismus wie nie zuvor bedroht ist, der Sozialismus als die einzige Gesellschaftsordnung erweist, die imstande ist, „grundlegende Fragen der Gesellschaft und des Menschen zu lösen". (4) Die Prager „Politische Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages", die ein breites internationales Echo gefunden hat, bestätigt ebenso wie die Bereitschaft der DDR, ihr ganzes Territorium für eine kernwaffenfreie Zone bereitzustellen, daß Frieden und Sozialismus wesenseins sind.

Diese Fähigkeit, auf die Grundfragen der Menschheit eine positive Antwort zu geben, bestätigt sich auf allen für die Zukunft entscheidenden Gebieten. Erich Honecker sprach kürzlich davon, daß überall das „Bewußtsein für die akuten Weltprobleme sozialökonomischer, demographischer und ökologischer Natur" erwacht ist. (5) Wie der reale Sozialismus theoretisch und praktisch an die Lösung dieser Probleme, die alle sehr eng mit der Zukunft des Wohnungs- und Städtebaus verknüpft sind, herangeht, wird für seine eigene Entwicklung, aber auch für die Zukunft der ganzen Menschheit von großer Bedeutung sein.

Heute wird immer augenscheinlicher, daß der Monopolkapitalismus immer weniger in der Lage ist, seine hochentwickelten Produktivkräfte zum Wohl der Menschen wirken zu lassen. Massenarbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit sind nur einige der besonders hervorstechenden Merkmale jener Krise des Systems, die heute alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens erfaßt hat, auch die Stadt und die Wohnsphäre.

Berichten von UNO-Experten ist zu entnehmen, daß sich heute – das heißt ein Jahrhundert, nachdem Friedrich Engels in seiner Arbeit „Zur Wohnungsfrage" (6) die sozialen Ursachen des Wohnungsproblems aufgedeckt hat – die Wohnungssituation in weiten Teilen der Welt in dramatischer Weise zu verschlechtern droht. Das gilt für alle kapitalistischen Entwicklungsländer, aber seit den letzten Jahren auch für zahlreiche der entwickeltsten kapitalistischen Länder.

Die USA haben heute zwei Millionen Obdachlose. Solchen einstmals reichsten Städten der Welt wie New York droht der Zusammenbruch ihrer Infrastruktur. Mit nur sechs Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen die USA rund ein Drittel der gesamten auf der Welt produzierten Energierohstoffe. Hier wie überall erweist sich der Kapitalismus als die Gesellschaft, in der hohe Produktivität der Produzenten in wachsendem Widerspruch zur größten Vergeudung im Maßstab der Gesellschaft steht. Selbst modernste Bautechnik hat keines der sozialen Probleme der Städte gelöst.

Auch in der BRD wird nicht mehr nur allgemein von einer „neuen Wohnungsnot" gesprochen. Hinter dem Glanz der Citys mit ihren Banken, Geschäften und Verwaltungen und hinter dem schönen Wohlstandsbild des Eigenheimbaus haben sich

die Wohnungsprobleme in bisher nicht gekannter Weise zugespitzt. Bei steigenden Rüstungsausgaben schrumpfte der Wohnungsbau auf weniger als die Hälfte des früher erreichten Volumens. Die Baukosten haben sich für eine Wohnung im sogenannten „sozialen" Wohnungsbau seit 1970 fast vervierfacht. Die Bodenspekulation treibt ungeahnte Blüten und verteuerte den Quadratmeter Bauland von 1958 bis heute auf das 10- bis 50fache. Dies alles führte dazu, daß es heute zum Beispiel in Hamburg 80 000 und in Westberlin rund 60 000 Wohnungsuchende gibt, daß in der BRD mindestens ein bis zwei Millionen Wohnungen fehlen, etwa 300 000 Menschen obdachlos sind und tagtäglich Menschen durch neue Mietpreiserhöhungen auf die Straße gesetzt werden. „Zahle oder du fliegst" – darauf reduziert sich dort das Menschenrecht auf Wohnung.

Einzig und allein in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft – die fast alle durch die Zerstörungen des zweiten Weltkrieges eine sehr schlechte Ausgangsbasis hatten – ist durch die zielgerichtete Verwirklichung von staatlichen Wohnungsbauprogrammen eine stetige Verbesserung der Wohnungssituation zu verzeichnen. So gelang es in unserem Lande auf der Grundlage des Wohnungsbauprogramms der DDR im Zeitraum von 1971 bis heute mit dem Neubau bzw. der Modernisierung von 1,8 Millionen Wohnungen die Wohnbedingungen für etwa ein Drittel der Bevölkerung zu verbessern. Und dies alles bei stabilen Mieten und gesicherter sozialer Existenz.

Das kann – unabhängig von dem, was es an der Gestaltung unserer Wohnumwelt noch zu verbessern gilt – gar nicht hoch genug bewertet werden. Es ist ein bedeutender Schritt zur Überwindung der sozialen Mängel der alten Gesellschaft und zur Schaffung der Lebensbedingungen einer Gesellschaft, in der, wie Marx und Engels es ausdrückten, „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." (7)

In diesem Sinne des progressiven Veränderns sehen wir heute das Vermächtnis von Karl Marx. Wir beschränken uns nicht auf die historische Würdigung seiner Leistungen. Marx ehren heißt in seinem Sinne handeln, heißt vor allem, seine Ideen durch Taten für den Sozialismus weiter in die Wirklichkeit umzusetzen. Hierzu sind wir gerade als Architekten in besonderem Maße aufgerufen, um mit Realitätssinn und Weitsicht die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft in Angriff zu nehmen.

Es kommt darauf an, sie zu verändern

Was kann uns Marx dazu heute sagen? Das Unvergängliche und heute ebenso wie vor hundert Jahren Bedeutsame seines Werkes besteht darin, eine dialektisch-materialistische Denkweise begründet zu haben, eine Denkweise, die sich auf die ganze Entwicklung philosophischen Denkens, besonders auf die klassische deutsche Philosophie, stützte, aber ihrem Wesen nach völlig neu war. Das wesentlichste daran war die Entdeckung, daß es in der Natur wie in der Gesellschaft dialektisch zugeht, „daß die Welt nicht als ein Komplex von fertigen Dingen zu fassen ist, sondern als ein Komplex von Prozessen" und daß sich dabei – bei aller scheinbaren Zufälligkeit und trotz zeitweiliger Rückläufigkeit – schließlich gesetzmäßig eine fortschreitende Entwicklung durchsetzt. (8)

In dieser Denkweise, die inzwischen in allen Wissenschaften und ebenso in der gesellschaftlichen Praxis tausendfache Bestätigung gefunden hat, liegen die wichtigsten Ideen von Marx, die uns heute in der Theorie und Praxis des Architekturschaffens voranbringen können. Seine Erkenntnisse über die grundlegenden objektiven Bewegungsgesetzmäßigkeiten in Natur und Geschichte sind heute unentbehrlich und für jede Art von schöpferischer Tätigkeit von größtem Wert. Aber denken, was heute und morgen richtig ist, denken müssen wir selbst!

Wenn wir wissen wollen, wie es mit der Architektur im Sozialismus weitergehen soll, müssen wir uns zunächst überhaupt die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz der Architektur vorlegen. Sie wird bekanntlich von nicht wenigen bürgerlichen Theoretikern überhaupt bestritten.

Wann und unter welchen Umständen entstand Architektur? War sie schon immer da? Wird es sie immer geben?

In seiner Arbeit „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" schreibt Engels über die „Anfänge der Architektur als Kunst". (9) Er sieht diesen Vorgang offensichtlich als einen bestimmten Schritt der Entwicklung der schon vorher vorhandenen Architektur und datiert ihn als Merkmal der Oberstufe der Barbarei am Übergang zur Zivilisation, etwa zur Zeit Homers. Ebenso wie das Entstehen ummauerter Städte, die für ihn „ein gewaltiger Fortschritt in der Baukunst, aber auch ein Zeichen vermehrter Gefahr und Schutzbedürftigkeit" (10) sind, gelten ihm Entwicklungsprozesse in der Architektur als Ausdruck von gesellschaftlichen Prozessen.

Hier liegt der Ansatzpunkt für eine marxistisch-leninistische Betrachtungsweise der Architektur. Wenn Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei" bereits im Ergebnis fundamentaler philosophischer, ökonomischer und historischer Untersuchungen zu der Feststellung gelangen, „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen" (11), so bedeutet dies zugleich: Auch die Geschichte der Architektur ist ein Ausdruck jener Geschichte von Klassenkämpfen. Sie steht im Zusammenhang und in Wechselwirkung mit der Entwicklung der Gesellschaft, ihrer Produktionsweise und ihrer sozialen Klassen und Schichten. Die Entwicklung der Architektur wird nicht in erster Linie von Ideen und Vorstellungen, vom Bewußtsein der Architekten geprägt, sondern von den gesetzmäßigen Entwicklungen in der Gesellschaft, vom Sein. Daher erklärt sich auch, warum alle Bestrebungen, die kapitalistische Gesellschaft über die Architektur und eine andere Lebensweise zu verändern, wie es Robert Owen und andere utopische Sozialisten versuchten, wie es auch in Ideen aus dem Bauhaus und bei Le Corbusier anklang und wie es heute verschiedenartige „alternative" Gruppen in den kapitalistischen Ländern propagieren – selbst bei subjektiv bestem Willen – fehlschlagen mußten.

Der Marxismus war und ist eine auf gesellschaftliche Veränderung angelegte Theorie. Schon in seinen berühmten Thesen über Feuerbach sagt Marx: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert: Es kommt aber darauf an, sie zu verändern." (12) Und er faßt diese „umwälzende Praxis" als „das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit" (13) auf.

Eine solche die Gesellschaft umwälzende Praxis wurde auch mit dem Aufbau des Sozialismus in der DDR begonnen. Mit der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse, der Entwicklung der Produktivkräfte, mit der Staatsmacht der Arbeiterklasse, der Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft und der Herausbildung der sozialistischen Kultur und Lebensweise entstanden die grundlegenden Voraussetzungen für eine neue Architektur. Es entstand historisch aber auch die Notwendigkeit für einen Wandel der Architektur, der ja selbst zum Prozeß des „Änderns der Umstände", unter denen die Menschen leben, gehört.

Das ist sehr wichtig für das Selbstverständnis der Architekten. Das Drängen auf Veränderung der baulichen Lebensumstände, auf Fortschritt in der Architektur ist nicht eine fixe Idee der Architekten, nein es ist eine Notwendigkeit, ein untrennbarer Bestandteil der „umwälzenden Praxis" des realen Sozialismus.

Ein Verzicht auf gesellschaftlich notwendige Veränderungen in der Architektur, ob aus Gesichtspunkten der Erhaltung des Bestehenden oder aus der Sicht heutiger Möglichkeiten, wäre im Prinzip konservativ. Zugleich muß man sich jedoch auch der historischen Dimension bewußt sein, in der sich die Architektur einer neuen Gesellschaft herausbildet.

Ich meine hier mit Architektur nicht neue Formen oder einen neuen Stil dessen, was unsere Gesellschaft baut, sondern alles, das Vorhandene und Neue, was dieser Gesellschaft als baulich-räumliche Struktur dient. Die Herausbildung der baulich-räumlichen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, wie sie heute existiert, hat Jahrhunderte gedauert. Sie hat dabei auch innerhalb dieser Gesellschaftsformation viele Formveränderungen erlebt und hat – was als ganz natürlich oder gesetzmäßig anzusehen ist – auch Elemente vergangener Gesellschaftsordnungen in sich aufgenommen. Wenn sie auch vieles von der feudalen Stadt übernommen hat, so hat sie doch insgesamt eine neue Struktur der Stadt hervorgebracht.

Daß dieses Herausbilden einer neuen räumlichen Struktur allmählich und voller Widersprüche vor sich geht, hat seine objektive Ursache. Man konnte zum Beispiel mit der Französischen Revolution gesellschaftliche Machtverhältnisse relativ schnell ändern. Aber keine Gesellschaft kann von heute auf morgen die gesamte bauliche Umwelt auf einen Schlag von Grund auf verändern. Jede Gesellschaft kann dies nur so schnell, wie es der Reproduktionsprozeß der baulichen Substanz erlaubt. Und diese Gesetzmäßigkeit gilt auch für den Sozialismus.

Vorstellungen, der Sozialismus könnte in ein, zwei oder drei Jahrzehnten unsere bauliche Umwelt völlig verändern, waren deshalb natürlich, so revolutionär sie auch erschienen, fern jeder Realität. Aber ebenso verhängnisvoll wären Vorstellungen, die nicht erkennen, mit welchem Tempo und in welcher Richtung sich unsere Städte und Gemeinden wirklich verändern.

Tatsächlich haben sich in unseren Städten und Gemeinden, überhaupt im gesamten räumlichen System und Milieu, bedeutende Veränderungen vollzogen, die bisher noch viel zu wenig analytisch untersucht wurden. Ich meine dabei nicht nur die sichtbaren Veränderungen in unseren Stadtzentren, in neuen und modernisierten Wohngebieten und in den Industriegebieten, sondern vor allem solche sozialen Auswirkungen, die damit für die Bürger verbunden sind: die Verbesserung der Wohnverhältnisse, die Voraussetzungen für eine hohe Bildung für alle, die soziale Sicherheit und Geborgenheit, vor allem aber die spürbaren Schritte zur Aufhebung der sozialen Gegensätze und wesentlichen Unterschiede innerhalb der Städte sowie zwischen Stadt und Land.

Gerade die vor einem Jahr beschlossenen „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" (14) geben eine weitsichtige und realistische Orientierung dafür, wie wir unter bewußter Anwendung der Dialektik auf diesem für das Leben unserer Gesellschaft so wichtigen Gebiet noch zielstrebiger vorankommen können.

Mit Recht kann man, glaube ich, davon ausgehen, daß sich selbst, oder vielleicht gerade durch die komplizierten äußeren Bedingungen, unter denen sich unsere Gesellschaft entwickelt, in den nächsten 20 Jahren weitaus größere Veränderungen in der Architektur vollziehen als in den vergangenen Jahrzehnten.

Voraussicht ist also dringender denn je. Es kommt darauf an, sie künftig noch sicherer darauf zu gründen, daß „der Lauf der Geschichte", wie Engels es ausdrückt,

„durch innere Gesetzmäßigkeiten beherrscht wird." (15)

Indem wir uns dabei die allgemeinen Gesetze der materialistischen Dialektik zunutze machen, die Engels als „unser bestes Arbeitsmittel und unsere schärfste Waffe" (16) bezeichnete, werden wir auch den Gesetzmäßigkeiten, die die Zukunft der Architektur bestimmen, erfolgreicher auf die Spur kommen.

Kausalität und Fortschritt in der Architektur

Marx und Engels betrachteten die Dialektik zunächst als die „Wissenschaft von den Zusammenhängen" (17). Sie gingen davon aus, daß alle Dinge und Erscheinungen nur in ihren wechselseitigen Zusammenhängen von Ursachen und Folgen, also in einer deterministischen Betrachtungsweise zu erklären sind. Dies gilt natürlich ganz besonders auch für eine so komplexe Erscheinung wie die Architektur.

Die Entwicklung der Architektur ist einer ungeheuren Fülle von Einflüssen ausgesetzt – objektiven, gesellschaftlichen und natürlichen, politischen, ökonomischen und kulturell-ästhetischen – gar nicht zu reden von den vielen subjektiven Einflüssen durch alle, die auf den Gestaltungsprozeß einwirken. Das macht es so ungeheuer schwer, diejenigen Wechselbeziehungen bzw. Ursachen herauszufiltern, die den entscheidenden Einfluß auf die Architekturentwicklung ausüben. Auch ändert sich das Gewicht dieser Einflüsse mit Ort und Zeit. So spüren wir heute, daß Fragen der Energie und des Materialaufwandes ein ganz anderes Gewicht für die Gestaltung erlangen als vor 10, 20 Jahren und daß sie bei uns wiederum ein anderes Gewicht haben als in rohstoffreichen Ländern.

Mit den Bedingungen von Ort und Zeit ist auch das Problem des Fortschritts in der Architektur eng verknüpft. Was heute als Fortschritt gelten kann, kann zu anderer Zeit Rückschritt sein. Was woanders durchaus progressiv ist, kann bei uns überholt und reaktionär sein.

Ich meine, daß man die Maßstäbe für die Architektur in der Architektur selbst nur bedingt finden kann, zum Beispiel, indem man Eigenschaften eines Bauwerkes mit denen eines anderen vergleicht. Der eigentliche Maßstab aber liegt außerhalb der Architektur: Er ist das Wohlbefinden des Menschen. Allein die Wirkungen der Architektur auf das Leben der Menschen können Maßstab für Fortschritte in der Architektur sein.

Wir sagen bei uns im Sozialismus zu Recht, daß das Kriterium für Fortschritte in der Architektur die immer vollkommenere Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse ist. Das heißt, Fortschritt in der Architektur mißt sich in erster ilnie an seinem Beitrag zum allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt, oder anderes gesagt, an seiner Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten der heutigen gesellschaftlichen Entwicklung in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Erkenntnis des Charakters unserer Epoche ist für die Einschätzung der gegenwärtigen Stömungen in der Architektur und ihrer Perspektiven in der Welt von größter Bedeutung. Die bürgerlichen Architekturauffassungen – so vielfältig und differenziert sie auch sein mögen – treffen sich gerade darin, daß sie das wirkliche Wesen unserer Epoche nicht erkennen. Sie gehen entweder von einer Weiterentwicklung im Rahmen des kapitalistischen Systems aus oder sie setzen – da das kapitalistische System immer mehr auf Kritik stößt – auf eine Konvergenz der beiden Systeme oder – was gegenwärtig am verbreitetsten ist – auf die Entwicklung einer sogenannten „postindustriellen Gesellschaft", die die gegenwärtigen Mängel des Kapitalismus überwinden, aber nicht sozialistisch sein soll. Gerade viele der aktuellen Strömungen im Städtebau und in der Architektur der nichtsozialistischen Länder, wie zum Beispiel der Postmodernismus oder Tendenzen zu einer „ökologischen Architektur", beruhen mehr oder weniger auf der Idee einer solchen „postindustriellen Gesellschaft".

Wenn wir die Dinge richtig angehen wollen, hilft uns die Analyse der Theorien jedoch nicht viel weiter. Wir müssen vielmehr von den realen Grundprozessen in der Welt und von ihrem Einfluß auf den Fortschritt in der Architektur ausgehen.

Eine wesentliche Erkenntnis des Marxismus ist dafür, daß die Entwicklung der Produktionsweise und damit die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen letztendlich alle anderen gesellschaftlichen Prozesse bedingt. Dabei handelt es sich einmal um die Wechselbeziehungen zwischen den Menschen und der Natur und zum zweiten um die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen und ihren Klassen.

Betrachten wir zunächst die eine Seite, das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur, das Einwirken der Menschen in der Produktion auf die Erde. Marx nannte die Erde mit Recht „die Quelle aller Produktion und allen Daseins". (18) Diese Quelle des Lebens und insbesondere jener relativ kleine Bereich der Erdhülle, in dem allein Leben existieren kann, die Biosphäre, muß in vieler Hinsicht als eine Konstante betrachtet werden. Sie ist räumlich begrenzt, sie umfaßt eine im Prinzip unveränderliche Menge an Stoffen, Ein- und Abstrahlung von Energie unterliegen nur geringen Schwankungen. Der Zustand der Biosphäre läßt nur ziemlich genau definierbare Veränderungen zu, außerhalb deren Grenzen die Existenz der Lebewesen gefährdet ist. Dieser Konstante steht heute ein enormes Wachstum der Weltbevölkerung gegenüber.

Wissenschaftler rechnen, daß die Weltbevölkerung vor 10 000 Jahren etwa 10 Millionen, vor 2000 Jahren etwa 300 Millionen und im 18. Jahrhundert rund 700 Millionen Menschen betrug.

Im 19. Jahrhundert wurde dann die Zahl von einer Milliarde Menschen überschritten. Jetzt beträgt die Erdbevölkerung bereits 4,6 Milliarden Menschen. Um das Jahr 2000 werden es voraussichtlich 6,2 Milliarden Menschen sein, die dann unseren Erdball bevölkern.

Geht man weiter davon aus, wie sich das ökonomische Entwicklungsniveau der Länder der Erde verändern könnte, so werden bis zum Ende des Jahrhunderts mindestens zwei- bis dreimal so große Mengen an Nahrungsmitteln, Kleidung, Wohnungen, Rohstoffen, Energie, Wasser und anderen Stoffen für die Weltbevölkerung notwendig sein als heute. Zweifellos ergeben sich aus diesen globalen Zusammenhängen Konsequenzen für die gesellschaftliche Entwicklung sowie für Städtebau und Architektur:

- Rohstoffe, Energie, Wasser und Boden müssen überall planvoll und auf das denkbar rationellste genutzt werden.
- Die Erde, die nach Engels „unser Eins und Alles, die erste Bedingungen unserer Existenz" (19) ist, kann dann nicht mehr Objekt kapitalistischen Eigentums, Objekt der Spekulation bleiben. Sie zu verschachern, „war und ist bis auf den heutigen Tag eine Unsittlichkeit." (20) „Das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball" (21) wie an den anderen Mitteln der Produktion gerät immer mehr in Widerspruch zu den Lebenserfordernissen der Zukunft.
- Nur eine Gesellschaft, die, wie Engels sagt, „ihre Produktivkräfte nach einem einzigen großen Plan harmonisch ineinandergreifen läßt" (22), bietet die Möglichkeit, den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

Das heißt: Aus der Sicht der objektiven Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft einschließlich der demographischen und ökologischen Gesichtspunkte gibt es überhaupt nur eine reale Alternative, die Ablösung der kapitalistischen durch die sozialistische Gesellschaft.

Mit Recht stellte Genosse Juri Andropow kürzlich fest, daß die Menschheit vor vielen neuen, zum Teil sehr komplizierten Problemen steht und die weltweite Verschärfung der Rohstoff-, Energie-, Lebensmittel-, Umwelt- und der anderen Probleme globalen Ausmaßes Grund zur Besorgnis liefert. (23) Das Bewußtwerden dieser Probleme führt bei immer mehr Menschen zu der Erkenntnis, daß der Kapitalismus hierfür keine Alternative darstellt. Dies ist auch der Hintergrund für das Anwachsen alternativer und ökologischer Strömungen in den kapitalistischen Ländern. Die wirkliche Alternative sind aber nicht „sanfte Technologien", sondern eine veränderte Gesellschaft.

Auch unter progressiven Architekten setzte sich diese Erkenntnis schon seit Marx' Zeiten mehr und mehr durch. William Morris, einer der ersten Architekten, der sich mit den Ideen von Marx befaßte, kam zu dem Schluß, daß „die soziale Ungleichheit unabhängig von dem, was sie in den vergangenen Jahrhunderten war, nun unvereinbar geworden ist mit einer gesunden Kunst."

Man kann durchaus sagen: Alle progressiven Ideen, die sich seit Marx in der Architektur entwickelten, sind als Antithese zu den grundlegenden Mängeln des Kapitalismus entstanden und ohne den Einfluß sozialistischer Ideen nicht denkbar.

Wenn wir alle diese Überlegungen über den Zusammenhang von Architektur, Gesellschaft und Natur zusammenfassen, so finden wir darin die allgemeinen Entwicklungsrichtungen, in die sich der Fortschritt in der Architektur entwickeln wird:

1. Fortschritte in der Architektur sind da zu erzielen, wo sie im Einklang mit den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung den Sozialismus, bei uns konkret die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, fördern. Dabei bietet sich gerade qualitativen Entwicklungen, die die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise unterstützen, ein unbegrenztes Feld schöpferischen Suchens.

2. Fortschritte in der Architektur sind nur in der Richtung zu suchen, wo sie sich zugleich auch im Einklang mit dem Verhältnis von Mensch und Natur sowie mit den internationalen Bedingungen entwickeln.

Das heißt,

– baulandsparend, der Landwirtschaft und Erholung die Natur erhaltend bauen

– die natürlichen Ressourcen rationell nutzend, also materialsparend bauen und die Bausubstanz erhaltend gestalten sowie

– energiesparend und damit insgesamt die Umwelt, das ökologische Gleichgewicht auf unserer Erde erhaltend bauen.

Das entspricht auch grundlegenden Zielen, auf die die Beschlüsse des X. Parteitages der SED, der Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, unsere ökonomische Strategie für die 80er Jahre, die „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur" in der DDR, überhaupt unsere gesamte Politik zum Wohle des Volkes gerichtet sind. Sie entsprechen der objektiven Dialektik der globalen Gesetzmäßigkeit der Herausbildung der sozialistischen Gesellschaft, die schließlich zur neuen Gesellschaftsformation des Kommunismus führen wird.

Quantität und Qualität

Zu den allgemeinsten Gesetzen der Dialektik zählten Marx und Engels „das Gesetz des Umschlagens von Quantität und Qualität". 24) In der von Engels bewußt

sehr abstrakt gewählten und damit allgemeingültigen Formulierung besagt es, daß „in einer für jeden Einzelfall genau feststehenden Weise qualitative Änderungen nur stattfinden können durch quantitativen Zusatz oder quantitative Entziehung von Materie oder Bewegung". (25)

Dieses Gesetz der Dialektik hat auch für die theoretische Durchdringung und die praktische Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben in Städtebau und Architektur große Bedeutung. Seine Beachtung kann uns vor manchen Fehlern bewahren.

Man muß hier hervorheben, daß es sich bei der Gestaltung der sozialistischen und kommunistischen Stadt um eine mit allen bisherigen Aufgaben, die Architekten in der Geschichte zu lösen hatten, unvergleichbare, absolut neue Aufgabe handelt, für die es in der Vergangenheit keine Beispiele gibt. Wie diese Stadt in Zukunft wirklich aussehen wird, das wird erst im Prozeß ihres Werdens immer deutlicher erkennbar werden. Deshalb können Vorstellungen von einer unmittelbaren völligen Erneuerung der Stadt, die von einer einfachen Negation alles Vorhandenen ausgehen, eher schädlich als nützlich sein.

Völlig zu Recht und im Einklang mit der Dialektik von Quantität und Qualität wurde vor allem seit dem VIII. Parteitag, insbesondere mit dem Wohnungsbauprogramm mit dem Wichtigsten begonnen: die Quantität der Wohnungssubstanz zu erhalten und zu mehren und damit die Quantität des aus der alten Gesellschaft stammenden Wohnungsdefizits zu verringern. Das damit verbundene Streben, die Qualität des Wohnungsneubaus zu erhöhen, aber darf nicht zu Lasten der Quantität gehen, die notwendig ist, um zu dem entscheidenden Qualitätssprung zu gelangen, auf den das Wohnungsbauprogramm gerichtet ist: die Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem.

Die Planung der sozialistischen Stadt muß immer die Dialektik des gesamten Reproduktionsprozesses der Bausubstanz, den ganzen Zyklus von Neubau, Erhaltung, Modernisierung, Rekonstruktion bis zur Erneuerung im Auge haben. Das ist kein einmaliger Akt, an dessen Ende eine fertige Stadt steht, sondern ein immerwährender Prozeß ohne Endzustand.

Deshalb ist es in gewisser Weise schwer verständlich, warum es relativ vieler Diskussionen bedurfte, um die Verbindung von alt und neu als Notwendigkeit mit allen ihren Konsequenten in die Praxis durchzusetzen. Noch immer gibt es auch Meinungen, daß dies ein zeitweiliges Konzept wäre. Nein, umgekehrt, zeitweilig haben wir zu wenig beachtet, daß die Einheit von Vorhandenem und Neuem das ganz Normale, das Beständige in der Stadt ist, das, was sie lebensfähig erhält und sie zugleich verändert. Denn, was heute das Neue ist, wird morgen das Alte sein. Immer wird – wenn man von dem Sonderfall des Baus neuer Städte absieht – Neues und Altes koexistieren müssen. Und das wird nach Ablauf von einigen Jahrzehnten auch bei den jetzt neuen Städten und Stadtteilen der Fall sein.

Deshalb ist es zum Beispiel von vorrangiger Bedeutung, unsere gesamte Bauproduktion auf die Bedingungen der Koexistenz von alt und neu einzustellen, nicht als Sonderfälle des Bauens, sondern als das für den Reproduktionsprozeß typische Bauen, besonders unter den Bedingungen einer intensiv erweiterten Reproduktion der Stadt.

Ebenso unumgänglich ist aber auch, diesen Reproduktionsprozeß nicht als einfache Wiederherstellung des vorhandenen Zustandes aufzufassen. Im Gegenteil – er muß stets darauf gerichtet sein, jene neuen quantitativen und qualitativen Elemente zu entwickeln, die insgesamt zur sozialistischen Qualität der Stadt führen.

Dabei lassen sich heute bereits einige Entwicklungsphasen deutlich erkennen:

1. Die ersten Jahre des Wohnungsbauprogramms in den 70er Jahren, in denen der Neubau vor allem der quantitativen Erweiterung der Substanz diente und in dieser Weise unentbehrlich war, weil er die Voraussetzungen dafür schuf, in den 80er Jahren zu einem ganz wesentlichen qualitativen Schritt, zur intensiven Entwicklung der Stadt und zum innerstädtischen Bauen überzugehen.

2. In den 80er Jahren tritt neben dem weiteren quantitativen Zuwachs an Wohnungen die qualitative Aufwertung alter Stadtgebiete hinsichtlich ihrer Wohnbedingungen immer mehr in den Vordergrund als Voraussetzung dafür, daß die Wohnungsfrage bis 1990 gelöst werden kann. Schritt für Schritt werden dabei die unbefriedigenden Wohnverhältnisse, die der Kapitalismus in den Städten und Gemeinden hinterlassen hat, überwunden und die Wesenszüge der sozialistischen Stadt weiter ausgeprägt. Mit der Lösung der Wohnungsfrage erhält die Stadt eine neue, bisher nie vorhanden gewesene soziale Qualität.

3. Mit der Lösung der Wohnungsfrage wird der Wohnungsbau dann darauf gerichtet werden können, den normalen Reproduktionszyklus zu sichern. Die dann breiter einsetzende Erneuerung der Bausubstanz kann immer wirkungsvoller zur qualitativen Verbesserung der Stadt als Ganzes sowie zur Vervollkommnung des gesamten Siedlungssystems erfolgen.

Auf diese Weise wird die Quantität, die die Bauleute heute schaffen, die wir in den Planzahlen der Volkswirtschaftspläne, in den staatlichen Aufwandsnormativen und den Plänen der Baukombinate ausdrücken, zur Qualität für die Stadt, für die Menschen.

Heißt das aber nun, daß wir die Entwicklung architektonischer Qualität, wie manche meinen, auf irgendeine spätere Zeit hinausschieben können oder daß sie sich einfach aus Quantität von selbst ergibt? Das hieße, die Dialektik gewissermaßen auf den Kopf zu stellen und nicht damit zu rechnen, daß Widersprüche vorhanden sind und daß diese kein Ärgernis, sondern auch im Sozialismus die Quelle der Entwicklung bilden.

Widersprüche als Quelle der Entwicklung der Architektur

Nach marxistischer Auffassung ist der dialektische Widerspruch allen Dingen, Prozessen, Systemen der objektiven Realität selbst eigen und stellt die Quelle der Triebkraft aller Bewegung, Veränderung und Entwicklung unter den Bedingungen von Raum und Zeit dar. Friedrich Engels spricht vom „Gesetz von der Durchdringung der Gegensätze" (26). Dies gilt natürlich auch für die Architektur.

Unter den Widersprüchen, die die Entwicklung der Architektur vor allem anderen beeinflussen, sind folgende wahrscheinlich von besonderem Gewicht:

Erstens die Einheit und der äußere Widerspruch zwischen der dynamischen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und der räumlichen Umwelt dieser Gesellschaft, die sich im ganzen nur relativ langsam verändern läßt und in seinen einzelnen Elementen, den Bauten, dauerhaft, stabil und starr ist. Dies ist ein ständiger Widerspruch, der sich aus der stetigen Veränderung der materiellen und ideellen Bedürfnisse der Gesellschaft ergibt und die Weiterentwicklung der Architektur objektiv bewirkt. Zur Lösung dieses Widerspruchs ist es notwendig, die Entwicklung der gesellschaftlichen Prozesse im Sozialismus möglichst weit vorausschauend zu erkennen und sie, wie es mit unseren „Grundsätzen" geschieht, der städtebaulich-architektonischen Entwicklung zugrunde zu legen. In diesen Grundsätzen, vor allem aber auch im Programm der SED, haben wir dafür eine generelle Orientierung, die aber ständig durch spezielle Analysen und Forschungen der Gesellschaftswissenschaften und der Architekturtheorie vertieft werden muß.

Zweitens geht es um die Einheit der inneren Widersprüche der Architektur, vor allem um die Beziehungen zwischen Inhalt, Funktion und Form sowie zwischen Form und technischen Mitteln.

Während sich der sozialistische Inhalt und damit die Funktionen der Architektur als die bestimmende Seite dieses Wechselverhältnisses ständig verändern, kann die Form dem nur in bedingtem Maße folgen. Die architektonische Form eines Wohngebietes, einmal gebaut, ist nur schwer und mit großem Aufwand veränderbar, obwohl die Wohnbedürfnisse und Wohnfunktionen natürlich einem Wandel unterworfen sind.

Aber wenn wir die Architektur im ganzen betrachten, so verändert sich auch ihre Form. Ja, sie muß sich letzten Endes entsprechend dem Inhalt verändern. Nur dann können wir von Fortschritt sprechen.

Die Form kann sich jedoch auch vom eigentlichen Inhalt lösen, in einen ästhetischen Formalismus ausarten, wie es in gewisser Weise typisch ist für die Formenentwicklung des Postmodernismus.

Wie sollen wir uns nun zur Formenentwicklung in unserer Architektur stellen? Es ist nur zu begrüßen, daß dazu in letzter Zeit ein Meinungsstreit entstanden ist, der sich zum Beispiel an Projekten für einige gesellschaftliche Bauten und damit verbunden auch am Wohnungsbau entfacht hat. Hier sind scheinbar sehr extreme Positionen zur Form und zur Tradition entwickelt worden.

Meiner Ansicht nach ist weder ein Berufen auf das Bauhaus, die Moderne, auf Schinkel oder gar die Postmoderne ein Argument für das, was wir zu tun haben. Die Formensprache, die unserer Zeit gemäß ist, können wir uns nur aus unseren sozialistischen Inhalten und Funktionen ableiten.

Prinzipiell ist der Sozialismus nicht Nachfolger nur einer einzigen architektonischen Tradition. Zu unserem Erbe gehört vielmehr, wie es Genosse Erich Honecker ausdrückte, „das Wissen und Vermächtnis all derer, die zum Fortschritt, zur Entwicklung der Weltkultur beigetragen haben, ganz gleich in welcher sozialen und klassenmäßigen Bindung sie sich befanden." (27)

Wir sind Erben der griechischen Klassik, ebenso wie der phantastischen Leistungen der Baumeister der Gotik und der Renaissance, des Barocks und des Klassizismus, ebenso wie der progressiven Ideen des Bauhauses.

Es ist deshalb ebenso legitim, dort, wo Ort und Funktion dies erlauben, an ältere oder neuere Traditionen anzuknüpfen und auch etwas Neues, in unserer Zeit Ungewöhnliches zu entwerfen. Ich würde mich aus dieser Sicht zum Beispiel auch für das Projekt des Friedrichstadt-Palastes aussprechen. Nicht, weil es die einzig denkbare oder eine allgemeingültige Lösung wäre, sondern weil wir es ablehnen sollten, Architekten, die nach neuen Wegen suchen, gleich ins Abseits zu drängen. Wir sollten froh sein, wenn ein Architekt etwas Anderes als das, was üblich ist, entwirft. Es gibt doch – zum Glück – bei uns keine Pflicht, die Phantasie anderen zu überlassen.

Gewiß, vergangene Zeiten hatten einen Stil. Die Stadt aber, die sich über Jahrhunderte entwickelte und erneuerte, sie vereinte in ihren Mauern viele Stile. Gerade das aber gab ihr zu der Dimension des Raumes auch die Dimension der Zeit.

Neu ist nun in diesem Jahrhundert, daß ganze Städte und Stadtteile in ein, zwei Jahrzehnten entstehen, in räumlichen Dimensionen, die früher in Jahrhunderten entstanden. Das ist eine der entscheidenden Ursachen für Probleme der Monotonie.

Vielfalt ist in der Architektur offensichtlich ebenso ein tiefes Bedürfnis wie Harmonie, weil sie beide zum Menschen als Individualität wie als gesellschaftliches Wesen gehören. Kommt nun die Vielfalt des Raumes nicht mehr durch ein zeitliches Nacheinander verschiedener Formen zustande, könnten wir sie vielleicht durch ein gleichzeitiges Nebeneinander verschiedener Formensprachen ersetzen.

Wir brauchen also eine eigene, der Vielfalt sozialistischer Lebensweise entsprechende architektonische Form, die differenziert ist nach dem Ort und nach dem gesellschaftlichen oder individuellen Charakter ihrer Funktion. Warum sollte es nicht legitim sein, dort, wo sich die Gesellschaft als sozialistische präsentiert, mit repräsentativen Mitteln zu gestalten? Warum soll sich ein Rathaus in den Formen eines Wohnhauses darstellen oder umgekehrt?

Nur sollten wir bei alle dem nicht wie bisher nur die Architektur der in der Vergangenheit herrschenden Klassen im Auge haben, sondern vor allem die bis jetzt viel zu wenig beachtete Volksarchitektur, die vielmehr den echten Bedürfnissen des Lebens entsprach, die sich nie in den Gegensatz zur Landschaft und zur Natur stellte, die einfach und liebenswert war und ist.

Was ist in diesem Zusammenhang nun zu dem zweiten wichtigen Widerspruch in der Einheit von architektonischer Form und technischen Mitteln, das heißt Konstruktion und Technologie, zu sagen? Natürlich ist die architektonische Form, wenn sie nicht auf dem Papier bleiben soll, an die technischen Mittel zu ihrer Realisierung gebunden. Aber die technischen Mittel sind auch auf die Form ausgerichtet, zum Beispiel auf die Form, die Architekten für den industriellen Wohnungsbau entwickelt hatten.

Heute nun gibt es aber auch Meinungen, der Industrialisierung der Bauprozesse die Eintönigkeit von Bauten anzulasten, was meiner Ansicht nach ein gedanklicher Kurzschluß ist. Der Ausweg wird dann nicht selten im traditionellen Bauen gesehen. Aber Rückschritte in den Produktivkräften – und anders wäre ein solcher Weg nicht zu betrachten – haben noch nie Fortschritte in der Architektur erbracht.

Das industrielle Bauen muß und kann grundsätzlich gerade unter sozialistischen Bedingungen vieles Progressive bewirken. Seine heutigen Grenzen sind nicht die künftigen Grenzen. Die heutigen Grenzen, gesetzt durch Reduzierung und Vereinheitlichung der Elemente, sind die üblichen Grenzen einer bestimmten Stufe in der Entwicklung aller industriellen Fertigungsprozesse. Sie entsprechen der Bedingung, daß eine Maschine auf die Fertigung eines Teiles oder eines eng begrenzten Sortiments spezialisiert ist.

Karl Marx legte dazu schon in seiner Arbeit „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" dar, daß die Tendenz der Technologie zum „automatischen System der Maschinerie" geht. Sie erst ist nach seinen Worten die „vollendetste, adäquateste Form" der Maschinerie. Sie, die automatisierte Fertigung, erst verwandelt die Maschinerie in ein System. (28) Noch vor zwei Jahrzehnten nahm man an, nur große Serien von Erzeugnissen – wie sie zum Beispiel in unseren Plattenwerken produziert werden – ließen sich automatisch herstellen und eine Automatisierung sei nur mit fest verketteten Maschinen möglich. Heute hat die Automatisierung in Verbindung mit der Mikroelektronik und den Industrierobotern einen völlig anderen Stand erreicht. Heute läßt sich auch die Produktion von Kleinserien und selbst von Einzelstücken automatisieren. (29)

Das ist die Richtung, die früher oder später auch die Industrialisierung im Bauwesen bestimmen wird und die sich auch im Rahmen der heutigen Vorfertigungswerke und der Nutzung ihrer Grundfonds wird realisieren lassen. Mit Industrierobotern und Beton läßt sich im Prinzip jede vom Architekten gewünschte Form herstellen. Daß das keine ferne Zukunftsmusik ist und daß dafür heute schon wichtige Schritte getan werden, sollen nur drei Beispiele belegen.

Bei der Weiterentwicklung des industriellen Wohnungsbaus der WBS 70 wird von der Bauakademie davon ausgegangen, drei Stufen von Elementen zu produzieren:

– ein Grundsortiment von massenhaft zu fertigenden Elementen,

– ein Ergänzungssortiment mit kleineren Stückzahlen

– sowie ein spezifisches Variantensortiment.

Einen ähnlichen Schritt ist das Betonleichtbaukombinat gegangen, indem es einen variabel nutzbaren Formenbaukasten mit Aufsatzschalungen entwickelte, in denen sich Elemente mit unterschiedlichen Geometrien und Oberflächen herstellen lassen. Und schließlich hat meines Erachtens der Weg eine große Perspektive, der von der Aufbauleitung Sondervorhaben Berlin beschritten wurde, von den sehr teueren Stahlformen zu billigen Betonformen überzugehen, die praktisch jede Form mit hoher Präzision und Oberflächenqualität herzustellen erlauben.

Das schließt nicht aus, auch eine Reihe von anderen modernen Bauweisen, aber auch das traditionelle Bauen mit örtlich vorkommenden Naturbaustoffen, mit Baumaterialienrecycling und mit Baustoffen aus Sekundärrohstoffen weiterzuentwickeln.

Das Grundprinzip aber muß sein: mit der Industrialisierung nicht auf halbem Weg stehenbleiben, sondern sie auf das höchste Niveau von Wissenschaft und Technik weiterzuführen. All das wird den Formenspielraum künftig mit Sicherheit erweitern. Auch aus dieser Dialektik von Form und Mitteln werden weitere Fortschritte hervorgehen.

Vorausgesetzt, alle diese Annahmen erweisen sich als richtig, so könnte man sich auch ein detailliertes Bild vom Aussehen der künftigen sozialistischen Stadt machen. Was man aber über die Stadt im Sozialismus am Ende dieses Jahrhunderts schon heute mit Bestimmtheit sagen kann, weil sich dafür bereits recht realistische Konturen abzeichnen, ist folgendes: Es wird dies – ob groß oder klein – eine Stadt sein, in der jeder seine gesicherte Arbeit, seine Wohnung und alle anderen wesentlichen Voraussetzungen für ein sinnerfülltes Dasein und ein harmonisches Zusammenleben findet. Der Prozeß der Annäherung der Klassen und Schichten wird immer mehr den sozialen Charakter aller Städte und Gemeinden prägen, Stadt und Land enger verbinden. Das wird das gemeinsame sein. Aber zugleich wird jede Stadt und jede Gemeinde ihre eigene, unverwechselbare Gestalt erhalten und bewahren und auf diese Weise unsere sozialistische Heimat bereichern.

All das wäre Intensivierung und Kultivierung unserer architektonischen Umwelt im großen Stil. Das ist nur in einer Gesellschaft zu realisieren, die frei ist von der Vorherrschaft von Profitinteressen, die alles Wesentliche nach einem großen gesellschaftlichen Plan regelt und jedem einzelnen dabei ein Höchstmaß an freier Entfaltung seiner Persönlichkeit gewährt. Genau das entspricht den Ideen von Marx, den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, auf deren Verwirklichung die Politik unseres Staates gerichtet ist.

Dafür mit schöpferischen Ideen und Taten als Architekten zu wirken, das wird unser Beitrag zu den gemeinsamen Anstrengungen sein, die die Werktätigen im Karl-Marx-Jahr 1983 zur Sicherung des Friedens, zur Stärkung unserer Republik und zum Wohle des Volkes vollbringen.

Literatur

(1) F. Engels, Karl Marx, Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 145

(2) G. Ch. Schachnasarow, Die Zukunft der Menschheit, Urania Verlag, Leipzig 1982, S. 56–57

(3) ebenda

(4) Thesen des Zentralkomitees der SED zum Karl-Marx-Jahr 1983, Neues Deutschland, 1. Dezember 1982

(5) E. Honecker, Ansprache zum Neujahrsempfang des Staatsrates der DDR, Neues Deutschland, 11. Januar 1983

(6) F. Engels, Zur Wohnungsfrage, MEW, Bd. 18, Dietz Verlag, Berlin 1962, S. 213–267

(7) K. Marx, F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 482

(8) F. Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 361

(9) F. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW, Bd. 21, S. 34

(10) ebenda, S. 158

(11) K. Marx, F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a. a. O., S. 462

(12) K. Marx, Thesen über Feuerbach, Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 378

(13) ebenda, S. 377

(14) Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik, Neues Deutschland 29./30. Mai 1982

(15) F. Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, S. 364

(16) ebenda, S. 361

(17) F. Engels, Dialektik der Natur, Dietz Verlag, Berlin 1975, S. 51

(18) K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 27

(19) F. Engels, Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie, MEW, Bd. 1, S. 511

(20) ebenda

(21) K. Marx, Das Kapital, Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 826

(22) F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 368

(23) J. Andropow, Die Lehre von Karl Marx und einige Fragen des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR, Neues Deutschland, 25. Februar 1983

(24) F. Engels, Dialekik der Natur, Dietz Verlag, Berlin 1975, S. 51

(25) ebenda, S. 52

(26) ebenda, S. 51

(27) E. Honecker, Unsere Zeit verlangt Parteinahme für Fortschritt, Vernunft und Menschlichkeit, Neues Deutschland, 14./15. Juni 1980

(28) K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 584

(29) H. Nick, Umgang mit Robotern, Sonntag, Nr. 45/1982, S. 9



Minimierung der Erdmassenverdrängung und des Erdstofftransportes in Wohngebieten

Diplomarchitekt Ludger Weidemüller
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Das Wohnungsbauprogramm muß in den 80er Jahren unter verschärften ökonomischen Bedingungen realisiert werden. Ein wichtiger Beitrag zu der daraus abzuleitenden, objektiv notwendigen Senkung des Bauaufwandes ist die Senkung der Erdbau- und Transportaufwendungen im komplexen Wohnungsbau. Um eine Bauaufwandssenkung von 15 Prozent bis 1985 zu garantieren, wurde auf der Grundlage der Direktive Nr. 216 81 des Ministers für Bauwesen (1) folgende Zielstellung für den Zeitraum ab 1982 für die Erdbauaufwandssenkung auf Wohnungsbaustandorten vorgegeben:

- Senkung der Transportleistungen für den Erdstofftransport auf 30 bis 50 Prozent
- Reduzierung der Transportmasse und der durchschnittlichen Transportentfernungen um 50 bis 80 Prozent
- Beschleunigung wissenschaftlich-technischer Arbeiten zur Optimierung der Transportprozesse sowie zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs.

Im Rahmen des Staatsauftrages „Komplexer Wohnungsbau" wurde durch ein Kollektiv des Institutes für Städtebau und Architektur das Teilergebnis „Minimierung der Erdmassenverdrängung und des Erdstofftransportes in Wohngebieten – Erfahrungen und Orientierungen" (2) erarbeitet. Während der Bearbeitung dieses Forschungsergebnisses entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaftsabteilung Erdbau des Institutes für Ingenieur- und Tiefbau der Bauakademie der DDR, mit dem Büro für Städtebau Berlin und mit dem Büro des Bezirksarchitekten von Gera. Vielzählige Konsultationen und Erfahrungsaustausche mit Planungs- und Baupraktikern in den Bezirken waren eine wesentliche Grundlage bei der Zusammenstellung des vorliegenden Materials.

Ausgehend von der genannten Zielstellung und von der in der „Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten im Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985" (3) mehrfach enthaltenen Forderung nach Erdbau- und Transportaufwandssenkung im komplexen Wohnungsbau, sollen im folgenden einige Orientierungen und Empfehlungen zur Reduzierung von Erdmengenbewegungen in Wohngebieten unter Berücksichtigung städtebaulich-planerischer Aspekte gegeben werden, die Bestandteil des genannten Forschungsergebnisses sind.

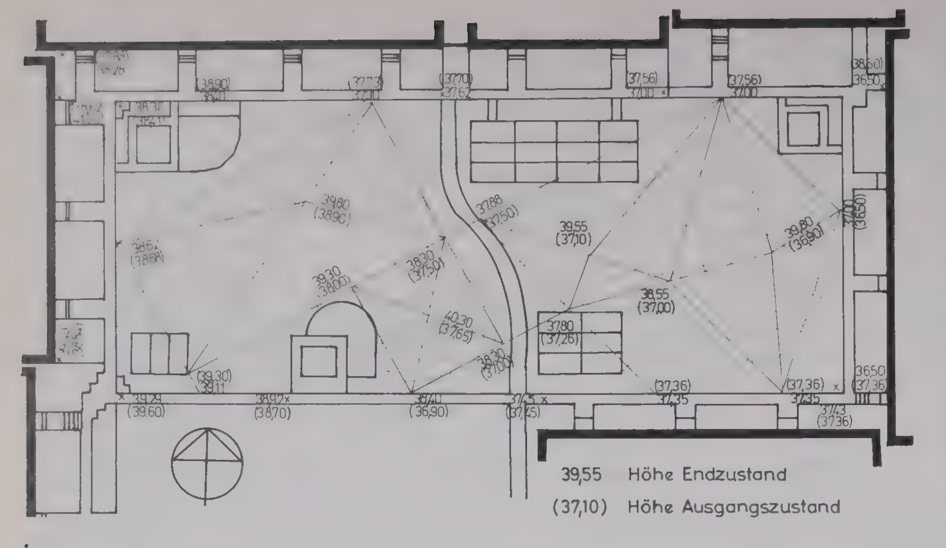
Bezug nehmend auf die Analyse des erreichten Standes und vorhandener Erfahrungen bei der Erdbau- und Transportaufwandssenkung im komplexen Wohnungsbau der Bezirke, gliedern sich die Orientierungen und Empfehlungen in vier Schwerpunkte:

- Minimierung der Erdmengenbewegungen durch effektive Planungsmethoden in den frühen Phasen der Investitionsvorbereitung
- Erdmengenbewegungen unter dem Gesichtspunkt eines Erdmengenausgleiches in und zwischen einzelnen Wohngebieten durch Modellierung von Erholungs- und Freiflächen
- Anlage von Enddeponien aus überschüssigen Erdmengen und von Gewinnungsstellen bei Füllbodenfehlbedarf
- Einordnung der Hochbausubstanz als ein wesentlicher Faktor zur Minimierung von Erdmengenbewegungen in Wohngebieten.

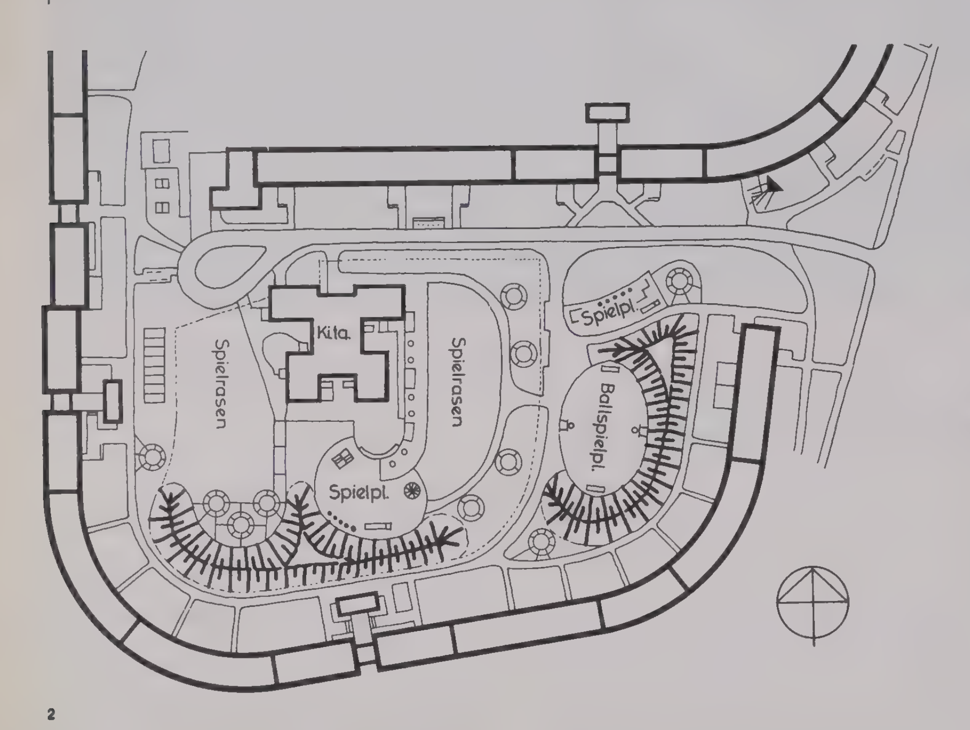
Minimierung der Erdmengenbewegungen durch effektive Planungsmethoden in den frühen Phasen der Investitionsvorbereitung

Unter den gegebenen ökonomischen Bedingungen ist es notwendiger denn je, für die frühen Planungsphasen der Investitionsvorbereitung (langfristige Konzeption, GWU, Aufgabenstellung, Bebauungskonzeption) Methoden zur Minimierung der Erdmengenbewegungen in Baugebieten zu erarbeiten. Vom Büro für Städtebau Berlin, Bereich Technische Infrastruktur, wurden dazu Vorschläge unterbreitet, die zum Teil ihren Niederschlag in einer von dieser Institution erarbeiteten Planungsrichtlinie (4) und in der vom Institut für Ingenieur- und Tiefbau der Bauakademie der DDR erarbeiteten „Richtlinie für Erdstoffbewegungen im Wohnungsbau zur Senkung des Erdbau- und Transportaufwandes" (5) finden, die aber auch darüber hinaus eine langfristige Strategie zum Erdbau in der Phase der Generalbebauungsplanung anstreben.

Es muß darauf orientiert werden, daß in der Phase der Erarbeitung von Aufgabenstellungen für die Vorbereitung von Investitionen Grundlagen für einen rationellen Erdbau zu schaffen sind. So wird bereits in der Phase der Aufgabenstellung eine **Erdmengenkonzeption** auf der Grundlage der technologisch bedingten Arbeitsabschnitte und unter Berücksichtigung der Reihenfolge von Anfall und Bedarf an Erdstoffen erarbeitet. Bereits in dieser Planungsphase werden ein **Erdmengenausgleich** zwischen den Bauabschnitten oder Baustufen, die standortmäßige Ausweisung von Erdstoffzwischenlagern für spätere Bauabschnitte oder Baustufen und die Festlegung der Ver-



1



2

1
Einbau von Erdmengen im Grünraum. Dresden-Gorbitz (1. Wohnkomplex)

2
Freiflächengestaltung im Wohngebiet Rostock-Schmarl. Lageplanausschnitt

3
Halbgeschossige Einsenkung des Gebäudes mit Vorlagestufe zum Treppenpodest 1 : 500

4
Einsenkung des Gebäudes um 1,2 m höher als Normalanpassung, Gründung aber auf gewachsenem Boden 1 : 500

5
Halbgeschossige Einsenkung des Gebäudes bei hängigem Gelände (10 Prozent Hangneigung) 1 : 500

6
Maximale Heraushebung des Gebäudes, talseitiger Fußpunkt der Fundamentsohle auf gewachsenem Boden 1 : 500

7
Maximale Heraushebung des Gebäudes bei hängigem Gelände (20 Prozent Hangneigung) 1 : 500

kehrserschließung der Erdstoffzwischenlager angestrebt. Dabei wird darauf orientiert, schon mit der Bestätigung der Aufgabenstellung festzulegen, welchem Hauptauftragnehmer und in welchem verbindlichen Angebot die Erschließung, Anlage und Bewirtschaftung dieser Erdstoffzwischenlager zuzuordnen sind.

Erdmengenbewegungen unter dem Gesichtspunkt eines Erdmengenausgleiches in und zwischen einzelnen Wohngebieten durch Modellierung von Erholungs- und Freiflächen

Stadtgestalt und Wohnumwelt werden in erheblichem Maße von den natürlichen Gegebenheiten, insbesondere von der Topographie, von Wasserflächen und Baumbeständen, geprägt. Sie weitgehend zu erhalten bedeutet in vielen Fällen, nicht nur die Einmaligkeit des jeweiligen Standortes zu bewahren, sondern häufig auch den Aufwand an Erdarbeiten zu reduzieren. Nicht immer ist es jedoch möglich, ohne Füllboden auszukommen oder den anfallenden Mineralboden im Wohngebiet voll wieder einzubauen. Die dann erforderlichen Entnahmestellen oder Deponien sollten so angelegt werden, daß die landschaftlichen Besonderheiten der Stadt oder des Standortes ergänzt, der Erlebniswert des Gebietes erhöht und die Erholungsmöglichkeiten weiter verbessert werden.

Um dieser Zielstellung zu entsprechen, ist es notwendig, Bodenentnahmestellen (für Füllboden, Kies) und die Standorte für Deponien, vor allem in Abstimmung mit dem Plan der Freiflächen und Erholungsanlagen im Generalbebauungsplan, auszuweisen und so deren optimale Nachnutzung zu gewährleisten. Hervorragende Beispiele für ein solches Vorgehen sind der Badesee in Cottbus-Madlow, der Badesee in Erfurt Nord, der Neustädter See in Magdeburg (Kiesentnahmestellen) und die Hellersdorfer Kippe in Berlin-Marzahn.
Es entspricht auch dem Streben, die Aufwendungen zu senken, wenn in oder am Rand von Wohngebieten gelegene schwer bebaubare Flächen nicht bebaut, sondern als Wohngebietspark, Kleingartenanlagen o. ä. genutzt werden. Beispiele dafür sind die Wohngebietsparks in der Nordweststadt von Rostock (schwer bebaubare Flächen) oder der geplante Wohngebietspark in Dresden-Prohlis.
Im Wohnbereich kann durch Geländemodellierungen, die sich aus dem Auf- oder Abtrag von Erdmengen ergeben, eine wesentliche Verbesserung der gestalterischen Qualität erreicht werden (Abb. 1 u. 2). Die Nutzungsmöglichkeiten der Freiräume und einzelner Anlagen lassen sich durch den Einbau von überschüssigen Erdmengen unter Beachtung anderer Einflußfaktoren (wie Baugrundverhältnisse, Entwässerung) verbessern.

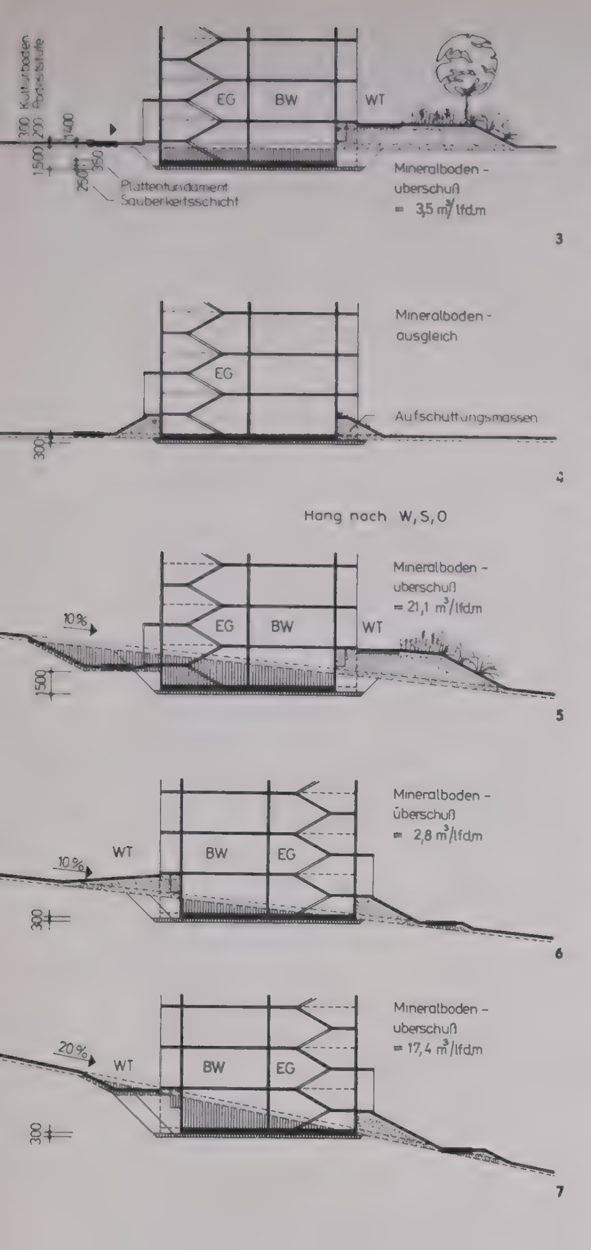
Die durch Geländemodellierung entstehenden Freiflächenelemente bringen bei der Anlage und Nutzung spezielle Probleme mit sich. So kann es in einzelnen Fällen zu einer Aufwandserhöhung kommen, die aber durch verbesserte Nutzungsmöglichkeiten und erhöhte gestalterische Qualität gerechtfertigt sein kann. Ingenieurtechnische Maßnahmen sind nach Auswertung der hydrologischen und geologischen Bedingungen standortspezifisch festzulegen. Bei Drainageverlegung sind die geforderten Sicherheitsabstände zwischen Gehölz und Drainage einzuhalten. Böschungen (besonders steile Böschungen) bedürfen einer Sicherung gegen Erosion. In diesem Fall sind ingenieurbiologische Bauweisen nicht zu vermeiden; auch der verstärkte Einsatz von Mauern, Treppen, Rampen wird zu einer Kostenerhöhung führen.

Eine weitere Möglichkeit zur Unterbringung anfallender überschüssiger Erdmengen sind Anlagen zur Verbesserung der städtebau hygienischen Situation im Wohngebiet (wie Lärmschutzwälle).

Die Minimierung von Erdmengenbewegungen in Baugebieten und damit verbunden eine Aufwandssenkung schließt die Behandlung (Bergung, Lagerung und Einbau) des kulturfähigen Bodenmaterials (Kulturboden) ein. Kulturboden mit dem Bestand an Mikroorganismen, Nährstoffen und seiner Wasserhaltekraft ist die natürliche Grundlage für das Gedeihen der Vegetation, für den Abbau vieler organischer und anorganischer Substanzen und beeinflußt somit indirekt die bioklimatischen Bedingungen im Wohngebiet.
Die Maßnahmen, die für den konkreten Standort unter dem Aspekt der Minimierung der Erdmengenbewegungen und im Sinne der Forderung nach einem verantwortungsbewußten Umgang und Schutz des Kulturbodens vorzusehen sind, können sehr unterschiedlich sein. Sie werden vorwiegend bestimmt von der Dicke des anstehenden Kulturbodens und seiner Qualität. So wird vorgeschlagen, den Kulturboden in Abhängigkeit von der Schichtdicke wie folgt zu behandeln:

Schichtdicke $\leq$ 0,15 m
- vollständiger Einbau auf Vegetationsflächen im Wohngebiet

Schichtdicke $>$ 0,15 m
- teilweiser Einbau im Wohngebiet
- Abgabe der Überschußmassen an andere Bedarfsträger
- Zwischenlagerung außerhalb des Wohngebietes (z. B. als Reserve für innerstädtische Baumaßnahmen).



Anzustreben ist vor allem bei geringen Schichtdicken, daß der abgetragene Kulturboden möglichst sofort in geringer Entfernung auf schon fertiggestellten Vegetationsflächen oder nach einer kurzzeitigen Zwischenlagerung wiedereingebaut wird.

Anlage von Enddeponien aus überschüssigen Erdmengen und von Gewinnungsstellen bei Füllbodenfehlbedarf

Um eine möglichst optimale Erdmengenbilanz in den Grenzen des Baugebietes zu erreichen, sind bei der städtebaulichen Planung und Gestaltung folgende Lager- und Gewinnungsmöglichkeiten für Erdstoffe zu beachten:

- Zwischenlager für Kulturboden und Mineralboden (bindig und nichtbindig); zeitlich begrenzte Einordnung
- Enddeponien für Mineralboden (bindig und nichtbindig); Nutzung als Rodelberg, Lärmschutzwall o. ä.
- Entnahmestellen für Austauschböden, Kies, Sand und andere Baustoffe; entweder zeitlich infolge von Bodenaustausch oder Einbeziehung in die Gestaltung.

Mineralboden-Zwischenlager sind entsprechend den technischen Anforderungen und unter strengster Beachtung der minimalen Transportentfernungen anzulegen. Dabei hat es sich gezeigt, daß Flächen, die für die Anlage von Zwischenlagern in Anspruch genommen und ausgewiesen werden, zeitlich gut in den Bauablauf eingeordnet werden müssen (z. B. Sportplatzflächen, Neben- und Restflächen).

Mineralbodenaufschüttungen, die länger als ein Jahr bestehen, sind auf Grund städtebauhygienischer Anforderungen (Verhinderung von Staubentwicklung, Erosion usw.) zu begrünen.

Die Technologie der Anlage einer Enddeponie schließt den Auftrag einer Kulturbodenschicht mit ein, wodurch eine Begrünung gewährleistet wird. Entscheidend für eine gute Anwachsquote der Pflanzungen und dadurch bessere Bedingungen für anspruchsvolle Gehölze ist ebenfalls die gewählte Böschungsneigung. Unter Beachtung dieser Faktoren kann bei entsprechender Funktion der Enddeponien eine rasche Schutzwirkung und eine gute landschaftsgestalterische Wirkung erzielt werden. Dabei hat die gewählte Böschungsneigung direkten Einfluß auf die entsprechende Nutzungsmöglichkeit der Böschungsfläche:

Böschungsneigung 1 : 3 bis 1 : 4

- Anlage von Liegewiesen, Spielrasen, Teilflächen von Wohnterrassen

Böschungsneigung > 1 : 4

- Anlage aller Funktionsflächen der Freiräume möglich (z. B. Wäschetrockenplätze, Teppichklopf- und Müllstandplätze, Spiel- und Freizeitanlagen, Wohnterrassen, Mietergärten).

Einordnung der Hochbausubstanz als ein wesentlicher Faktor zur Minimierung von Erdmengenbewegungen in Wohngebieten

Die unterschiedliche Höheneinordnung der Hochbausubstanz – sowohl der Wohngebäude als auch der gesellschaftlichen Einrichtungen – bietet vielfältige Möglichkeiten, bestimmte Verhältnisse zwischen Aushub und Anschüttung am Gebäudestandort zu schaffen, dies nicht nur in ebenem, sondern auch in hängigem Gelände. Dabei läßt sich Erdmassenausgleich auf verschiedene Weise erreichen, wobei zu beachten ist, daß unter weitgehender Wahrung des Prinzips „sofortiger Wiedereinbau ohne Zwischenlagerung" anfallende Aushubmassen nicht am gleichen Standort, sondern an einem nahen, im Bauzustand fortgeschrittenen Gebäude- und Freiflächenstandort als Verfüll- oder Anschüttmassen einzubauen sind.

Die Bebauungsstruktur hat einen wesentlichen Einfluß auf die Erdmengenbewegungen im Wohngebiet, und zwar hinsichtlich der Menge des anfallenden Aushubs, der Möglichkeiten zur Unterbringung frei werdender Bodenmengen und einer effektiven Erdbautechnologie. Differiert der Aushub in ebenem Gelände zwischen geschlossener und offener Bebauung nur wenig, so ist er im Hanggelände bei geschlossenen Formen infolge auftretender Gegenhangbebauungen beträchtlich höher als bei Zeilenbebauung entlang der Höhenlinien. Geschlossene Bebauungsstrukturen stellen erhöhte Anforderungen an die technologische Bauvorbereitung und -durchführung, aber auch an die städtebauliche Planung. Den entscheidenden Anteil an der Aushubminimierung bei der Einordnung der Hochbausubstanz hat über die Bebauungsstruktur hinaus die weitgehende Heraushebung der Gebäudesegmente mit Gründung auf gewachsenem Boden.

Im folgenden sind einige ausgewählte Varianten unterschiedlicher Gründungstiefe mit dem Ziel eines Erdmassenausgleiches dargestellt. Technologische Profile und damit verbundene Erdmengenbewegungen sowie stadttechnische Erschließungslösungen wurden hier jedoch nicht berücksichtigt.

Frostsicherheit ist in jedem Falle gegeben, großenteils durch Sockelanschüttungen. Bei kellerlosem Bauen würden Sockelanschüttungen entfallen, aber zur frostfreien Gründung Streifenfundamente notwendig werden.

Die Normalanpassung der Wohngebäude an ebenes Gelände (Abb. 3) erzeugt Verdrängungsmassen, die zur Geländegestaltung im Freiraumbereich zu nutzen sind.

Durch Anschüttung der Aushubmassen als Wohnterrassen kann in etwa ein Massenausgleich direkt am Wohngebäude erreicht werden.

Die maximale Heraushebung der Gebäude bei ebenem Gelände (Abb. 4) ermöglicht es, Verdrängungsmassen stark zu reduzieren und eventuell anderweitig im Gebiet anfallende Mineralbodenmassen als Sockelanschüttungen einzubringen.

Die normale halbgeschossige Einsenkung bei hängigem Gelände führt je nach Hangneigung zu erhöhtem Erdaushub (Abb. 5), der bei talseitiger Loggienanordnung weitgehend als Wohnterrassenanschüttung verwendet werden kann. In Abbildung 6 wird deutlich, wie durch die maximale Heraushebung der Gebäude die erforderlichen Erdmengenbewegungen im Vergleich zu Abbildung 5 reduziert werden.

Steile Hangneigungen (Abb. 7) lassen trotz günstigster Höheneinordnung der Gebäude die Aushubmassen so stark anwachsen, daß hanggerechtere Gebäudelösungen angewandt werden sollten, wie insbesondere die talseitige Anordnung eines einhüftigen Untergeschosses (bzw. auch Teilunterkellerung) oder eines unterlagerten Leitungsganges als talseitige Fundamenterhöhung (stufenweise Gebäudeanpassung an den Hang). Die Anordnung von Horizontal- und Vertikalversätzen, teilweise auch in Verbindung mit kurzen Blöcken (2- und 1-Segment-Block), wird erforderlich.

Zusammenfassend kann eindeutig festgestellt werden, daß die Erarbeitung von Maßnahmen und vergleichbaren Kennziffern zur Erdbau- und Transportaufwandssenkung in den frühen Phasen der Investitionsvorbereitung bei der Planung von Standorten des komplexen Wohnungsbaus unumgänglich ist. Dabei muß – ausgehend von dem Ziel, einen Erdmengenausgleich im Wohngebiet zu erreichen – auf eine Verbesserung der gestalterischen Qualität der Wohnbereiche orientiert werden.

Mit den einfachsten Mitteln Erdmengenbewegungen zu reduzieren und einen optimalen Bauablauf planerisch zu gewährleisten, das sind Möglichkeiten zur Senkung des Erdbau- und Transportaufwandes unter dem Gesichtspunkt der Einheit verbesserter funktioneller und architektonisch-gestalterischer Qualität in unseren Wohngebieten. In diesem Sinne sind auch die Orientierungen und Empfehlungen der vorliegenden Arbeit zu verstehen.

Das Forschungsergebnis wurde in Broschürenform im September 1982 an die Büros für Städtebau der Bezirke, die Büros der Stadtarchitekten der Bezirksstädte sowie die Wohnungsbaukombinate und die Tiefbaukombinate übergeleitet.

UdSSR:
Wohnungsbau in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft

Zu zwei Monographien über die wissenschaftlichen Grundlagen, den Stand und die Perspektiven der Entwicklung des Massenwohnungsbaus in der UdSSR:

Žiliščnoe stroitel'stvo SSSR, Moskva, stroijizdat 1976
Perspektivy razvitija žilišča v SSSR, Moskva, stroijizdat 1981

Mit dem bilateralen Regierungsabkommen vom Dezember 1975 haben die DDR und die UdSSR gemeinsame Aufgaben der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus im Rahmen ihrer staatlichen Pläne Wissenschaft und Technik vereinbart. Dieses Abkommen ist für den Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985 verlängert worden. In den kommenden Jahren konzentriert sich die Arbeit auf die praxiswirksame Überleitung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen mit der planmäßigen Errichtung des Wohngebietes Magdeburg Olvenstedter Chaussee in der DDR und eines Wohngebietes der Stadt Gorki in der UdSSR.

Wesentliche Grundlagen der theoretischen und praktischen Arbeit der sowjetischen Kollegen sind neben einer ganzen Reihe vor Artikeln in der Fachpresse vor allem in Monographien seit 1975 dargestellt worden. Hervorzuheben sind die 1981 herausgegebene zweite überarbeitete und ergänzte Auflage „Perspektiven der Entwicklung des Wohnens in der UdSSR", Moskau, Bauverlag, 180 Seiten (1. Auflage 1975) und „Wohnungsbau in der UdSSR", Moskau, Bauverlag, 1976, 290 Seiten.

Für die Fachkollegen unseres Landes, die auf dem Gebiet von Wohnungs- und Gesellschaftsbau tätig sind, ist die Kenntnis dieser Arbeiten hinsichtlich des sich ständig vertiefenden Zusammenwirkens mit den Wohnungsbauern der UdSSR von Interesse. Das gilt auch bezüglich der Behandlung wichtiger Entwicklungsaufgaben des sowjetischen Wohnungsbaus, wie sie auf der 5. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR im Juni 1981 (Rede I. V. Archipow in „Prawda" vom 24. 6. 1981) dargelegt wurden.

Beide Monographien, als zwei sich ergänzende Teile einer Gesamtarbeit, sind von sowjetischen Spezialisten des ZNIIEP žilišča (Zentrales Forschungs- und Projektierungsbüro des Wohnungsbaus der UdSSR) unter der Leitung des Mitglieds der Akademie der Künste der UdSSR und Korrespondierendem Mitglied der Bauakademie der DDR, Prof. Dr. sc. B. R. Rubanenko, verfaßt. Das ZNIIEP ž., Moskau, ist das federführende Institut der UdSSR-Seite für die wissenschaftlich-technische Gemeinschaftsarbeit mit der DDR.

Dem Leser wird eine vollständige und umfassende Untersuchung – in ihrer Komplexität wohl erstmalig in der sowjetischen Bauliteratur – der vielfältigen Probleme des modernen Wohnungsbaus vermittelt. Dabei zeichnen sich die Arbeiten insbesondere durch die Abhandlung der Wechselbeziehungen von sozialen, typologischen, technischen, ökonomischen und ästhetischen Aspekten des Wohnungsbaus unter Beachtung der Einheit von Theorie und Praxis aus. Schwerpunktmäßig werden solche komplizierten Probleme wie beispielsweise die Standardisierung und Typung in ihren Beziehungen zur baukünstlerischen Qualität dargelegt und Lösungsvorschläge unterbreitet. Meines Erachtens spiegeln gerade diese Untersuchungen die zielstrebige Arbeit der sowjetischen Bauforschung zur fortschreitenden Industrialisierung wider, in die durch das interdisziplinäre Zusammenwirken der beteiligten Wissenschaftsdisziplinen hohe Leistungen investiert werden. Konsequent gehen die Autoren von den konkreten materiellen Bedingungen des Wohnungsbaus in der UdSSR aus und analysieren sowohl die Vorzüge als auch die noch nicht zufriedenstellend gelösten Fragen des industriellen Wohnungsbaus für seine weitere Entwicklung. Sie lassen keinen Zweifel daran, daß die bedeutsamen Aufgaben des Wohnungsbaus für die weitere Ausformung der sozialistischen Lebensweise nur durch die zielstrebige Vervollkommnung des industriellen Bauens bewältigt werden können.

In diesem Zusammenhang ist der Teil der Arbeit von Interesse, in dem die normativen Grundlagen der Planung und Projektierung der Wohnung und die Methodik der Projektierung dargestellt sind. Es werden die Prinzipien der sozial-demographischen und ökonomischen Prognose der Entwicklung der Wohnung erläutert, eine ausführliche und allseitige Analyse der Entwicklung des Wohnkomplexes in der UdSSR gegeben, der als volkswirtschaftliches Endergebnis der Wohnungsbauindustrie gekennzeichnet ist.

Die Monographie „Perspektiven des Wohnens in der UdSSR" spiegelt den Wissensfortschritt wider, der seit der ersten Auflage (1975) zu verzeichnen ist. Es wurden zwei neue Kapitel aufgenommen „Wohnen als System und Grundlagen seiner Prognostizierung" sowie „Entwicklung der Wohnumwelt und Ökologie des Wohnens". Erweitert wurden jene Kapitel, die sich mit den Fragen der Architektur, sowohl der architektonisch-räumlichen Formen des Wohnens als auch der Wohnung selbst befassen. Die Thematik der Monographie wird in 11 Kapiteln, beginnend bei den gesellschaftlichen Grundlagen über den Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf das Wohnen bis hin zu den ökonomischen und ästhetischen Aspekten, konzentriert abgehandelt.

Prof. Rubanenko verweist in der Einleitung darauf, „daß diese Arbeit eine der Etappen in der Ausarbeitung der Perspektiven des Wohnens, d. h. eine Forschungsprognose, die teilweise auch eine Normativprognose einschließt, ist. Diese Etappe gestattet es, mit größerer Sicherheit das Problem Wohnen einzugrenzen, seine innere Struktur zu erschließen, den Charakter der in der nächsten Zukunft notwendigen methodischen Ausarbeitungen zu bestimmen und Wege und Verfahren zur Lösung der praktischen Aufgaben herauszuarbeiten, die vor den Spezialisten dieses Gebietes in der Gegenwart sowie in der nächsten und weiteren Zukunft stehen."

Die 1976 veröffentlichte Monographie „Wohnungsbau in der UdSSR" behandelt, ausgehend von der Wohnungspolitik der UdSSR, der Planung und Organisation, detailliert die Wohnungs- und Wohngebäudetypologie einschließlich der Sonderwohnformen. Die Hauptprinzipien des Wohnkomplexes einschließlich der Freiflächennutzung und der komplexen Baudurchführung werden am Beispiel der Städte Moskau, Leningrad, Kiew, Taschkent sowie an neu errichteten Städten – Togliatti, Nabereshnye Tschelny, Schewtschenko, Nawoi u. a. – demonstriert.

Beide Bücher enthalten instruktives Anschauungsmaterial, vor allem verdienen die Beispiele der Experimentalausführungen Beachtung.

In beiden Monographien wird, wie bereits betont, den praktischen Baufragen große Aufmerksamkeit geschenkt. Hinsichtlich der Typung von Wohnungen und Wohngebäuden wird die Bildung der Nomenklatur der Wohngebäude unter den differenzierten Bau- und Belegungsbedingungen demonstriert.

Die Autoren zeigen die Wechselbeziehung zwischen den neuen technologischen Prinzipien der Vorfertigungsbasis und der Notwendigkeit eines komplexen Herangehens an die Projektierung der Wohngebäude auf. Theoretisch und praktisch von Bedeutung sind die Schlußfolgerungen der Verfasser über die Verbesserung des Hygienekomforts der Wohnung in den unterschiedlichen Klimazonen der UdSSR. Diese Schlußfolgerungen fanden bereits ihren Niederschlag in den neuen Standards der UdSSR einschließlich der neuen Einteilung der Klimazonen. Hervorgehoben wird die Beziehung des Menschen zur Natur und deren direkte Einbeziehung in die Wohnung sowie die dynamische Entwicklung der Bautechnik, die einen zunehmenden Einfluß auf unsere ästhetischen Vorstellungen vom Massenwohnungsbau ausüben.

Die komplexe und allseitige Behandlung der Theorie und Praxis des Wohnungsbaus in der UdSSR in der gegenwärtigen Phase und unter Berücksichtigung der Perspektiven seiner Entwicklung erfolgt in den Arbeiten unter Einbeziehung der Erfahrungen des Wohnungsbaus in den europäischen sozialistischen Ländern. Auf der Grundlage der wachsenden ökonomischen Integration der sozialistischen Länder, der zunehmend breiteren wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und DDR auf dem Gebiet des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus werden die neuen Arbeiten der sowjetischen Wissenschaftler auch in unserem Lande als wichtiger Beitrag zur Theorie und Praxis des Wohnungsbaus in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gewertet. Prof. Dr. Hans Krause

Blankenburg – Rekonstruktion einer Kleinstadt

Dipl.-Ing. Klaus Christian Wenzel,
Architekt BdA/DDR
Kreisarchitekt Wernigerode







In den „Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" heißt es unter anderem: „Der liebevollen Pflege des Stadtzentrums mit seinen Ensembles und historischen Gebäuden, mit seinen den Bürgern vertrauten Straßen und Plätzen gebührt dabei besondere Aufmerksamkeit."

An anderer Stelle dieses Beschlusses ist weiterhin daran erinnert worden, daß es eine wichtige Aufgabe der Volksvertretungen und der Räte sei, ihre Rolle als gesellschaftliche Auftraggeber für die soziale, ökonomische und gestalterische Entwicklung der Städte und Gemeinden verantwortungsbewußt wahrzunehmen. Dazu wird ein bedeutender Beitrag unter anderem auch von den Kreisarchitekten erwartet.

Am Beispiel aus unserem Kreis Wernigerode sollen an Hand des Stadtzentrums von Blankenburg einiges Erreichte, auch Versäumtes und das Gegenwärtige und Zukünftige skizziert werden.

Die Stadt Blankenburg soll nicht zuletzt auch deshalb hier behandelt werden, weil sie im Jahre 1983 ihr 750jähriges Jubiläum begeht. Mit fast 20 000 Einwohnern ist sie die zweitgrößte Stadt des Kreises (bei insgesamt sieben Städten). Aus der Zeit, als sie selbst einmal eine Kreisstadt war, sind bauliche Strukturen erhalten, die sie von vielen anderen Kleinstädten abheben.

In ihrer Lage unmittelbar am Rande des Harzmassivs bietet diese Kleinstadt gute geländemorphologische und orologische Voraussetzungen für eine unverwechselbare und reizvolle Stadtgestaltung.

1
Historische Ansicht des Stadtzentrums von Blankenburg

2
Lage des Objektes Markt Nr. 5 im Stadtplanausschnitt

3
Lage der Lückenschließung Tränkestraße 1 und einer Eigenheimhausgruppe im Stadtzentrum



4

Folgerichtig sind deshalb in der Zentralen Denkmalliste der DDR das Große und das Kleine Schloß (18. Jh., Barockschloß) einschließlich Park genannt. In der Denkmalliste von Bezirksrang sind die gesamte Altstadt und der Schloßberg als städtebauliche Denkmale aufgeführt.

Eine einmalige stadtgestalterische Komposition ergibt sich aus der von Norden nach Süden verlaufenden Reihung von Rathaus (13. bis 16. Jh., Renaissancebau), Bartholomäuskirche (romanischer Kern, um 12. Jh.) und Schloß (17./18. Jh., Barockschloß auf alter Grundlage aus dem 16. bzw. 12. Jh.).

Wie es sich für ein aus dem Mittelalter überkommenes Stadtzentrum gehört, ist diese stadtbaukünstlerische Tatsache von verschiedenen Standpunkten in und am Rande der Stadt auch für den Betrachter zu erleben.

Die Ausbreitung der Stadt genau an der Nahtstelle zwischen dem relativ ebenen Harzvorland und dem ansteigenden Mittelgebirge hat eine dialektische städtebauliche Form entstehen lassen; einerseits kompakte Straßenrandbebauung, andererseits aufgelöste und gestaffelte Bebauung mit Einzelhäusern.

Eine liebenswerte, leicht „unbequeme" Besonderheit ist die hängige Marktfläche nördlich des historischen Rathauses. (Jene häßliche, die Fläche optisch zerschneidende, aber „bequeme" Treppe wird im Zuge der Maßnahmen zum Jubiläum der Stadt wieder besser in die Pflasterfläche des „Marktes mit Schlagseite" integriert.)

Blankenburg ist ein gebautes Geschichtsbuch: Stadtzentrum mit feudalistischem baulichem Gepräge, Industrieobjekte aus einer mehrhundertjährigen industriellen Vergangenheit, Gebäude aus Grafen-, Herzogs- und Fürstenzeit, Pensionärsvillen der Zeit vor und nach der Jahrhundertwende, sozialistische Wohnkomplexe und Industrieobjekte und rekonstruiertes Stadtzentrum. Dabei ist der Klassencharakter allen Bauens ablesbar; Feudalobjekte haben jetzt andere Nutzer; auf herausragenden, ehemals von Bürgerhäusern belegten Vorzugsbauplätzen des Stadtzentrums sind Einraumwohnungen für ältere Bürger oder Eigenheime für Werktätige entstanden oder entstehen gerade. In allen vier Teilbereichen des Stadtzentrums sind Maßnahmen der Verwirklichung des Grundsatzes der Einheit zwischen Wohnungsneubau, Modernisierung, komplexer Instandsetzung und Instandhaltung nach der Fließlinientechnologie nachweisbar. Dabei wird es immer wesentlicher, außer dem schon immer vorhandenen räumlichen Nebeneinander nun auch den Faktor des zeitlichen Nebeneinander der Bauabschnitte optimal zu planen.

Um einige Beispiele anzuführen, sei zunächst auf die stadtgestalterische, nicht nebensächliche Tatsache verwiesen, daß bei Instandsetzungen, die mit Fenstererneuerungen verbunden waren, auf eine entsprechende Fensterteilung orientiert wurde. Von dieser Festlegung ist allerdings bewußt bei der Lückenschließung kein Gebrauch gemacht worden. Hier hat man lediglich mit mehr oder weniger Geschick und Erfolg eine Einhaltung des städtebaulich-architektonischen Maßstabes versucht.

Das bezieht sich auf die Gebäudehöhe, die Dachneigung, die Fassadengliederung, die Materialverwendung und die Fensterform. Auf diese Weise sind in den letzten Jahren zwei Lückenschließungen und damit Rekonstruktionen des Stadtgrundrisses unmittelbar am zentralen Bereich um den Markt und das Rathaus entstanden.
Im ersten Fall – Tränkestraße 1 – wurde in schwieriger Hanglage ein gegliederter Massivbau mit unterlagerter Verkaufsstellenzone und drei Wohngeschossen verwirklicht. Da das Lückengrundstück sehr klein war und wieder fast vollständig überbaut werden mußte, wurde auf ein Gebäude mit 21 Einraumwohnungen orientiert.
In Anpassung an die Nachbarhäuser, die aus den Gründerjahren datieren und in Anbetracht der Unmöglichkeit, die Holzmengen für eine Fachwerkfassade einsetzen zu

4
Städtebauliche Einfügung des Ersatzgebäudes Tränkestraße 1. Blick nach Süden über Rathaus und Bartholomäuskirche zum Großen Schloß

5

5
Blick vom Markt auf den kombinierten Wohnungs- und Gesellschaftsbau Tränkestraße 1

6
Gebäude Markt Nr. 5 vor dem Abriß



6

können, wurde eine überwiegend gefugte Klinkerfassade gewählt. Es konnte ein einfacher Grundriß konzipiert werden, indem von einem nördlichen Verteilergang in jedem Geschoß fünf nach Süden gelegene Wohnungen und eine nach Westen gelegene Wohnung erreicht werden. Eine weitere Wohnung dieses Lückenbaus an der Ecke zwischen Harzstraße und Tränkestraße erhielt Einzelfenster nach Osten. Das im Nordosten angeordnete Treppenhaus nimmt in der Dachform Analogien in der Tränkestraße auf. Dieser Teil des Gebäudes wirkt städtebaulich in den Marktbereich hinein.

Gegenüber diesem Standort existierte am Markt Nr. 5 eine weitere Baulücke. Da sich an dieser Stelle eine für die Kommunikation der Bewohner und Besucher der Stadt geeignete städtebauliche Fläche anbot und auch auf Grund der überlieferten Nachricht, daß in einem Stadtgasthof an dieser Stelle einmal sogar Goethe seinen Aufenthalt in Blankenburg genommen hatte, wurde hier ebenfalls ein Gebäude mit Funktionsunterlagerung (hier mit einer Gaststätte) konzipiert und auch verwirklicht.
Von der ursprünglichen städtebaulichen Konzeption, die ein Absenken des Gaststättengeschosses unter das mittlere Niveau des Marktes und eine Gliederung des gleichen Geschosses zur Marktstraße mit Arkaden vorsah, ist leider in der Phase der Ausführungsprojektierung abgewichen worden. Deshalb weist lediglich der Teilbaukörper zum Markt städtebaulich eine angemessene Proportion auf, während der Gebäudeteil an der Marktstraße nun städtebaulich eigentlich ein Geschoß zu hoch geraten ist.

Neben der bereits erwähnten Gaststätte befinden sich 32 Einraumwohnungen in diesem Gebäude. Da sich in Blankenburg

7

8



9



7
Wiederaufbau des Objektes Markt Nr. 5

8
Komplexe Instandhaltung und Instandsetzung in der Marktstraße. Am rechten Bildrand das Rekonstruktions- und Modernisierungsobjekt Marktstraße Nr. 41

9
Rekonstruktionsarbeiten bestimmen das Straßenbild im Stadtzentrum.

ein Betrieb des Metalleichtbaukombinats befindet, der Vorhangfassaden produziert, wurde hier experimentell versucht, in Aufnahme der allgegenwärtigen Fachwerkgliederung ebenfalls eine derartige Gliederung der Fassade in Einheit von Konstruktion und Gestaltung zu erreichen. Allerdings hatte die städtebauliche Konzeption eine andere Farbvorgabe mit besserer Kontrastwirkung zwischen den tragenden und den ausfachenden Elementen im Auge.

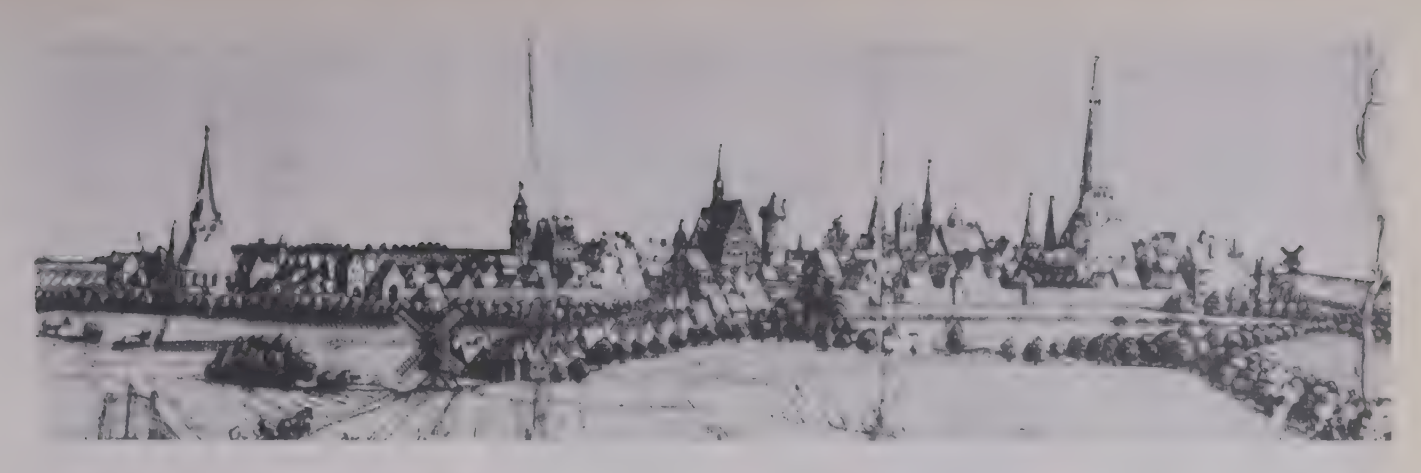
Das anheimelnde, stilechte nach oben auskragende Fachwerkgebäude Marktstraße 41 unmittelbar neben diesem Neubau wurde mit viel Einfühlungsvermögen aller Beteiligten rekonstruiert und modernisiert.

In ähnlicher Verfahrensweise gelang es, ein Objekt (Nr. 2) unmittelbar hinter dem Rathaus durch Instandsetzung und Modernisierung dem Wohnungsfond zu erhalten.

Auf weiteren Standorten in den anschließenden Bereichen der Marktstraße und der Harzstraße sind Eigenheime in Form von Reihenhäusern im Bau.

Ein Eigenheim-Doppelhaus entsteht unmittelbar an der historischen Treppe zwischen Rathaus und Bartholomäuskirche, wo sich ein Lückenstandort anbot. Da dieser Standort eine stadtbaukünstlerische Sonderstellung einnimmt, werden hier die Maße der ursprünglichen Fachwerkfassade wieder die Westwand des Doppelhauses bestimmen.

Die geschilderten Aktivitäten sind Bestandteile der komplexen Rekonstruktion und Erhaltung des Stadtzentrums, für deren erfolgreiche Fortsetzung auch im Hinblick auf die bevorstehenden Jubiläumsfeierlichkeiten die eingangs zitierten „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" Anleitung zum Handeln sind.



1 Stadtansicht von 1713 (Reproduktion nach Haestiko)

Salzwedel – Zur Erhaltung und Entwicklung von Struktur und Bild einer Kreisstadt

Dr.-Ing. Hans-Hartmut Schauer
Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Halle

Die Arbeit der Denkmalpflege in den Städten konnte in den siebziger Jahren manchem fast destruktiv erscheinen: im Verhindern zu „großzügiger" Umgestaltungsplanungen, leichtfertiger Abrisse oder modischer Gebäudeveränderungen. Konstruktiv war vor allem die Erhaltung wertvoller Großbauten in den Stadtzentren, die Mitwirkung an der Gestaltung von Fußgängerbereichen, die fachliche Beratung der örtlichen Organe, Betriebe oder Bürger zur Erhaltung ihrer Gebäude und hier, wo es möglich war, auch ihre Unterstützung mittels Beihilfen (z. B. in Quedlinburg), und die Instandsetzungsarbeiten an ausgewählten Gebäuden, meist Wohnhäusern, mit Denkmalpflege-Spezialkapazitäten, auch in damals zum Abbruch vorgesehenen wertvollen Stadtteilen.

Diese Arbeiten waren oft mit jahrelangen und harten Auseinandersetzungen verbunden. Es gibt jedoch auch Städte, bei denen es in guter Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen, dem Büro für Städtebau und anderen Partnern zu noch heute gültigen Lösungen und der Erhaltung der Stadtkerne gekommen ist, wie Tangermünde, Wernigerode, Stolberg, Osterwieck (bei den letztgenannten mit großen Instandhaltungsproblemen) oder das hier vorgestellte Salzwedel.

1. Zur Stadt

Salzwedel im Nordwesten der Altmark entstand an der ehemaligen Salzstraße von Magdeburg nach Lüneburg, die hier die sonst sumpfige Jeetze-Niederung überschritt und zu deren Schutz schon vor dem 12. Jh. eine Burg erbaut wurde. Südlich dieser Burg bildete sich eine Straßenmarkt-Ansiedlung um die Holzmarktstraße mit der Lorenzkirche heraus. In einer Urkunde vom 28. Mai 1233, vor 750 Jahren, wurde Salzwedel erstmals Stadt (civitas) genannt. Schon wenige Jahre später, 1247, wurde nördlich dieser Altstadt die Neustadt gegründet, die rechtlich, politisch und wirtschaftlich selbständig blieb und sich erst 1713 mit der Altstadt zusammenschloß. Die Straßen der um 1100 entstandenen, also 150 Jahre älteren Altstadt sind schmal und werden von kleinen Gebäudeblöcken begrenzt, die Neustadt hat breite Straßen mit wenigen großen Gebäudeblöcken. Dieser Gegensatz erhöht den optischen und kulturhistorischen Wert des Stadtzentrums. Dennoch haben beide Stadtteile Ähnlichkeiten: die zweimal gebrochene Hauptstraße (vom Bockhorner Tor über Westermarktstraße zum Alpervertor in der Altstadt, in der Neustadt vom Steintor über Steintorstraße und Breite Straße zum Neupervertor) mit dem Rathaus am jeweiligen zweiten Knick des Hauptstraßenzuges, das Fehlen von Marktplätzen und die Lage beider Pfarrkirchen am äußeren Stadtrand.

Salzwedel hat heute etwa 23 000 Einwohner. Außerhalb des Stadtkerns entstanden im späten 19. Jh. Reihenhäuser und Villenviertel im Osten und Westen. Am Westrand des damals bebauten Stadtgebietes wurde 1925 bis 1930 eine Wohnsiedlung durch eine „Mieter-, Spar- und Baugenossenschaft" errichtet, deren moderne städtebauliche Raumbildung und Backsteinarchitektur noch heute vorbildlich wirken[1] (Abb. 2). In den 60er und 70er Jahren wurden westlich und später östlich des Stadtkerns große Neubaugebiete errichtet (Abb. 3). Diese Wohnungen waren vor allem für Zuzüge vorgesehen, die mit der industriellen Entwicklung der Stadt seit 1950 und der Erd-



2 Freiligrathstraße. Blick zur Jahnstraße





3 Wohnungsneubauten an der Ernst-Thälmann-Straße

gasförderung im Umland erforderlich wurden.

Der Stadtkern von Salzwedel (Altstadt, Neustadt, Burg) ist, neben den Stadtkernen 21 anderer Städte, ein städtebauliches Denkmal der Zentralen Liste auf Grund des unverändert erhaltenen, gewordenen Stadtgrundrisses, in dem innerhalb seiner Ummauerung die mittelalterlichen Monumentalbauten (Backsteinbauten von hohem kunstgeschichtlichen Wert) und die Wohnbereiche aus Fachwerkhäusern (in großem Formenreichtum) eine differenzierte, aber harmonische und untrennbare Einheit bilden (Abb. 1).

Die Erläuterung und Beschreibung des Denkmalwertes sowie die präzise Flächenbegrenzung der geschützten Bereiche (Denkmalschutzgebiet, Denkmalensemble) und Gebäude wurden Ende 1976 in einer „Städtebaulich-denkmalpflegerischen Analyse und Zielstellung" festgelegt (Abb. 4). Mit diesen Analysen und Zielstellungen werden seitens der Denkmalpflege Forderungen festgelegt und Empfehlungen gegeben für alle vorbereitenden und ausführenden Baumaßnahmen – von Arbeiten am Einzelhaus im Stadtkern bis zur städtebaulichen Planung –, zu denen im Einzelfall weiterführende und erläuternde denkmalpflegerische Zielstellungen für begrenzte Baugebiete oder Einzelvorhaben ausgearbeitet werden[2].

2. Zum Städtebau

1976 wurde von den zuständigen Staatsorganen eine „Städtebauliche Leitplanung zur Umgestaltung der Altstadt von Salzwedel" des Büros für Städtebau Magdeburg bestätigt, die die wesentlichen Gesichtspunkte für die Weiterentwicklung der Stadtstruktur darstellte, ohne sie in detaillierter Bebauungsplanung festzulegen: für die generelle Entwicklung ein sehr gutes, brauchbares Material. Bei der Ausarbei-



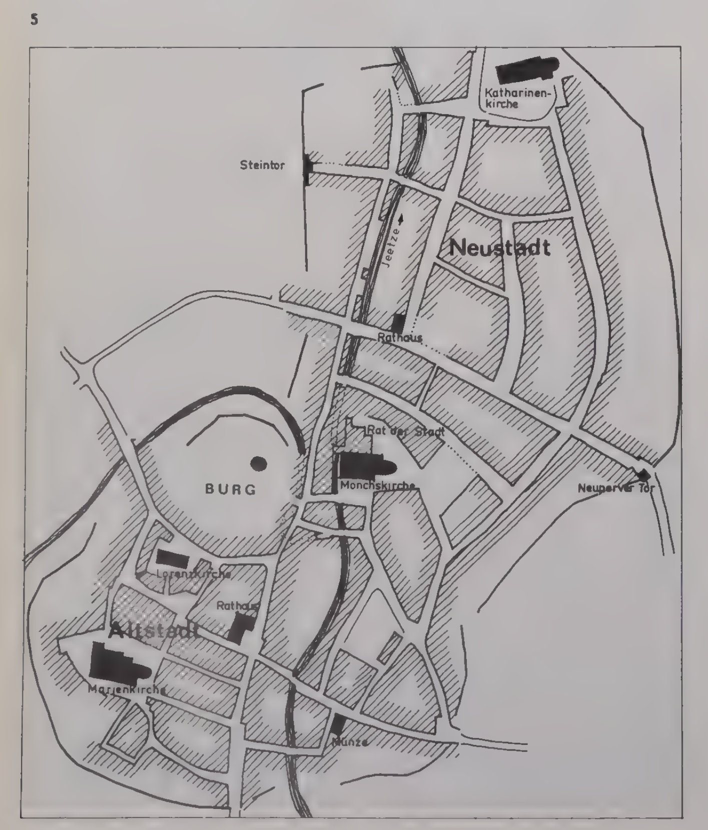
4

4 Denkmalkarte des Institutes für Denkmalpflege (Stand 1976)

5 Struktur des Stadtkerns (entspricht auch der städtebaulichen Leitplanung von 1982/83)

6 Geplante Stadtstruktur nach der städtebaulichen Leitplanung vom Büro für Städtebau Magdeburg 1976

5



6



tung der „Städtebaulich-denkmalpflegerischen Analyse und Zielstellung" und der damit verbundenen Einschätzung der städtebaulichen Leitplanung stellten sich jedoch für den Stadtkern Kollisionspunkte zwischen den Interessen des Städtebaues und der Denkmalpflege heraus. Diese vorher nicht erkannten Probleme wurden in einer Reihe von Beratungen diskutiert. Ein wichtiges Argument war in Salzwedel neben den fachlichen Argumenten der Denkmalwert des Stadtkerns, der letztendlich den Ausschlag gab[3]. Das Zurückziehen von einigen Planungsvorstellungen, die in den siebziger Jahren fast die Regel für Stadtkerne waren (Durchbruch von Verkehrstrassen, Verdichtung durch Abbruch zweigeschossiger Bebauung und ihr Ersatz durch fünfgeschossige Neubauten, Durchsetzen neuer Strukturelemente wie Fußgänger- oder Grünachsen oder großer neuer Plätze), zu einer Zeit, als für andere Städte Flächenabbrüche geplant und durchgeführt wurden, war 1979 ein wichtiger Schritt zur Erhaltung von Bausubstanz, von Stadtstruktur und Stadtbild.

Die 1982 vom Büro für Städtebau erarbeitete neue „Leitplanung zur städtebaulichen Entwicklung der Altstadt von Salzwedel" geht von der Erhaltung von Substanz, Struktur und Bild des Stadtkerns aus und entspricht in dieser Zielsetzung auch den Forderungen der Denkmalpflege. Der Verkehr soll um den Stadtkern herumgeleitet werden; Neubauten werden in einer dem Standort angepaßten Gestaltung als Lückenschließungen vorgesehen oder als Ersatz für notwendig werdende Abbrüche, ohne diese jetzt schon festzulegen. Die neue Planungsauffassung unterscheidet sich wesentlich von der bisher üblichen, am Neubau auf unbebautem Gelände entwikkelten Methode mit einem dargestellten Endzustand, der durch Abbrüche und Neubauten festgelegt wird, ohne eine mögliche Eigenentwicklung der vorhandenen Bausubstanz durch Instandhaltung, Instandsetzung und Modernisierung (oft als Eigeninitiative der Bürger) einzubeziehen[4].

Die in dieser Leitplanung angestrebte Stadtstruktur berücksichtigt im Stadtkern derart deckungsgleich den Bestand (Abb. 5), daß hier die Wiedergabe dieses Planungsteils überflüssig erschien; Veränderungen sind im Südosten außerhalb des Stadtkerns vorgesehen: südliche Umgehungsstraße und angepaßte Neubauten. Anhand einer vereinfachten Darstellung der Planung von 1976 (Abb. 6) sollen hier jedoch Probleme vorgestellt werden, die für Salzwedel seinerzeit in Übereinstimmung gelöst worden sind, die aber auch heute noch für andere Städte aktuell und immer wieder Gegenstand von Einsprüchen und Beratungen sind.

Salzwedels Stadtkern hat Probleme mit dem Kraftfahrzeugverkehr. Zwar wurde im Norden und Osten eine gut wirksame Umgehungsstraße gebaut, aber der Verkehr aus südlicher Richtung wird noch mitten durch den Stadtkern geführt und kreuzt (trennt) die beiden vorhandenen Fußgängerstraßen. Dringend nötig und in der städtebaulichen Leitplanung gefordert ist eine Südumgehung, für die eine Trasse freigehalten wird (Hirtenweg), die aber ein Brückenbauwerk erfordert und gegenwärtig nicht gebaut werden kann. Für den weiteren Ausbau des Fußgängerbereiches wurde 1976 die Verlegung des Durchgangsverkehrs auf eine neue Trasse vorgeschlagen, die südlich des Fußgängerbereiches, aber noch durch die Altstadt auf größtenteils schon vorhandenen Straßen und auf einem Teilstück als Schneise durch vorhandene Bebauung verlaufen sollte. Die für den Straßendurchbruch und für die umfangreichen Straßenverbreiterungen notwendigen Gebäudeabbrüche sind aus heutiger Sicht nicht mehr Diskussionsgegenstand. Aber die Hauptargumente gegen die Trasse sollten für ähnliche Fälle bedacht werden:

1. Die historisch entstandene Stadtstruktur wird hier an entscheidender Stelle (Verbindung der Altstadt mit dem Burgbereich, Umlenkung der Ost-West-Straße nach Norden zur Neustadt) grundlegend verändert, wenn künftig hier die Burgstraße mit ausgeprägter Nord-Süd-Richtung von einer breiteren und damit optisch bedeutenderen Straße in Ost-West-Richtung gekreuzt und überlagert wird (Abb. 7).

2. Die Abbrüche zur Straßenverbreiterung (z. B. die Nordseite der Holzmarktstraße) werden mit der geplanten Aufweitung die gewordene Stadtstruktur und die wertvollen Straßenräume (viele Fachwerkhäuser des 16. bis frühen 19. Jh., auch in Giebelstellung) total und negativ verändern.

3. Die verkehrstechnisch günstigere neue Straße ist verkehrsanziehend und erzeugt damit neue, zusätzliche Gefährdungen für Bürger und Gebäude, sie zerteilt zudem ein noch zusammenhängendes zentrumsnahes Mischgebiet mit 3000 Einwohnern. In einer gemeinsamen Beratung zwischen den örtlichen Organen, den Büros für Städtebau und für Verkehrsplanung sowie dem Institut für Denkmalpflege und mit Hilfe eines Gutachtens der Bauakademie (Institut für Städtebau und Architektur) wurde 1979 diese Lösung fallengelassen, wird der Kraftfahrzeugverkehr trotz aller Nachteile vorerst auf der bisherigen Trasse beibehalten und die Südumgehung außerhalb der Altstadt verstärkt angestrebt.

Der nordöstliche Randbereich des Stadtkerns ist überwiegend mit Einfamilien-Reihenhäusern aus dem 18. Jh. (mit großen Gärten hinter den Häusern und in ruhiger Lage, wie fast überall in den Randbereichen von Altstädten) bebaut. Einige Gebäude dieses Bereiches waren baufällig, einige bereits abgebrochen, die meisten in einem optisch schlechten Zustand. Ursache für die unterlassene Gebäudeinstandhaltung war vor allem die den Bewohnern kannte Planungsvorstellung von totalem Abbruch und Neubau. Auch in der Planung 1976 war vorgesehen, hier flächig abzubrechen und vier- bis fünfgeschossige Neubauten zu errichten, um eine höhere Einwohnerdichte zu schaffen. Mit Unterstützung von Gutachten vertrat die Denkmalpflege die Auffassung, daß außer dem kulturhistorischen Wert dieser Wohnbereiche als wichtiger Bestandteil der Stadtstruktur und der insgesamt guten Architektur dieser Häuser hier sehr gute Wohnbedingungen bestehen und diese Häuser von den Bürgern selbst instandgesetzt und modernisiert werden, sobald Sicherheit über ihre Erhaltung besteht[5]. Nach der Abkehr von der bisherigen Planungsvorstellung und der Unterrichtung der Bürger zeigte sich schon binnen Jahresfrist ein positives Ergebnis: der größte Teil der Häuser wurde von den Bürgern instandgesetzt und modernisiert und erhielt ansprechende Fassaden (Abbildung 8). In Baulücken müssen geeignete Neubauten als Einfamilien-Reihenhäuser errichtet werden, das sieht auch die Leitplanung von 1982 vor. Die Neuplanung von 1976 für diesen Bereich zeigte zugleich auch ein anderes Problem: mit den heutigen Typen-Kindergärten und -schulen können historisch entstandene Straßenräume nicht erhalten werden (Abb. 6).


7 Holzmarktstraße. Blick zur Burgstraße, im Hintergrund die Stelle des 1976 geplanten Straßendurchbruchs

Diskussionen gab es über einen „Marktplatz". Salzwedel hat sowohl in der Altstadt wie auch in der Neustadt einen solchen nie besessen: der Markthandel muß sich auf kleineren Straßenmärkten (Holzmarkt, Westermarkt, Nordermarkt, Rübenmarkt in der Altstadt) und auf besonders breiten Straßen (Breite Straße in der Neustadt, die heutige Straße der Freundschaft) abgewickelt haben. Für größere Veranstaltungen ist die befestigte Fläche vor dem neuen Kreiskulturhaus im Osten außerhalb des Stadtkerns, die zudem günstig zu den Neubauwohngebieten liegt, gut geeignet, und für Frühjahrs- und Herbstmarkt oder ähnliche Handelszwecke und Volksfeste reicht die bis 16 m breite und heute als Fußgängerbereich mit Betonpflanzschalen optisch verschmälerte Straße der Freundschaft (Abb. 9). Mit einem „Markplatz" möchten die Verfechter dieses Vorschlages vor allem eine optische und geradlinige Verbindung vom Fußgängerbereich schaffen nach Süden zum Sitz des Rates der Stadt, der im Gebäude eines ehemaligen Klosters (mit sinnvoller Nutzung dieses Baudenkmals) eingerichtet ist, das aber – von den Erbauern beabsichtigt – abseits der Hauptwege liegt. Die Gestaltungsvorschläge (Abb. 10) zeigen je nach ihrer Entstehungszeit unterschiedliche Lösungen, doch wären die Vorschläge der siebziger Jahre



8

9



8 Blick in die Wollweberstraße

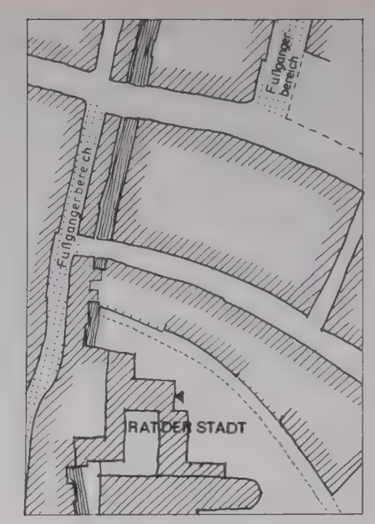
9 Fußgängerbereich Straße der Freundschaft

11 Blick auf die Jeetze von der Straße der Jugend

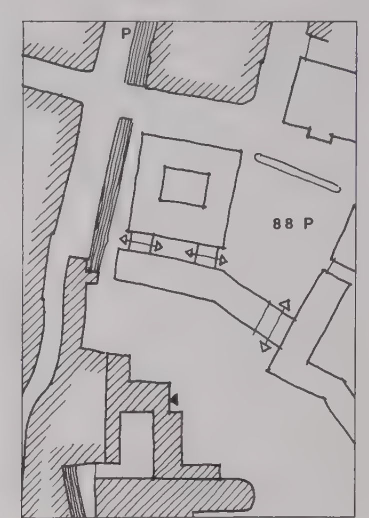
10 Städtebauliche Situation am Gebäude des Rates des Stadt
a Stand und Planung (1982)
b Planung des Büros für Städtebau (1976)
c Planung des Kreisarchitekten (1979)
d Vorschlag der Denkmalpflege (1981)

11

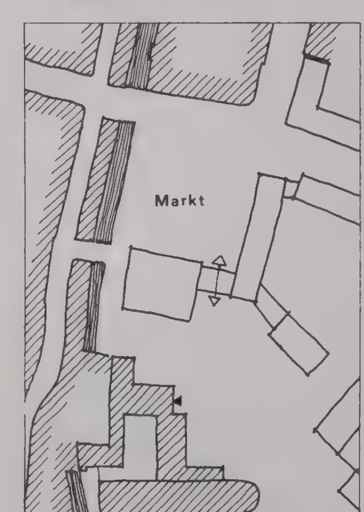




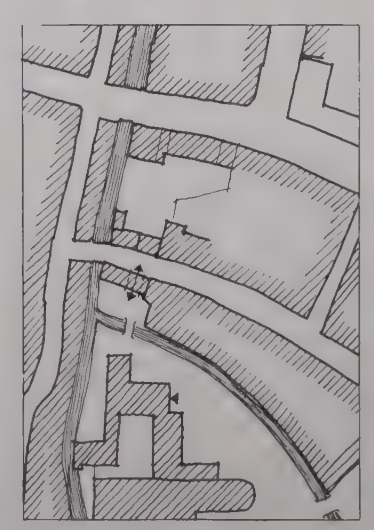
10 a



10 b



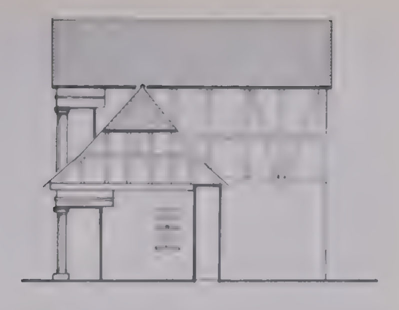
10 c



10 d



12 Gartenhaus Wollweberstraße 24. Hauptansicht



13 Gartenhaus Wollweberstraße 24. Seitenansicht

nur mit Abriß von straßenraumwirksamen und stadtbildbestimmenden Gebäuden zu verwirklichen. Ein Diskussionsbeitrag der Denkmalpflege schlug zur Erhaltung der gewordenen Stadtstruktur die Schaffung von Durchgängen im Erdgeschoß als Passage vor, aber die neue städtebauliche Leitplanung 1982 will die Stadtstruktur hier nicht mehr verändern: möglicherweise kann der gewordene Zustand, von den Bürgern seit Jahrzehnten akzeptiert und genutzt, auch künftig beibehalten werden? Die Verbindung zwischen Einkaufen und Gang zum Rat der Stadt ist ohnehin selten; bürgernahe Einrichtungen des Rates könnten in einem Neubau am Fußgängerbereich auf dem Grundstück des 1895 abgebrannten und seitdem nicht wieder aufgebauten Gewandhauses untergebracht werden.

Mitten durch die Alt- und die Neustadt fließt die kleine Jeetze, deren Ufer im Stadtkern dicht bebaut sind und malerisch-romantische Blicke von den vielen Brücken ermöglichen (Abb. 11). Die Gebäude kragen oft über das Gewässer aus und in einem Teilstück ist die Jeetze vollständig überbaut. Städtebauliche Planungen früherer Jahre wünschten die Freilegung des Gewässers durch Abriß der angrenzenden Gebäude auf einer Seite (Abb. 6), begründet mit Forderungen der Wasserwirtschaft nach Anbaufreiheit zum Einsatz mechanischer Reinigungsgeräte, und die Schaffung eines Grünzuges durch den Stadtkern entlang der Jeetze. Seitens der Denkmalpflege mußte der Abbruch der zum gewordenen Stadtbild gehörenden Bebauung aus dem 16.–19. Jh. abgelehnt werden. Gespräche mit der Projektierung Wasserwirtschaft Magdeburg im März 1982 ergaben, daß von ihr der Abbruch der angrenzenden Gebäude nicht gefordert wird, sondern nur der Abbruch des Bereiches der vollständigen Überbauung wegen der Einsturzgefährdung durch Hochwasser. Dieses, dazu die Forderung nach Instandhaltung und Reparatur der Ufermauern sowie die Verkürzung des bisher rückläufig einmündenden Burggrabens sind durchaus mit denkmalpflegerischen Vorstellungen in Einklang zu bringen.

Zur Hochwasserentlastung wird derzeit die östliche Jeetze-Umflut ausgebaut, womit das Gelände des ehemaligen Stadtgrabens verändert, zugleich aber vor der Stadtmauer der bisher von privaten Gärten genutzte Bereich als öffentliche Promenade gewonnen wird. Bei den vorbereitenden Besichtigungen stießen wir auf ein bisher weitgehend unbekanntes, einzigartiges klassizistisches Fachwerkhaus (vermutlich 1827 in die Stadtmauer als erstes medizinisches Bad der Stadt gebaut), das zur Aufnahme in die Kreisdenkmalliste vorgeschlagen wurde und später als attraktives Café und oder Ausstellungsgebäude innerhalb der Uferpromenade genutzt werden könnte (Abb. 12, 13).

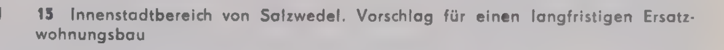
Das Verbot von Flächenabbrüchen hat jahrelange Diskussionen zur Gestaltung der östlichen Altstadt zwischen den Partnern Kreisbauamt, Büro für Städtebau und Institut für Denkmalpflege beendet. In diesem Teilbereich gibt es mehrere Abrißflächen und Ruinen, die die Qualität der noch bewohnten Gebäude stark beeinträchtigen. Das Institut hatte deshalb einer teilweisen Neubebauung mit Forderung nach Höhenbegrenzung und Schaffung von Straßenräumen zugestimmt. Bis heute jedoch konnte das bezirkliche Bauwesen für eine Neubebauung mit den geforderten Gestaltwerten, auf kompressiblem Baugrund mit hohem Grundwasserstand keine geeigneten Gebäude anbieten; für Eigenheime ist das Gelände nur in Teilbereichen geeignet. Vom Büro für Städtebau werden deshalb in der Leitplanung von 1982 Varianten angeboten, die der Stadt zu gegebener Zeit Handlungsspielraum lassen für die Festlegung der notwendigen Maßnahmen und Neubauten, ausgehend von dem dann vorhandenen Bauzustand (Abb. 14, 15).

3. Zu Einzelmaßnahmen

Der Stadtkern von Salzwedel bietet heute ein gutes Bild. Grund hierfür sind weniger die 1982 besonders umfangreichen Malerarbeiten zur Instandhaltung und Verschönerung der Fassaden (Abb. 16), sondern die kontinuierliche Instandhaltung der meisten Gebäude durch die Eigentümer, Rechtsträger oder die Gebäudewirtschaft. Die Beratung, Kontrolle und Einflußnahme durch die Staatliche Bauaufsicht[6] und den Kreisarchitekten in Abstimmung mit dem Stadtbauamt auf die individuellen Initiativen und auf die Arbeiten der Maler (vorherige Abstimmung mit Festlegungen nach Farbkatalog) leiten diese vielfältigen Maßnahmen. So kommt es, daß im Altstadtkern bisher noch fast alle neuen Fenster auch wieder eine Teilung erhalten haben – in positivem Gegensatz zu anderen Städten, deren Fassaden an historischen Häusern mit querliegenden oder sprossenlosen Fenstern gesichtslos, unproportioniert oder wie durchlöchert wirken. Für die im Erdgeschoß oft notwendigen Fenstersicherungen werden die alten Fensterläden beibehalten, oder neue Rolljalousetten über den Fenstern außen bündig so eingesetzt, daß sie sich in die traditionelle Fassade einfügen. Ein Pro-



14 Innenstadtbereich von Salzwedel. Vorschlag für Baulückenschließung und weitgehende Gebäudeerhaltung





15 Innenstadtbereich von Salzwedel. Vorschlag für einen langfristigen Ersatzwohnungsbau





16

17

16 Blick in die Burgstraße (Stand 1982)

17 Haustür (An der Marienkirche 4)

18 Fachwerkhaus Reiche Straße 12

18

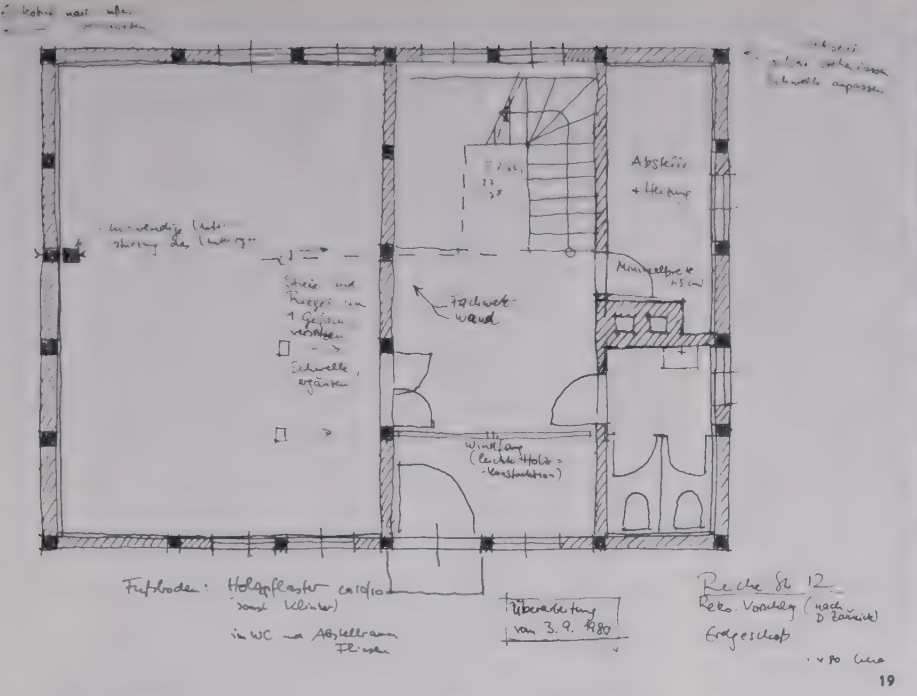


blem ist die Gestaltung des Deckenbereichs zwischen Erd- und Obergeschoß (Rähm – Deckenbalken – Schwelle), der im 18. und frühen 19. Jh. mit einem breiten horizontalen profilierten Brett verdeckt wurde und für das, wenn es schadhaft geworden ist, kaum Ersatz beschafft werden kann: mehrere schmale oder kleine senkrechte Bretter bieten keine Lösung auf Dauer. Das Bemühen um Erhaltung brauchbarer Bauteile ist beispielsweise an den Haustüren zu erkennen, deren solide verarbeitetes, trockenes und dickes Holz nicht weggeworfen und durch eine neue Tür ersetzt, sondern vom Tischler repariert wird (Abb. 17).

Die Wohnhäuser sind in der Regel Fachwerkhäuser. Aus schwerem Eichenholz, mit Lehmstakungen ausgefacht, die im Laufe der Zeit durch verputzte oder sichtbare Ziegel ersetzt wurden, mit Schnitzereien um die Türen, aber sonst schmucklos und konstruktiv eindrucksvoll gezimmert stehen hervorragende Hausindividuen aus dem 16. und 17. Jh. neben den im Stadtbild überwiegenden einfachen Fachwerkhäusern des 18. und 19. Jh., ein- oder untergeordnet dazwischen jüngere Massivbauten. Der umfangreiche Wohnungsneubau am Stadtrand hat für Salzwedel infolge des großen Einwohnerzuzugs glücklicherweise noch nicht solche Probleme wie in anderen Städten bewirkt: der Auszug aus dem Stadtkern in fernbeheizte pflegeleichte Neubauwohnungen, als dessen Folge leerstehende Altbauten zurückbleiben[7].

Für Ausbauten, aber auch für Neubauten von Einfamilienhäusern in geschlossenen Straßenfluchten und in angepaßter Gestaltung gibt es in Salzwedel schon mehrere gute Beispiele (z. B. im Perver). Beispielhafte Modernisierungen von Fachwerkhäusern wurden in den 50er und frühen 70er Jahren an einigen besonders wertvollen Gebäuden im Süden der Altstadt durchgeführt. Mit der Zulassung eines sieben Mann starken, damit überschaubaren und für Instandsetzungen leistungsfähigen Handwerksbetriebes vorwiegend für Bauarbeiten im Bereich der Denkmalpflege ergab sich seit 1979 die Möglichkeit, wieder denkmalpflegerische Arbeiten an Fachwerk-Wohnhäusern und städtischen Gemeinschaftsbauten durchzuführen.

1980 bis 1982 wurde das vermutlich 1586 erbaute Fachwerkhaus Reiche Straße 12 instandgesetzt (Abb. 18). Nach den letzten Erhaltungsarbeiten 1934 (Schwelle) und



19



20

19 Rekonstruktionsvorschlag für das Haus Reiche Straße 12 (Stand 1980). Erdgeschoß
20 Reiche Straße 12. Auskragungsdetail während der Bauarbeiten
21 Haus An der Katharinenkirche 6
22 Haus Radestraße 9

1942 (Sicherung an der Auskragung) wurde 1967 der Abbruch diskutiert, 1973 stand das Haus auf der Abbruchliste des VEB Gebäudewirtschaft, 1976 wurde die letzte Wohnung geräumt, und seitdem verfiel das Haus schnell. Für ein Einfamilienhaus zu groß, für ein Zweifamilienhaus zu klein, wurde vorgesehen, das Gebäude künftig für den Kulturbund zu nutzen. Auf der Grundlage einer Belegarbeit im postgradualen Studium an der TU Dresden* wurden seit 1980 in unbürokratischer Zusammenarbeit zwischen dem Erarbeiter des Beleges, einem Mitarbeiter der Staatlichen Bauaufsicht, dem Institut für Denkmalpflege und dem neuen Baubetrieb ohne großes Projekt, zumeist auf der Grundlage von A4-Skizzen (Abb. 19) und vor allem durch regelmäßige Beratungen auf der Baustelle die Instandsetzung und der Ausbau durchgeführt. Denkmalpflegerische Forderung war die Erhaltung des Fachwerkbestandes außen und weitgehend auch innen. Die 1 m weite Auskragung über die Jeetze war im unteren Bereich völlig verfault und erforderte unter der Schwelle eine Stahlbeton-Kragplatte (Abb. 20). Holzauswechslungen wurden mit Altholz durchgeführt. Ausgemauert wurde mit Hochlochsteinen, die Holzfußböden mußten bis zu 50 cm in der Höhe ausgeglichen werden. Verzögerungen bei den NAN (Holztreppe, Heizung) verspäteten die für Sommer 1982 vorgesehene Fertigstellung. Im Erdgeschoß wurden ein Veranstaltungsraum von 40 m^2, das Treppenhaus mit Garderobe, Heizraum und WC, im Obergeschoß ein Veranstaltungsraum von 20 m^2, Büroräume, Teeküche und WC, und im ausgebauten Dach zwei Zirkelräume, Dunkelkammer und Archiv eingerichtet.
1982 wurden die Gebäude An der Katharinenkirche 6 und Wollweberstraße 72 (15./16. Jh. und 18. Jh.) in den Straßenfassaden instandgesetzt. Ihre neue Farbigkeit hat große Wirkung im Stadtbild (Abb. 21). An der Katharinenkirche 6, die alte Lateinschule, zeigte unter dem Putz einen interessanten spätgotischen Backsteinbau mit hoher Blendengliederung, der aber wegen der großen jüngeren Störungen (neue Fenster, Veränderung der Geschoßdecke, jüngerer Fachwerkaufsatz) wieder verputzt wurde.
Für 1983 (Projekt) und 1984 (Bau) wird die Instandsetzung eines weiteren Fachwerkhauses, das reich geschnitzte sog. „Ritterhaus" (Radestraße 9, 1596 erbaut) (Abbildung 22) vorbereitet, und für 1985 das Fachwerkhaus Lohteich 29 31 (um 1580 erbaut) (Abb. 23). Bei beiden Gebäuden wurde 1982 das Dach durch Sparrenverstärkungen und Schließen der Löcher in der Dachhaut gesichert, um den Reparaturaufwand bis zum Baubeginn nicht ansteigen zu lassen. Beide Gebäude haben (zufälligerweise) problematische Dachkonstruktionen, die Vorfahren der heute üblichen Sparrendächer sind (Sparren sitzen beiderseits auf Stichbalken anstatt richtiger auf durchgehenden Spannbalken (Abb. 24) bzw. zwei Teildachstühle jeweils zwischen Firstständern eingebunden (Abb. 25)) und deshalb trotz konstruktiver Probleme erhalten werden müssen. Bei beiden Häusern ist die Einbeziehung des sehr niedrigen Zwischengeschosses in die neue Wohn-Nutzung noch nicht geklärt: sein Wegfall würde das Bild und die für Fachwerkhäuser des 16. Jh. typische Gebäudestruktur ungünstig verändern.
Auch von anderen Einrichtungen, wie der

21



22



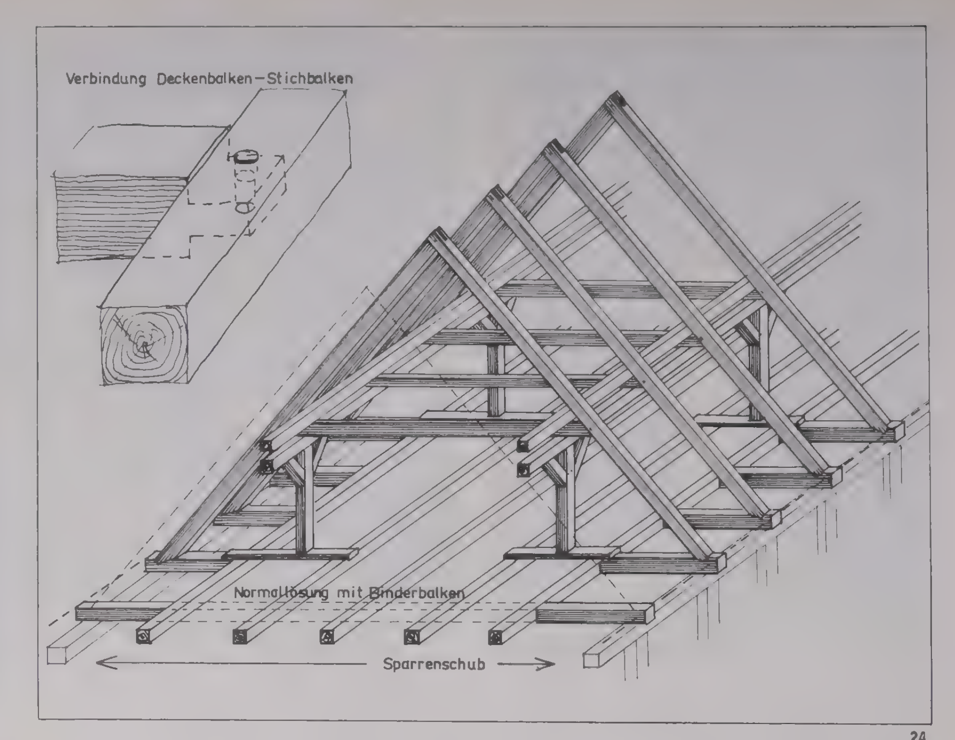
Gebäudewirtschaft, dem HAG oder von Betrieben für ihre Mitarbeiter wird die Instandsetzung und Modernisierung einzelner Gebäude im Stadtkern vorbereitet und durchgeführt, wobei der Denkmalpflege-Baubetrieb im Rahmen seiner Möglichkeiten, vor allem bei Denkmalen mit der Sicherung und Wiederherstellung des Fachwerkgerüstes, im Grenzfall auch der Fassadenbergung und dem Wiedereinbau Zuarbeiten leisten wird. Insgesamt ist vorgesehen, daß von diesem Betrieb ständig ein Fachwerkhaus in Arbeit ist, das in Holzgerüst und Dach instandgesetzt und gesichert wird, um dann vom Rechtsträger als Mietwohnung oder vom Eigentümer als Eigenheim ausgebaut und fertiggestellt zu werden: ein kleiner Beitrag der Denkmalpflege zum Wohnungsbauprogramm.

Das für seine Arbeiten an Fachwerkhäusern notwendige Holz, vor allem Eichenholz großer Abmessungen, wird vom Denkmalpflege-Baubetrieb aus nicht mehr genutzten oder baufälligen Scheunen im Kreis als Winterarbeit geborgen, dazu auch wiederverwendungsfähige Dach- und Mauerziegel und keramische Fußbodenplatten. Damit wird ein Materialfonds geschaffen, der das in Abmessungen und Struktur jeweils günstigste Altmaterial für Reparatur oder Auswechslung bereithalten kann und den Bedarf an neuem Holz auf Dachstühle, Fußböden oder Ausbauelemente, wie Treppen, reduziert. Künftig sollen auch schadhafte Gefache nicht mehr durch neue Ausmauerungen ersetzt, sondern wieder mit dem leichteren und besser wärmedämmenden Lehmmörtel repariert oder durch neu einzubauende Lehmstakungen ersetzt werden.[9]

Für die Instandhaltung und Instandsetzung der Gemeinschaftsbauten sind die Probleme unvergleichlich größer. 1979 bis 1981 wurde das Geburtshaus von Jenny von Westphalen, der späteren Frau Marx (die einzige bauliche Marx-Gedenkstätte in der DDR), in ursprüngliche Bauformen gebracht und museal eingerichtet[10]: Seit 1982 wird auch der hinter dem Haus liegende Gartenhof in einen dem Museum gemäßen Zustand versetzt. Als erstes sind die den Hof umgebenden Mauern (u. a. ein Stück Stadtmauer) instand gesetzt worden, eine Gestaltung der Freifläche erfolgt 1983.

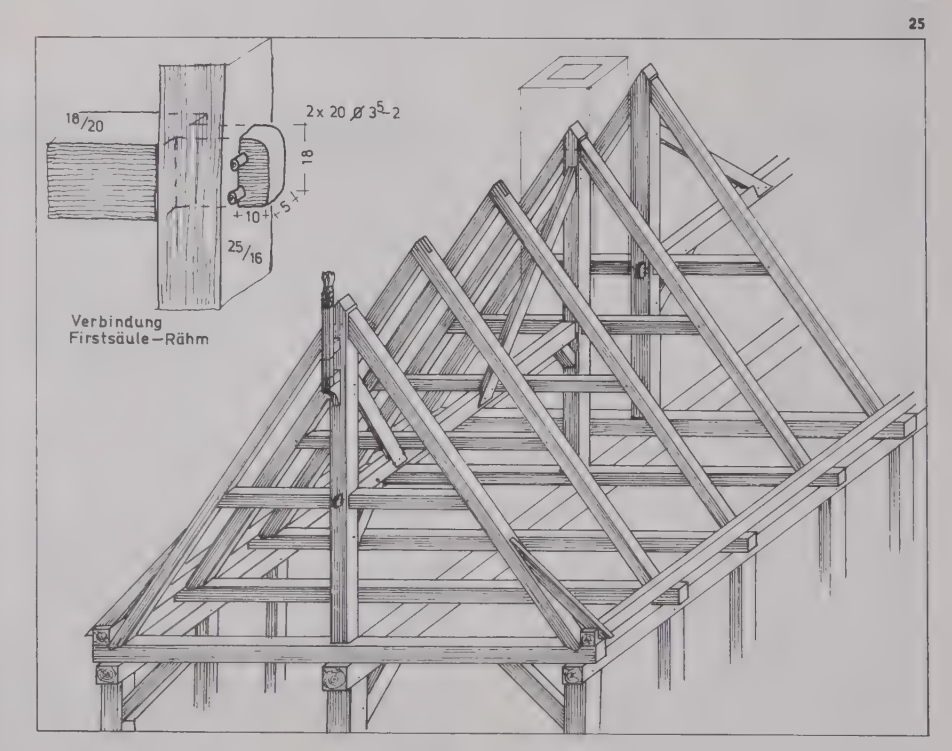
Seit mehreren Jahren werden Reparaturen an den großen Stadtkirchen St. Marien (vor allem am sehr defekten Dach, 1982 dazu die baufälligen Nordkapellen), St. Katharinen (Innenraum) und der Mönchskirche (Arbeiten am Dach und an den Fenstern, z. Z. ohne Nutzung, als Veranstaltungs- und Konzertraum der Stadt vorgesehen) ausgeführt. Der Denkmalpflege-Baubetrieb hat 1982 den spätgotischen Neuperver-Torturm repariert (Sicherung der lockeren Giebelabschlüsse, Mauerwerksausbesserung und Verfugung, Verputz und Anstrich der Blenden, Dachreparatur)[11] (Abb. 26) und wird 1983 das kleinere, aber reicher geschmückte Steintor – Symbolzeichen der 750-Jahr-Feier der Stadt im Juni 1983 – instand setzen. Seit Frühjahr 1983 werden Instandsetzungsarbeiten an der „Alten Münze", Altperverstraße 22 (Abb. 27), ausgeführt, welche die Bauhülle des wohl einzigen erhaltenen spätgotischen Münzgebäudes auf dem Gebiet der DDR sichern und den späteren Ausbau vorbereiten sollen. Salzwedel besaß von 1314 bis 1488 das Münzprivileg, und aus dieser Zeit stammen die Außenmauern und der Schmelzofenrest. Die oberen Giebel und das Dach wurden im 17. Jh. erneuert. Vom VEB Denkmalpflege Magdeburg wurde 1976 der bis zur Unkenntlichkeit vollgebaute Innenraum entkernt sowie die auf 10 m Länge bis 70 cm nach außen abkippende Ostwand und das Dach gesichert. Nach einer Belegarbeit zum postgradualen Studium an der TU Dresden[12] zur Nutzung als Kulturhaus wurde entsprechend der Wünsche des Rates der Stadt von den gleichen Autoren 1981 ein Nutzungsvorschlag als Musikschule erarbeitet, der vom Institut für Denkmalpflege überarbeitet und 1982 mit einer denkmalpflegerischen Zielstellung bestätigt wurde. Für die konstruktiven Probleme der Ostwand und der Straßenwand wurden Lösungsvorschläge ausgearbeitet[13]: Haftstützen hinter den schmalen Mauerpfeilern und eine horizontale Scheibe im Deckenbereich zur Versteifung der ausknickenden Straßenwand. Auf ihrer Grundlage werden derzeit Teilprojekte ausgearbeitet, die das Gebäude sichern und im Äußeren 1983 wiederherstellen sollen. Der Ausbau zur Musikschule wird später in der fertigen Hülle von einem anderen Baubetrieb ausgeführt: im Erdgeschoß ein großer Saal mit Nebenräumen und Toiletten sowie eine Galerie, im Obergeschoß Unterrichtsräume.

Die Erhaltung und Entwicklung von Stadtstruktur und Stadtbild ist in Salzwedel, wie darzulegen versucht wurde, Anliegen der Bürger und vieler Institutionen[14]. Aus unserer Sicht ergibt sich die Notwendigkeit, daß die in den 70er Jahren gültige Arbeitsweise zur Generalbebauungsplanung inhaltlich und methodisch verändert und dem heuti-



24

25





23 Haus Lohteich 29/31. Fassadendetail
24 Haus Radestraße 9. Isometrie des Dachstuhls
25 Haus Lohteich 29/31. Isometrie des Dachstuhls

23





26 Neuperver Torturm. Stadtseite





27 Haus Altperverstraße 22 („Alte Münze")

gen Stand der Baupolitik angepaßt werden muß und daß die bisher alleinige Verantwortung der Städteplanung für die weitere Entwicklung der Stadtkerne einer Vielzahl von Partnern gewichen ist (Bürger, Gebäudewirtschaft, HAG, Stadtbauamt, Kreisbauamt), die sinnvoll koordiniert werden und für die die örtlichen Räte mit dem Stadtbauamt ihre Verantwortung für Stadtstruktur und Stadtbild wieder verantwortlicher wahrnehmen müssen. Dann wird es leichter, das Wertvolle der Vergangenheit und Gegenwart für die nachfolgenden Generationen zu bewahren und das Heimatgefühl der Bürger in einer reichen, schönen Umwelt zu stärken.

Anmerkungen

1 Ein städtebauliches Denkmal der Kreisliste. Autoren waren der Architekt R. Linneke und der Städtebauer Dr. Ludwig, beide aus Berlin. Die Leitung der MISPAG-Genossenschaft hat durch ständige Instandhaltung der Bauten und kluge Lenkung der Modernisierungswünsche einen wichtigen Anteil an der Erhaltung und Pflege der Architektur dieses Wohngebietes.

2 In der Arbeitsstelle Halle werden für alle städtebaulich und denkmalpflegerisch wichtigen Städte der Bezirke Halle und Magdeburg „Städtebaulich-denkmalpflegerische Analysen und Zielstellungen" erarbeitet, bis Ende 1982 für 86 Städte. Sie sollen in den nächsten Jahren auch für die restlichen der insgesamt 140 Städte beider Bezirke erarbeitet werden. Zur Ausarbeitung gehören ein Textteil (Städtebaurelevante Entwicklung, Wertung des Bestandes, detaillierte Zielstellung) und eine Karte mit Darstellung der Denkmale, Ensembles, Schutzgebiete und Empfehlungen zur Erhaltung. Sie wird als Entwurf vom Institut für Denkmalpflege erarbeitet und den Staatsorganen im Bereich Kultur (Stadt, Kreis, Bezirk) sowie dem Bauwesen (Stadt- oder Kreisbauamt, Büro für Städtebau) zugeleitet. In allen Arbeitsstellen des Instituts für Denkmalpflege werden diese Analysen/Zielstellungen mit gleichem Inhalt, aber je nach Arbeitsmöglichkeiten unterschiedlicher Form für alle wichtigen Städte der Bezirke ausgearbeitet. Sie haben die gleiche Aufgabe wie die Gutachten der Versorgungsträger, des Baugrundes u. ä. und sollten in der Regel vor Planungsbeginn vorliegen, um Arbeitsgrundlage des Architekten oder Städteplaners zu werden.

3 In Städten mit geringerem oder keinem Denkmalwert überwiegen gegen die Empfehlungen der Denkmalpflege zu Stadtstruktur und Stadtbild oft noch die Fachargumente der Verkehrsplanung und der Bauproduktion oder werden Kompromisse mit möglichen Teilabbrüchen gefunden.

4 Dieses differenzierte Herangehen bei der Altstadt von Salzwedel wurde einerseits aus dem hohen Denkmalwert, andererseits aus den Schlußfolgerungen der Einwohner-, Haushalts- und Wohnungsbedarfsentwicklung für die Standortpolitik des Wohnungsbaues abgeleitet. In ähnlicher Weise wurde 1982 im Büro für Städtebau Magdeburg auch die Leitplanung für die Stadt Schönebeck (Elbe) ausgearbeitet, in deren „Leitplan der Baumaßnahmen" die vorhandene Bebauung mit ihren Baufluchten beibehalten und mit der Möglichkeit der Baufluchtänderung bei Neubaumaßnahmen kombiniert dargestellt wird. Damit können neue Entwicklungen vorbereitet werden, ohne eine mögliche Erhaltung des Bestandes auszuschließen.

5 In Wernigerode sind ähnliche Bereiche im Nordwesten und Nordosten des Stadtkerns die bestgepflegten der Stadt; ähnlich entwickelt sich die Bausubstanz in Quedlinburg mit Unterstützung der Denkmalpflege im Nordosten des Stadtkerns, am Schloßberg und auf dem Münzenberg.

6 Der Mitarbeiter der Staatlichen Bauaufsicht ist in Salzwedel gleichzeitig Beauftragter für Denkmalpflege. Die 1982 noch unbesetzte Planstelle des Stadtarchitekten wirkt sich ungünstig auf die Planung und Lenkung der Stadtgestaltung und die Initiativen der Bürger aus. Oft sind die gesetzlichen Regelungen des Bauwesens und der Denkmalpflege zur Einholung der Zustimmung des örtlichen Rates vor Veränderungen an der Fassade (auch bei Fensterteilungen) dem Bürger unbekannt oder werden von ihm mißachtet. Es besteht ein Beirat für Stadtgestaltung unter Leitung des Rates der Stadt (Stellv. Bürgermeister für Planung), der viele der genannten Maßnahmen koordinieren und dessen Tätigkeit (mit einem neuen Stadtarchitekten, dem BdA/DDR u. a.) reaktiviert werden soll. Auch die Presse soll stärker in die Propagierung guter und Anprangerung schlechter Beispiele einbezogen werden.

7 Mit einem weiteren, 1983 beginnenden großen Neubaugebiet könnten in den nächsten Jahren auch hier solche Probleme entstehen.

8 1978 von Bauingenieur D. Zaunick

9 Paradoxerweise kein Rückschritt, sondern ein Fortschritt zu vernünftigerem und ökonomischerem Bauen. Erste praktische Kenntnisse wurden 1982 bei einem Erfahrungsaustausch im Freilichtmuseum Hohenfelden/Landkreis Weimar gewonnen. Seit einigen Monaten arbeitet bereits der Baubereich Osterwieck des VEB Denkmalpflege Magdeburg mit Lehm und hat beste Ergebnisse bei Ausbesserungen oder dem Ersatz schadhafter Lehmgefache am Alten Rathaus und am „Eulenspiegelhaus" Schulzenstraße 8 erreicht. Auch in Osterwieck wird in jedem Winter Altmaterial, vor allem Eichenholz, geborgen – diese langsam versiegende Quelle sollte von jeder Stadt mit Holzbauten genutzt werden!

10 Siehe „Architektur der DDR", Heft 12/1981, S. 729–732

11 Im Obergeschoß wird ein Raum für Veranstaltungen der Kreisgruppe des BdA/DDR und andere Veranstaltungen des Bauwesens eingerichtet

12 1977 von Bauingenieur Blomer und Bauingenieur Harnisch

13 Von den o. g. Autoren unter Konsultation des Sachverständigen für die konstruktive Sicherung von Baudenkmalen Dipl.-Ing. Preiß (Dresden)

14 Genannt werden muß hier vor allem die vorbildliche Arbeit des Beauftragten für Denkmalpflege, Bauingenieur W. Meyer. Auch der Kreisarchitekt Dipl.-Ing. R. Matzat hat Anteil am guten Gesamtergebnis. Vom Institut für Denkmalpflege sind die Architekten G. Leopold und G. Voß langjährig für Salzwedel tätig, vor allem an den bedeutenden Kirchenbauten.



1

Reihenhaus – Eigenheimsiedlung in Ludwigsfelde



2

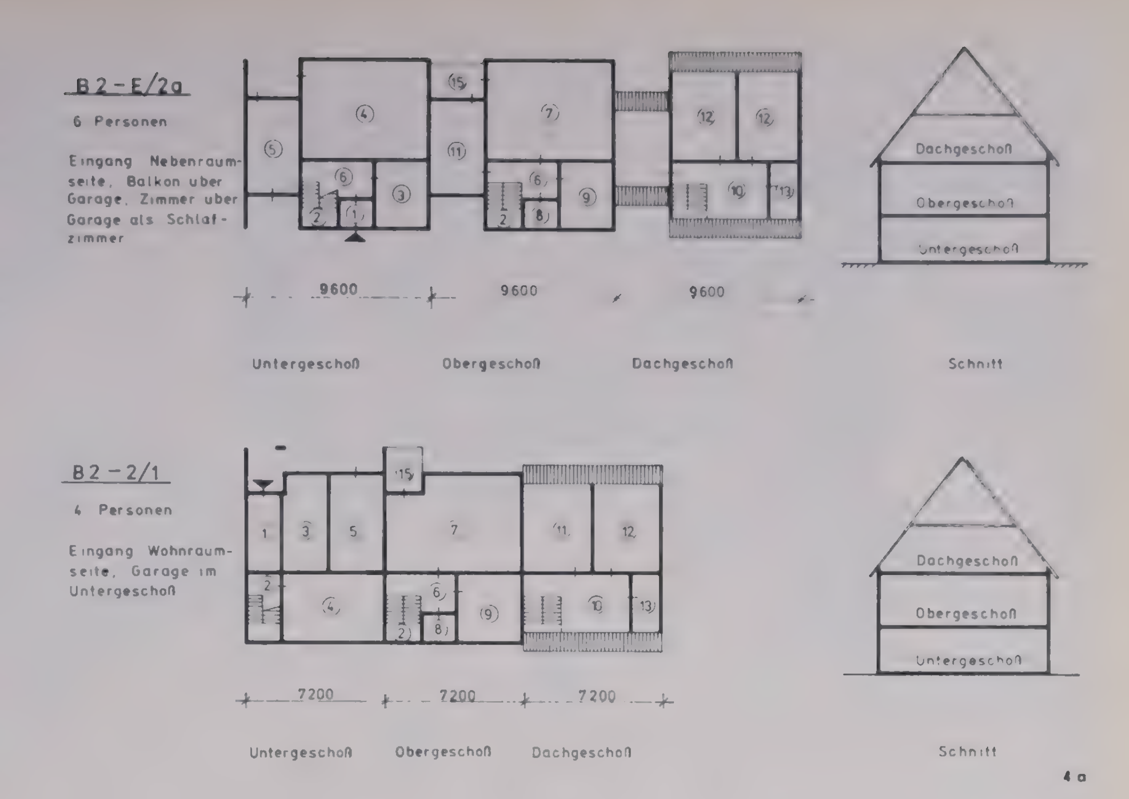
3



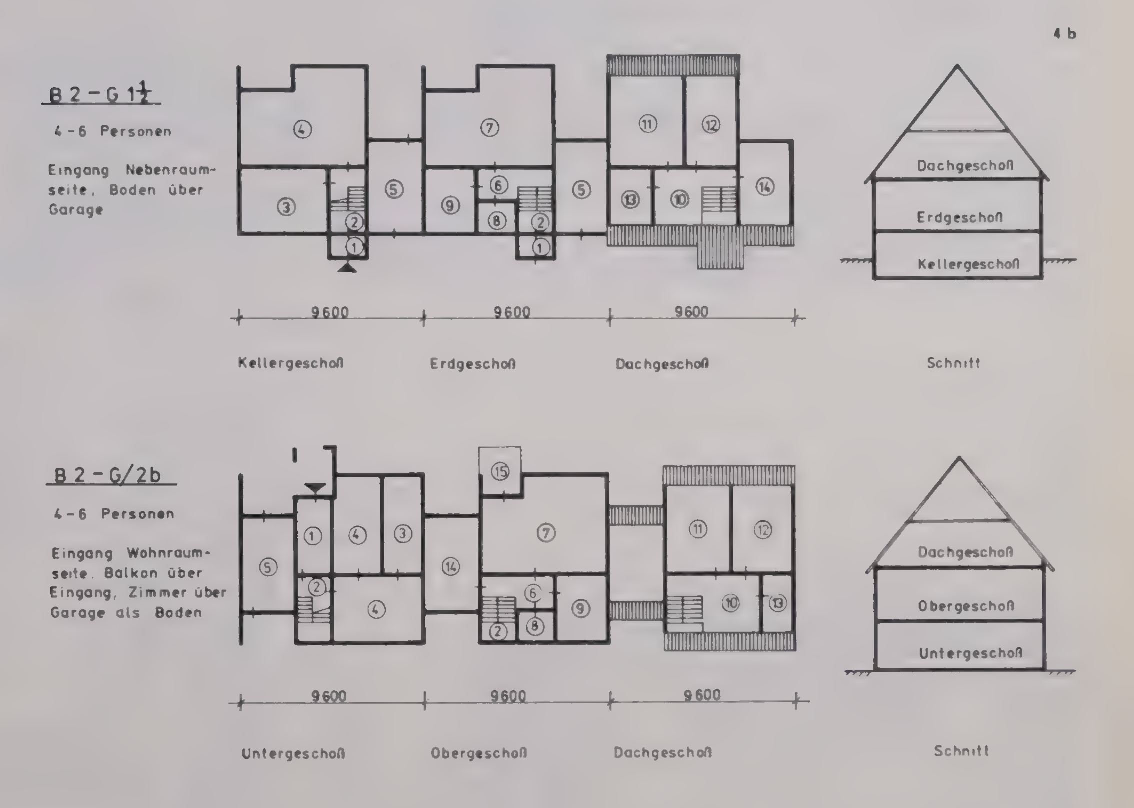
Dipl.-Ing. Cornelia Senst
Büro für Städtebau Potsdam

„Der Bau von Eigenheimen ist und bleibt ein fester Bestandteil des komplexen Wohnungsbaus. Dabei empfiehlt es sich aus Gründen der besseren Baulandnutzung und der Material- und Energieeinsparung, aber auch im Hinblick auf eine geschlossene städtebauliche Wirkung verstärkt auf die Errichtung von Reihenhäusern zu orientieren." (Aus „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR")

1
Fertiggestellte Reihenhäuser im 1. Bauabschnitt
2
Der gute Gesamteindruck der Gebäude wird zum Teil durch unterschiedliche Eingangsbauwerke geschmälert.
3
Beeinträchtigung der Gesamtfunktion durch Projektänderung; hier zum Beispiel durch Garagenverlagerung unter die Terrasse
4a/4b
Varianten der Reihenhaus-Serie B 2
1 : 350
1 Windfang
2 Treppenhaus
3 Heizraum
4 Keller
5 Garage
6 Flur
7 Wohnzimmer
8 WC
9 Küche
10 Flur/Treppenhaus
11 Schlafzimmer
12 Kinderzimmer
13 Bad und WC
14 Boden
15 Balkon



Städtebauliche Konzeption und Realisierungsordnung
Kollektiv des Büros für Städtebau Potsdam, Bereich Süd
Dipl.-Ing. Cornelia Senst, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Karin Ahnert Gartenbauingenieur
Ursula Muschiolik, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Liebgard Schiemann, Architekt BdA/DDR
Ingenieur für Farbgestaltung Bernd Krenkel



Im Jahre 1976 wurde durch den Rat des Bezirkes Potsdam für Ludwigsfelde der Bau von über 200 Eigenheimen, vorrangig für Arbeiter des Automobilwerkes, beschlossen. Durch die örtlichen Organe, Vertreter des Kreisbauamtes und des Büros für Städtebau in Zusammenarbeit mit der Abteilung Eigenheimbau des Instituts für Landwirtschaftsbauten der Bauakademie der DDR wurden Interessenten für den Reihenhausbau geworben.

Im Bezirk Potsdam war damit die Realisierung des größten Eigenheimbaukomplexes begonnen worden.
In der Folgezeit häuften sich die Initiativen der Bürger und die unterstützenden Aktivitäten des Trägerbetriebes. Der Vorlauf der städtebaulichen Konzeptionen war teilweise zu gering, und eine exakte Anpassungsprojektierung hatte Mängel. Es zeigte sich, daß ein Komplexstandort dieser Größenordnung eine intensivere Durcharbeitung der bauvorbereitenden Maßnahmen und des Realisierungsprozesses verlangte, als es bei bisherigen kleineren Standorten der Fall gewesen war. Der gesamte Komplex unterteilt sich entsprechend der planerischen Vorbereitung sowie nach Realisierungsphasen in drei Bauabschnitte.
Der erste Bauabschnitt umfaßt 55, der zweite 95 und der dritte 85 Eigenheime.
Während der Realisierung des ersten Bauabschnittes (55 Eigenheime) wurden Ände-

rungen der ursprünglichen Planung und viele operative Entscheidungen notwendig.

Die verstärkten Bemühungen der Städteplaner, der örtlichen Organe und des Trägerbetriebes um eine weitere Verbesserung der städtebaulichen Qualität wurden im 2. Bauabschnitt sichtbar.

Vor dem Planungsbeginn des 3. Bauabschnittes gab es im Büro für Städtebau gemeinsam mit dem Rat der Stadt Ludwigsfelde grundsätzliche Überlegungen, um den Reihenhausbau besser vorzubereiten, durchzuführen und den individuellen Interessen der Bauwilligen mehr Rechnung zu tragen. Die Erkenntnisse aus einer Analyse der Arbeiten am 1. und 2. Bauabschnitt zeigten folgendes auf:

Die Beschlußfassung für die Errichtung des Reihenhauskomplexes und der Baubeginn folgten zeitlich dicht aufeinander. Das hatte zur Folge: Es gab keine, für diese Baumaßnahme unbedingt notwendige, ausreichend durchgearbeitete Aufgabenstellung.

Die städtebauliche Dokumentation war nicht aussagefähig genug, um auch „Nicht-Baufachleuten" verständlich zu sein. Die verantwortlichen örtlichen Organe hatten nicht genügend Zeit, um sich auf die kommenden Aufgaben einzustellen und die notwendigen Maßnahmen zu koordinieren. Der Vorlauf für die stadttechnische Erschließung, für einen Reihenhauskomplex dieser Größenordnung besonders wichtig, war nicht gegeben.

Die Interessengemeinschaft mit 40 bis 60 Mitgliedern waren zu groß, um die vielfältigen Bedürfnisse und Anforderungen verwirklichen zu können.

Der Bau der Häuser wurde zum Teil ohne Genehmigung der Staatlichen Bauaufsicht begonnen. Eigenmächtige Änderungen der Typenprojekte waren leicht möglich und wurden von den staatlichen Organen geduldet und unzureichend geahndet. Änderungen, wie zum Beispiel der Ausbau vorhandener Garagen zu Wohnräumen und Anlagen von Tiefgaragen unter die Terrassen, die Vergrößerung vom Typ D 2 II zum Typ D 2 III, der Einsatz unterschiedlicher Fenster und Türen in der Straßenfassade sowie der Einsatz anderer Materialien, hatten zur Folge: Abweichung vom städtebaulichen Projekt, Beeinträchtigung des harmonischen Gesamteindrucks, Funktionsbeeinträchtigung des Nachbargrundstücks, Entstehung von Gefahrenpunkten durch mangelnde fachliche Anleitung während der Bauphase, erhöhten Materialbedarf, Erhöhung der Gesamtbaukosten und der laufenden Kosten sowie schließlich eine negative Vorbildwirkung auf weitere Bauwillige.

Planung des dritten Bauabschnittes

Im Ergebnis dieser Analyse wurden für den 3. Bauabschnitt, dessen Planung im Jahr 1980 begann, folgende Schwerpunkte festgelegt:

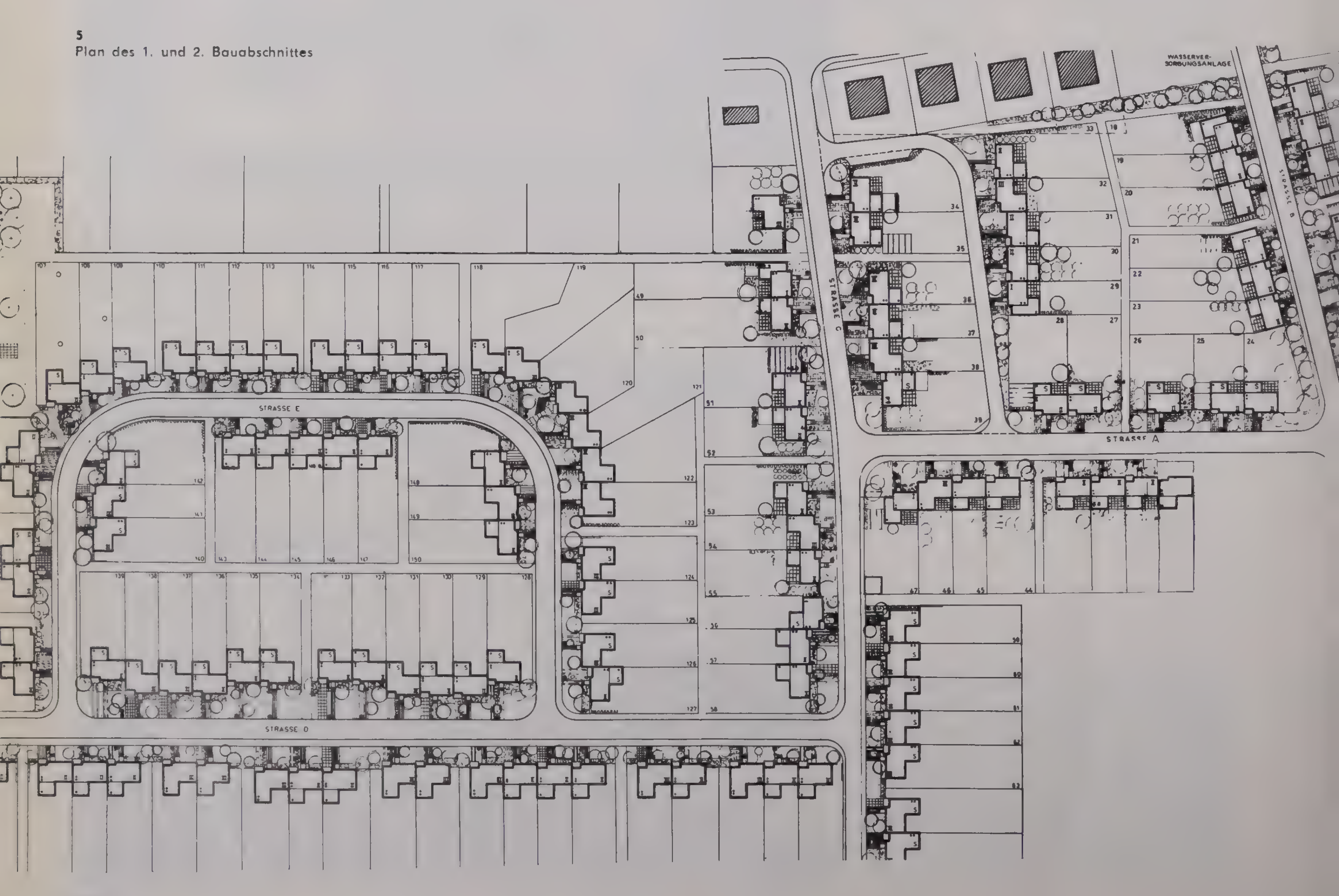
- Die Planung muß rechtzeitig und mit einer vom Rat des Kreises bestätigten Aufgabenstellung beginnen.
- In allen Phasen der Vorbereitung und der Baudurchführung sind eine umfassende Zusammenarbeit zwischen örtlichen Organen und dem Büro für Städtebau sowie die Einbeziehung der Bauwilligen zu sichern. Dabei ist die Übereinstimmung zwischen gesellschaftlich-ökonomischen Erfordernissen und den individuellen Bedürfnissen der Bauwilligen mit größter sozialer und städtebaulicher Effektivität zu erzielen.
- Die städtebauliche Dokumentation muß so umfangreich und verbindlich sein, daß eine eindeutige Aussage ablesbar ist. Zur städtebaulichen Konzeption gehört u. a. eine „Realisierungsordnung", die vom Rat der Stadt bestätigt und somit für jeden Bauwilligen für die Realisierung seines Hauses verbindlich ist.
- Die stadttechnische Erschließung des Gebietes ist vor Baubeginn der Reihenhäuser unbedingt durchzuführen.
- Es sind kleine Interessengemeinschaften zu bilden, die jeweils von einem Bauberater zu betreuen sind und die nach einem einheitlichen Anpassungsspiegel arbeiten.

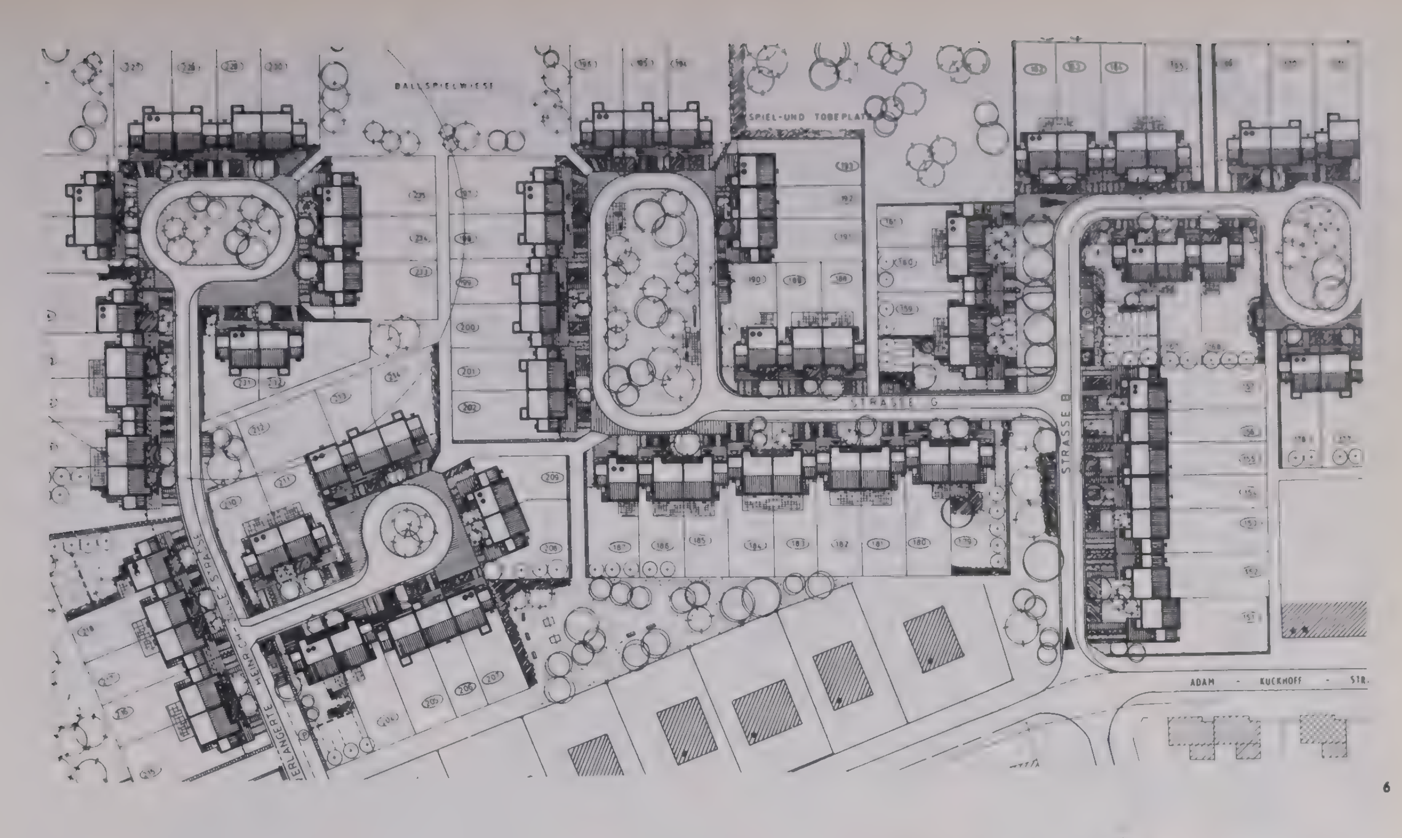
Um das Interesse am Reihenhausbau weiter zu erhöhen und den individuellen Belangen der Bauwilligen und den gesellschaftlich-ökonomischen Anforderungen mehr als bisher nachzukommen, wurde die Anwendung eines neuen Reihenhaustyps vorbereitet. Grundlage für die Entwicklung des neuen Haustyps war eine Entwurfsserie der Bauakademie der DDR. Die Projektierung des Hauses „B 2" übernahm der VEB (K) Bau Belzig.

Die Reihenhausserie „B 2" enthält $1\frac{1}{2}$- und 2geschossige Steildachhäuser. Diese Reihenhäuser sind durch Ausbauvarianten an eine Familiengröße von 2 bis 6 Personen anpassungsfähig. Die zum Garten durchgängige Garage als Ergänzungssegment mit Ausbaumöglichkeiten im Dachgeschoß bietet funktionelle Vorteile und eine architektonisch interessante Gliederung der Fassade. Im Bezirk Potsdam ist mit diesem Eigenheimtyp die Planung von anderen Standorten begonnen worden.

Während der Planungsarbeiten für den 3. Bauabschnitt, die gleichzeitig mit der

5
Plan des 1. und 2. Bauabschnittes





6



7

6
Plan des 3. Bauabschnitts
7
3. Bauabschnitt des Eigenheimkomplexes in der Walter-Rathenau-Straße. Perspektive
8
Zusätzlich zur Realisierungsordnung erhält jeder Eigenheimbauer ein Merkblatt, auf dem alle Angaben für die Hausgestaltung vermerkt sind.

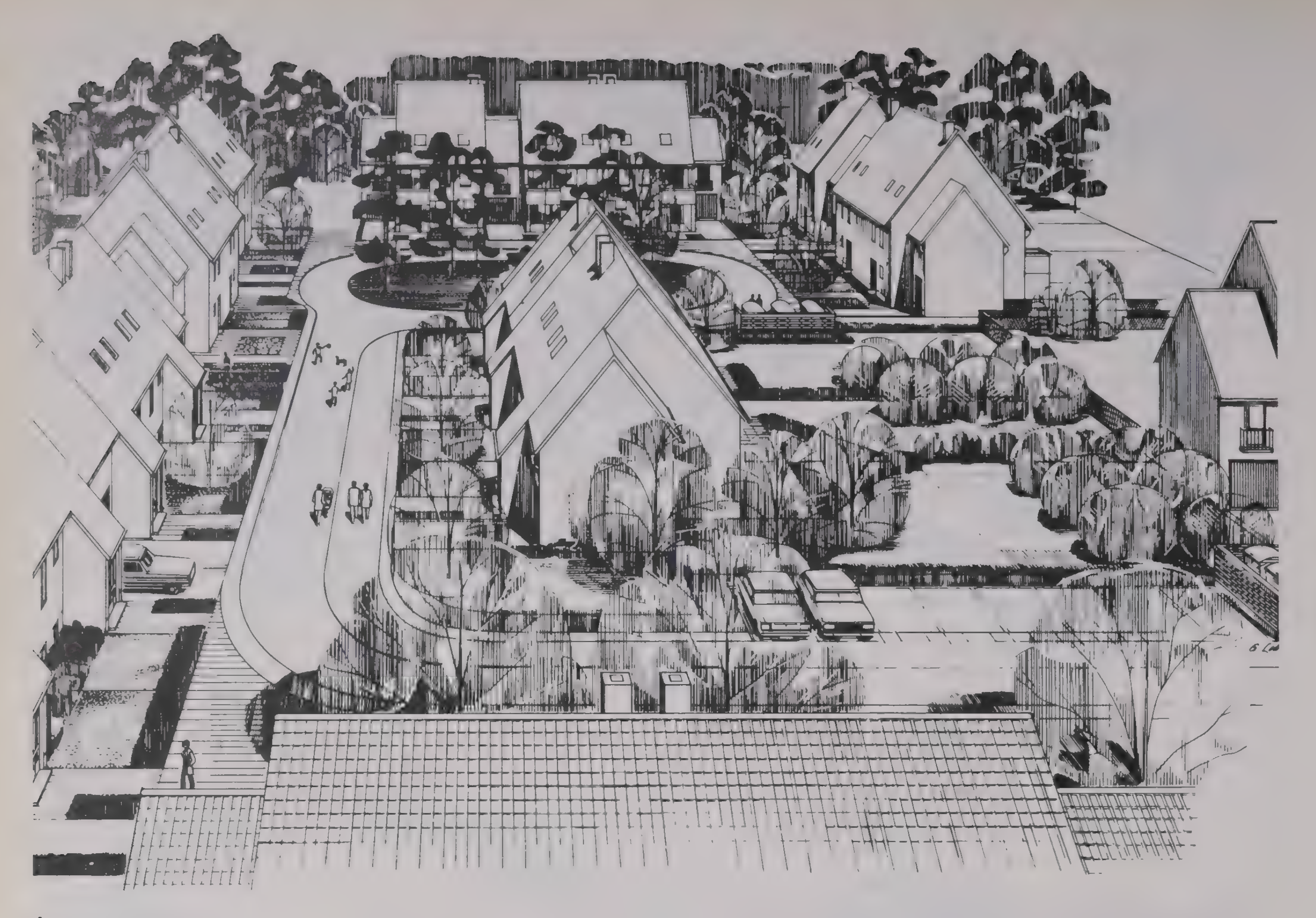
8

MERKBLATT IG 3

TYP B 2 G/1 1/2

DACHDECKUNG	ZIEGEL
PUTZ	RAUHPUTZ
EINGANGSBEREICH	WEISS
SOCKEL	BRAUN
FENSTER- U. TÜRFASCHEN	BRAUN
FENSTERRAHMEN	WEISS
GARAGENTOR	BRAUN
EINGANGSTÜR	BRAUN
GESIMSKASTEN	BRAUN
DACHRINNE	BRAUN

GRUNDSTÜCKSNUMMER 162 NAME ________ 163 NAME ________ 164 NAME ________ 165 NAME ________



9
Teilbereich des 3. Bauabschnitts. Vogelschau

Projektierungsphase abliefen, gab es ständig Konsultationen zwischen dem örtlichen Rat, den Bearbeitern des Büros für Städtebau, der Bauakademie der DDR und den Projektanten. Zusätzlich zu den üblichen Absprachen mit den Medienträgern wurden das Büro für Verkehrsplanung zu Fragen der Verkehrsberuhigung und die Rechtsabteilungen der Bauakademie und des Ministeriums für Bauwesen zur Problematik der „Realisierungsordnung" konsultiert.

In einer Vielzahl von Gesprächen mit den zukünftigen Eigenheimbauern wurden das städtebauliche und gesellschaftliche Anliegen vorgetragen und damit die Mitwirkungsbereitschaft der Bürger im Sinne des städtebaulichen Projektes gewährleistet. Unserer Meinung nach ist es von großer Wichtigkeit, die Gespräche mit den Bürgern kontinuierlich weiterzuführen. Farbig angelegte Schaubilder, Fassadenabwicklungen, Detailzeichnungen von Wohngruppen und Modelle machen die Ideen der Städteplaner verständlicher. Im Ausstellungspavillon der Stadt wird eine Informationsausstellung über diesen Eigenheimkomplex und die dort zu bauenden Haustypen vorbereitet.

Mit der Bebauungskonzeption wird eine „Realisierungsordnung" übergeben. Sie ist Handlungsanweisung für die Interessengemeinschaften und Grundlage für die Arbeit der örtlichen Räte bei der Umsetzung der Bebauungskonzeption in die Praxis. Jeder Eigenheimbauer erhält die Realisierungsordnung mit dem dazugehörigen Merkblatt, auf dem alle Angaben für seine Hausgestaltung vermerkt sind. Auf dem Merkblatt sind alle Häuser einer Interessengemeinschaft als Fassadenabwicklung dargestellt und mit Angaben zur Farbgestaltung, Materialverwendung usw. versehen. Jede Veränderung am Haus bedarf der Zustimmung des örtlichen Rates und des Bearbeiters der Bebauungskonzeption im Büro für Städtebau. Jede Veränderung wird einheitlich für eine Baugruppe durchgeführt, um den städtebaulichen Gesamteindruck zu erhalten.

Städtebauliche Konzeption

Die Planung der Reihenhausbebauung für den 3. Bauabschnitt berücksichtigte folgende Kriterien:

– Es wurden kleine, überschaubare Wohngruppen geschaffen.

– Kurze Straßen enden in Angern bzw. Wendekreisen.

– Der Durchgangsverkehr wird am Wohngebiet vorbeigelenkt und dem Zielverkehr eindeutig der Vorrang gegeben.

– Die Kleingliedrigkeit des Gebietes sichert die Möglichkeit einer Untergliederung in Teilabschnitte und die Bildung kleiner Interessengemeinschaften (3 bis 9 Eigenheime).

– Die nach oben genannten Gesichtspunkten erfolgte städtebauliche Planung bringt eine Verkehrsberuhigung mit sich, die es ermöglicht, daß sich Kraftfahrzeuge (mit begrenzter Geschwindigkeit), Radfahrer und Fußgänger gleichberechtigt auf den Straßen bewegen können, ohne sich gegenseitig zu behindern.

– Zwischen Straße und Grundstücksgrenze werden keine Hochborde errichtet. Der Vorgartenbereich wird einheitlich ohne Zaun gestaltet.

– Als rückwärtige Erschließung wird ein 2,5 m breiter Fußweg geplant.

– Im öffentlichen Straßenbereich sind Müllsammelplätze vorgesehen.

Die Häuser bilden kleine Gruppen, die für die Bewohner überschaubar sind und mit denen sie sich schnell identifizieren. Kurze Straßen und Anger, die im Charakter Wohnhöfen ähneln, schaffen oft wechselnde Eindrücke. Die Häuser sind so angeordnet und ausgewählt worden, daß eine gute Wohnqualität für alle Familien erreicht wird. Die Hausgrößen entsprechen den vom Rat der Stadt ermittelten zu erwartenden Familienstrukturen. Die Grundstücksgrößen liegen zwischen 250 und 300 m².

„Mit den geplanten Mitteln möglichst viele gute Wohnungen zu schaffen, setzt voraus, durch gründliche komplexe Vorbereitung sowie Anwendung rationeller Bebauungsformen und Gebäudelösungen zur Einhaltung der staatlichen Aufwandsnormative bei Gewährleistung einer hohen städtebaulich-architektonischen Qualität der Gebäude und Ensembles beizutragen." (Aus „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR")

Im Sinne dieser Zielstellung ist die planvolle Einbeziehung der Initiativen der Bauwilligen Grundvoraussetzung für die Weiterführung und Qualitätsverbesserung des Reihenhausbaues in Ludwigsfelde zu sehen. Auch nach Abschluß der städtebaulichen Planungsarbeiten ist die Zusammenarbeit zwischen Eigenheimbauern, staatlichen Organen und dem Büro für Städtebau gesichert.



Lösungsvarianten zur Komplettierung innerstädtischer Rekonstruktionsgebiete mit Vorschuleinrichtungen und Schulen

o. Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trauzettel
Dipl.-Ing. Dietmar Wagner
Technische Universität Dresden, Sektion Architektur, Bereich Wohn- und Gesellschaftsbauten

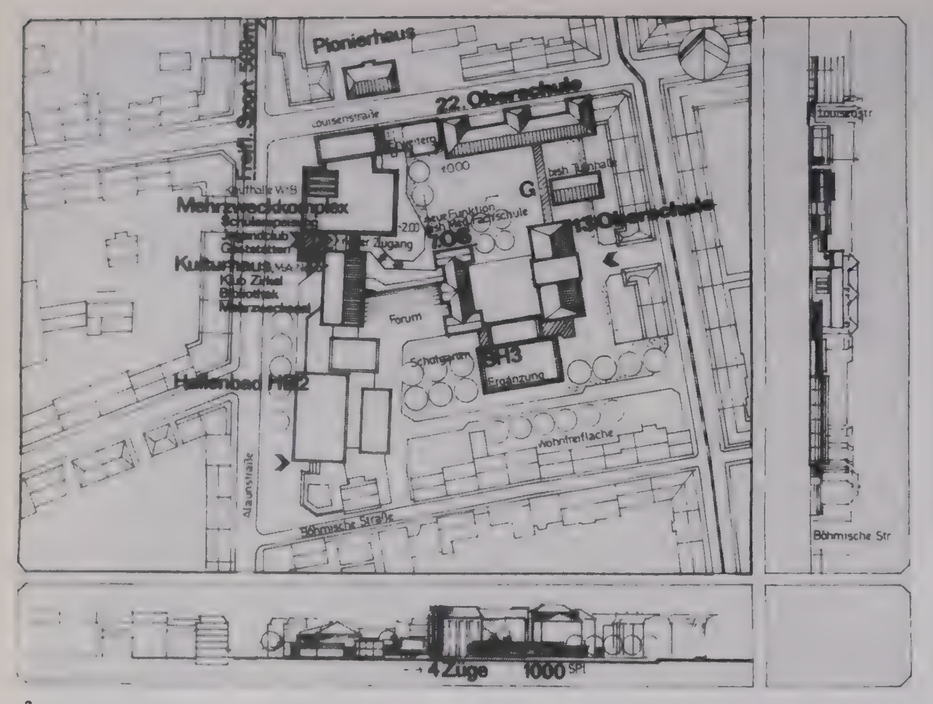
1
Einordnung der Schulen und Vorschuleinrichtungen in das Umgestaltungsgebiet

Die Rekonstruktion eines innerstädtischen Wohn- oder Mischgebietes wird in erster Linie von sozialen Zielstellungen bestimmt. Die vom Kapitalismus hinterlassenen unbefriedigenden Wohnverhältnisse sind nicht allein durch Instandsetzung und funktionelle Vervollkommnung der Wohnung und die Sicherung stadthygienischer Anforderungen zu überwinden. Mit der Rekonstruktion und komplexen Modernisierung wertvoller Bausubstanz einschließlich Lückenschließung, Ersatz-, Ergänzungs- und Erweiterungsbauten müssen die sozialistischen Wesenszüge unserer Städte in diese innerstädtischen Teilgebiete hineingetragen werden. Auch hier sind günstige Voraussetzungen für ein gutes Wohnmilieu zur Entwicklung der sozialistischen Lebensweise und für ein vielseitiges und interessantes gesellschaftliches Leben zu schaffen. Mit der zunehmenden Durchführung des Wohnungsbauprogramms im intensiven Bereich wird es möglich, unsere Städte entsprechend den grundlegenden Zielen des Sozialismus als Ganzes zu vervollkommnen. Mit den „Grundsätzen für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik" haben das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR allen an der weiteren Vervollkommnung unserer Heimat Mitwirkenden – und welcher Bauschaffende, ja welcher Bürger wäre dabei ausgenommen – eine einzigartige, begeisternde Konzeption in die Hand gegeben.

Als Teil sozialistischer Wohnbedingungen bilden die Investitionen für die Gemeinschaftseinrichtungen einen integrierten Bestandteil des Wohnungsbauprogramms. Sie bieten Anregungen für Freizeitaktivitäten, Voraussetzungen für ein vielseitiges gesellschaftliches Leben und für die allseitige Versorgung der Bevölkerung. Durch die „Ausstattung der Wohngebiete mit Gemeinschaftseinrichtungen werden wesentliche Voraussetzungen für ein glückliches Familienleben, für die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Leben, für die Bildung und Erziehung der Jugend und für die Betreuung älterer und behinderter Bürger geschaffen." (1)

Bei der zunehmenden Verlagerung der Baustellen unseres umfassenden Sozialprogrammes von extensiven Neubaustandorten auf innerstädtische Gebiete verändern sich die Proportionen innerhalb der Investitionsanteile für die Wohnung, ihre Erschließung und Freiflächeneinbindung sowie die zugehörigen Gesellschaftsbauten. Gegenüber den effektiven Technologien der Neubautaktstraßen verlangen die differenzierten und komplizierten Anforderungen für die einzelne neugebaute Wohnung im innerstädtischen Baugeschehen größere Aufwendungen. Dafür lassen sich sowohl die vorhandenen Reserven in den Netzen und Anlagen des Verkehrs und der Stadttechnik als auch vorhandene gesellschaftliche Einrichtungen für die Versorgung und Betreuung der Einwohner ausnutzen. Den Gesellschaftsbau insgesamt als Einsparungsfaktor innerstädtischen Bauens mit dem ihm im Neubaugebiet gebührenden Investitionsanteil herauszustellen, wäre unter der eingangs genannten Zielstellung jedoch ein Fehler.

Im Rahmen von Dissertationen und Diplomarbeiten sind am Bereich Wohn- und Gesellschaftsbauten Untersuchungen in städtischen Umgestaltungsgebieten Dresdens, und zwar in der Leipziger Vorstadt und für



2

2
Schule und gesellschaftliches Zentrum

3
Alter Schulteil mit Ersatz- und Ergänzungsneubau, Kindergärten mit Teilaltbaunutzung

Tabelle

Schule	Klassen	Unterrichtsräume	Schüler
7. POS	16	17	416
13. POS	16	20	377
15. POS	26	31	674
22. POS	20	23	500
Ist (zus.)	78	91	1967
Soll (zus.)	80	96	2880

die Äußere Neustadt, durchgeführt worden, die die Erfassung der vorhandenen gesellschaftlichen Einrichtungen hinsichtlich ihres Wertes, deren weiterer Verwendbarkeit, Ergänzung oder Ersatz und schließlich die standortmäßige Einordnung fehlender Funktionen zum Inhalt hatten. War dies festgestellt, interessierte als zweites: Kann für die erforderlichen Ergänzungsbauten das für Neubaustandorte vorgesehene bausteinhafte bezirkliche Erzeugnisangebot verwendet werden? So wurde zum Untersuchungsschwerpunkt, die differenzierte Anwendbarkeit einer auch mit Altbausustanz kombinationsbereiten Bausteinpalette für Gemeinschaftseinrichtungen zu überprüfen, neue Anforderungen abzuleiten und einen geringeren Baulandbedarf nachzuweisen. (2).

Es stellte sich heraus, daß kleinere Einrichtungen für die Versorgung – Handel, Gewerbe, Gaststätten, Dienstleistungen – in den Altstadtgebieten alteingesessen vorhanden oder durch Funktionswandel neue geschaffen worden waren. Wo effektivere Handelseinrichtungen wie Kaufhallen eingeordnet wurden, waren manche kleine Läden überflüssig geworden. In dieser Beziehung sind Altstadtgebiete aufnahmefähig und durch Funktionswandel, Um-, Aus- und Erweiterungsbauten weiteren Anforderungen gegenüber aufschließbar.

Was fehlt, sind wohngebietsinterne Zentren für gesellschaftliche und kulturelle Aktivitäten im Rahmen eines regen Gemeinschaftslebens sowie für die tägliche Erholung und Reproduktion der Leistungsbereitschaft. Die Schulsubstanz bildet einen wertvollen Ansatz für ein funktionelles, hygienisches und ästhetisches Angleichen an die Qualität von Neubauschulen, darüber hinaus aber auch für eine zusätzliche Nutzung und Aufgeschlossenheit für fehlende Funktionen des Wohngebietes. Viele Gemeinden und Wohngebiete haben bereits ihre Schule zum lebendigen Zentrum ihres geistig-kulturellen Lebens gemacht. „Am Abend ergreifen die Erwachsenen vom Schulhaus Besitz, um sich hier zu bilden, zu unterhalten oder auch gesellige Stunden zu erleben" (11). Die Turnhalle dient als Kulturhaus des Schuleinzugsgebietes. In der Aula finden Konzerte statt. URANIA und Volkssolidarität laden hierher ein.

Anders sieht die Analyse der vorhandenen Vorschuleinrichtungen aus. Hier sind die größten Bedarfslücken und problematischen Aufgaben für die Erfüllung der sozialen Zielstellung zu sehen. In den folgenden Ausführungen sollen aus den komplexen Betrachtungen die Einrichtungen der Erziehung und Bildung herausgelöst und verallgemeinerungsfähige Erkenntnisse vorgetragen werden. Die Aufgabe lautet, die dem langfristigen Bedarf des Einzugsgebietes entsprechenden Plätze und Anforderungen für Vorschuleinrichtungen sowie bei den Schulbauten – quantitativ wie qualitativ – den Zielstellungen und Richtlinien entsprechende Voraussetzungen zu schaffen (2, 3, 4, 5). Obwohl beabsichtigt ist, prinzipielle Lösungen aufzuzeigen, soll die Problematik am konkreten Beispiel, dem innerstädtischen Rekonstruktionsgebiet Äußere Neustadt, deren Durchführung vorbereitet wird, vorgetragen werden. Es ist nach Auffassung der Verfasser signifikant für viele Umgestaltungsfälle.

Zur Einordnung und Charakterisierung des Untersuchungsgebietes Äußere Neustadt

Das Gebiet Äußere Neustadt liegt in der nördlichen Fortsetzung der städtebaulichen Hauptachse Dresdens, die vom Hauptbahnhof aus durch die Prager Straße zum Altmarkt, weiter über die Schloßstraße zur Elbbrücke und durch das neue Ensemble an der Straße der Befreiung bis zum Platz der Einheit verläuft. Diese Hauptachse setzt sich durch das Rekonstruktionsgebiet anfangs mit noch immer gesamtstädtischer Bedeutung fort. Über sie könnte für den Anschluß an das Naherholungsgebiet Dresdner Heide gesorgt werden. Das Mischgebiet wird umgrenzt von den stark belasteten Verkehrsachsen Bautzner- und Otto-Buchwitz-Straße, dem Platz der Thälmannpioniere und dem Prießnitzbach. Es beherbergt zur Zeit rund 17 500 Einwohner und kann wieder etwa 20 000 Ew. aufnehmen. Die demographischen Angaben registrieren z. Z. 955 Kinder im Krippen-, 1117 im Kindergarten- und 1945 im Schulalter. Dieser überdurchschnittliche Anteil junger Familien mit Vorschulkindern neben einem hohen Anteil von Bürgern im Rentenalter ist kennzeichnend für die demographische Struktur von Altbauwohngebieten aus der Zeit zwischen 1870 und 1918, die vorwiegend 2-Zimmer-Wohnungen aufweisen. Eine Kontinuität in der Altersstruktur und damit die Effektivität der sozialen Ausstattung läßt sich erreichen, wenn bei Lücken- und Ersatzbebauung genügend größere Wohnungen ergänzt werden. In der Planung müssen 4 zweizügige Schulen für 2880 Schülerplätze, 6 Krippen mit 108 (insgesamt 648) Krippenplätzen bei 60prozentigem Versorgungsgrad und 6 bis 7 Kindergärten mit je 144 (insgesamt 1008) Plätzen bei 90prozentigem Versorgungsgrad aufgenommen werden.

Die Bausubstanz des zur Rekonstruktion vorbereiteten Gebietes einschließlich der Schulen stammt im wesentlichen aus der Zeit von 1870 bis 1900. Die Schulbauten ordnen sich in die geschlossene Quartierbebauung ein, die Gewerbe- und Produktionsbereiche in den Höfen haben.

Die Bauauffassung ist kennzeichnend für die Zeit kapitalistischer Vorstadtwucherungen, die auf die mit bürgerlichem Grundstückserwerb verbundene Schaffung vermarktbaren Wohn- und Gewerberaums ausgerichtet war. Die zusammenhängende Aussage wird gebildet aus der Addition von straßenseitig mit Gründerzeitornamentik frisierten Häusern zu isolierten Quartieren. An sozialen Beziehungen unter den Mietern war der Hauseigentümer nicht interessiert. Versorgungseinrichtungen von Handel und Gastronomie sind erdgeschossig eingeordnet, Schulen als einzige Gemeinschaftseinrichtungen – ohne Berücksichtigung hygienischer oder gesellschaftlicher Faktoren – in die Straßenfronten gestellt. Die Gründerzeitbebauung gehört größtenteils zur Bauzustandsklasse 2. Es sind Lükken bzw. Häuser mit schlechtem Bauzustand vorhanden.

Auf der Grundlage einer zwischen dem Rat des Bezirkes und der TU Dresden 1981 abgeschlossenen Rahmenvereinbarung wurde in Zusammenarbeit zwischen der Sektion Architektur und dem Stadtarchitekten eine städtebauliche Studie erarbeitet. Auf deren Grundlage wurden die Untersuchungen in zwei Richtungen weitergeführt:

1. Wie können die Anforderungen an die polytechnische Oberschule, das Kernstück des sozialistischen Bildungssystems, durch effektive Nutzung, Vervollkommnung und Erweiterung der in dem Gebiet vorhandenen Schulgebäude und Schulturnhallen erfüllt werden? (7)

2. Welche Lösungswege gibt es zur Integration des großen Bedarfes an Krippen- und

Kindergartenplätzen innerhalb der fast durchweg geschlossenen Bebauungsquartiere des Gebietes?

Bestandsanalyse der Schul- und Vorschuleinrichtungen, Planungsgesichtspunkte und Planungsvorschläge

1. Die Schulbauten

Im Gebiet Äußere Neustadt gibt es 4 Oberschulen in 4 Altgebäuden, nur zwei davon verfügen über eine kleine Turnhalle mit 230 m² und 150 m² Übungsfläche. (s. Tab.) Mit durchschnittlich 22 Schülern sind die Klassen unterbelegt, was auf dem für Familien oft zu kleinen Wohnungen beruht.

Sowohl auf der im Jahre 1982 durchgeführten zentralen Schuldirektorenkonferenz (7) als auch in den Richtlinien der Bauakademie für die Instandsetzung und Modernisierung innerstädtischer Wohngebiete (2) wird die Position vertreten, alle Möglichkeiten einer maximalen Auslastung bestehender Einrichtungen einschließlich Mehrzweck- und Mehrfachnutzung sowie der Erschließung von Reserven durch territoriale Rationalisierung und Umverteilung auszunutzen. Welche Möglichkeiten dazu bot die oben aufgeführte Schulsubstanz?

Die 7. Oberschule an der Jordanstraße ist ohne entsprechendes Schulgelände und ermöglicht keinerlei Pausenaufenthalt im Freien. Sie ist mit einem Rekonstruktionsaufwand von 800 000 M in den Jahren 1976 bis 1978 von Bauzustandsklasse 3 nach 2 versetzt worden.

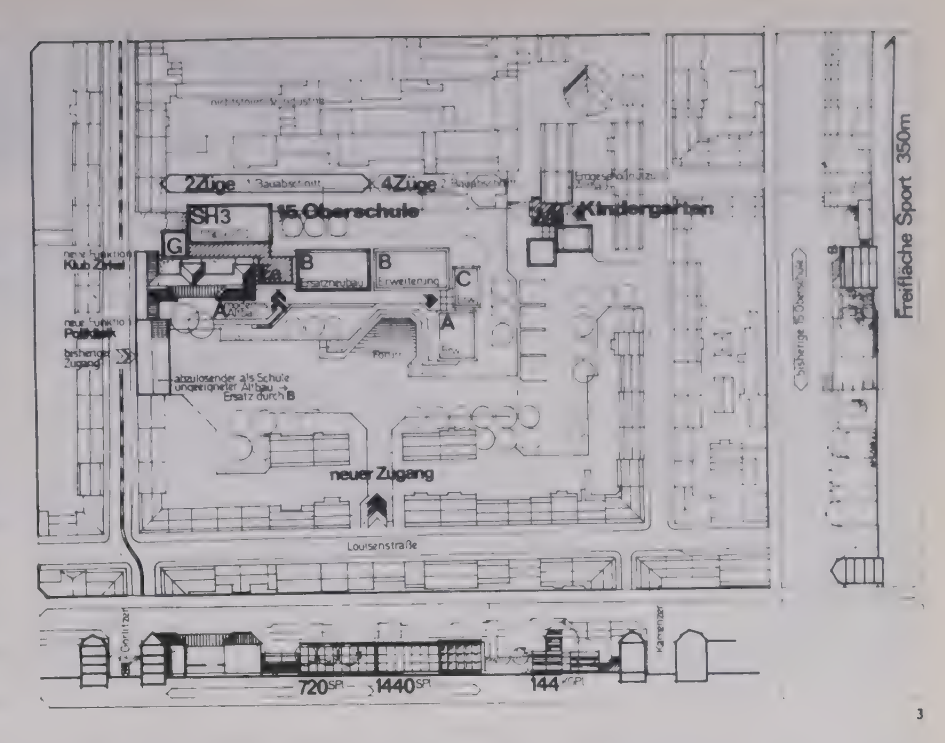
Trotzdem wird vorgeschlagen, sie nicht weiter als Oberschule zu nutzen, sondern gegen die im zentralen Quartier Alaun-, Louisen-, Rothenburger und Görlitzer Straße liegende medizinische Fachschule auszutauschen. Die medizinische Fachschule kann ohne Pausengelände auskommen; sie erhält in der jetzigen 7. POS ein gleichwertiges Gebäude.

Für die 13. und 22. Oberschule läßt sich mit dem Gebäudezuwachs – Ergänzung um eine Sporthalle (SH 3) mit Gymnastikbereich – ein abgerundeter Schulkomplex gewinnen, der mit den benachbarten Bauten bezüglich Schulspeisung (in der Wohngebietsgaststätte), Klub- und Zirkelräumen (im Jugendklub „Martin Andersen-Nexö") funktionell so koordiniert ist, daß die maximale Auslastung aller Grundfonds erreicht wird.

Für das gesamte Wohngebiet entsteht in diesem Quartier mit der größten Konzentration gesellschaftlicher Bauten ein Zentrumsangebot für ein vielseitiges gesellschaftliches Leben. (Abb. 2)

Das entstehende Stadtgebietszentrum, das in seiner funktionellen Komplexität die Wesenszüge und Charakteristik sozialistischer Wohnbedingungen beinhaltet, besteht in seinem Hauptvolumen aus dem vorhandenen Jugendklubhaus und den 3 alten Schulgebäuden. Die Ergänzung erfolgt durch die erforderliche Sporthalle und eine 2geschossige Mehrzweckeinrichtung aus dem Erzeugniskatalog des Bezirkes mit Kaufhalle im Erdgeschoß und Gaststätte mit Schülerspeisung im Obergeschoß. Der Jugendklub „Martin Andersen-Nexö" hat gesamtstädtische Bedeutung. Er soll mit der Gaststätte und der Wohngebietsbibliothek verbunden werden und damit als kultureller Anziehungspunkt weiter wachsen. Später soll eine Schwimmhalle das Ensemble ergänzen. Ziel ist, mit der funktionellen Vervollkommnung eine städtebaulich-architektonische Gestaltharmonie zu erreichen.

Für die 15. POS ist eine Erweiterung zu planen (siehe Abb. 3), um sie von ihrem lärmbelästigten Unterrichtsraum-Anteil an der straßenbahnbefahrenen Görlitzer Straße



3

zu befreien. Der Standort läßt zu, die Schule zur 2×2zügigen anwachsen zu lassen. Beide Schulkomplexe haben, bei eigenen Sporthallen und im Grundstück gelegenen Kleinsportflächen, zumutbare Beziehungen (300 bis 500 m) zu einem Sportgelände im Bereich des Platzes der Thälmannpioniere.

Zur Zeit erfolgt die Studienbearbeitung der beiden Schulstandortkomplexe entsprechend den Qualitätsmaßstäben des Richtlinienwerkes (3 4 5), das für alle Reproduktionsformen gültig ist. Auf diesen Grundlagen gilt es, für die spezifischen und differenzierten Bedingungen der Schulsituation im Gebiet Äußere Neustadt eine komplexe und effektive Lösung mit höchster sozialer Wirksamkeit zu finden.

Prinziplösungen für die Rekonstruktion von Schulbauten

Von der Arbeitsstelle Bauten der Volksbildung bei der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften sind Grundsätze für die Rekonstruktion von Schulbauten ausgearbeitet worden (7). Meist zeigt sich, daß die vorhandene Bausubstanz ein repräsentatives Erscheinungsbild aufweist und in weiter verwertbarem Zustand ist. Abgeleitet aus der alten zweizügigen Schule für 8 Schuljahre sind jedoch oft nur 16 Unterrichtsräume und keine Turnhallen vorhanden.

In vielen untersuchten Fällen ließ sich das volle Programm und ein gestalterisch abgerundeter Schulkomplex durch Ergänzungen um die Gebäudeteile Unterstufe und Sporthalle aus den variabel kombinierbaren Bausteinen des bezirklichen Schulbau-Angebotes (8) erreichen.

Es geht bei der Bausteinanwendung darum, die vorbereitete hocheffektive Ausführung auf Basis des Plattenbaues auch bei der innerstädtischen Rekonstruktion einzusetzen und dabei die zur einwandfreien funktionellen Organisation und harmonischen Gestaltkomposition erforderlichen Nahtstellen und Verbinder soweit als möglich zu minimieren.

2. Vorschuleinrichtungen (VE)

Die im Einzugsgebiet für rund 20 000 Ew. erforderlichen 648 Krippen- und 1008 Kindergartenplätze sind nur zum Teil abgedeckt. Die im Gebiet eingeordneten Werkskindergärten mit 98 und 30 Plätzen, die in die Planung nicht einbezogen werden. Im Gelände des Platzes der Thälmannpioniere sind zwei Raumzellen-Kindergärten mit zusammen 216 Plätzen geschaffen worden. Darüber hinaus ist nur eine Krippe mit 84 Plätzen vorhanden. Der große Fehlbedarf von 564 Krippen- und 792 Kindergartenplätzen verlangt generelle Überlegungen, wie diese im Einzugsgebiet erforderliche Kapazität von insgesamt 1356 VE-Plätzen in die geschlossene Bebauungsstruktur integrierbar ist.

Im Gegensatz zur Schulbausituation konnte von bestehenden Einrichtungen fast nicht ausgegangen werden. Es wurde überlegt, welche Einordnungsmöglichkeiten für VE überhaupt in Frage kommen und ausführbar sind. Folgende Alternativfälle wurden erwogen und verglichen:

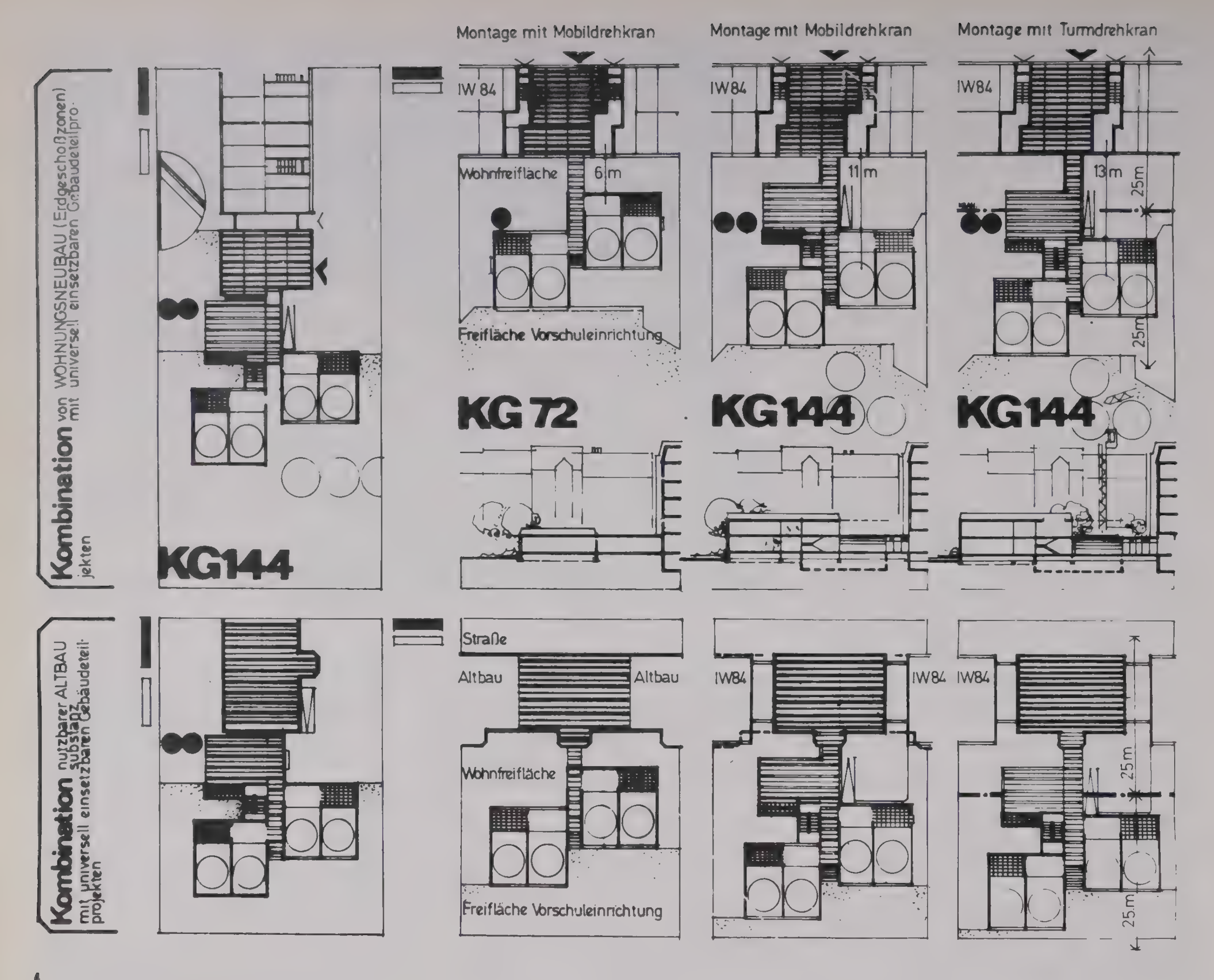
1. Einordnung vorhandener WV-Projekte

Es ist naheliegend, das für Neubaustandorte entwickelte bezirkliche Erzeugnisangebot für Vorschuleinrichtungen, eine kombinierte VE mit 90 KK + 180 KG-Plätzen, auch für seinen Einsatz auf innerstädtischen Standorten zu überprüfen. Es zeigt sich jedoch, daß die dafür erforderlichen Grundstücks- und Montagevoraussetzungen im Plangebiet nicht vorhanden sind.

2. Einordnung von VE in die Erdgeschosse der alten Quartierbebauung

Die Erdgeschoßzonen in den engen Straßen des Umgestaltungsgebietes sind aus hygienischen Gründen größtenteils nicht für Wohnzwecke zumutbar (Einsicht, Lärm, Belichtung usw.). Sie lassen sich, soweit sie nicht durch Handels-, Gewerbe- und Dienstleistungseinrichtungen belegt werden, für Sozialbereiche von Gewerbe- und Produktionsstätten, die in den Höfen verbleiben, nutzen.

Die Einordnung von Vorschuleinrichtungen dort, wo eine günstige Orientierung der Gebäude vorliegt, d. h. wo die Südseite zum Quartierhof gelegen ist, wurde untersucht. Bedingung war, daß die Wohnungseingänge von den Zugängen der Kindereinrichtungen völlig getrennt sein mußten. Nicht allein die kleinzellige Wohnungsstruktur, auch das geringe Flächenangebot zwischen zwei Treppenhäusern ließ die Einordnung vernünftiger Gruppen- und Einrichtungsgrößen nicht zu. Die Variante der Einordnung von Krippen- oder Kindergarten-



4
Prinziplösungen für die Funktionsanlagerung von Vorschuleinrichtungen an Lückenschließungen des Wohnungsbaus

gruppen in das Erdgeschoß vorhandener Wohngebäude scheidet damit aus.

3. Teileinordnung in Altgebäuden

Vertretbare Lösungen ergeben sich, wenn die Nebenfunktionen von Krippen oder Kindergärten – Kinderwagen-, Personal- und Wirtschaftsbereiche – im Erdgeschoß der Altbauten eingeordnet werden. Die Gruppenräume aber liegen mit ihren größeren Raumabmessungen als 1- oder 2geschossige Pavillons vorgelagert. Zwischen zwei Wohnhauszugängen ist eine eigene Erschließung für die Kindereinrichtung durch den Altbau zu schaffen. Für die vorgelagerten Gruppeneinheiten sind Bausteine als Teile der laufenden Serie in Plattenwerksproduktion einsetzbar. Es lassen sich auch traditionell ausführbare Ergänzungssegmente verwenden. Diese Variante entspricht der Rekonstruktionsaufgabe.

4. Teileinordnung in das Erdgeschoß des industriellen Wohnungsbaues (Lückenschließung)

So wie in der 3. Variante dem wertgeminderten Erdgeschoß alter Wohngebäude Nebenfunktionen der Vorschuleinrichtungen integriert werden, ist das gleiche Einordnungsprinzip auch bei Lückenschließungen und Wohnergänzungsbauten sinnvoll. Die Abbildung 4 zeigt Prinziplösungen mit einbzw. zweigeschossig vorgelagerten Bausteinen, die jeweils 36 bzw. 72 Krippen- oder 72 bzw. 144 Kindergartenplätze aufnehmen können.

Die Gebäudeabstände der Vorlagerung sind aus den Belichtungsbedingungen abzuleiten bzw. von den Montagebedingungen abhängig, mit denen die Lückenschließung einschließlich Vorlagerung ausgeführt wird.

Falls kein Fernheizanschluß vorhanden ist, läßt sich unter dem Verbinder zwischen Wohnzeile und vorgelagertem Pavillon die Heizzentrale einordnen, von der aus sowohl die Vorschuleinrichtung wie Wohnergänzungsbauten des Quartiers beheizt werden.

5. Nutzungs- und Funktionswandel vorhandener selbständiger Gebäude

In den Höfen des Umgestaltungsgebietes sind Wohn- und Gewerbebauten vorhanden, die sich für den Ausbau zu Krippen bzw. Kindergärten eignen. Zwei zweigeschossige Seitenflügel einer ehemaligen Ölfabrik z. B. eignen sich für die Aufnahme von je 4 Gruppeneinheiten. In verschiedenen Quartieren lassen sich geeignete Altgebäude umfunktionieren und mit Erzeugnisbausteinen von Gruppeneinheiten zu Vorschuleinrichtungen wirtschaftlicher Größen komplettieren.

Diese Variante hat den höchsten Aufwand an Vorbereitungs- und traditioneller Baukapazität, sie spart jedoch Abrißarbeit sowie bestimmten Rohbau- und Materialaufwand.

Der Plan der Einordnung der Vorschuleinrichtungen und Schulen für das Rekonstruktionsgebiet Äußere Neustadt zeigt, daß für die notwendige Einordnung von 6 Krippen und 5 Kindergärten nach Ausscheiden der Varianten 1 und 2 sämtliche anderen Alternativen zum Einsatz kommen. Die erforderlichen Kapazitäten lassen sich dadurch geländemäßig unterbringen, den Einzugsbereichen günstig zuordnen und auf effektive Weise nutzen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

■ Bei der Umsetzung der sozialen Zielstellungen des Wohnungsbauprogrammes in innerstädtischen Gebieten haben die Gemeinschaftsfunktionen strukturbestimmenden Anteil an der sozialistischen städtebaulich-räumlichen Neuorganisation. Die Charakteristik des Vorhandenen muß mit dem Wollen unserer Zeit in Übereinstimmung gebracht werden, wenn eine Heimat für unsere und zukünftige Generationen geschaffen werden soll.

■ Die Schulbausubstanz ist in den meisten Fällen weiter verwendbar und mit Hilfe von Ergänzungsbausteinen den Anforderungen an die POS entsprechend funktionstüchtig zu machen.

■ Die Schulbauten bieten entscheidende Ansatzpunkte für die Zentren des Gemeinschaftslebens in den innerstädtischen Gebieten. Ihre optimale Auslastung für gesellschaftliche, kulturelle und sportliche Aktivitäten verschiedener Altersgruppen und ihre Verflechtung mit anderen Einrichtungen der Geselligkeit – z. B. mit Gaststätten und Klubs – sollte angestrebt werden.

■ Die strukturell sinnvolle und ökonomische Einordnung der erforderlichen Kapa-

Fortsetzung auf S. 375

Die neuen Gaststätten im Einrichtungshaus am Alexanderplatz

Dipl.-Ing. Gerd Pieper, Architekt BdA/DDR
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin

Seit zwei Jahren sind die Gaststätten im Einrichtungshaus am Alexanderplatz für die Gäste geöffnet. Der kurzfristig durch den VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin als Generalprojektant und Generalauftragnehmer zu realisierende Auftrag umfaßte den Ausbau von fünf Gaststätten mit unterschiedlichem gastronomischen Profil und gestalterischem Charakter sowie die Rekonstruktion und Aufwertung der Fassade im Erd- und 1. Obergeschoß für das unter Denkmalschutz stehende, vom Architekten Peter Behrens entworfene und 1930 gebaute ehemalige „Jonas-Gebäude".

Der Alexanderplatz mit seiner Tradition, den vielfältigen Einrichtungen des Verkehrs, des Handels und der Verwaltung ist Ziel und Treffpunkt der Berliner Bürger und vieler in- und ausländischer Touristen. Die Konzeption des Magistrats der Hauptstadt sah vor, daß im alten Warenhaus, dem jetzigen Einrichtungshaus, Sortimente verlagert werden und (ohne große Lager- und Verkaufsflächen mit Lampenverkauf, Heimwerkerbedarf und untergeordnetem Kunstgewerbeangebot zu nutzen) eine leistungsfähige, hochwertige Gastronomie eingeordnet wird. Für uns Architekten stellte das eine schwierige und lohnenswerte Aufgabe dar – ging es doch nicht nur um die Leistungsfähigkeit der Gastronomie, die den Spitzenbelastungen der zahlreichen Kundschaft standhält, sondern gleichsam um eine Gestaltung, die dem Standort am Alexanderplatz gerecht wird.



1 Rekonstruierte Fassaden des Einrichtungshauses mit neuer Werbegestaltung. Blick vom S-Bahn-Bereich

2 Erdgeschoß 1 : 500
1 „Berliner Kaffeehaus"
2 Mokkabar
3 Spezialimbiß (Pizzastube)
4 Palatschinkenbar
5 „Suppenterrine"

Das „Berliner Kaffeehaus" ist die anspruchsvollste Gaststätte in dem Komplex. Es galt, hier eine Architektur zu erzeugen, die an die wertvollen Traditionen des Innenausbaus der 20er Jahre anschließt, die deren Elemente nicht nostalgisch überträgt, sondern in unsere Formensprache umsetzt und bereichert. Als wesentlich werden hierbei die Ausformungen und Profilierungen der Holzverkleidungen, die textilen Bespannungen sowie die gesamte solide und sorgfältige Verarbeitung der Materialien gesehen.

Das „Berliner Kaffeehaus" wurde im Gebäudewinkel zum Alexanderplatz eingeordnet. Dadurch ist für den Raum eine Form gefunden worden, die die Möglichkeit der Einordnung funktionell und gestalterisch unterschiedlicher Bereiche bietet und von allen Plätzen eine gute Sichtbeziehung nach außen auf die Grüngestaltung, auf die Weltzeituhr und auf das Hotel „Stadt Berlin" gibt. Die Holzflächen mit den dunkelbraunrot gebeizten Makoréverkleidungen, die textilen Bespannungen in ihrer verhaltenen Farbigkeit, die glatte, helle, ausgeformte Stuckdecke und der sandfarbene Natursteinfußboden geben dem Raum mit den anderen Ausstattungselementen – den Stühlen und Tischen, Zeitungs- und

Generalprojektant
VEB Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin
Betrieb Projektierung
Bereichsleiter:
Bauingenieur Siegfried Riese
Abteilungsleiter
Entwurf: Dipl.-Ing. Gerd Pieper, Architekt BdA/DDR

Entwurf:
Dipl.-Ing. Gerd Pieper,
Architekt BdA/DDR (Gesamtleitung)
Dipl.-Arch. Christa Frenzel
Architekt Gunter Derdau
Architekt Dipl.-Ing. Wolfgang Hebestreit
Architekt Bauingenieur Thomas Gehrke
Architekt Dipl.-Ing. Frank Pöschke
Dipl.-Formgestalter Christine Schulz (Farbprojekt)
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin
Architekt Dr.-Ing. Günter Leuschner
VEB Innenprojekt Halle, Außenstelle Cottbus

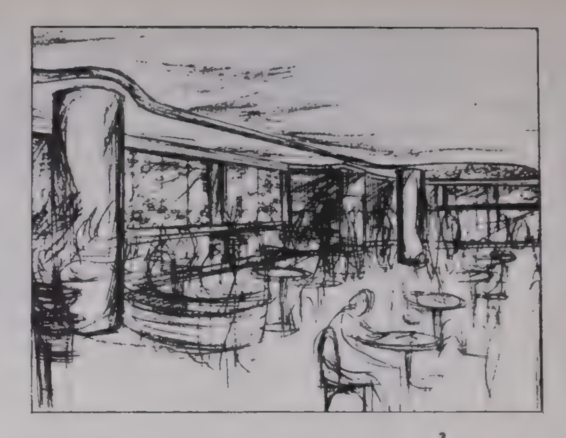
Statik und Konstruktion:
Bauingenieur Hans David
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin
Heizungstechnik:
Ingenieur Siegfried Krenzin
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin
Ingenieur Horst Beyer
VEB Technische Gebäudeausrüstung Berlin
Lüftungstechnik:
Ingenieur Heinz Werner
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin
Kollektiv unter Leitung von
Dipl.-Ing. Dieter Uhlmann
VEB Lufttechnische Anlagen
Sanitärtechnik:
Ingenieur Christian Geißler
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin
Informationsanlagen:
Ingenieur Adelheid Schwarzwald
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin
Bauwirtschaft:
Bauingenieur Günter Stube
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin
Innenbepflanzung:
Architekt Dipl.-Ing. Rosie Höschel
VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin
Gastronomische Organisation und Technologie:
Dipl.-Ök. Thea Bräuer
HO-Gaststätten Berlin
Dipl.-Ök. Horst Devantier
Rationalisierungs- und Forschungszentrum Gaststätten Berlin
Dipl.-Ök. Harry Reimann
HO-Gaststätten Berlin

Generalauftragnehmer:
VEB Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin
Betrieb 1
Oberbauleitung:
Bauingenieur Dieter Redmann
Bauleiter:
Bauingenieur Manfred Zingelmann

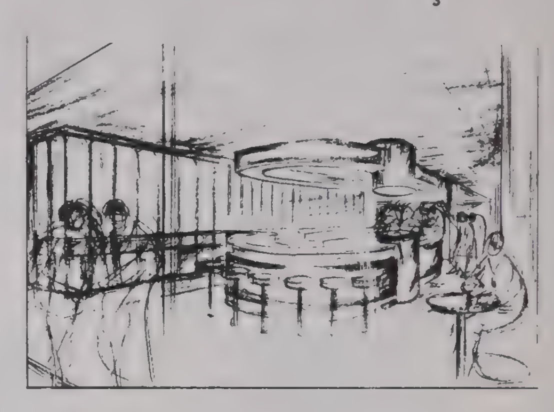
Garderobenständern, den Postamenten, den Leuchten, dem gestalteten Kuchenbüfett mit Schrankeinbau – sowie der großzügigen Palmenbepflanzung die besondere Atmosphäre.
Die Wandflächen sind mit einem brüstungshohen Holzpaneel, das mit Profilleisten bereichert ist und mit großen Rahmenfeldern, die die textile Bespannung fassen, verkleidet. Die Profilierung der Wandverkleidung ist für die anderen Ausstattungselemente – Tische, Postamente, Kellnerstützpunkte, Rückbüfett – verwendet worden. In hoher Qualität wurden diese Arbeiten vom VEB Innenbaukunst Eichwalde ausgeführt.
Die textilen Bespannungen sind in die großen Rahmenfelder gesetzt, durch kleinere Zwischenleisten gegliedert und durch Spiegelstreifen begrenzt. Für die Ausführung der Bespannungen wurde der durch seine vielfältigen Buchgestaltungen bekannte Graphiker Lothar Reher durch uns beauftragt, der hier mit seinen in „Marmoriertechnik" gestalteten Arbeiten eine erstmalige Anwendung in dieser Größenordnung und Ausführung erreichte.
Die vier anderen Gaststätten wurden als Schnellgaststätten geplant. An der S-Bahn-Seite zur Dircksenstraße wurde der vorhandene Fußgängerbereich in seiner Grundhaltung fortgeführt und durch die Einordnung von Saisonplätzen aufgewertet. Für die Gaststätten sind folgende Entwurfs- und Gestaltungsprinzipien aufgestellt worden:

- Festlegung unterschiedlicher gastronomischer Sortimente und gleichzeitig verschiedenartige Gestaltung der einzelnen Gaststätten
- Spezialisierung und somit sinnvolle Einschränkung des gastronomischen Sortimentes, um dadurch die Flächen für den Wirtschaftsbereich und die technisch-technologischen Aufwendungen äußerst gering zu halten
- Durchsetzung des Barprinzips als Bedienungsform in Kombination mit Sitz- und Stehplätzen
- Baranlage als gestalterisches Hauptelement
- Verwendung verschiedener Materialien in den Gaststätten und Erzeugung unterschiedlicher Stimmung und Farbigkeit in den Räumen.

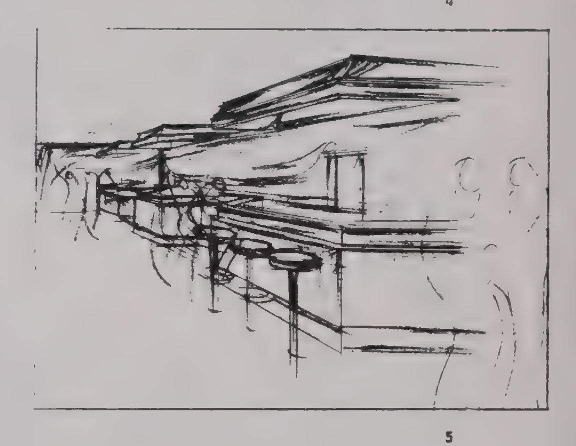
Die Gestaltung der Mokkabar ist durch die ausgerundeten Formen des freistehenden Bartresens, der durch ein Deckenplafond räumlich gefaßt wird, durch den ausgewogenen Einsatz der Materialien – Holz, Chromstahl, Textilbespannung – erreicht worden.
In der Spezialitätenbar ist die keramische Arbeit an den Wand- und Bartresenverkleidungen, die vom Keramiker Lothar Scholz entworfen und ausgeführt wurde, bestimmend. Den Barplätzen sind Stehtische zugeordnet. Dem Barkörper wird wiederum durch Deckenplafonds räumlich entsprochen.
In der Palatschinkenbar bildet der Bartresen mit seinen Sitz- und Stehplätzen und der funktionell günstigen und verkaufswirksamen Zuordnung des Anrichteplatzes für die Herstellung der Palatschinken vor den Augen des Gastes wiederum den Schwerpunkt der Raumgestaltung. Dazu gehören die mit viel Liebe und Akkuratesse ausgeführten Holz- und Drechselarbeiten für die anderen festen Einbauten – das Rückbüfett, die Wandverkleidungen und die Stehtische – für Eilige oder Stammgäste.
Die „Suppenterrine" ist zur Ausgabe von Eintöpfen und Suppen in zwei funktionelle Bereiche gegliedert. Die Wand- und Bartresenverkleidungen sind in gelbem Klinker ausgeführt. Dazu gehören dunkelbraun gebeizte Holzelemente mit Stahlfassungen.



3

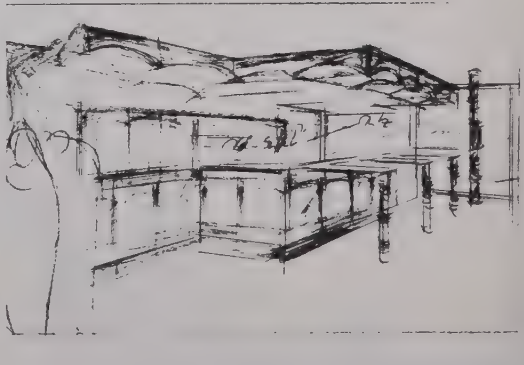


4

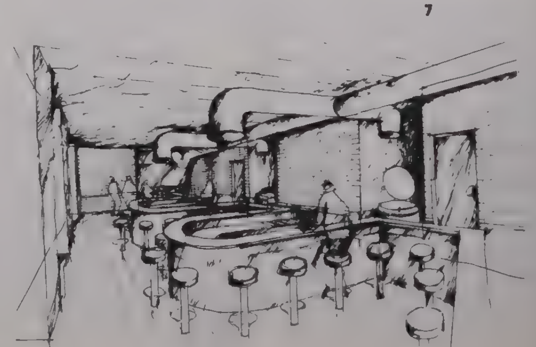


5

6



7



Raumskizzen (Perspektiven: G. Pieper)

3 „Berliner Kaffeehaus"

4 Mokkabar

5 Spezialimbiß

6 Palatschinkenbar

7 „Suppenterrine" (Perspektive: Hebestreit)

8|9 „Berliner Kaffeehaus"

10|11 Mokkabar

Das Abluftsystem wurde als sichtbare Rohrführung über dem Tresenbereich als gestalterische Aufheiterung geplant.
Die Fassade im Erdgeschoß wurde mit der alten Fenster- und Pfeilergliederung wiederhergestellt. Durch die anthrazitfarbene Ausführung der Putzfläche im Erd- und die helle Ausführung der Brüstungen und Fensterbänder im 1. Obergeschoß ist der gewünschte starke Kontrast in der Fassadengestaltung erreicht worden. In diese Konzeption wurde die Außenwerbung durch Leuchtreklame, unbeleuchtete Schriftbänder als ständige Werbung und die Einordnung von Signets und Schriftkästen in Zusammenarbeit mit dem Formgestalter Dr. Peter Rockel entworfen und ausgeführt.

Gedanken des Architekten zur Projektierungsarbeit und zum Bauablauf

Ein gutes $^3/_4$ Jahr betrug die vorgegebene Zeit vom ersten Projektierungsgedanken bis zur Übergabe der fertigen Einrichtungen an den Nutzer. Das bedeutete parallele Projektierung und damit:

- Übernahme der gestalterisch-künstlerischen und der bautechnischen Entwurfsleistung durch den Architekten als komplette Projektierungsleistung
- enge Zusammenarbeit mit dem Kollektiv des Handels, des Nutzers zur Erarbeitung der Programmgestaltung, der gastronomischen Zielstellung
- große Kenntnisse der Architekten zur Planung von gastronomischen Einrichtungen zur Klärung der funktionellen Aufteilungen in einem Gebäude, das von 3 Hauptpartnern (Warenhaus, Sparkasse, HO-Gaststätten) störungsfrei benutzt werden soll
- kurzfristige Erarbeitung der Entwurfskonzeption und Bestätigung durch den gesellschaftlichen Auftraggeber
und vor allem
- engste Zusammenarbeit mit dem Baustellenkollektiv zur Klärung aller auf dem Bau auftretenden Probleme.

Die Organisation mit den ausführenden Betrieben, Fragen, die ständig bei dem schnellen Bauablauf auftreten, bis zur Festlegung der Farbmischungen und dem Einräumen des Gestühls. Dabei sind die umfangreichen Klärungen technisch-konstruktiver Probleme, die durch unvollkommene Bestandsunterlagen entstanden, selbstverständlich. Praktiziert werden kann die enge Zusammenarbeit nur durch den persönlichen Einsatz der Partner des Projektierungs- und Baustellenkollektivs.
Seit Durchführung der Abrißarbeiten und Auswechslung der verschlissenen technischen Systeme war das Projektierungskollektiv ständig in den Bauablauf eingebunden.
Eine anstrengende, aber auch sehr lehrreiche Phase, die in der Rückschau als sehr wichtig und angenehm erscheint durch die kollegiale, aber auch sehr tatkräftige Atmosphäre, die auf der Baustelle herrschte, die von Oberbauleiter Dieter Redmann und seinem Kollektiv mit sachkundiger und straffer Hand geleitet wurde.
Da ich schon mehrere Rekonstruktionsvorhaben in kurzer Terminfolge zu bearbeiten hatte, weiß ich, daß nur durch die enge kollegiale Zusammenarbeit und auch durch die Übernahme der vielfältigsten und „untypischen" Tätigkeiten durch die Projektanten die im Entwurf vorgedachte Qualität gesichert und der knappe Termin gehalten werden konnte. Das Arbeitsprinzip – Architekten auf die Baustelle – erhält wieder große Bedeutung.
Die Einrichtungen haben eine Bedeutung in der Hauptstadt erhalten. Uns als Architekten freut das sehr, sehen wir darin doch, daß die Zielstellung erreicht wurde.


8

9



10

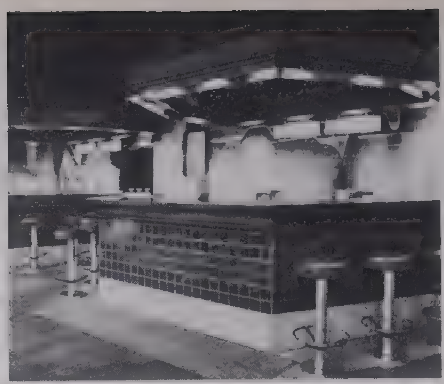


11





12



13

12|13 Spezialimbiß (Pizzastube)

14|15 Palatschinkenbar

16 „Suppenterrine"

17|18 Alte und neue Fassadengestaltung des Einrichtungshauses



14



15

16





17

18

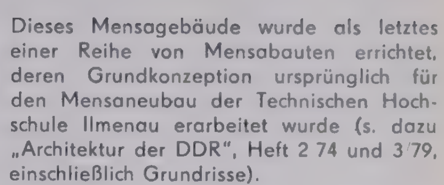




1

Mensa der Technischen Universität Dresden

Dipl.-Ing. Ulf Zimmermann, Architekt BdA/DDR
Technische Universität Dresden, TU-Projekt



Dieses Mensagebäude wurde als letztes einer Reihe von Mensabauten errichtet, deren Grundkonzeption ursprünglich für den Mensaneubau der Technischen Hochschule Ilmenau erarbeitet wurde (s. dazu „Architektur der DDR", Heft 2/74 und 3/79, einschließlich Grundrisse).

Die Anpassungsprojektierung schloß Veränderungen zu einer noch rationelleren Gebäudenutzung ein.

Ebenso wurde durch Austausch der Materialien und Oberflächenstrukturen der raumbegrenzenden Elemente, des Mobiliars, der Beleuchtung und der Werke der bildenden Kunst versucht, eine standortspezifische Ausformung und Wirkung des Gebäudes zu erreichen.

Dem Bemühen, das Bauwerk an Vorhandenes anzuschließen, die am Standort vorhandene räumliche und architektonische Struktur sowie den Ortscharakter, die räumliche Besonderheit also, zu respektieren und zu interpretieren, waren jedoch Grenzen gesetzt. Sie liegen in der Wiederverwendung kompletter Projektlösungen begründet.

Die Küchenkapazität gestattet – in Abstimmung mit dem Platzangebot und einem fünffachen Platzwechsel – rund 5000 Essenteilnehmer gastronomisch zu versorgen. Um durch kleine Raumeinheiten eine angemessene, behagliche Raumatmosphäre zu erreichen, die zur Entspannung und raschen Reaktivierung beiträgt, wurden vier unterschiedlich große Speisesäle mit insgesamt 750 Tischplätzen (TPL) konzipiert.

Neben den Mensasälen stehen den Hochschulangehörigen noch ein Betriebsrestau-



2

3

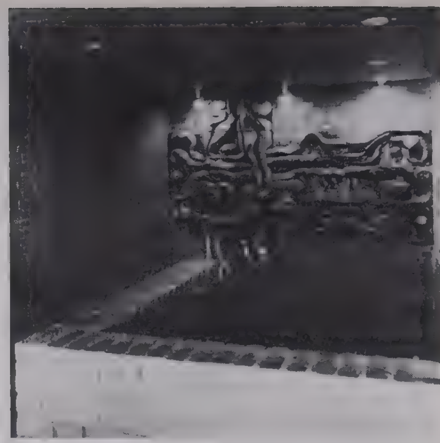
1
Ansicht Haupteingang. Sichtmauerwerk, Waschbetonvorsatz für die Brüstungs- und Simselemente sowie die dunkelbraun gestrichenen Stahlprofile sind die charakteristischen Elemente für das Äußere des Gebäudes. Um diesem ein einprägsames Gesicht zu geben, wurden die Stahlteile der eingehängten Sonnenschutzlamellen und des Vorderdaches orangerot gestrichen.

2
Betriebsrestaurant (156 Plätze). Durch die Lichtpunkte der abgehängten Leuchten wird eine neue Raumebene geschaffen und so die Raumhöhe optisch reduziert. Dr.-Ing. Karlheinz Georgis dekorative Bildtafeln an der Längswand liegt das Thema „Aus der Freizeit der Studenten" zugrunde.

3
Erfrischungsraum (142 Plätze). Für die Ausstattung dieses Raumes wurden dauerhafte Materialien gewählt: Granitplatten für die Tische, gedrechselte und rot gebeizte Holzsitze. Mit rotem Farbanstrich im Fußboden fest verankerte Stahlstützen. Die pyramidenförmigen Gipskörper der Decke werden indirekt beleuchtet. Das Wandbild an der Stirnseite mit dem Thema „Raumflug – Kosmos" schuf Jürgen Seidel.



4



5



6

7

Projektant:
Technische Universität Dresden
TU-Projekt

Entwurf und Innenraumgestaltung:
Dipl.-Ing. Ulf Zimmermann, Architekt BdA/DDR
(Projektverantwortlicher)
Dipl.-Ing. Eberhard Seeling, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Olaf Jarmer, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Monika Pessner
Dipl.-Ing. Heinz Schönwälder
Innenarchitekt Wolfgang Gubsch

Statik und Konstruktion:
Dipl.-Ing. Werner Mölz
Dipl.-Ing. Edward Palen
Dipl.-Ing. Peter-Jürgen Prinke
Ingenieur Hildburg Penzl

Bauwirtschaft:
Bauingenieur Erhard Greilich
Bauingenieur Joachim Wolf
Bauingenieur Wolfgang Lorenz
Bauingenieur Paul Pahler
Bauingenieur Wilfried Stübner

Heizung und Lüftung:
Dipl.-Ing. Wolfgang Schlaak
Dipl.-Ing. Horst Trempler
Dr.-Ing. Dieter Brandes
Dr.-Ing. Gerd Eisold

Sanitärtechnik:
Dipl.-Ing. Werner Kraut
Ingenieur Walter Rösler
Ingenieur Heiderose Foerster

Freiflächengestaltung:
Gartenarchitekt Werner Oppe

Elektrotechnik:
Projektierungsingenieur Klaus Wutke
VEB Elektrobau Dresden

Blitzschutz:
Ingenieur Ottomar Wolf
PGH Elektroblitz Dresden

Stahlkonstruktion:
Dipl.-Ing. Peter Schlegel
VEB Stahlbau Geschwenda

Schwachstrom:
Dipl.-Ing. Georg Enghardt
Projektierungsingenieur Dieter Kleinwächter
Fernmeldeanlagenbau Dresden

Steuer- und Regelanlagen:
Hochschulingenieur Joachim Wilde
VEB GRW Teltow, BT Leipzig

Schallschutz Lüftungsanlage:
Dipl.-Phys. Rolf Gablik
VEB Schallschutz Berlin

Küchentechnologie:
Obering. Curt Heym
VEB Wärmegerätewerk Dresden

Mitarbeitende Künstler:
Agathe Böttcher, Prof. Rudi Sitte, Jürgen Seidel, Dr.-Ing. Karl-Heinz Georgi, Rosemarie und Werner Rataiczyk, Hans Rothe, Wolf-Ullrich Weder

Generalauftragnehmer:
TU Dresden, Bauverwaltung

Hauptauftragnehmer Bau:
VE (K) Montage- und Tiefbau Dresden,
Sitz Moritzburg

Hauptauftragnehmer Innenausbau:
VEB Deutsche Werkstätten Hellerau

4
Mehrzweckraum I. Drei Applikationen aus Seidenstoffen mit dem Thema „Sonne – Landschaft – Leben" von Agathe Böttcher, Dresden, akzentuieren den Raum.
5
Treppenaufgang. Der streng aufgebauten architektonischen Struktur stellte Prof. Rudi Sitte die bewegten organischen Formen seiner Keramikwandgestaltung gegenüber.
6
Eingangshalle. Dieser Bereich soll neben seiner Funktion als Verkehrsfläche zugleich für andere Aktivitäten genutzt werden: Ausstellungen, politische und kulturelle Veranstaltungen. Ein erhöhtes Sitzpodest und ein zugeordneter Getränkeausschank unterstützen dieses Anliegen.
7
Speisenbar (42 Plätze). Grünbraun gebeiztes Holz und Naturleder für die Gurte der Stühle geben dem Raum das Gepräge. Blickpunkt im Raum ist das Keramikmedaillon von Hans Rothe.
8
Mehrzweckraum II. Den für verschiedenste Veranstaltungen genutzten Raum beherrscht der Gobelin „Integration der Wissenschaft der RGW-Länder" von Rosemarie und Werner Rataiczyk.
9
Bierstube (70 Plätze). In der rustikalen Gestaltung wurde auf Holz, naturfarbene Ledergurte für die Stühle und verkupferte Pendelleuchten orientiert. Die Keramikelemente für die Wandgestaltung schuf Prof. Rudi Sitte.
10
Mensasaal 1 (175 Plätze). Auf Grund der Mehrzwecknutzung war eine Gliederung der Fläche nicht möglich. Um trotzdem eine angemessene Behaglichkeit des Raumes zu erhalten, wurde eine strukturierte Decke mit integrierter Beleuchtung abgehängt.



8



9

10



rant (156 TPL) und eine Speisenbar (42 TPL) zur Verfügung, so daß auch die Möglichkeit der individuellen Menüauswahl gegeben ist.
Ein Erfrischungsraum mit 142 Plätzen wird v. a. für die Zwischenverpflegung genutzt. Ebenso wie vor der Bierstube (70 TPL) ergänzen Sitzmöglichkeiten auf der vorgelagerten Terrasse das Platzangebot in den Sommermonaten.
Vier kleine Mehrzweckräume können für Vorträge, Seminar- und Brigadeveranstaltungen genutzt werden.
Die bautechnische und funktionelle Konzeption schafft die Voraussetzungen, daß dieses Gebäude durch verschiedene Nutzungsmöglichkeiten auch den Zweck erfüllt, Stätte der Begegnung der Studenten, Hochschulangehörigen und Bürger des Territoriums zu sein und damit als gesellschaftlicher Mittelpunkt zu wirken.
Mit der durchgängigen Verwendung von Sichtmauerwerk für die Innenwände wurden die an diese Gebäudekategorie zu stellenden Ansprüche nach Robustheit und minimalem Pflege- und Werterhaltungsaufwand berücksichtigt.
Anliegen dabei war es aber auch, auf den ästhetischen Reiz dieses einfachen, natürlichen Materials und seiner Struktur hinzuweisen, die Wirkung in Verbindung mit dunkel gebeizten Holzteilen und Sichtbeton zu zeigen.
Zugleich wurde durch die Materialeinheit versucht, das gestalterische Bemühen nach Vereinigung der überschaubaren Einzelelemente zu einer dicht verflochtenen Gesamtstruktur visuell ablesbar und damit sinnlich erlebbar zu machen.
Die im gleichen Material ausgeführten Außenwände sollen auf den organischen Zusammenhang von innen und außen hinweisen und diesen verstärken.
Mit der Wahl des Sichtmauerwerks und des Waschbetonvorsatzes der Fassadenelemente war auch die Absicht verbunden, durch Wiederverwendung typischer Oberflächenmaterialien in diesem städtebaulichen Bereich eine Ensemble-Wirkung zu erreichen und auf den inneren Zusammenhang der unterschiedlich gestalteten Baukörper hinzuweisen.

Wohnungs- und Städtebau in Finnland



1

Dipl.-Ing. Hubert Scholz, Architekt BdA/DDR



2

1
Helsinki.
Dom von C. L. Engel am Senatorenplatz

2
Hvitträsk.
Atelierhaus von Saarinen, Lindgren und Gesellius

3
Helsinki.
Käpilä-Gartenstadt

3



Impressionen einer Studienreise

Der Finnische Architektenverband (SAFA) veranstaltete ein internationales Seminar mit dem Thema Genius loci – eine Suche nach lokaler Identität. Mehr als 70 Architekten aus 22 Ländern nahmen daran teil, unter ihnen Architekten der mit dem Bund der Architekten der DDR eng befreundeten Verbände aus der UdSSR, der ČSSR, der VR Bulgarien, der UVR, der SR Rumänien und der VR Polen.

Auf dem Seminar wurden 9 Vorträge über aktuelle Probleme der Entwicklung von Städtebau und Architektur in Finnland gehalten, wobei oft mehr Fragen gestellt als beantwortet wurden. Am überzeugendsten war die Darstellung der finnischen Architektur der letzten Jahre, die international einen guten Ruf besitzt.

So berichtete der bekannte Architekt und Hochschullehrer Reima Pietilä über seine Architekturauffassung an Hand eigener Bauten. Ob seinen Wohnungsbauten, Kirchen oder dem Anfang der 60er Jahre errichteten Studentenheim Dipoli – allen ist eins gemeinsam: die absolute Verflechtung der Gebäude mit der natürlichen Umwelt, die Verwendung von Beton, weißem Putz, Holz und Glas.

Der Architekt Pekka Pakkala sprach zu städtischen Entwicklungsproblemen. Nach seiner Auffassung haben sich die Prinzipien des Städtebaus in Finnland – wie auch in einigen anderen Ländern – in den letzten Jahrzehnten schnell verändert. Prinzipien scheinen nach seiner Meinung im Wechsel von Thesen und Antithesen zu wirken. Die zentralen Zielsetzungen wurden stets von den hervorstechendsten Mängeln der vorangegangenen städtebaulichen Struktur ausgelöst.

Tom Simons, Mitglied eines Kollektivs, das sich mit dem Wirken Alvar Aaltos auseinandersetzt, würdigte dessen große nationale und internationale Wirkung. Aalto ist der finnische Architekt, der – beginnend in den 30er Jahren – im In- und Ausland die größten Spuren hinterlassen hat. Dabei zeichnen sich seine Bauten weder durch übertriebenen Aufwand, noch durch außergewöhnliche Originalität aus.

Was sie hervorhebt, ist ihre moderne Auffassung, die organische Einheit von Form und Funktion, die Harmonie zwischen Natur

4
Noormarkku.
Villa Mairea
von A. Aalto



und bebauter Umwelt sowie die vorrangige Verwendung einheimischer natürlicher Baumaterialien. In diesen seinen Auffassungen sei er auch für das heutige Bauen ein Vorbild.

Weitere Beiträge befaßten sich mit der Entwicklung der finnischen Städte, mit den Aufgaben des Wohnungsbaus sowie mit der Planungspolitik in den Siedlungen Nordfinnlands.

Auffallend war die Suche nach neuen Lösungen, wobei insbesondere unter der jüngeren Generation Tendenzen zu verzeichnen sind, die unter der Losung „Überwindung der Moderne" einen zu starken Bruch mit der guten Tradition und Qualität finnischer Architektur anstreben.

Die im Seminar vorgetragenen Standpunkte und Auffassungen wurden durch mehrere Exkursionen praktisch untersetzt. Außer Besichtigungen in Helsinki und seiner näheren Umgebung hatten wir Gelegenheit, uns mit Bauten in den Städten Tampere, Pori, Rauma, Lathi, Jyväskylä, Oula und Seinäjoki vertraut zu machen.

Im Vordergrund der Besichtigungen standen — entsprechend der Zielstellung des Veranstalters — bedeutende gesellschaftliche Bauten. So u. a. die Universitäten in Helsinki — Otaniemi und Jyväskylä mit den Bauten Alvar Aaltos, ferner die neueste und moderne technische Universität in Oulu sowie Kirchen, Konzert- und Theaterbauten und die Finlandia-Halle in Helsinki, die durch die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 weltbekannt wurde.

Obwohl Fragen des Wohnungsbaus vom Veranstalter nicht in den Vordergrund gestellt wurden, bekamen wir doch durch das Seminar, die Exkursionen sowie persönliche Gespräche und Besichtigungen einen Überblick über die historische Entwicklung, den gegenwärtigen Stand, aktuelle Probleme und die Entwicklungstendenzen im finnischen Wohnungsbau.

Finnland ist eines der nördlichst gelegenen Länder. Es liegt zwischen dem 60. und 70. Breitengrad. Von den 337 000 km^2 sind mehr als 60 Prozent Wald, 10 Prozent Seen und Flüsse und nur 9 Prozent landwirtschaftlich genutzte Fläche. Finnland zählt rund 4,7 Millionen Einwohner, von denen etwa 550 000 in der Hauptstadt Helsinki leben. Zwei andere Städte, Turku und Tampere, zählen über 100 000 Einwohner. 8 weitere Städte haben mehr als 50 000 Einwohner. Alle diese Städte sind überwiegend in der Südhälfte des Landes. Diese Siedlungsstruktur, die landschaftlichen Gegebenheiten und das reiche Holzangebot beeinflußten maßgeblich die Entwicklung des Hausbaus. Vorherrschend waren in der Vergangenheit Holzhäuser, die größtenteils den verheerenden Stadtbränden bis in das beginnende vorige Jahrhundert zum Opfer fielen. Daher ist alte historische Bausubstanz gering, jedoch wird sie sehr gut gepflegt und unterhalten.

In Helsinki gibt es noch ein verhältnismäßig begrenztes Wohngebiet aus dem Ende des 18. Jahrhunderts in der Nähe des historischen Hafens. Die Repräsentationsbauten, insbesondere am Senatorenplatz, wurden nach den Plänen von Carl-Ludwig Engel in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtet. (Abb. 1). Dieser dem Klassizismus verbundene Architekt hat wesentlich das Antlitz der Städte Finnlands geprägt.

Die Bauten aus dem Anfang unseres Jahrhunderts wurden maßgeblich gestaltet von Eliel Saarinen und Lars Sonck. Saarinen, Lindgren und Gesellius hatten 1902 für sich das Atelierhaus Hvitträsk unweit von Helsinki im englischen Landhausstil mit ausgesprochen nordischer Eigenart gebaut. (Abbildung 2) Naturstein, Holz und eine enge Verbindung mit der umgehenden Natur kennzeichnen diesen Bau, der heut ein kulturelles Zentrum ist.

Ein typisches Beispiel für ein geplantes Wohngebiet ist die Käpilä-Gartenstadt in Helsinki aus den Jahren 1920–1925. (Abb. 3) Nach dem Vorbild englischer Gartenstädte und der Bauten von H. Tessenow wurden insgesamt 165 zweigeschossige getypte Häuser für jeweils 4 Familien errichtet. Jede Familie erhielt 150 m^2 Garten. In den 60er Jahren sollten diese Holzhäuser abgerissen werden. Es gab einen Protest der Bevölkerung, die Bauten wurden modernisiert und so ein Stück Baugeschichte erhalten. Auffallend, daß alle Gärten gut gepflegt sind, es keine Zäune gibt und somit die Gärten der Naherholung dienen.

Ein Symbol für das moderne, landschaftsbezogene Wohnen wurde die „Villa Mairea", die Alvar Aalto 1938–39 in Noormarkku unweit der Stadt Pori für eine Fabrikantenfamilie baute. (Abb. 4) Diese Villa, die heute der Öffentlichkeit zugängig ist, stellt eine Verbindung der finnischen Tradition, der neo-klassizistischen Periode Aaltos und der Auffassungen der Modernen dar. Finnische Kollegen sagten: Aalto stützte sich auf die rationelle Architektur von Courbusier und Gropius, von denen er jedoch eine mehr freie und expressive Anleihe nahm, sie aber nie zu kopieren versuchte. In diesem Bau kommt Aaltos Liebe für Holz, Ziegelsteine und weiße Putzflächen zum Ausdruck, seine Liebe zu klaren Formen, geschwungenen Linien und seine intensive Verbindung zur umgebenden Landschaft. Aber die „Villa Mairea" konnte natürlich bei aller Genialität nicht als Beispiel für den notwendigen Massenwohnungsbau dienen.

Doch auch auf diesem Gebiet setzte Aalto einen Maßstab mit dem in den Jahren 1936–39 errichteten Wohnkomplex für die Werktätigen der Zellulosefrabik Sunila bei Kotka. Nach ähnlichen Prinzipien wurde Ende der 30er und zu Beginn der 40er Jahre in Helsinki das Olympische Dorf errichtet. Die offene Bebauung, meist 3- und 4geschossig, fügte sich harmonisch in das hügelige Gelände ein. Auch in diesem Gebiet hat man einen gartenähnlichen Eindruck, da zahlreiche Bäume erhalten wurden und eine weitere aktive Bepflanzung und Terrassenbildung erfolgte. (Abb. 7)

Das Olympische Dorf wurde für die Olympischen Spiele 1940 gebaut. Diese fanden infolge des von den Faschisten ausgelösten zweiten Weltkrieges nicht statt. Die Entwicklung des Wohnungsbaus in Finnland fand vorerst eine Unterbrechung.

Nach dem Krieg standen zunächst die Überwindung der vorhandenen Schäden sowie die Unterbringung von Umsiedlern im Vordergrund. Das erfolgte anfangs mittels standardisierter Einheitsbauten, meist eingeschossigen Holzhäusern. Ende der 40er Jahre wurden bereits mehrgeschossige Wohnbauten in die in den Städten vorhandenen Baulücken eingefügt. Das reichte jedoch nicht aus.

So setzte sich zu Beginn der 50er Jahre auch in Finnland das Prinzip der Nachbarschaftssiedlungen außerhalb der bestehenden Stadtstruktur durch. Ein klassisches Beispiel ist die erste Ausbauetappe von Tapiola, einer Siedlung 10 km westlich von Helsinki,



5

5
Tapiola.
Einkaufszentrum

6
Tapiola.
Wohngruppe Suvikumpu

7
Helsinki.
Olympisches Dorf

8/9
Jyväskylä.
Wohngebiet
Kortepohjar

10
Oulu.
Spielgeräte einer
Unterklassenschule

6

7

in den Jahren 1953–58 für ursprünglich 30 000 Einwohner errichtet. Die mit dem Bau beauftragte Gesellschaft forderte einige der besten Architekten Finnlands zu ihrer Mitwirkung auf. Dazu gehörten A. Blomstedt, A. Ervi, V. Revell, K. und H. Siren sowie M. Tavio. Jeder von ihnen projektierte eine Häusergruppe entsprechend dem bestätigten Stadtbebauungsplan.

Ein Prinzip, das sich voll bewährt hat und beispielgebend für andere größere Wohngebiete war und ist. Alle Architekten haben sehr einfühlsam ihre Bauten, meist 2- bis 4geschossig mit wenigen punktförmigen Hochhäusern in die vorhandene Landschaft eingeordnet. Dabei gingen sie einen für unsere Verhältnisse ungewöhnlichen Weg: Die Wohngruppen wurden auf den vorhandenen Waldinseln realisiert, während die dazwischenliegenden Felder als Grün- und Freiflächen für Erholungszwecke sowie für die Aufnahme des Verkehrs ausgebaut wurden. Dadurch waren die Wohngebiete von Anfang an reine Waldstadtsiedlungen.

In späteren Jahren wurde das Zentrum von Tapiola ausgebaut. Entsprechend der preisgekrönten Wettbewerbsarbeit von A. Ervi wurden um einen künstlichen See in einer Parklandschaft mehrere zentrale Gebäude, wie die Verwaltung, ein Hotel, die Kirche und Schwimmhalle locker eingeordnet. Bauten der Kultur werden folgen. Dagegen zeichnet sich die in den vergangenen Jahren fertiggestellte Handelszone durch eine hohe Funktionsdichte aus. Sie gehört ausschließlich dem Fußgänger und Radfahrer, wie überhaupt das Fahrrad ein beliebtes und zweckmäßiges Verkehrsmittel in den neuen Wohnsiedlungen ist. Es ist grundsätzlich erlaubt, mit dem Fahrrad auf Fuß- und Parkwegen sowie in ausgesprochenen Fußgängerbereichen zu fahren. (Abb. 5)

In den 50er Jahren wurde auch der Grundstein für die Industrialisierung des Bauens gelegt. Die Konzentration der Baubetriebe und die Entwicklung der Vorfertigungstechnik der Elementeindustrie ermöglichten nun, größere Gebiete systematischer und effektiver als vorher zu bebauen.

Ein Beispiel dafür ist das Wohngebiet Kortepohjar in Jyväskylä. In der ersten Phase Mitte der 60er Jahre wurden entsprechend der städtebaulichen Planung von B. Lundsten Wohngruppen mit vorwiegend 1- bis 3geschossiger Bebauung errichtet. Später folgten mehrgeschossige Wohnblocks. Aber noch immer war der Gedanke der Waldstadt dominierend. (Abb. 8 und 9)

Die soziale Entwicklung Finnlands, die mit einem raschen Ausbau der Industrie verbunden war, zwang zur Ansiedlung von immer mehr Menschen in den städtischen Gebieten. Das Ideal wurde nun eine hohe Dichte in der kompakten Stadt gegenüber der geringen Dichte der Waldstädte. Diese Wohngebiete wurden charakteristisch für die 70er Jahre.

Gerade sie geben für unsere Bauaufgaben eine Reihe wertvoller Anregungen. Die Gebäude zeichnen sich aus durch große Einfachheit in der Gestalt, kurze Blocklängen, keine hohen Drempel, einfache Hauseingänge und meist 4- bis 6geschossige Bebauung. Beeindruckend ist die ausgezeichnete Qualität der Ausführung, eine variable, dem Standort angepaßte Gestaltung von Balkonen und Loggien, eine unterschiedliche Dachgestaltung und eine maximale Ausnutzung standörtlicher Bedingungen, die zu einmaligen Lösungen führen.

Auffallend ist, daß Funktionsunterlagerungen für Geschäfte, Imbißstuben und sonsti-

ge kleinere gesellschaftliche Einrichtungen, auf die normale Geschoßhöhe der Wohngeschosse begrenzt sind. Keller werden nur in Ausnahmefällen eingebaut. In den 70er Jahren wurde ein System entwickelt, bei dem die starren Rastermaße in Längsrichtung des Gebäudes aufgegeben wurden, da Spannbetondeckenelemente beliebig lang geschnitten werden können. Festlegungen gibt es zur Querausdehnung des Gebäudes mit dem Modul 12 M und der Deckenplattenbreite 3 M. Dadurch sind die Gebäude an jede Funktion und an jeden Standort anpaßbar. Neben der Plattenbauweise wurde verstärkt eine Mischbauweise entwickelt, wobei Trennwände, Decken und Treppen im Montagebau und die Fassaden individuell gefertigt werden. Zum Teil werden auch Wände als monolithische Betonkonstruktion hergestellt.

Bei Außenwandplatten garantieren die geschlossene Fuge von 1,5–2,0 cm sowie ein Fugendichtungsmaterial einwandfreie wärmetechnische und gegen Feuchtigkeit geschützte Lösungen. Die Fassadenoberflächen sind Klinker bzw. Spaltklinker, Marmorsplitt, strukturierte Betonoberflächen oder eingefärbter Beton. Farbanstriche reduzieren sich in der Regel auf Bauteile, die ohne Gerüste erreichbar sind.

Die in den Bauten eingesetzten Aufzüge sind einfach konstruiert. So gibt es keine Fahrkorbtüren, was jedoch eine hohe Maßgenauigkeit in der Montage voraussetzt. Die Treppen sind äußerst raumsparend. Überwiegend werden vorgefertigte halbkreisförmige Mittelbalken mit aufgesetzten Terrazzostufen angewandt.

Die Freiflächengestaltung in den Wohngebieten ist einfach und rationell. Neben Großgrün gibt es Strauchbepflanzungen und Rasenflächen. Ein wesentliches Gestaltungsmittel sind Kletterpflanzen an Gebäuden. Blumenanlagen sind auf wenige Punkte konzentriert oder fehlen gänzlich. Wege sind verhältnismäßig schmal, ohne Kantensteine, asphaltiert oder mit einer wassergebundenen Oberfläche. Müllplätze werden grundsätzlich von einer Holzwand umgeben und z. T. überdacht. Einfache, aber zweckmäßige Kinderspielgeräte werden den Wohnhäusern und gesellschaftlichen Bauten zugeordnet. (Abb. 10) Außerhalb der Bebauungsgrenze bleibt die vorhandene Landschaft, oft nur wenige Meter vom Gebäude entfernt, in ihrer Natürlichkeit erhalten.

Wohngebiete und Wohnblocks dieser Art wurden überall im Lande errichtet. Ein sehr gelungenes Beispiel ist das Wohngebiet Olari, ein Stadtteil der Stadt Espoo, 15 km westlich von Helsinki. (Abb. 12) Obwohl hier ein Rasterplan zugrunde gelegt wurde, erfolgte eine optimale Einbeziehung der vorhandenen Landschaft. Das wurde insbesondere durch kurze Baublöcke erreicht. Charakteristisch für Olari ist ein zentraler Fußgängerbereich sowie die lebhafte Fassadengestaltung. Hier hat es sich positiv ausgewirkt, daß die Stadtplaner des Gebietes auch die meisten Gebäude selbst entwarfen.

Ein weiteres interessantes Beispiel für ein größeres Wohngebiet der 70er Jahre ist Hervanta bei Tampere, dem eine städtebauliche Planung von A. Ruusuvuori, dem derzeitigen Präsidenten des Finnischen Architektenverbandes SAFA, zugrunde liegt.

Generell war auf dem Seminar und in Diskussionen mit finnischen Architekten zu spüren, daß es gegenwärtig eine starke Gegenbewegung gegen diese dichtbebauten mehr- und vielgeschossigen Wohngebiete der 70er Jahre unter Architekten und



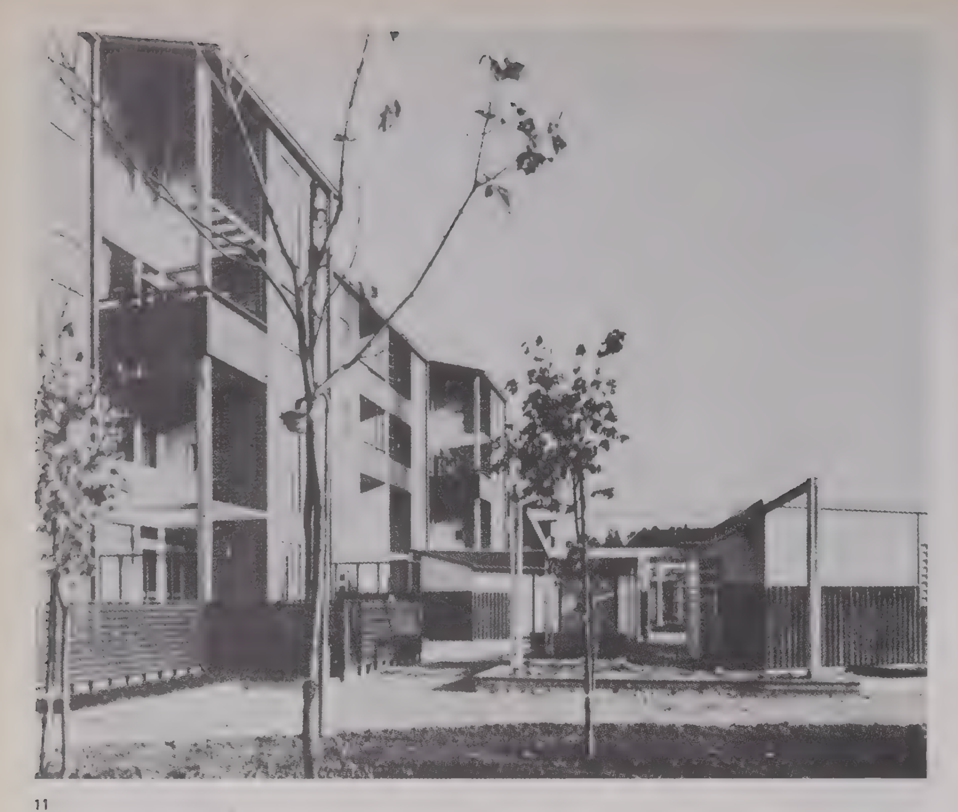
6



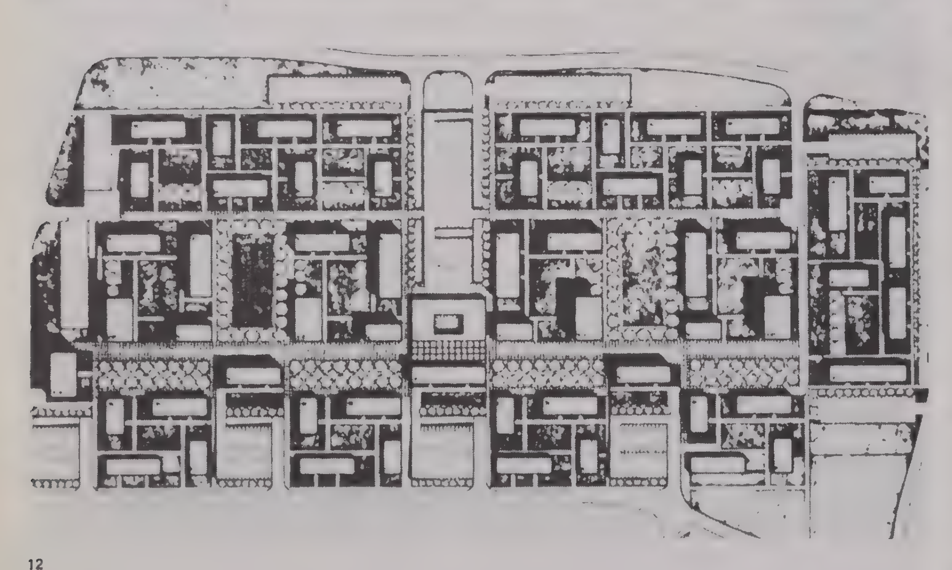
9

10





11



12

13

11
Helsinki.
Wohngebiet
Malminkartano

12
Espoo.
Wohngebiet Olari

13
Helsinki. Malmi

14
Rauma. Altstadt

15
Rauma.
Rekonstruierte
alte Wohnhäuser

16
Rauma.
Wohnungsneubauten
am Rande der Altstadt

bei Bewohnern gibt. Nicht stichhaltig scheint das Argument, daß viele dieser Wohnungen leer stehen. Die Ursachen dafür sind wohl eher in den hohen Mieten zu sehen, die oft 40–50 Prozent des Einkommens eines Arbeiters ausmachen. Ein hoher Prozentsatz der Wohnungen sind Eigentumswohnungen, wobei 3000 bis 4000 FM/m² zu zahlen sind. Das Durchschnittseinkommen eines Arbeiters beträgt 4000 bis 5000 FM Monat. Unverkennbar ist auch, daß nach einem Rückgang des öffentlich geförderten Wohnungsbaus die Baubetriebe durch Propagierung neuer Wohnformen für neue Aufträge werben.

Wo noch neue Wohngebiete notwendig werden, wird ein kleinerer Maßstab in der Flächenausdehnung der Gebiete und im Einzelgebäude angestrebt. Als Beispiel dafür gilt das Gebiet Malminkartano (Abb.11), 12 km nördlich von Helsinki. Diese Orientierung mitunter bereits zu sehr in eine Kleinteiligkeit bis hin zur dörflichen Atmosphäre. Kleine Wohngruppen, z. T. ein- und zweigeschossige Reihenhäuser, sind sicher keine generelle Lösung für eine effektive Stadtentwicklung, sondern eher als eine Flucht aus ungelösten Problemen zu werten. (Abb. 13) Auch eine neue Richtung in der Architekturauffassung, die sogenannte „Ouluer Schule" – die eine Wiederdurchsetzung des handwerklichen Bauens und eine postmoderne Richtung anstrebt – ist meines Erachtens kein Fortschritt in der finnischen Architektur.

Deutlich wurde auf dem Seminar ein neues Ziel der Stadtplanung der achtziger Jahre in Finnland: die weitere Entwicklung bestehender Stadtgebiete. In diesem Zusammenhang wurde spürbar, daß in den letzten Jahren die Erhaltung und Rekonstruktion an die Stelle des Abrisses und Neubaus getreten ist.

Ein konsequentes Beispiel für die Erhaltung ist die Altstadt von Rauma, einer Kleinstadt im Südwesten Finnlands. Diese Altstadt umfaßt auf einer Fläche von etwa 30 ha rund 600 ein- bis zweigeschossige Holzhäuser, überwiegend aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Rauma ist eine der wenigen finnischen Städte, die in den vergangenen drei Jahrhunderten nicht durch Stadtbrände vernichtet wurde. Entsprechend einem 1964 durchgeführten städtebaulichen Wettbewerb sollte fast die gesamte Innenstadt abgerissen und neu bebaut werden. Ausnahmsweise wurde in diesem Fall das Wettbewerbsergebnis nicht realisiert. Statt dessen wurde 1972–75 eine Planung erarbeitet, die die Erhaltung der städtebaulichen Struktur und Substanz als Denkmal des finnischen Städtebaus vorsieht. Der Ausbau der Wohnhäuser erfolgte meist durch die Nutzer selbst. Heut besticht die Altstadt von Rauma durch Sauberkeit und liebevolle Erhaltung der Bauten. Wo in Ausnahmen Neubauten errichtet wurden, mußten sie sich im Maßstab, Material und architektonischen Ausdruck der Umgebung anpassen. Diese denkmalpflegerische Leistung machte Schule für viele andere städtebauliche Lösungen. (Abbildung 14 bis 16)

Ein Beispiel für das Nebeneinander von Erhaltung eines Wohngebietes aus dem 1. Jahrzehnt dieses Jahrhunderts mit einem innerstädtischen Neubaugebiet ist Katajanokka, in unmittelbarer Nachbarschaft des historischen Stadtzentrums von Helsinki. (Abb. 17 bis 19) Als vor reichlich 10 Jahren eine alte Werft aufgegeben wurde, entstand auf der Grundlage eines städtebaulichen Wettbewerbs der Plan, auf diesem Standort ein Wohngebiet für rund 3000 Einwohner zu errichten, und gleichzeitig das angrenzende Altbaugebiet zu modernisie-

ren. Katajanokka zeigt einen spürbaren Gestaltungswandel gegenüber der offenen Bebauung am Stadtrand. Zur Anwendung kam eine konsequente Blockbebauung mit teilweiser Funktionsunterlagerung für Geschäfte, Arbeitsstätten und Kindereinrichtungen. Es wurden verkehrsfreie Wohnbereiche geschaffen, die Höfe begrünt und mit Kinderspielplätzen ausgestattet. Zur Vermeidung von Monotonie wurde jeder städtebauliche Block von einem anderen Architekten, jedoch in Zusammenarbeit mit der städtebaulichen Planungsgruppe projektiert. Katajanokka ist ein überzeugendes Beispiel für innerstädtischen Wohnungsbau. Insgesamt vermittelt der finnische Wohnungsbau eine Reihe von Erfahrungen, die auch für unser Bauen und die Gestaltung von Wohngebieten nützlich sein können, vor allem hinsichtlich solider gestalterischer, technologischer und konstruktiv-funktioneller Details.

In Finnland wurden in den vergangenen Jahrzehnten auf dem Bausektor große Leistungen vollbracht, nur 12 Prozent der Bausubstanz sind älter als 40 Jahre. Heute jedoch wirkt sich auch dort (u. a. mit etwa 7 Prozent Erwerbslosen) die kapitalistische Wirtschaftskrise aus. Wenn sie bisher nicht so einschneidend war wie in zahlreichen anderen kapitalistischen Ländern, dann sind die langfristigen, engen und stabilen wirtschaftlichen Beziehungen Finnlands zur Sowjetunion dafür sicher eine entscheidende Ursache.



14

15



16





17



18

17
Helsinki. Blick in einen Wohnhof des Wohngebietes Katajanokka

18
Helsinki. Lageplan des innerstädtischen Wohngebietes Katajanokka. Unten das Modernisierungsgebiet, oben ein innerstädtisches Neubaugebiet

19
Helsinki. Innerstädtischer Wohnungsneubau in Katajanokka

19

Zu Fragen der Tiefbausubstanz bei der Rekonstruktion von Altbauwohngebieten

Dr.-Ing. Hilmar Bärthel, KDT
Mitglied der Sektionen Städtebau und Architektur und Tiefbau der Bauakademie der DDR
Dipl.-Ing. oec. Reinhard Strehle, KDT
Büro des Stadtarchitekten beim
Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt

1. Die Situation

Seit Jahren gehören die Begriffe „komplexe Rekonstruktion" oder „Umgestaltung von Altbauwohngebieten" zum festen Vokabular der Architekten, Städtebauer und ihrer vielen Fachpartner. Und seit Jahren auch gibt es eine gedankliche und in der Praxis geübte saubere Trennung:

– hier: Neubau auf freier Fläche, inzwischen technologisch perfektioniert (das, was wir können, was wir heute, gegenwärtig, täglich immer noch mit Schwerpunkt tun)
– dort: Erneuerung, Variation, Ergänzung vorhandener innerstädtischer Strukturen, technologisch noch längst nicht beherrscht (das, was vor uns steht, was wir morgen mit Sicherheit tun müssen).

Als Vorbereitung auf das Kommende ist in den letzten Jahren viel geschehen.

In fast jeder größeren Stadt gibt es Altbaugebiete, für die Beispielplanungen, Studentenarbeiten, Wettbewerbe und weitere Aktivitäten ausgelöst und durchgeführt wurden. Einzelne Gebiete sind als Experimente mit unterschiedlichstem Herangehen in der Praxis umgestaltet worden.

So gern wir diese Gebiete unseren Gästen mit berechtigtem Stolz zeigen, einen Grundmangel haben sie alle; ihre Realisierung lag an der oberen Grenze unserer volkswirtschaftlichen Möglichkeiten. Als Beispiel für die massenhafte Anwendung mit ernsthaftem Gewicht für die Realisierung des Wohnungsbauprogramms können sie nur bedingt bzw. nur in einzelnen Elementen dienen.

2. Die Aufgabe

Spätestens seit den letzten Tagungen des ZK der SED steht nun mit aller Konsequenz fest; das Morgen liegt nicht mehr irgendwann vor uns, es ist zum Heute geworden. Das innerstädtische Bauen in der Einheit von Erhaltung, Modernisierung, Umgestaltung Neubau oder besser: in der Einheit von Instandhaltung/Rekonstruktion ist unsere wichtigste politische Aufgabe, der wir uns ab sofort mit unserer ganzen Kraft stellen müssen.

Die Zahl der innerstädtischen Gebiete, die insgesamt bearbeitet werden muß, ist so groß, daß Beispielplanungen und ähnliche Aktivitäten nicht mehr ausreichen. Wir brauchen Standardlösungen für den Gesamtprozeß und für die Teilprozesse, die massenhaft, selbstverständlich und routinemäßig beherrscht werden. Erst, wenn wir das erreicht haben, werden wir in großen Schritten vorwärtskommen.

Dazu müssen die vorhandenen Bedingungen auf möglichst breiter Basis verallgemeinerungsfähig bekannt sein, damit sie im Sinne von Typenlösungen nur jeweils auf die konkrete örtliche Situation angepaßt zu werden brauchen. Das gilt für Bauweisen, Konstruktionen, Zustand, Ausstattung usw. der Hochbausubstanz, das gilt genauso für die Bausubstanz an oder unter der Erde (die technische Infrastruktur), das gilt für den Umfang der nötigen Arbeiten, für anzusetzende Kräfte, technische, materielle und finanzielle Mittel.

Insbesondere interessieren dabei immer wieder Fragen, in denen Architekten und Städtebauer oft Unsicherheiten in der Beurteilung haben, zum Beispiel:

– sind aus den notwendigen Verbesserungen in der Qualität stadttechnischer Leistungen in den zu bearbeitenden Gebieten größere bauliche Maßnahmen zu erwarten?

– wie sehen die unterirdischen Versorgungsnetze in diesen Gebieten heute aus, wie weit sind sie weiterhin brauchbar?

– was ist an Erweiterungen (Auswechselungen oder zusätzliche Neuverlegungen) von Leitungen notwendig?

– wohin sollen, können oder müssen zusätzliche oder auszuwechselnde Leitungen verlegt werden?

– wie stellen sich diese Fragen für technische Stationen (Trafos usw.)?

– wie weit kann man die Bauprozesse im unterirdischen Bauraum so beeinflussen, daß das Bauen an den Gebäuden durch sie so gering wie möglich gestört wird?

Für einen Teil dieser Fragen soll hier versucht werden, im Rahmen des Möglichen verallgemeinerungsfähige Antworten zu geben.

3. Bedingungen der Gebietsstruktur

Die innerstädtischen Gebiete, mit deren weiterer städtebaulicher Bearbeitung wir es ab sofort und mit Nachdruck zu tun haben werden, sind vorwiegend die Arbeiterwohngebiete der Gründerzeit, Baujahre etwa 1870 bis 1914, je nach Stadtgröße 4- bis 5geschossig bebaut.

Sie sind auf dem Reißbrett für damaliges Freigelände angelegt und haben Rastermaße in der Straßenstruktur, die sich in den einzelnen Städten nur wenig unterscheiden. Ausgangspunkt für die Rastermaße war die Grundstückstiefe. Für das Vorderhaus an der Straßenflucht wurden 10 bis 12 m benötigt, dann kam der Hof mit Hinter-(Quer-) oder Seitengebäude, oft noch eine kleine Fläche als Gartenland. Die Grundstückstiefe lag also bei rund 50 bis 60 m, in besonderen Situationen (z. B. Hanglage) auch nur bei 35 m. Aus dem rückwärtigen Aneinanderstoßen der Grundstücke ergab sich die Rastertiefe von rund 100 bis 120 m. Die Rasterlänge der Wohnquartiere war meist etwas größer (140 bis 160 m), so daß rechteckige Strukturen entstanden.

Abweichungen vom rechten Winkel sind nur dort feststellbar, wo die Gelände(Baufeld)struktur dazu zwang.

Die Breite der Straßen wurde etwa gleich Traufhöhe angesetzt, für die Breite einer Gehbahn galt rund $^1/_5$ der gesamten Straßenbreite oder $^1/_3$ der Fahrbahnbreite, gerundet auf volle oder halbe Meter.

Fester Bestandteil dieser damaligen Neuanlagen war die Erschließung mit Wasser, Gas und Kanalisation. Sie wurde mit der Planung der Gebiete entworfen und spätestens realisiert, wenn $^1/_3$ der Gebäude errichtet war oder sich im Bau befand. In die Kanalisation wurden Anschlußstutzen für jedes Grundstück eingesetzt, auch für solche, die noch nicht bebaut oder noch nicht einmal als Baugrundstücke verkauft, jedoch als solche parzelliert waren.

Die Erschließung mit Elektroenergie- und Fernsprechleitungen erfolgte entsprechend der technischen Entwicklung erst in späteren Zeiträumen.

Für die Hof- bzw. Innenräume der Quartierbebauung in den dargestellten Altbaugebieten ist typisch, daß im Laufe der Zeit eine regellose Verdichtung der Bebauung erfolgte und daß diese Gebäude heute vielfach zu den verschiedensten gewerblichen Zwecken genutzt werden (Lager, Werkstätten usw.).

4. Lage und Zustand der Versorgungsleitungen

Für diese Gebiete können folgende verallgemeinerungsfähige Charakteristika der unterirdischen Substanz und der an ihnen zu erwartenden Veränderungen genannt werden (prinzipielle Aspekte hierzu wurden bereits im Jahre 1974 in Heft 11 der „Architektur der DDR" veröffentlicht ⟨1⟩):

– Abwasser (Entwässerung, Kanalisation)

Die Leitungen (Kanäle, Sammler) liegen sehr tief, meist unter der Fahrbahnmitte. Sie sind aus beständigen Materialien bei ehemals sehr guter Bauausführung hergestellt, Nennweiten bis 600 mm aus Stein-

1 Friedrich-Engels-Straße/Kreuzung Dimitroffstraße. Blick von West nach Ost. Fahrstraße und Gehbahnen (Granitplatten) wurden 1975 erneuert und befinden sich in gutem Zustand.



zeug (Kreisprofil), größere Dimensionen im Eiprofil meist aus Klinkern gemauert, teilweise auch aus Beton.

In den Altbaugebieten besteht überwiegend Mischsystem, d. h. gemeinsame Abführung von Regen- und häuslichem Schmutzwasser in einem Rohr. Die in der Regel baulich gut erhaltenen Leitungen sind auch heute aus folgenden Gründen voll zur Weiterverwendung ohne bauliche Veränderungen geeignet:

– Die ehemalige Dimensionierung erfolgte nach dem jährlich höchstens einmal überschrittenen Starkregen. Diese Regel gilt noch heute. Die Regenwassermengen haben sich seit rund 100 Jahren nicht verändert und einschneidende Veränderungen sind auch in Zukunft nicht zu erwarten.

– Der Schmutzwasseranfall in den Altbaugebieten hat sich natürlich je Einwohner erhöht und wird sich mit den jetzt städtebaulich vorzubereitenden Maßnahmen der Erneuerung weiter erhöhen. In den Anfallmengen je Einwohner kann man rund mit einer Verdoppelung gegenüber den Werten rechnen, die seinerzeit der Dimensionierung zugrunde gelegt wurden.

Dieser Erhöhung wirkt eine Erscheinung entgegen, die in **allen** Altbaugebieten festzustellen ist. In den „Mietskasernen" der Gründerzeit bestanden hohe Wohnungsbelegungen. Die Einwohnerdichte bewegte sich z. B. bei durchgehend 5geschossiger Bebauung in Größenordnungen um 400 bis 600 Einwohner je Hektar. Die heute nach den VBWG-Zählungen 1971 und 1981 in diesen Gebieten noch vorhandenen Einwohnerdichten liegen zwischen 200 und 300 Ew/ha, in Gebieten geringerer Geschossigkeit noch niedriger.

Infolge dieser Fakten sind Überlastungen von Mischwasserkanälen in den Anfangs- oder Mittelhaltungen (dieser Gebiete) relativ selten anzutreffen.

– Der Schmutzwasseranteil in den Mischwasserkanälen benötigt bei Trockenwetterabfluß 8 bis 14 Prozent der vorhandenen Querschnittsfläche der Rohre. Eine Erhöhung ist problemlos aufnehmbar. Bei Starkregen wird die erforderliche Verdünnung der Abwässer zum schadlosen Abwurf in Vorfluter in der Regel auch bei erhöhtem Schmutzwasseranteil noch erreicht.

In Ausnahmefällen, z. B. bei ehemals zu geringer Dimensionierung der Netze, kann es notwendig werden, das Mischsystem der Abwasserableitung zu einem Teil-Trennsystem umzufunktionieren. Die Kanäle des Mischsystems werden dann nur noch als Schmutzwassersammler genutzt, während für das Regenwasser neue Leitungen zusätzlich zu verlegen sind, die auf kürzestem Wege zum nächstgelegenen offenen Vorfluter oder Regenüberlaufkanal führen. Für einige Innenstadtgebiete wurde 1979 eine solche Lösung im 2. Fachwissenschaftlichen Wettbewerb der KDT untersucht.

– Gasversorgung

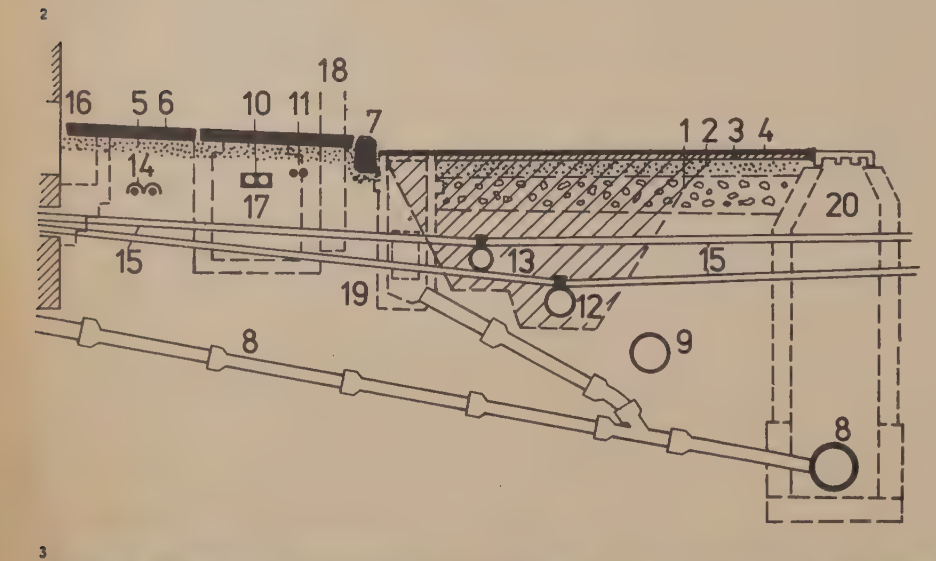
Durchgehende Hauptleitungen größerer Nennweiten mit gesamtstädtischer Funktion liegen meist unter den Fahrbahnen mit 0,9 bis 1,2 m Überdeckung.

Die Versorgungs- und Verteilungsleitungen sind in der Regel mit rund 1,0 m Überdeckung unter der Gehbahn, teilweise auch unter der Fahrbahn (Nähe Bordkante) eingeordnet, in größeren Städten auf beiden Straßenseiten. Die Nennweiten betragen im Regelfall 100 mm, in mittleren Städten auch noch 80 mm. Als Materialien wurden urspünglich Gußrohre mit Muffenverbindungen verlegt, lediglich in Gebieten, in denen etwa ab 1928 Neuverlegungen oder Auswechselungen stattgefunden haben, sind verschweißte Stahlrohrleitungen vorzufinden.

Die Netze wurden in den letzten Jahren gut in Ordnung gehalten, insbesondere wurden sie mit der Umstellung auf trockenes Ferngas (in einigen Gebietsteilen in letzter Zeit auch auf Erdgas) in Größenordnungen saniert. Damit konnte der größte Teil der Undichtheiten an den alten Gußmuffenleitungen beseitigt werden.

Gas wird in den Altbaugebieten für die Speisenzubereitung und teilweise für die Warmwasserbereitstellung (Durchlauferhitzer) gebraucht, nur ein relativ geringer Anteil dient der Raumheizung, in der Regel als Zusatzheizung mit Außenwandgeräten.

2



2
Friedrich-Engels-Straße.
Prinzipquerschnitt Südseite
Aufbau der Fahrbahndecke
1 Schotter, 30 cm
2 Bitumenkies, 10 bis 15 cm
3 Bitumengrobbeton, 5 cm
4 Bitumenfeinbeton, 4 cm
Gehbahn
5 Kies-Sandbett, 10 bis 15 cm
6 Granitplatten
7 Bordstein
Leitungen, unverändert
8 Abwasser NW 350/400 einschließlich Hausanschlüsse
9 Wasser, NW 300
10 Fernmeldekanal, 2 Züge
11 Straßenbeleuchtung, 2 Kabel
Leitungen, Reko oder Neuverlegung
12 Wasser NW 150/200
13 Gas NW 150
14 Elt 2 x 1 kV
15 Hausanschlüsse Wasser, Gas
Punktuelle Einengungen des U-Raumes
16 Kellerfenstervorbau
17 Fernmeldeschacht
18 Beleuchtungsmast
19 Straßenentwässerung
20 Abwasserschacht
schraffiert: Mindestraum der Aufgrabungen

3
Aufgegrabene Straße im Gebiet Sonnenberg (Teil der Dimitroffstraße)

4
Kellerfreiverlegung von Leitungen. Ausgeführtes Beispiel in der Garreisstraße

3



4



Die Gasmengenbilanz der DDR weist für den Anteil der Bevölkerung 65 Prozent Speisenzubereitung, 25 Prozent Warmwasserbereitung und 10 Prozent Raumheizung aus. Die energiewirtschaftlichen Direktiven sehen keine Erweiterung des Anteils für Raumheizung vor.

In den Altbaugebieten werden neu einzufügende Neubauten ohne Gasversorgung errichtet.

Es gibt also keine prinzipielle Notwendigkeit der Veränderung oder Erweiterung von Gasversorgungsnetzen in größerem Maßstab. Allgemein sollte angestrebt werden, diese Leitungen unverändert beizubehalten.

In Sonderfällen, bei hohem Verschleißgrad der Leitungen, nachgewiesen durch überdurchschnittliche Havariequoten, sind diese Leitungsstrecken zu ersetzen.

– Wasserversorgung

Für die Anordnung von Hauptleitungen gesamtstädtischen Charakters und für Verteilungsleitungen zur Versorgung der unmittelbar anliegenden Gebäude im unterirdischen Raum der Straßen sowie für die verwendeten Materialarten gelten die gleichen Prinzipien oder Bedingungen, die bei der Anordnung der Gasversorgungsleitungen bereits genannt wurden. Eine Unterscheidung besteht lediglich in der Tiefenlage. Wasserversorgungsleitungen sind wegen der Frostgefährdung mit mindestens 1,4 m Überdeckung verlegt.

Für die Beurteilung der eventuellen Weiterverwendung der Verteilungsleitungen ist folgendes zu bedenken:

Beträgt der Wasserverbrauch in nicht modernisierten Altbauwohnungen ohne WC und Bad gegenwärtig etwa 75 bis 85 l je Einwohner und Tag, steigt er nach der Modernisierung auf rund den doppelten Wert. Und wenn auch diese Mengen aus den vorhandenen Leitungen NW 100 durchaus noch bereitstellbar sind, so entsteht das Problem des für obere Geschosse nicht mehr ausreichenden Drucks, z. B. für den Anschluß einer automatischen Waschmaschine (technisch notwendiger Mindestdruck = 0,11 MPa ≙ 11 m Wassersäule).

Also werden im Normalfall bei der Instandsetzung Rekonstruktion von Altbaugebieten Leitungen größerer Nennweiten erforderlich (z. B. NW 150) oder es sind zusätzliche Rohrstränge (etwa NW 100) parallel zu den vorhandenen zu verlegen.

Weiter ist damit zu rechnen, daß der im städtischen Wasserversorgungsnetz vorhandene Druck auch bei größer dimensionierten Leitungen nicht für die qualitätsgerechte Versorgung der 4. und 5. Geschosse ausreicht. Es werden dann Druckerhöhungsstationen mit den daraus folgenden technischen Konsequenzen erforderlich (Anlage druckerhöhter Teilnetze für entsprechende Teil-Versorgungsgebiete).

Zu prüfen ist, ob druckerhöhtes Wasser aus einem benachbarten druckerhöhten System bereitstellbar ist, z. B. aus einem nahegelegenen Neubaugebiet.

– Elektroenergieversorgung

Die Mittelspannungsleitungen, die die einzelnen Trafostationen (Netzstationen) speisen und die Niederspannungsleitungen zur unmittelbaren Versorgung der Gebäude liegen erdverlegt, durch Kabelabdeckhauben geschützt, relativ flach unter den Gehbahnen. Die Verlegetiefe beträgt rund 0,6 m; die Anordnung erfolgte oft in unmittelbarer Nachbarschaft der Gebäudefluchten und nur in Ausnahmen, bei sehr schmalen Straßen, unter den Fahnbahnen. Die Niederspannungskabel sind auf jeden Fall auf beiden Straßenseiten, die Mittelspannungskabel auf einer, meist einlagig direkt neben den Niederspannungskabeln verlegt. Bei beengten Platzverhältnissen im unterirdischen Raum oder bei Einordnungsnotwendigkeit sehr vieler Kabel (z. B. in der Nähe von Umspannwerken) wurden und werden Elektro-Kabel mehrlagig nach dem Prinzip angeordnet, daß die höchste Spannungstiefe zuunterst liegt, also z. B. von unten nach oben und in einem Block: 20 kV – 1,0 0,4 kV – Steuer- und Informationskabel der Energieversorgung.

Der Zustand und die weitere Brauchbarkeit sind nicht so allgemeingültig zu beurteilen, wie das für die bisher genannten Leitungen möglich war. Diese Wertung hängt u. a. davon ab, ob für das zu bearbeitende Gebiet die in der DDR seit Jahren zielstrebig erfolgte Umstellung auf Normspannung (380 220 V) bereits erfolgt ist oder noch bevorsteht.

Auf jeden Fall ergeben sich mit der städtebaulichen Rekonstruktion, ausgehend von der steigenden Ausstattung der Haushalte mit modernen Elektrogeräten auch Rekonstruktionsnotwendigkeiten an den Elektro-Versorgungsnetzen. Das können sein:

– Einfügung zusätzlicher Trafostationen zur Erhöhung der Leistungsbereitstellung im Gebiet (Standortfrage berücksichtigen)

– Verlegung neuer Mittelspannungskabel zur Speisung der Trafostationen

– Umstellung vorhandener oder Verlegung zusätzlicher Niederspannungskabel zur Verbesserung der Versorgung der Gebäude und Wohnungen.

Die in Altbaugebiete als Lückenschließung einzufügenden Wohnungsbautypen müssen von der Erzeugnisentwicklung her gestatten, daß Trafos als Einbaustationen in ihnen untergebracht werden können.

– Fernsprechversorgung

Fernmeldekabel sind in den Altbaugebieten mittlerer und größerer Städte grundsätzlich in Kabelkanälen, bestehend aus Betonformsteinen mit mehreren Zügen (2 oder 4 Züge oder ein Vielfaches davon) mit einer Überdeckung von durchschnittlich 0,5 m verlegt. Für die Anordnung unter beiden Gehbahnen gilt das gleiche wie für die Anordnung der Elektro-Kabel. War bei dem historisch später erfolgten Einbau der Fernmeldekanäle noch genügend Platz vorhanden, kamen diese Leitungswege in die unmittelbare Nähe der Gebäude. War das nicht der Fall, liegen sie von den Gebäudefluchten aus gesehen, neben bzw. jenseits der Elektro-Kabel. Nur in Ausnahmefällen wurde der Raum unter den Fahrbahnen verwendet.

Mußten Leitungen der übergeordneten Netze durch die betreffende Straße geführt werden, wurde auf einer der beiden Straßenseiten ein Kanal mit entsprechend höherer Zugzahl gebaut, wobei für diesen Fall immer reichlich bemessen wurde (Vorschrift der früheren Reichstelegraphenbauordnung: doppelte Anzahl der benötigten Züge einbauen). Diese ehemals geübte Praxis nützt uns teilweise noch heute.

Problempunkte sind die in Abständen von 40 bis maximal 100 m vorhandenen Schächte, in denen Kabelmuffen, Verstärkereinrichtungen usw. gelagert sind und aus denen ausschließlich die Abzweige in andere Teilstrecken und in die anliegenden Gebäude erfolgen.

Diese Schächte, meist in Ziegelmauerwerk ausgeführt, zeigen Verfallserscheinungen in der oberen Randzone und an den Metallteilen der Einstiegsöffnungen. Die oberen Zonen der Schächte sind also in der Regel erneuerungsbedürftig, aber der Zeitpunkt dazu muß nicht mit dem der Umgestaltung des Gebietes zusammenfallen.

Die Kabelkanalstrecken aus Betonformsteinen, die von Schacht zu Schacht geradlinig geführt sind, sollten möglichst unberührt bleiben, da ihre Aufnahme oder Veränderung technisch nur bei völliger Zerstörung ihrer vorhandenen Substanz möglich ist.

Bei der Instandsetzung/Erneuerung der Altbaugebiete ergeben sich, resultierend aus den allgemein geringen Möglichkeiten der Erweiterung unserer Fernsprechversorgung, keine prinzipiellen oder größeren Bau- oder Neuverlegemaßnahmen, die unmittelbar aus der Modernisierung der Wohnungen oder Gebäude resultieren. Natürlich sind neu einzufügende Lückenbauten oder gesellschaftliche Einrichtungen zu versorgen.

Es ist jedoch klug und sinnvoll, notwendige Maßnahmen, Erweiterungen usw. an den gesamtstädtischen Fernmeldenetzen, die Baumaßnahmen in Altbaugebieten erforderlich machen, mit den Terminen ihrer städtebaulichen Rekonstruktion abzustimmen. Dabei muß angestrebt werden, diese Maßnahmen unter allen Umständen räumlich zu koordinieren und sie zeitlich so zu legen, daß sie mit dem Beginn der hochbaulichen Maßnahmen im Gebiet abgeschlossen sind.

– Wärmeversorgung

Die vorwiegende Wärmeversorgung in den hier betrachteten Gründerzeit-Altbaugebieten ist die Ofenheizung. Nur in eingestreuten größeren Einzelgebäuden (Schulen, gesellschaftliche Einrichtungen) befinden sich Einzelanlagen zur Wärmeversorgung, meist sogenannte Zentralheizungen.

Die energiewirtschaftlichen Orientierungen in der DDR für die Modernisierung Umgestaltung gehen von der Beibehaltung der vorhandenen Art der Wärmeversorgung aus.

Es sollen hier nicht die vielen, örtlich vorhandenen Möglichkeiten der Modernisierung auch der Raumheizungssysteme aufgezählt werden, die sich in besonderen Fällen bei Nutzung der Reserven unmittelbar benachbarter Wärmeerzeugungsanlagen der Industrie oder sonstiger Rechtsträger nach örtlicher Entscheidung für einzelne Gebäude oder Gebäudegruppen ergeben können.

Wird jedoch in ein Altbauwohngebiet ein größerer Neubaukomplex eingeordnet und ist für diesen die Möglichkeit des Anschlusses an ein bestehendes Fernwärmenetz gegeben, so ist speziell dafür eine Fernwärmeleitung zu verlegen.

Normalerweise steht dafür nur der Raum unter der Fahrbahn zur Verfügung. Gibt es im Hofbereich längere Mauern, Zäune oder sonstige gerade Strukturen, sollte auch die Möglichkeit der oberirdischen Führung von Teilstrecken der Fernwärmeleitung geprüft werden.

5. Hinweise zur Bestandserfassung und Analyse der Versorgungsleitungen

Voraussetzung für die städtebaulich-planerische Bearbeitung von Altbauwohnge-

bieten ist wie bei allen städtebaulichen Planungen die Kenntnis, **was wo** im Untergrund vorhanden ist und **wie weit** es bei oder nach der Instandsetzug oder Erneuerung **wieder-** oder **weiterverwendet** werden **kann** oder **muß.**

Das bedingt eine exakte Erfassung des unterirdischen Bestandes auf Stadtkarten im Maßstab 1 : 500 und die Einschätzung dieses Bestandes nach physischem Zustand und Leistungsfähigkeit (Kapazität).

Für die erstgenannte Aufgabe sind in den Bezirksstädten die Tiefbaukoordinierungsorgane (Tiefbauämter, Abteilungen Tiefbaukoordinierung der Stadtbauämter) vorhanden und verpflichtet. In weiteren Städten müssen sich zwangsläufig die zuständigen städtebaulichen Büros dieser Aufgabe annehmen.

Einschätzungen des Zustandes und der Leistungsfähigkeit der Versorgungsleitungen können nur von den Rechtsträgern dieser Leitungen vorgenommen werden.

Aus bisherigen Erfahrungen sind Erscheinungen bekannt, die die notwendige Zusammenarbeit Städtebau/Versorgungsbetriebe erschweren:

– Es werden vom Städtebau übertriebene Forderungen nach Analysen der vorhandenen unterirdischen Substanz in einer Gründlichkeit und Detailliertheit gestellt, die praktisch nicht erfüllbar sind.

– Es gibt bei den Versorgungsbetrieben immer wieder das Bestreben, in den Aussagen zum Zustand und zur Leistungsfähigkeit der Leitungen sehr drastische negative Darstellungen zu geben und damit die Erneuerung oder Erweiterung vorhandener Leitungen bei „dieser Gelegenheit" in einem Maße anzustreben, wie das volkswirtschaftlich nicht vertretbar ist.

Gemeinsames Ziel der Zusammenarbeit muß es daher sein, weitgehend reale Beurteilungen zu treffen. Globale Feststellungen, daß alles Vorhandene verschlissen und völlig zu ersetzen ist, haben sich bei genauerer Prüfung bisher immer als unrichtig erwiesen.

6. Wohin mit den Leitungen?

Diese für zusätzlich notwendig werdende oder auch für zu ersetzende Leitungen prinzipiell auftretende Frage kann für die charakterisierten Altbaugebiete in Zusammenfassung von (2) wie folgt beantwortet werden:

■ möglichst nicht in den Straßenraum
Gründe:

– Erhaltung der Oberflächenbefestigung für Fahr- und Gehbahnen (Bitumensituation, Granitplattenbeläge, Tiefbaukapazitäten)

– keine Beschädigung erhaltenswerter benachbarter Leitungen bei Aufgrabungen, volle Erhaltung der Straßenentwässerung

– Wegfall von Platz- oder Unterbringungsproblemen zwischen vorhandenen Leitungen im dicht belegten unterirdischen Raum der Straßen

– keine Behinderung für die Bevölkerung und für Modernisierungsmaßnahmen an den Gebäuden (Gerüste, Bauwagen, Materialcontainer usw.)

– Weiterversorgungsmöglichkeit der gewerblichen Einrichtungen in den Hofräumen aus funktionsfähigen Leitungen

■ nur in Sonderfällen in den Hofraum
Gründe:

– Schaffung der Baufreiheit für eine Leitungstrasse erfordert immer Abriß von Nebengebäuden, Mauern usw. bzw. auch Aufbruch befestigter Hofflächen

– mindestens zweimalige Querung von Vordergebäuden durch die Leitungen erforderlich

– rückwärtiger Neuanschluß aller zu versorgenden Gebäude mit entsprechenden Komplikationen an die neuverlegten Leitungen notwendig.

Die Bedingungen von Ersatz- oder Freihaltetrassen auch in rückwärtiger Lage der Gebäude hat Forberg in (3) grundsätzlich dargestellt.

■ möglichst in die Kellerzone der Gebäude
Gründe:

– Alle Nachteile der Straßen- oder Hofraumverlegung werden vermieden

– Erhebliche Einsparung von Tiefbauaufwand und -kapazitäten, insbesondere im manuellen Bereich

– Verlegearbeiten in den Kellern unabhängig von Jahreszeit und Witterungseinflüssen durchführbar, jederzeitige Zugänglichkeit der Leitungen für Reparaturen.

– Direktanschluß der zu versorgenden Gebäude (Wegfall gesonderter Hausanschlußleitungen)

– geringe Dimensionierung der Leitungen, die jeweils nur eine Straßenseite versorgen und die in Betrieb bleibenden Leitungen in den Straßen entlasten.

Auftretende Probleme (Einschränkungen in der Nutzung der Mieterkeller, Ausführung von Kellerdurchbrüchen zwischen den Gebäuden, Überwindung nicht unterkellerter Durchfahrten oder von Höhenversätzen usw.) sind lösbar, wie Erfahrungen zeigen (2), (4).

Wie weit dabei als ideale Lösung ein gesonderter Kellerleitungsgang geschaffen werden kann oder muß, hängt von der Zahl und Art der unterzubringenden Leitungen und natürlich von den speziellen Bedingungen in den vorhandenen Gebäuden ab.

Die Regel wird die Anwendung der Kellerfreiverlegung unter Nutzung aller sich dafür anbietenden bzw. zu schaffenden Freiräume in den oft nach gewissen Typenlösungen errichteten Gebäuden sein, die mit relativ viel Untersuchungs- und Projektierungsaufwand verbunden ist, aber insgesamt die volkswirtschaftlich und bauorganisatorisch günstige Variante darstellt.

Weitere Überlegungen zur Rationalisierung der Tiefbauarbeiten bei der städtebaulichen Rekonstruktion gehen dahin, die notwendigen Neuverlegungen oder Verstärkungen von Leitungen auf einzelne Straßen oder Straßenabschnitte zu konzentrieren und andere dafür als noch ausreichende Zwischenstrecken in den Versorgungsnetzen volkommen unberührt zu lassen. Soweit bekannt, wird an diesem Problem gegenwärtig gearbeitet.

7. Ergebnisse einer Untersuchung für das Gebiet Karl-Marx-Stadt/Sonnenberg

Das nach vorstehenden Gesichtspunkten detailliert untersuchte Teilgebiet ist Bestandteil des Rekonstruktionsgebietes Karl-Marx-Stadt/Sonnenberg, über das eine städtebauliche Leitplanung (5) und weitere ausgewählte Untersuchungsergebnisse bzw. Planungsempfehlungen (6) vorliegen. Es umfaßt einen Teil der Friedrich-Engels-Straße mit insgesamt 413 Wohnungen.

Die Gebietsstruktur entspricht insgesamt den weiter oben dargestellten Bedingungen von Gründerzeit-Wohngebieten.

Die sanitärtechnische Ausstattung weist für rund 7 Prozent der Wohnungen Bad mit IWC, für weitere 8 Prozent nur IWC und für den Rest AWC oder Trockenklosett aus. Das Gebiet ist durchgehend mit Einzelofenheizung ausgestattet, die auch beibehalten werden soll.

Als Zielstellung der städtebaulichen Rekonstruktion ist für den Sanitärbereich der Einbau von Bad oder Dusche und IWC festgelegt. Der Energieträgerbescheid sieht den Einsatz von Gas für Speisen- und Warmwasserbereitung sowie für Badheizung vor.

Eine Baulücke zwischen Markusstr. 10 und Friedrich-Engels-Straße 43 wird mit einem fünfgeschossigen Block (10 WE) IW 79/Ofenheizung geschlossen. Die stadttechnische Versorgung soll analog der zu rekonstruierenden Altbauten erfolgen.

Ersatz-Neubauten sind für den Bereich Tschaikowski-Straße/Friedrich-Engels-Straße/Dimitroffstraße mit dem neuentwickelten Typ der WBS 70 – IW 83 des WBK Karl-Marx-Stadt geplant. Sie enthalten 20 WE je Block. Die stadttechnische Versorgung ist zweischienig mit Fernwärme und Elektroenergie vorgesehen.

Analyse der vorhandenen Versorgungsleitungen und Schlußfolgerungen für die Planung der stadttechnischen Versorgung

Nach Einschätzungen der Versorgungsbetriebe sind auf Grund des großen Verschleißgrades, zu geringer Dimensionen und um höhere Bedarfswerte abdecken zu können, im Sekundärbereich auszuwechseln bzw. zu erneuern:

– das gesamte Wasserversorgungsnetz $<$ NW 200 einschließlich der Neuverlegung einer NW 200 in der Friedrich-Engels-Straße (streckenweise)

– der größte Teil des Niederdruckgasnetzes einschließlich Neuverlegung einer ND-Leitung NW 200 in der Friedrich-Engels-Straße (streckenweise)

– das gesamte Niederspannungsnetz

– sämtliche Hausanschlüsse, eine Vielzahl von Straßenkappen, Absperrarmaturen und Zählern für die vorgenannten Leitungen.

Die Forderung nach Auswechselung des gesamten Niederdrucknetzes leitet sich überwiegend aus der zu erwartenden Bedarfserhöhung ab, da für die Warmwasserbereitung und für Kleinraumheizer bei einzubauenden Bädern oder Duschen Gas eingesetzt wird.

Weitergenutzt werden können im Untersuchungsgebiet:

– alle vorhandenen Abwasserleitungen einschließlich der Hausanschlüsse

– das 10-kV-Elektro-Netz einschließlich Trafostation

– alle Fernmeldekanalanlagen einschließlich Schächte

– Hauptversorgungsleitung Wasser NW 300 Dimitroffstraße/Friedrich-Engels-Straße

– elektrische Straßenbeleuchtung.

Als notwendige Primär-Erschließungsmaßnahmen ergeben sich:

– Neuverlegung einer Gas-Hochdruckleitung NW 300 in der Dimitroffstraße

– Neuverlegung des Fernwärmekanals in der Tschaikowski-Straße als Abzweig vom bestehenden Fernwärmekanal Ludwig-Kirsch-Straße.

Nach diesen Forderungen wären für das gesamte, etwa 77 ha umfassende Rekonstruktionsgebiet Sonneberg einschließlich des Bereiches Friedrich-Engels-Straße Aufgrabungen in einer Länge von rund 11 km bei einer durchschnittlichen Breite von 4 m zuzüglich vieler hundert Hausanschlüsse mit einer durchschnittlichen Länge von 8 m je Hausanschluß notwendig.

Von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß bei dem erforderlichen Umfang der Aufgrabungen das Straßennetz, welches im Untersuchungsgebiet einen guten Erhaltungszustand aufweist, nahezu völlig zerstört würde.

Es ist unschwer zu erkennen, daß der Gesamtaufwand für die Rekonstruktion der tiefbautechnischen Substanz in der bislang konzipierten Art und Weise – Erdverlegung im Straßenraum – an volkswirtschaftliche Grenzen stößt.

Als unmittelbare Schlußfolgerung aus dieser Situation ergab sich die Initiative einer genaueren stadttechnischen Untersuchung unter Anwendung neuer Lösungswege, deren Ergebnisse im folgenden dargestellt sind (7):

Anregungen dazu wurden prinzipiellen Ausführungen entnommen, die in (8) enthalten sind.

Lösungsvorschläge für die Planung der stadttechnischen Versorgung des Teilgebietes Friedrich-Engels-Straße

Untersucht und als Ergebnis gegenübergestellt wurden in (7) die vier Varianten

A = Erdverlegung stadttechnischer Versorgungsleitungen im Straßenraum
B = Kellerfreiverlegung
C = Verlegung im separaten Kellerleitungsgang
D = Verlegung im Hofbereich

Grundanliegen dabei war, mittels progressiver stadttechnischer Lösungen den vorhandenen Straßenraum der Friedrich-Engels-Straße, welche erst 1975 rekonstruiert wurde und einen guten Ausbauzustand aufweist, weitgehend vor Aufgrabungen und damit vor Zerstörung zu schonen.

Zu beachten waren außer den genannten städtebaulichen Vorgaben noch folgende verkehrlichen Prämissen:

– Unter den gegenwärtigen Bedingungen (Bitumensituation) gewinnt die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Straßennetzes besondere Bedeutung. Im Teilgebiet konzentriert sich diese Bedeutung auf die Friedrich-Engels-Straße.

Ihr Regelprofil zeigt 17 m im Straßenquerschnitt mit 10 m Fahrbahn und beidseitig angeordneten Gehbahnen von je 3,5 m Breite. Sie ist derzeitig als Verkehrsstraße II/2 klassifiziert und fungiert als eine der Hauptverbindungen sowohl für den öffentlichen Personenverkehr (Buslinie Nr. 31; als auch für den individuellen Verkehr der Wohngebiete Sonnenberg und Yorckstraße. Im untersuchten Bereich wären im Falle von Aufgrabungen keine Umleitungsmöglichkeiten vorhanden.

Auch für die stadttechnische Lösung gab bzw. gibt es folgende Prämissen:

Während der gesamten Bauphase muß die ununterbrochene stadttechnische Versorgung der in den Höfen befindlichen Produktionsstätten gewährleistet sein (für die Wohnungen ist schrittweiser Freizug vor Beginn der Bauarbeiten vorgesehen).

Auswirkungen auf die Leitungsverlegung in der Friedrich-Engels-Straße haben die kreuzenden neuzuverlegenden Leitungen:

Tschaikowskistraße: Fernwärmekanal 1200/700 (2xNW 250)

Dimitroffstraße: Gas-Hochdruckleitung NW 300, Ersatz für Gas-Niederdruckleitung NW 150, Ersatz für Wasserversorgungsleitung NW 80

Eine räumliche und zeitliche Koordinierung dieser Leitungsverlegungen und der für die Friedrich-Engels-Straße vorgesehenen ist unbedingt erforderlich.

Die vorhandene Tiefbaukapazität der Ausführungsbetriebe ist insbesondere im manuellen Bereich nicht erweiterungsfähig und setzt enge Grenzen bezüglich Technologie und Baufortschritt.

Untersuchungsvariante A: Erdverlegung der Leitungen im Straßenraum

Die Variante A stellt die gegenwärtig vom Hauptauftragnehmer Tiefbau konzipierte Verlegeart der Versorgungsleitungen dar. Abbildung 2 verdeutlicht die Systemlösung der in einem Sammelgraben unter der Fahrbahn erdverlegt anzuordnenden, auszuwechselnden oder neuzuverlegenden Leitungen. Von diesen Leitungen zweigen die Hausanschlüsse ab.

Die Auswechslung der Niederspannungskabel der Elektroenergieversorgung im Gehbahnbereich soll gesondert erfolgen.

Der mit diesen Bauarbeiten im Straßenbereich eintretende Zustand ist aus Abbildung 3 zu erkennen, die eine im Gebiet Sonneberg bereits aufgegrabene Straße zeigt.

Untersuchungsvariante B: Kellerfreiverlegung

Zur Beschreibung des Prinzips der technischen Lösung wird als Analogieschluß auf ein in Karl-Marx-Stadt bereits realisiertes Beispiel zurückgegriffen. (siehe Abbildungen 4 und 5).

Im Zuge der Umgestaltung des Bereiches „Brühl" wurden in den gewölbten Kellermittelgängen der Bebauung Mühlenstraße/Hermannstraße / Garreisstraße / Elisenstraße als geschlossene Ringe folgende Versorgungsleitungen verlegt:

– Wasser NW 100 (geflanscht)

– Elektroenergie 1-kV-Kabel und Hausversorgung.

Die Gasversorgung durfte aus sicherheitstechnischen Gründen nicht als Ringleitung, sondern nur als Hausanschlußleitung NW 80 für je 6 bis 8 Gebäude ausgeführt werden.

Als Auflager für die Leitungen dienen leichte Stahlträger, die im Abstand von 3 m seitlich in das Mauerwerk eingelassen sind.

Den Forderungen der Staatlichen Bauaufsicht nach lichter Durchgangshöhe von 1,90 m wurde teilweise mit entsprechenden Absenkungen des Kellerfußbodens entsprochen.

Alle Versorgungsleitungen befinden sich in der Rechtsträgerschaft der Gebäudewirtschaft, die auch Eigentümer aller durchlaufenden Gebäude ist.

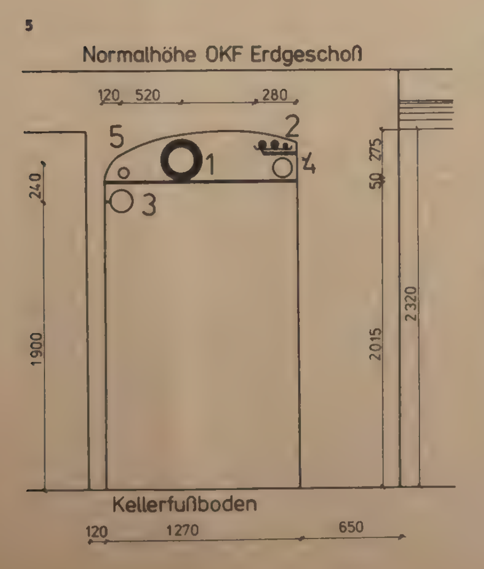
Es wird davon ausgegangen, daß eine solche Lösung auch für das untersuchte Gebiet prinzipiell realisierbar ist. Da noch keine Aufmaße der Keller vorliegen, können konkrete Einordnungsvorschläge erst zu einem späteren Zeitpunkt gemacht werden.

Für die Mitführung der Gasniederdruckleitung NW 150 (z. B. neben der Wasserversorgungsleitung NW 100) sind bisher ungelöste sicherheitstechnische und rechtliche Probleme zentral zu klären.

Untersuchungsvariante C: Kellerleitungsgang

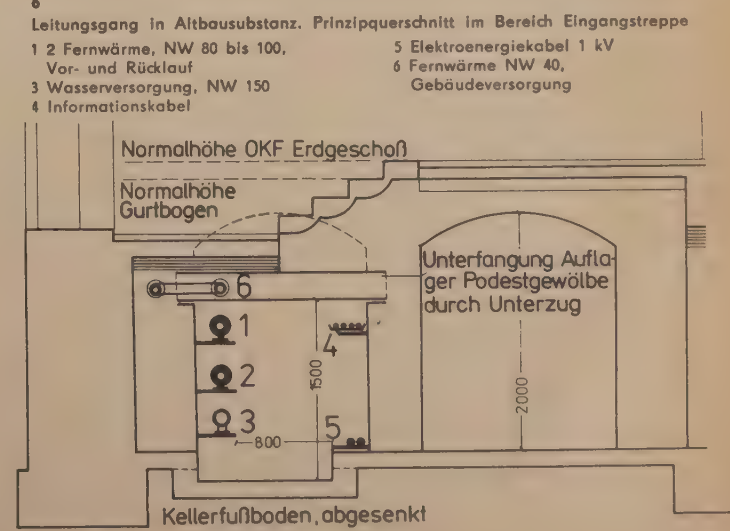
Das Prinzip der Verlegung von Versorgungsleitungen in einem Kellerleitungsgang hat sich im Wohnungsneubau in der DDR vielfach bewährt.

In Karl-Marx-Stadt wurde ein Leitungsgang in vorhandenen Altbaugebieten bereits im



5
Kellerfreiverlegung von Leitungen. Prinzipquerschnitt Mühlenstraße
1 Wasserversorgung NW 100
2 Elektroenergie 2 x 1 kV Beleuchtung
3 Gasversorgung NW 65
4 Wasserversorgung NW 65
5 Wasserversorgung NW 26

6
Leitungsgang in Altbausubstanz. Prinzipquerschnitt im Bereich Eingangstreppe
1 2 Fernwärme, NW 80 bis 100, Vor- und Rücklauf
3 Wasserversorgung, NW 150
4 Informationskabel
5 Elektroenergiekabel 1 kV
6 Fernwärme NW 40, Gebäudeversorgung



Zuge der städtebaulichen Rekonstruktion des Bereiches Brühl realisiert.

Aufbauend auf den dort gewonnenen Erfahrungen und im Bestreben, den Aufwand weiter zu vermindern, wurde ein Prinzipquerschnitt für diese Variante entwickelt.

Für den in Abbildung 6 dargestellten Schnitt wurde eine besonders komplizierte Situation im Bereich der Eingangstreppen mit verminderter Keller-Gurtbogenhöhe gewählt, um die zu lösenden bautechnischen Probleme zu zeigen.

Für die Anordnung der Leitungen im Leitungsgang sind auch andere als die dargestellte Lösung möglich.

Die Notwendigkeit der Schaffung eines Kellerleitungszuganges ist im allgemeinen erst gegeben, wenn die Verlegung von Fernwärmeleitungen in den Altbauten bzw. im Gebiet vorgesehen ist.

Im untersuchten Gebiet sind bestimmte Voraussetzungen dafür vorhanden, so daß die Einbeziehung dieser Variante in die Untersuchung begründet ist (6).

Untersuchungsvariante D: Verlegung im Hofbereich

Die Verlegungsart der Versorgungsleitungen im Hofbereich entspricht im wesentlichen der Erdverlegung. Es müssen die Hintergebäude und Mauern abgebrochen werden (z. T. sowieso bei der Rekonstruktion vorgesehen). Weiter ergibt sich der Aufbruch befestigter Hofflächen.

Die Niederspannungs-Elektroenergiekabel können im Sammelgraben mitgeführt werden; für diese wie für die Gasversorgungsleitungen wäre Flachverlegung möglich.

Alle Gebäude müssen mit rückwärtigen Hausanschlüssen für jede Leitungsart neu angeschlossen werden.

Kritisch ist das Problem der im untersuchten Teilgebiet notwendigen zehnmaligen Querung vorhandener Altgebäude.

Hierzu nutzbare Hofdurchfahrten sind nur in 3 Fällen vorhanden. Für die restlichen Querungen müßten Verlegungsarbeiten ähnlich der Kellerfreiverlegung oder Durchpressungen von Schutzrohren unter den Gebäudefundamenten vorgesehen werden.

Untersuchungsvarianten B bis D

Für die genannten Varianten ergibt sich die Notwendigkeit der Querungen aller von der Friedrich-Engels-Straße abgehenden Querstraßen mit Leitungsbündeln.

Sie muß in traditioneller Weise als Erdverlegung in offener Baugrube ausgeführt werden. Bei Notwendigkeit der Schonung der Fahrbahnbefestigung kann von der Gehbahn aus die Durchpressung von Schutzrohren erfolgen. Entsprechende Untersuchungen wurden von den zuständigen Betrieben in Karl-Marx-Stadt bereits geführt.

Aufwandsübersicht

Anhand von Kennzahlen, Kostenvergleichen bereits gebauter ähnlicher Teillösungen und von Auskünften durch Projektierungsbetriebe wurde eine erste Aufwandsschätzung durchgeführt. Nicht berücksichtigt wurden

– Primärerschließungsmaßnahmen

– Erschließung des Ersatzneubaus

– Leitungen der Gebäudeversorgung

Kosten der Sekundärerschließung	Varianten A	B	C*)	D
TM gesamt	320	260	1707	268
M/WE	757	615	4035	634

*) mit Fernwärmeleitungen

Es wird eingeschätzt, daß bei der Variante C = Kellerleitungsgang relativ hohe Kosten infolge erstmaliger Überschlagsrechnung in Ansatz gebracht wurden. Bei wiederholter Anwendung sind kostenseitige Einsparungen durch

– Verbesserung der Technologie

– Vorfertigung entsprechender Bauteile und -gruppen

– begründete Abweichungen von TGL-Forderungen an Zwangspunkten bezüglich Durchgangshöhen

denkbar.

Weiterhin wird eingeschätzt, daß die Kosten der Variante D = Hofverlegung zu niedrig angesetzt sind, da die Querung der vorhandenen Gebäude nur mit der Kennziffer für die Kellerfreiverlegung belegt wurde und die Kosten für den bei der Rekonstruktion sowieso vorgesehenen Abbruch der Hofgebäude und Mauern nicht der Leitungsverlegung zugerechnet wurden.

Kriterien für eine Vorzugslösung

Eine Vorzugsvariante allein aus dem Vergleich der Aufwendungen abzuleiten wäre sicherlich zu einfach. Die der Instandsetzung und Erneuerung von Altbaugebieten anhaftende Problematik erfordert vielmehr das sorgfältige Abwägen aller Einflußfaktoren und Prämissen.

Zunächst spricht für die dargestellte Vorzugslösung der Verlegung von Leitungen in der Kellerzone, daß die Kellerfreiverlegung auch von den Kosten her die günstigste Variante darstellt.

Erkauft wird dieser Vorzug durch die Notwendigkeit relativ intensiver Vorbereitungsarbeiten sowie durch weitgehend manuelle Tätigkeit mit niedriger Arbeitsproduktivität in der Realisierung. Dieses Problem besteht jedoch nicht nur in Karl-Marx-Stadt und auch nicht nur im Bereich der Leitungsverlegung; es ist eine prinzipielle Erscheinung, die der Instandsetzung und Erneuerung unserer Altbausubstanz als Kernstück des innerstädtischen Bauens in den Städten der DDR anhaftet.

Dieses Kriterium gilt übrigens auch mit ähnlicher Wertigkeit für die Variante C = Kellerleitungsgang und teilweise auch für die Variante D = Hofverlegung.

Als weitere progressive Lösung kann von der technischen Charakteristik her nur noch die Anwendung des Kellerleitungsganges (Variante C) angesehen werden. Sie setzt jedoch die Fernwärmeversorgung der durchlaufenden Gebäude voraus, da Mieterkeller in Anspruch genommen werden müssen, die damit für die Kohleanlieferung und -lagerung wegfallen. Die staatlichen Direktiven und die für die Modernisierungskategorien verfügbaren Kostennormative lassen diese Möglichkeit nur noch in besonders begründeten Ausnahmefällen zu.

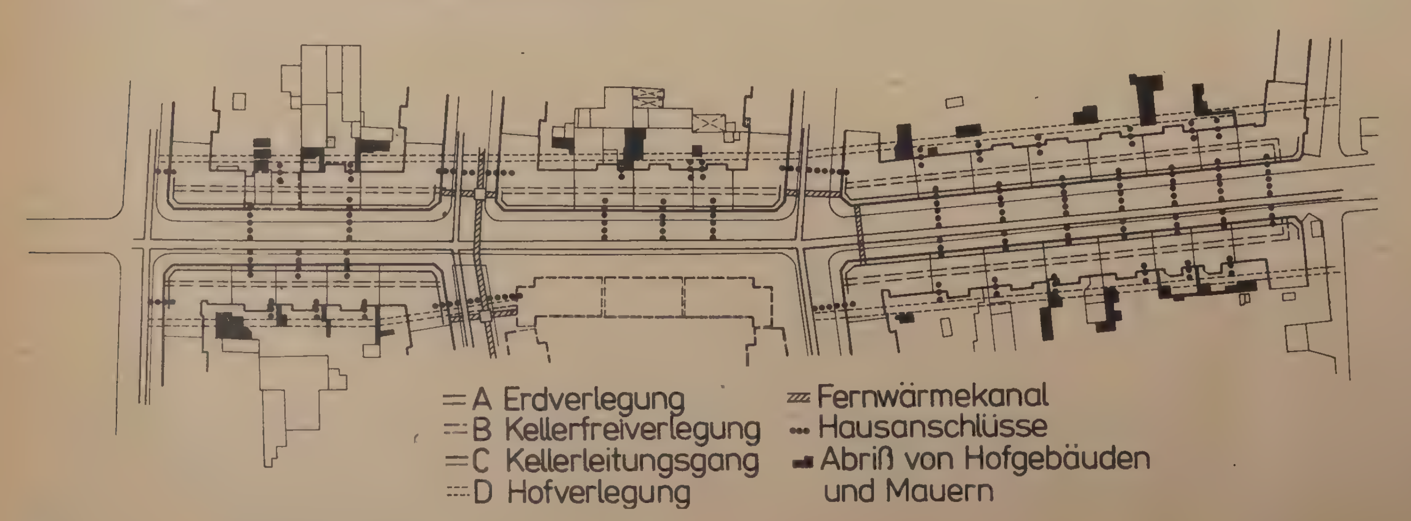
8. Überlegungen zur Planung und Leitung des innerstädtischen Bauens

Die im vorliegenden Beitrag enthaltenen Aussagen konzentrieren sich auf Altbauwohngebiete der Gründerzeit, die zur Instandsetzung und Erneuerung bzw. zur städtebaulichen Rekonstruktion anstehen.

Das innerstädtische Bauen wird jedoch nicht nur solche, durch eine Bearbeitungsgrenze klar umrissene Gebiete erfassen; es kann einzelne einzufügende Neubauten, Gebäudegruppen, Maßnahmen der Verdichtung in jüngeren Baugebieten, Rekonstruktionen historischer Gebäude und viele weitere Variationen betreffen.

Die vorgenannten Erfahrungen können jedoch als allgemeine Informationen dienen. Für die Vielfalt der Maßnahmen des innerstädtischen Bauens müssen die baulichen Aktivitäten für den unterirdischen Bau-

7 Lageplan des untersuchten Teilgebietes mit eingezeichneten Trassenvarianten



raum aus der jeweiligen konkreten Situation abgeleitet werden.

Eines zeichnet sich jedoch klar ab: Das massenhafte Eintreten der Notwendigkeit innerstädtischer Baumaßnahmen verlangt kategorisch ein völlig neues Herangehen an die Prozesse der Planung und Leitung.

Beim Neuaufbau auf freien Flächen wurde angestrebt und in der Mehrzahl erreicht, daß die Erschließung im Vorlauf erfolgt. Der Hochbau beginnt erst nach der Fertigstellung der Leitungen und schließt in der Regel nur noch die Gebäude an, während der Tiefbau schon auf dem nächsten Standort arbeitet. Es gibt in Projektierung, Bauausführung und in der Frage der Auftragnehmerschaft prinzipiell voneinander getrennte Verhältnisse bezüglich Tiefbau/Hochbau und bei den stadttechnischen Leitungen wieder bezüglich Primärerschließung Sekundärerschließung und z. T. Hausanschlüssen.

Beim innerstädtischen Bauen wird diese Trennung nicht mehr aufrecht erhalten werden können. Die Prozesse betreffen die einzelnen Gebäude und greifen weitgehend ineinander.

Es ist eine einheitliche Verantwortung dafür zunächst in der Auftraggeberschaft zu übernehmen. Darauf müssen sich die vorhandenen oder noch zu schaffenden Hauptauftraggeber der Städte, Stadtbezirke oder der Gebäudewirtschaft einstellen und sich durch entsprechend qualifizierte Fachleute verstärken.

Noch wichtiger erscheint die einheitliche Projektierung, Bauleitung und unmittelbare Bauausführung durch einen Auftragnehmer für „oben" und „unten", unabhängig von fachlichen Zuständigkeiten.

Die Bildung komplexer Betriebe oder Betriebsabteilungen, profiliert ausschließlich für diese komplexe Aufgabe, ist unvermeidbar. Je früher dafür Organisationsformen gefunden werden, die die guten Erfahrungen aus dem Wohnungsneubau und die aus den bisherigen Modernisierungskomplexen vereinigen, je grundsätzlicher und zielstrebiger auf ihre massenhafte Anwendung hingearbeitet wird, desto größer wird der Effekt für die Volkswirtschaft und speziell auch für die Bevölkerung sein.

Und diese Aufgabe kann auch nicht nur für die kleineren Betriebe des örtlich geleiteten Bauwesens anstehen. Die großen Kombinate stellen wesentliche Potenzen oder Ressourcen dafür dar.

Der verschiedentlich aufgetauchte Gedanke, Sonderbauleitungen mit Sondervollmachten für bestimmte Schwerpunktgebiete zu bilden, löst die prinzipielle Frage nicht. Wir brauchen Standardlösungen, die zur täglichen Selbstverständlichkeit werden und auf lange Zeit funktionieren.

Natürlich sind dazu noch viele Fragen zu klären. Das betrifft rechtliche Abgrenzungen (Rechtsträgerprobleme), den Übergang vom Bau auf die Inbetriebnahme der Leitungen (Anschlüsse an die öffentlichen Netze), die finanziellen Beteiligungen der Versorgungsbetriebe (Fondsumsetzungen) und vieles andere mehr. Es betrifft in einer Reihe von Punkten, an denen gesetzliche bzw. in Standards (TGL) festgelegte Regelungen betroffen werden, auch deren rasche und progressive Änderung.

Insofern sind nicht nur die Praktiker vor Ort, vom Städtebauer bis zum Baubrigadier aufgerufen, alle Kraft für die gemeinsame große Aufgabe einzusetzen. Mit gleichem oder größerem Gewicht steht diese Verantwortung vor den Bauwissenschaftlern und vor allem vor den Mitarbeitern und Leitern zentraler staatlicher Organe.

Quellen

(1) Bärthel, H.
Ausgangsposition des Tiefbaus zur Vorbereitung der Rekonstruktion und Erneuerung unserer Städte
Architektur der DDR, 23 (1974) 11, S. 689–690

(2) Schirmer, A.; Bärthel, H.
Kellerverlegung von Versorgungsleitungen bei der Modernisierung der Altbausubstanz
Bauzeitung, 35 (1981) 11, S. 576–578

(3) Forberg, G.
Ersatz- und Freihaltetrassen in Umgestaltungsgebieten
Bauzeitung 35 (1981) 11, S. 572–575

(4) Lindner, L.; Fiedler, G.
Gebäudedurchführung in Altbausubstanz
Bauinformation Wissenschaft und Technik 24 (1981) 2, S. 20–22

(5) Erste Etappe städtebauliche Leitplanung Karl-Marx-Stadt – Umgestaltungsgebiet OST
Büro des Stadtarchitekten beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, 1979, unveröffentlicht

(6) Karl-Marx-Stadt, Reko-Gebiet Sonnenberg
Ausgewählte Untersuchungsergebnisse, Planungsempfehlungen,
Büro des Stadtarchitekten beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, Stand 31. 7. 1982, unveröffentlichtes Ms.

(7) Strehle, R.
Probleme der komplexen technischen Erschließung im Rekonstruktionsgebiet Karl-Marx-Stadt/Sonnenberg
Abschlußarbeit im Postgradualstudium der TU Dresden, WB Technische Erschließung, April 1982, unveröffentlichtes Ms.

(8) Erfahrungen – Ideen – Vorschläge
Zur Senkung des Tiefbauaufwandes bei der komplexen Erschließung umzugestaltender innerstädtischer Teilgebiete.
Herausgeber: KDT, Fachverband Bauwesen, ZSF Tiefbau, FA Stadttechnische Erschließung und Bauakademie/DDR, Sektion Tiefbau, AG Unterirdische Versorgungsnetze, Berlin, März 1981

Fortsetzung von S. 354

zitäten an Vorschuleinrichtungen ist in Altbaugebieten schwierig. Sie bestimmt ganz wesentlich die Wohn- und Freiflächenstruktur der Quartiere mit. Es empfiehlt sich

– die Erdgeschoßnutzung von Lückenschließungen in Verbindung mit vorgelagerten Gruppeneinheiten sowie

– eine einheitliche Planung und Nutzung der Freiräume in räumlich-zeitlichem Zusammenhang für alle Nutzergruppen.

Literaturverzeichnis

(1) Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik, Beschluß des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates der DDR
Neues Deutschland, 29./30. 5. 1982

(2) Richtlinie für die städtebauliche Vorbereitung der Instandsetzung und Modernisierung in innerstädtischen Wohngebieten im Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985
Bauakademie der DDR, September 1981 (Entwurf)

(3) TGL 10 734 Schulen (Entwurf Mai 1982)

(4) Vorschuleinrichtungen, Planungs- und Projektierungsrichtlinie
Bauforschung – Baupraxis, H. 31, Bauinformation DDR 1979

(5) Projektierungsrichtlinie Sporthallen an Schulen
Bauakademie der DDR 1981

(6) Städtebauliche Studie Äußere Neustadt
TU Dresden, Sektion Architektur, Bereich Städtebau und Landschaftsarchitektur / Büro des Stadtarchitekten Dresden, 1981/82

(7) Thesen zu ausgewählten Problemen der Instandsetzung, Modernisierung und Rekonstruktion von Volksbildungsbauten in Umgestaltungsgebieten sowie deren effektive Nutzung
Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, Arbeitsstelle Bauten der Volksbildung, Juli 1982

(8) 2zügige POS, Schulreihe 80 Dresden
VEB Projektierung im WBK Dresden / TU Dresden, Sektion Architektur, Lehrstuhl Gesellschaftsbauten

---

Gestalterische Probleme bei Primärleitungen der Wärmeversorgung

Heinz Graffunder, Architekt BdA/DDR
Büro für Städtebau, Berlin
Chefarchitekt Berlin-Marzahn und Bereichsleiter

Dr.-Ing. Hilmar Bärthel, KDT
Büro für Tiefbauplanung und -koordinierung, Berlin
Vorsitzender des Fachausschusses Stadttechnische Erschließung der KDT

In der Fernwärmeversorgung der Neubaugebiete, besonders in Großstädten, zeichnet sich zunehmend die Notwendigkeit der Überwindung größerer Entfernungen für den Transport der Wärmeträger (Heizwasser oder Dampf) ab. Die Gründe dafür sind allgemein bekannt:

- Die Standorte der Heiz- oder Heizkraftwerke auf der Basis von Rohbraunkohle liegen außerhalb dicht bebauter Gebiete.
- Es müssen die Energieressourcen von Kraftwerken oder Industrieheizwerken, die sich z. T. außerhalb der Städte befinden, stärker für die Wärmeversorgung genutzt werden.
- Größere Baugebiete für den komplexen Wohnungsbau liegen oft an der Peripherie der Städte.

In jedem Fall ergibt sich die Notwendigkeit der Heranführung größerer Wärmetransportleistungen bis an den Rand der unmittelbar zu versorgenden Gebiete, unter Umständen bis in die bebaute Stadt hinein.
Diese Situation zwingt zur Anwendung aufwands- und baukapazitätssparender Lösungen für großdimensionierte Wärmeleitungen. Ökonomisch ergibt sich folgende eindeutige Aussage (2):

Dimension	Unterirdische Verlegung	Oberirdische Stützen	Verlegung Sockel
2×NW 800	11 920 M/m	7510 M/m	6960 M/m
2×NW 600	9 160 M/m	5980 M/m	5580 M/m

Auf weitere zwingende Aspekte unserer volkswirtschaftlichen Erfordernisse sei hingewiesen:
Bei der oberirdischen Verlegung von Wärmeleitungen werden gegenüber der Anwendung von Wärmekanälen Baumaterial, Vorfertigungs- und Tiefbaukapazitäten eingespart. Die Vorbereitungs- und die Realisierungszeiten verkürzen sich beträchtlich. Beim Umfang der in der DDR jährlich zu errichtenden Wärmeleitungen erreichen diese ökonomischen Vorteile erhebliche Größenordnungen.
Im allgemeinen sind die genannten Fakten bei den Fachleuten, die mit der Planung und Projektierung größerer Fernwärmeleitungen betraut sind, bekannt. Diese Fachleute sind Ingenieure und Technologen des Energie- oder Tiefbaus.
Fachleute, die die gestalterischen Komponenten einer solchen Anlage beurteilen können oder im Gesamtkomplex der städtebaulichen Planung zu vertreten haben – Architekten, Landschaftsgestalter – sind in der Regel an diesen Prozessen wenig oder nicht beteiligt. Wirken Architekten aus städtebaulichen Organen daran mit, sind sie nicht immer ausreichend mit den ökonomischen Bedingungen oder technologischen Möglichkeiten vertraut, innerhalb deren sich gestalterische Forderungen bewegen können.
Die Praxis zeigt, daß das Kriterium des einmaligen Investitionsaufwandes oft als einziger oder ausschließlicher Maßstab angelegt wird. So können Lösungen entstehen, die teilweise gestalterisch nicht befriedigen, aber das Gesicht der Städte und ihres Umfeldes auf lange Zeit wesentlich bestimmen. (Abb. 1)

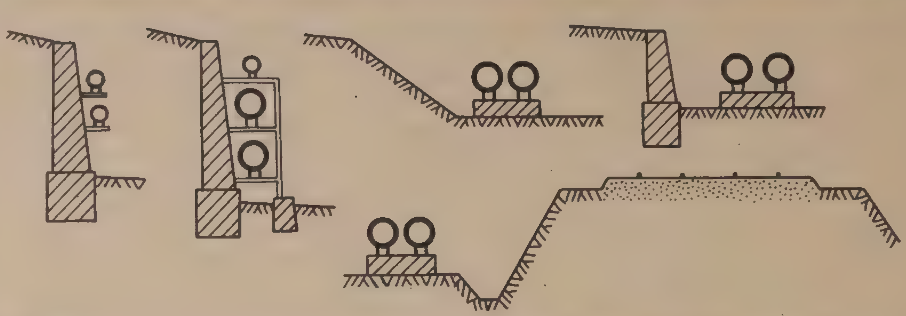
Lösungstendenzen für die Gestaltung von oberirdisch verlegten Fernwärmeleitungen

Zur Bewältigung oder Verbesserung der vorgenannten Situation sind einige Voraussetzungen notwendig.
Auch wenn sie teilweise Selbstverständlichkeiten betreffen oder an bestimmten Beispielen bereits erfolgreich angewendet wurden, lohnt ihre Aufzählung:

- Als erste Voraussetzung ist die rechtzeitige Kontaktaufnahme und die verständnisvolle Zusammenarbeit der Ingenieure und Technologen des Energie-



1



2



3



4



5

1
Eingangssituation zum Neubaugebiet Gera-Lusan
2
Möglichkeiten zur Anlagerung oberirdischer Wärmeleitungen an linearen Strukturen
3
Gutes Beispiel der Anlagerung an eine Straßenböschung im Neubaugebiet „Fritz Heckert", Karl-Marx-Stadt (zusätzliche Begrünung ist vorgesehen)
4
Großdimensionierte Wärmeleitung auf Stützen in gestalterisch befriedigender Anlagerung an einen Bahndamm (Berlin-Lichtenberg)
5
Muldentrasse in Gera (Nähe Schwimmsporthalle) mit Fußgängerüberweg
6
Muldentrasse in Karl-Marx-Stadt in der Nähe eines Altbaugebietes
7
Muldentrasse am Rande eines Sportstättenkomplexes in Berlin-Lichtenberg. Die Trasse tritt optisch kaum in Erscheinung (s. Pfeil).
8
Gut in das Gelände eingefügte oberirdische Wärmeleitung zur Versorgung des Neubaugebietes Berlin-Kaulsdorf Nord. (Die gute landschaftliche Einordnung wird durch die silberglänzende Oberfläche aufgehoben.)


6


7

und Tiefbaus mit dem für das Planungsgebiet verantwortlichen Architekten zu nennen, der seinerseits mit dem Landschaftsgestalter zusammenarbeiten muß.

■ Für die Lösung der Aufgabe ist von einer gemeinsamen Zielstellung auszugehen. Sie muß als Optimum von geringstem Aufwand, Sicherung aller technischen Bedingungen für die Leitung und ihre Umgebung und gestalterischer An- oder Einpassung in den städtebaulichen oder Landschaftsraum aufgefaßt werden.

■ Analog der baulichen Gestaltung eines Gebäudes, bei der der projektleitende Architekt ebenfalls die prinzipielle Führung der TGA-Leitungen festlegt, sollte vom komplexverantwortlichen Architekten in diesem gemeinsamen Prozeß die führende Rolle wahrgenommen werden.

■ Die Zusammenarbeit und die gestalterische Einwirkung muß sich natürlich m[illegible] Schwerpunkt auf die Rohrleitung als Ganzes – sozusagen die lineare Komponente im städtebaulichen Raum – richten und dazu Geländestruktur und -form, Vegetation und weiteres beachten.

Sie muß darüber hinaus auch die einzelnen Elemente der Leitungen erfassen, zum Beispiel:
die Rohrhülle
Form und Größe der Sockel oder Stützen
die Bauwerke bzw. Abzweigungen
die Ausdehnungsbogen
die Querungen von Straßen, Wegen, Zufahrten, Bahntrassen oder Wasserläufen.


8


9

Gestaltungsgrundsätze

Für die bewußte Einordnung und Gestaltung oberirdisch verlegter Fernwärmeleitungen sollten folgende Grundsätze Anwendung finden:

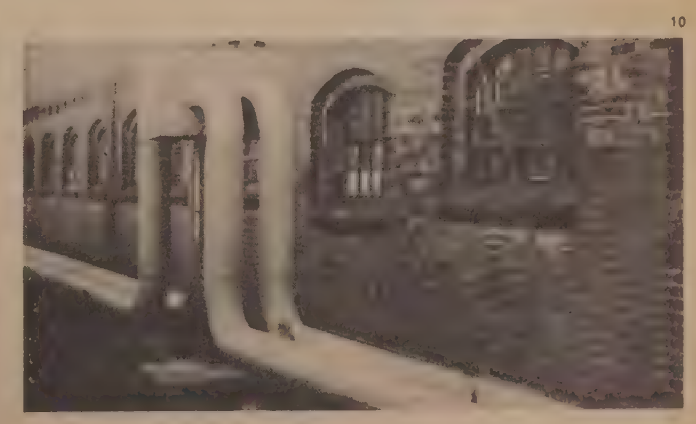
■ Die Einordnung in den Landschafts- oder Stadtraum muß unter Wahrung der Landschaftsharmonie bzw. der städtebaulichen Gesamtwirkung erfolgen. Sie muß bei technisch einwandfreier Lösung klare Strukturen ergeben, die das Auge nicht als störend empfindet.

■ Vorhandene topographische und städtebauliche Strukturlinien, wie Verkehrstrassen (Straße und Schiene), künstliche Wasserläufe (Kanäle), Geländeabstufungen oder Stützmauern sind vorrangig als Leitlinien für die Trassierung bzw. für die Anlagerung von Trassen zu nutzen. Bei geplanten Strukturen sind die Planungen der oberirdischen Wärmeleitungen auch gestalterisch zu koordinieren, wobei die natürliche Augenhöhe des Menschen als wichtiges Kriterium der Beurteilung zugrundezulegen ist. (Abb. 2 bis 4)

■ Soweit in Randlagen vorhandener oder geplanter Wohngebiete oberirdisch verlegte Wärmeleitungen einzuordnen sind, die bestimmte Sichtbe-

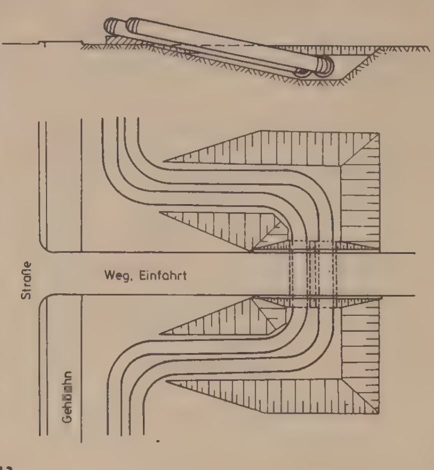
9
Sportplatzeingangsgebäude und Absenkungsbauwerk für oberirdische Wärmetrasse in Berlin-Lichtenberg, die beziehungslos zueinander errichtet wurden
10
Gestalterisch befriedigende Lösung der senkrechten Anordnung eines Ausdehnungsbogens in Berlin, Industriegebiet Lichtenberg Nordost

10



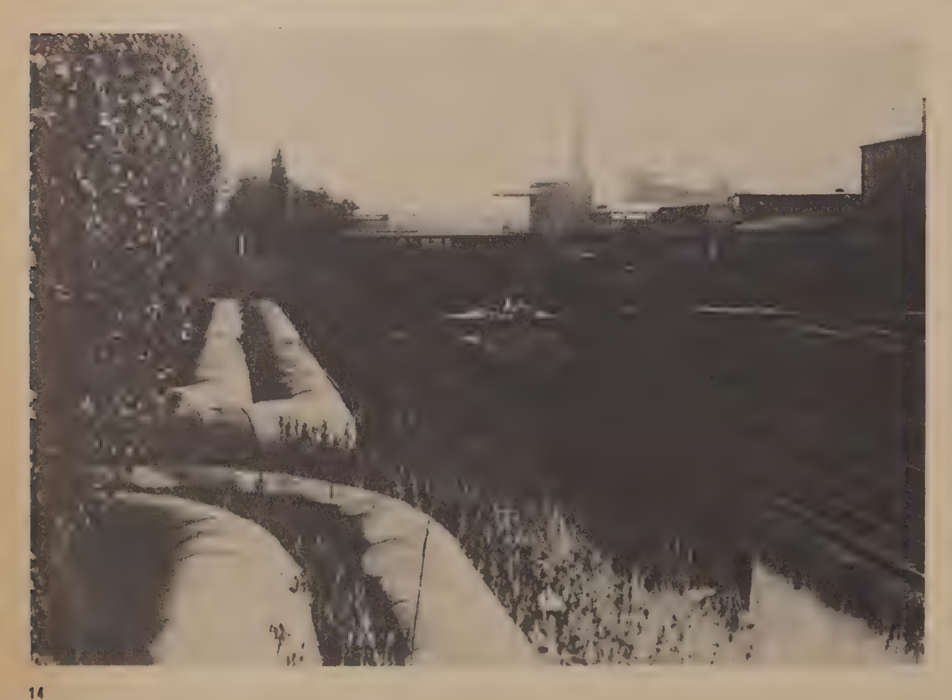


11



12

13



14

11
So angeordnete Ausdehnungsbogen (in Verbindung mit Durchfahrten) verschandeln die Landschaft. Beispiel aus Vogelsdorf, Bezirk Frankfurt (Oder)

12
Übergänge von Sockelleitungen auf Rohrbrücken bedürfen besonderer Aufmerksamkeit bei der Gestaltung.

13
Prinziplösung einer schrägen Absenkung von Sockelleitungen bei Unterquerung von Wegen und Einfahrten

14
Gute Lösung zur Sichtabschirmung in einem Industriegebiet in Berlin

ziehungen nicht stören dürfen, ist ihre streckenweise Verlegung auch in dafür zu schaffende Mulden möglich. Zu beachten ist die notwendige Überbrükkung dieser Mulden durch Wege oder Straßen und ihre Entwässerungsmöglichkeit. (Abb. 5 bis 7)

■ Für die Oberflächen der Leitungen (äußere Umhüllung) sind stumpfe Materialien zu wählen, die farblich den jeweiligen Freiräumen angepaßt werden müssen, z. B. graugrüne oder erdfarbene Töne. Blanke oder metallisch wirkende Materialien (z. B. aluminiumartig) sind – mit Ausnahme der Führung innerhalb von Industriekomplexen – zu vermeiden. (Abb. 8)

■ Bauwerke als bauliche Hülle für Schiebergruppen, Abzweigungen, Absenkungen von Leitungen sind kontrolliert als Teil der städtebaulichen Umgebung zu gestalten. Eine Verselbständigung im Sinne minimierter Zwecklösungen kann disproportional oder von der Ansicht her unbefriedigend wirken. (Abb. 9)

■ Für Ausdehnungsbögen ist die horizontale Anordnung zu bevorzugen, sofern nicht durch Anlagerung an bestehende vertikale Strukturen (Gebäude, Stützmauern, Übergang auf Brücken usw.) eine gestalterisch befriedigende Lösung erreicht werden kann. In freier Landschaft oder an Grundstückseinfahrten nach oben angeordnete Ausdehnungsbögen sind zu vermeiden. (Abb. 10 bis 12)

■ Querungen von Fahrbahnen oder -wegen sind durch Absenkung der Leitungen und unterirdische Führung im Querungsbereich gestalterisch zu lösen. Gleichzeitig kann an diesen Stellen konstruktiv die Ausdehnung durch schräg nach unten führende Ausdehnungsstrecken abgefangen werden. (Abb. 13)

■ Für die Sichtabschirmung der Leitungen sollen vorhandene Vegetationsstrukturen genutzt oder neue, den vorhandenen artverwandte, angelegt werden. Zu beachten ist, daß für die Begrünung im Prinzip kein Wartungsaufwand entstehen darf und daß die Leitungen für Reparaturarbeiten zugänglich bleiben. Im Bedarfsfall sind Wartungswege anzulegen. (Abb. 14)

■ Innerhalb von Industriegebieten ist jede Art der oberirdischen Verlegung möglich, die sich gestalterisch in die Struktur der vorhandenen und geplanten Gebäude und Anlagen einpaßt. Dazu zählen auch Auf- oder Anhängekonstruktionen an vorhandene horizontale Baustrukturen. In Industriegebieten oder -betrieben können sogar die Wärmeversorgungsleitungen als bewußt gestalterisches Element genutzt werden, das dem Auge eine optimale Hinleitung zu gestalterischen Schwerpunkten der Industriearchitektur ermöglicht.

(Anmerkung: Die hier dargelegten Gestaltungsgrundsätze haben inzwischen in das beim Erzeugnisgruppenverband in Arbeit befindliche Katalogwerk zur Projektierung von Wärmenetzen Aufnahme gefunden.)

Weitere Entwicklung

Grundsätzlich ist, wie bei vielen Arten von Trassen als Grundforderung bekannt, die optimale Bündelung linearer Strukturen (Stadttechnik und Verkehr) bei möglichst kürzester Verbindung der Endpunkte anzustreben.
Leitlinie für die weitere Verbesserung gestalterischer Möglichkeiten an Freileitungs-Wärmetrassen kann doch nur deren räumliche Minimierung im Bereich von Ausdehnungsbögen, Verteilungen und Armaturengruppen sein. Insbesondere betrifft das die bei großen Rohrdimensionen erhebliche Ausladung der Ausdehnungsbögen.
Chancen für ihre Verringerung bietet künftig die Anwendung von Gelenkbogen-Dehnungsausgleichern, die die drei- bis vierfache Dehnungsaufnahme gegenüber dem U-Bogen ermöglichen und weniger raumaufwendig sind (3).
Weiter ist die Entwicklung leistungsfähiger und wartungsarmer Axial-Wellrohrkompensatoren auch für große Rohrdimensionen zu beschleunigen und in ökonomisch vertretbare Relationen zu bringen, damit ihr Einsatz mindestens an gestalterisch prädestinierten Stellen erfolgen kann.
Schließlich sind die gegenwärtig z. T. noch erheblichen Forderungen der Bau- und Ausrüstungsbetriebe an benötigter Trassenbreite für die Bauprozesse weiter und spürbar zu reduzieren, um die Eingriffe in die natürliche und gebaute Umwelt so gering als möglich zu halten. Die vom VEB Wärmeanlagenbau „Deutsch-Sowjetische Freundschaft" in Berlin entwickelten Fließfertigungsverfahren sind ein Beitrag dazu und verringern außerdem Bauaufwand und Bauzeiten (3).
Insgesamt bieten die hier dargelegten Probleme ein weiteres, lohnendes Arbeitsfeld zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Ingenieuren und Architekten und ihren gesellschaftlichen Organisationen, der Kammer der Technik und dem Bund der Architekten der DDR.

Quellen

(1) Überarbeitete und ergänzte Fassung eines Vortrages von H. Graffunder auf einer gemeinsamen Beratung der KDT, FA Stadttechnische Erschließung und der Bauakademie der DDR, Sektion Tiefbau, AG Versorgungsnetze am 3. 11. 1982 in Berlin
(2) Institut für Energieversorgung
Gutachterstelle für Investitionen
Kennziffernkatalog Investitionskosten
Teil 1 – Wärmeversorgung
4. Ausgabe, Stand 1980
(3) Nach einem Vortrag von Dipl.-Ing. Klett, VEB Wärmeanlagenbau Berlin, auf der in (1) genannten Beratung

Aktuelle Probleme des innerstädtischen Wohnungsneubaus

Bericht über das von der ZFG „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" vorbereitete und gemeinsam mit der Bezirksgruppe Erfurt des BdA/DDR als Gastgeber durchgeführte Seminar in Erfurt

Dipl.-Ing. Peter Hennig, Berlin

Grundlage des Berichtes sind Referate und Kurzbeiträge von:

Prof. Dipl.-Ing. E. Henn, Präsident des BdA/DDR (1)
Dipl.-Ing. P. Schulze, Kombinatsdirektor im Baukombinat Leipzig (2)
Prof. Dr.-Ing. G. Fuchs, Institut für Ökonomie der Bauakademie der DDR (3)
Prof. Dipl.-Ing. W. Nitsch, Stadtarchitekt Erfurt (4)
Dipl.-Ing. E. Göbel, Chefarchitekt im Wohnungsbaukombinat Erfurt (5)
Dr.-Ing. G. Lehmann, Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR (6)
Dipl.-Ing. E. Buchholz, Stellv. Vorsitzender der zentralen Kommission Projektierung (7)
Dipl.-Ing. G. Baer, Chefarchitekt im Wohnungsbaukombinat Cottbus (8)
Dipl.-Ing. R. Franke, Kreisarchitekt Torgau (9)
Dipl.-Ing. A. Magdeburg, Bautzen (10)
Prof. Dr.-Ing. habil. H. Trauzettel, Technische Universität Dresden (11)
Prof. Dr. sc. techn. K. Lembke, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Vorsitzender der ZFG „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" (12)

Sofern diese Referenten im folgenden Beitrag zitiert werden, wird das durch die oben angegebenen Ziffern kenntlich gemacht.

Die Erwartungen waren hochgesteckt, sicher nicht nur bei denen, die davon sprachen. Mit Impulsen wurde gerechnet, die Rückkopplungen ermöglichen in der täglichen Arbeit. Denn das vor uns stehende innerstädtische Bauen ist insgesamt „eine der brennendsten Fragen der architektonischen Schaffensperiode, die wir zu beantworten haben." (4)

Dabei geht es der Praxis, so wurde mehrfach betont, vor allem erst einmal um eindeutige Orientierungen und allgemeingültige Leitbilder. Es wäre „eine ganz begeisternde Konzeption, die man von uns als Zentrale Fachgruppe erwarten könnte, wenn wir hierfür die theoretischen und Realisierungsvoraussetzungen mit vorarbeiten." (11)

Viele Einzelaussagen haben uns diesem Ziel näher gebracht oder hoffungsvolle Ausblikke gegeben und damit wohl auch die positive Gesamteinschätzung begründet, die abschließend gegeben wurde. Es war aber auch erneut festzustellen, daß die Diskussion wieder einmal zu kurz gekommen ist; zu vieles blieb unkommentiert oder unwidersprochen. Das ist zwar ein Detail, aber doch so etwas wie vergessenes Salz in der Suppe.

Zu architektonischen Fragen

Es ist keine dem Seminarverlauf entsprechende Wertung, wenn die architektonischen Ausgangspositionen bereits eingangs formuliert werden, sondern eher die Sorge, daß sie sonst auch hier etwas untergehen könnten.

Es ist eine Erfahrung vieler Kollegen, daß der Anteil kreativ schöpferischer Arbeit der Architekten und Städtebauer mit dem innerstädtischen Bauen anwächst und mehr Zeit als wir heute haben und mehr Qualität, als wir sie bisher bieten, fordern wird. (1) Auch der Vertreter des EGV Wohnungsbau läßt erkennen, daß sich unsere Partner dieser Tendenz nicht verschließen. Und „mit den Grundsätzen zur sozialistischen Entwicklung von Städtebau und Architektur, die wir nun glücklicherweise haben und um die wir beneidet werden", (11) gibt es ein Fundament, auf dem sich gut weiterarbeiten läßt. Die Bemühung um orientierende architektonische Lösungen wird vor allem dann erfolgreich sein, so faßte Prof. Lembcke abschließend zusammen, wenn wir uns bereitwillig zu unseren Ausgangsbedingungen bekennen und deren Möglichkeiten voll ausnutzen.

Auf dem Wege nach adäquatem architektonischem Ausdruck unserer gesellschaftlichen Realität ist die Auseinandersetzung um ästhetisch-künstlerische Leitbilder, die Architekturdiskussion und -kritik, ein notwendiges Mittel, das auch die ZFG „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" künftig stärker nutzen will. Dabei sollte von Positionen ausgegangen werden, wie sie Prof. Grönwald vertreten hat (s. Architektur der DDR 5/82). (12) Erste praktische Beispiele, Greifswald wurde in diesem Zusammenhang genannt, bieten gute Ansätze.

Mit dem innerstädtischen Bauen, dem engen Nebeneinander von Alt und Neu werden sich die suchenden Praktiker bei ihrer Arbeit natürlich oft die Frage stellen „was ist das, was wir jetzt hier machen, vom gesellschaftlichen Standpunkt aus betrachtet? Wird das die umgestaltete sozialistische Stadt, oder ist es die reparierte feudalistische oder kapitalistische Stadt?" (4) Vorankommen werden wir, wenn wir die in den Grundsätzen dargelegten Positionen beziehen und dann „nicht historisierend hinterherlaufen, basteln, sondern . . . mit Mitteln unserer Zeit und der Haltung unserer Zeit . . . qualitätsvolles Neues so mit wertvollem Alten verbinden, daß wir keine Lücke in der Tradition lassen". (11)

Zur städtebaulichen Planung

Fragen der städtebaulichen Planung waren neben ökonomischen Problemen Schwerpunktthemen wohl aller Beiträge und repräsentieren damit auch den Stellenwert, den sie in dieser Etappe bei Wohnungs- und Gesellschaftsbauern einzunehmen haben. Der Auftrag an die städtebauliche Planung zur Vorbereitung der „. . . komplexen Umgestaltung wird von sozialen Zielstellungen bestimmt. Wir müssen die sozialistischen Wesenszüge der Stadt auch in die vorhandenen innerstädtischen Gebiete hineintragen". Dabei ist darauf zu drängen, daß „. . . mit dem komplexen Wohnungsbauprogramm auch in der Realität Komplexität und Kontinuität ins innerstädtische Bauen einkehrt". (11) Der geforderte Abbau der Niveauunterschiede zwischen Alt- und Neubaugebieten sollte dabei, wie nicht erst soziologische Untersuchungen beweisen, auch als wechselseitiger Prozeß gesehen werden. Zunächst geht es aber erst einmal darum, das Grundbedürfnis nach einer Wohnung zu erfüllen, die sicher, trokken und warm ist. (1) Bereits im Zusammenhang damit stellen sich Forderungen der nächsten Etappe, um auf lange Sicht eine zweckmäßige Reproduktion unserer Fonds zu sichern.

So eindrucksvoll eine Reihe komplexer Modernisierungsvorhaben auch sein mag, allein auf diesem Weg, der bekanntlich vielfach mit hohem Bauaufwand und langen Bauzeiten verbunden ist, kann man das gestellte Ziel nicht erreichen. (1) Die Mithilfe der Bürger und Betriebe sowie die Nutzung aller anderen örtlichen Reserven führen zu unterschiedlichsten, sinnvollen Lösungswegen. Ob es allerdings sinnvoll ist, die Modernisierung durch die Bevölkerung und die Betriebe höher anzusetzen als die der speziellen Baubetriebe, muß die Praxis erweisen.

Beim komplexen innerstädtischen Bauen ist in wesentlich kleineren städtebaulichen Einheiten zu planen, als es bisher üblich ist. „Es muß sich um übersehbare Bauabschnitte handeln, die jeweils in kurzen Zeiträumen vorbereitet, durchgeführt und abgeschlossen werden können, in denen mit der dort wohnenden Bevölkerung detailliert gesprochen werden kann, um nicht Unsicherheit für Jahre im voraus zu erzeugen und durch die Bauarbeiten, die dort durchgeführt werden, die Bevölkerung nicht in eine erschwerte Situation zu bringen." (6)

Häufig zeigt sich aber auch, daß die Integration von Neubau und Modernisierung und die Ermittlung vertretbarer Relationen schwieriger als vermutet ist. Die vorhandene technologische Basis und die erreichte Spezialisierung wirkt dem oft entgegen (6). Fortschritte sind vor allem dann zu erreichen, wenn Klarheit in der Rang- und Reihenfolge der zu lösenden Aufgaben erreicht wird und bei deren Ermittlung von sozialer und städtebaulicher Wirksamkeit sowie der volkswirtschaftlichen Effektivität als Kriterien ausgegangen wird (1).

Gute Erfahrungen sind dort gemacht worden, wo eine enge Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten – auch den Bürgern und gesellschaftlichen Kräften – zustande gekommen ist, wo Koordinierungsgruppen erfolgreich gearbeitet haben und wo die erprobten Planungsmittel angewandt wurden: von der Generalbebauungsplanung bis hin zu Standortkonzeptionen für den Eigenheimbau. Es gibt aber auch die Erfahrung, daß „die bisherigen Teilrekonstruktionen dort am wirkungsvollsten gelöst worden sind, wo die Parteiorganisation . . . und der Ratsvorsitzende die Kontrolle der Arbeiten übernommen . . . haben. (7)

Zur Gretchenfrage in diesem Zusammenhang entwickelt sich die Bewertung der Bausubstanz. Deshalb werden wir Architekten „künftig jeden nicht zwingend notwendigen Abriß von Wohngebäuden von Anfang an noch entschiedener entgegentreten und in den Planungen und Projekten mit noch größerem Nachdruck solche Lösungen konzipieren, die den Anteil der Erhaltung und Modernisierung von Wohnungen erhöhen." (1)

Andererseits werden wir aber auch nicht zulassen dürfen, daß subjektive Faktoren sinnvollem innerstädtischem Bauen im Wege stehen. So plädierte Prof. Nitsch dafür, den objektiven Entwicklungsprozeß beachtend das Sinnvolle zu tun und die Kapazitäten auf das Notwendigste zu konzentrieren.

Wenn auch nicht die entscheidenden Einflüsse übersehen werden können, die sich aus dem derzeitigen Entwicklungsstand der materiell-technischen Basis ergeben, so sind doch die mit der Klärung der günstigsten Reproduktionsform zusammenhängenden Probleme eine Hauptursache für die vielerorts noch unbefriedigenden Ergebnisse beim innerstädtischen Neubau, der Standortvorbereitung, der Modernisierung und Instandsetzung. Daß es aber auch besser geht, zeigt das Torgauer Beispiel. Hier gibt es zufriedenstellende, wachsende Anteile der Modernisierung, Normativeinhaltung, registrierbare soziale und städtebauliche Effekte.

Zur Gebäudeentwicklung

„Für die Architekten und Ingenieure . . . wird die Entwicklung effektiver Gebäudelösungen und rationeller Bauverfahren in den 80er Jahren zu einer Aufgabe von al-

lerhöchstem Rang, die die Qualität von Städtebau und Architektur entscheidend bestimmen wird." (1) Denn die vorhandenen Erzeugnisse und Verfahren, deren Optimum entwicklungsbedingt mit großen Komplexstandorten verbunden ist, werden den neuen Anforderungen noch nicht gerecht. (6)

Auf der Suche nach geeigneten Lösungswegen müssen wir als Architekten natürlich primär jene Probleme sehen, die sich aus der Entwicklung von Erzeugnissen und ihrer Einordnung in vorhandene städtebauliche Räume mit differenzierten sozialen, gestalterischen, hygienischen und sonstigen Bedingungen ergeben. Die einzelnen Anforderungen an Länge, Breite, Höhe, Gestalt, Nutzung, Einordnung usw. der Gebäude wurden bereits so ausführlich und häufig formuliert, daß eine Wiederholung hier unnötig erscheint.

Immer wieder wird von den Kollegen der Praxis auf die damit verbundene, nicht zu unterschätzende Komplexität und Kompliziertheit verwiesen. Gedacht wird dabei oft zuerst an das notwendige Bauen auf vielen kleinen und kleinsten Standorten und Baulücken, an die geringen Losgrößen und an die Errichtung kleinerer, stärker variierbarer Gebäude in den vielen Altstadtbereichen und Baugebieten mit kleinstädtischen und dörflichen Strukturen, also an das Bauen auf komplizierten Standorten, auf denen zukünftig Hunderttausende von Wohnungen effektiv und in angemessener Qualität zu bauen sind. Denn das ist eine kritische Aufgabe nicht nur für die Entwicklung der Erzeugnisse, sondern auch der Technologien.

„Uns wird allen klar sein, daß solche attraktiven baulichen Lösungen, wie sie z. B. in Dresden an der Straße der Befreiung geschaffen wurden, nur Ausnahmen für die anspruchsvollen Zentren unserer Groß- und Mittelstädte sein können." (1) Allgemein müssen wir unsere Leitbilder für die Masse der Bauaufgaben, also auf anderen Ebenen suchen und schaffen.

Wenn der Wohnungsbau auch als zentrale Aufgabe anzusehen ist, darf der Gesellschaftsbau wegen seiner hohen sozialen Bedeutung nicht ausgeklammert bleiben. Die Ausstattung der Wohngebiete, so steht es wörtlich in den Grundsätzen, mit Gemeinschaftseinrichtungen wird wesentliche Voraussetzungen für ein glückliches Familienleben, für die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Leben, für die Bildung und Erziehung der Jugend und für die Betreuung älterer und behinderter Bürger schaffen. (11)

Nach Untersuchungen der TU Dresden wird in Altstadtgebieten die Situation auf diesem Gebiet im wesentlichen gekennzeichnet durch Mangel an wohngebietsinternen Zentren für gesellschaftliche und kulturelle Aktivitäten, für Erholung und Reproduktion der Leistungsbereitschaft. Problemreich sind Vorschuleinrichtungen wegen des in diesen Gebieten oft noch vorhandenen Fehlbedarfs und der Schwierigkeit ihrer Einordnung, aber auch die Realisierung attraktiver Erdgeschoßzonen, für die zu häufig Nutzer fehlen.

Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang auch die zukünftig notwendige Komplettierung neuer Wohngebiete.

Wenn wir bei der Suche nach Neuem auch nicht alles Alte über Bord werfen wollen, so sollten wir doch wichtigte Zusammenhänge von Grund auf neu durchdenken. Trennen müssen wir uns aber z. B. von der „Tendenz der möglichst geringen Veränderung der vorliegenden Projekte, der möglichst geringen Veränderung der Technologie und damit auch der Tendenz zur Anpassung des Standortes an das Gebäude und nicht umgedreht." (1) Dieses Neudurchdenken, das wurde mehrfach betont, wird wesentlich erleichtert durch gute Zusammenarbeit mit allen Beteiligten. Viele haben dabei aber auch die Erfahrung gemacht, daß es gut ist, wenn man Fragen der Spezialisten nicht allein den Spezialisten überläßt. (1) Auf der Suche nach Partnern sei an die Aktivitäten des EGV Wohnungsbau erinnert. Unter Leitung von Dr. R. Schulze, Kombinatsdirektor im WBK Erfurt, wurde 1982 die Arbeitsgemeinschaft „Innerstädtisches Bauen" im EGV gegründet. Als Hauptaufgaben werden u. a. genannt:

– Erarbeitung neuer Projekte und neuer konstruktiver Teillösungen (z. B. für Keller, Erd- und Dachgeschoß, Fassade, Gründung usw.)

– Entwicklung neuer technologischer Lösungen einschließlich Monolithverfahren

– Einführung neuer Projektierungstechnologien.

Diese Zielstellung stimmt weitgehend überein mit unseren eigenen Vorstellungen.

Zu Fragen der Projektierung

Bisher zu wenig diskutiert, jedoch von besonderer Bedeutung ist die notwendige Weiterentwicklung der Projektierungstechnologie.

Es ist unstrittig, daß der Projektierungsaufwand beim innerstädtischen Bauen nach Quantität und Qualität der individuellen Projektierung nahekommt und dabei insgesamt eine Weiterentwicklung der Kapazitäten und Mittel erfordert. Sinnvolle Lösungen ergeben sich nur mit Hilfe neuer Projektierungstechnologien, mit automatengestützten Verfahren, mit Segment- und Bausteinprojektierung. Nur so lassen sich die Vorteile von Angebots- und Einzelprojektierung nutzbringend vereinigen. (1) (5) Daneben werden für bestimmte Bauaufgaben sowohl diese bewährten Formen als auch weitere Varianten wie z. B. die Protokollprojektierung auf dem Gebiet von Instandsetzung und Modernisierung angewandt werden. (7)

Die Gebäudeentwicklung wird dabei von der Erarbeitung und Einführung mehr oder weniger umfangreicher Serien bestimmt. Die neue Baureihe des WBK Erfurt z. B. enthält 12 Segmente, die unter Beachtung der Grundprinzipien des WBS 70 zu 12 m bis 15 m tiefen Gebäuden führen. Durch diese für Erfurt traditionelle, überdurchschnittliche Gebäudetiefe und einen Frontlängenanteil von 1,02 m wird mit Einsparungen von etwa 15 Prozent gerechnet. Anders als diese zwar schrittweise einzuführende, letztlich aber die Produktion des WBK Erfurt bestimmende Baureihe gilt die vom WBK Cottbus entwickelte Serie mit einer erwarteten Kapazität von etwa 200 WE/Jahr als Nebenstrecke. Vier Segmente einschließlich Ecksegment mit 9,6 m bis 16,8 m Länge und 10,8 m Tiefe sowie Sattel- und Mansarddach werden mit 3,5 Mp leichten Platten montiert. Eine Funktionsunterlagerung ist möglich.

Bei recht überzeugender funktioneller und gestalterischer Qualität dürfte mit nur 4 Segmenten jedoch die städtebauliche Anwendbarkeit Wünsche offenlassen.

Im Grundsatzreferat wurde die Auffassung vertreten, daß eine Serie mindestens 8 bis 12 Grundsegmente enthalten sollte, mindestens 3 normale und 2 trapezförmige Segmentmittelteile, 2 Ecksegmente und 1 Segment mit Verbindern und Hofzufahrten.

Es ist zu hoffen, daß der im Januar abgeschlossene Wettbewerb neben Aussagen zu funktionellen, konstruktiv-technologischen und ökonomischen Problemen vor allem auch Vorschläge zur sinnvollen Lösung dieser städtebaulich-gestalterischen Probleme bringt.

Zu Konstruktionen und Verfahren

Als Prämissen für die Entwicklungsaufgaben wurde sowohl von Vertretern des EGV Wohnungsbau als auch vom Präsidenten der Bauakademie der DDR eindeutig formuliert:

„In den 70er Jahren wurden erhebliche materielle und finanzielle Fonds eingesetzt und im Wohnungsbau der DDR eine leistungsfähige materielle Basis geschaffen, die ausreichend ist, die Wohnungsfrage in unserem Lande bis 1990 zu lösen. Daraus leitet sich das Erfordernis ab, diese geschaffenen Kapazitäten in vollem Umfang für das innerstädtische Bauen zu nutzen. Die Anwendung der weiterentwickelten rationalisierten Wohnungsbauserie 70 für das Bauen in den innerstädtischen Gebieten ist somit ein grundlegendes und unausweichliches Erfordernis." (2)

„Jeder Denkansatz, die Umgestaltung in den uns bevorstehenden Größenordnungen vorwiegend mit anderen Mitteln, monolithischen Bauweisen, handwerklichen oder mit Sonderplattenbauweisen zu bewältigen, geht im historischen Zeitraum an der Realität vorbei. Die Forderung, die an die industrielle Montagebauweise besteht, ist, sie technologisch und organisatorisch so zu entwickeln und zu beherrschen, daß die Umgestaltung in hoher städtebaulich-architektonischer Qualität möglich wird. Wir müssen die Komplexität der Einsatzmöglichkeiten der Erzeugnisse des Wohnungsneubaus im Auge haben. Es geht ja nicht nur um innerstädtische Kernbereiche, in denen in zunehmendem Maße der Neubau erforderlich wird, sondern die gesamte Palette des städtischen Wohnungsbaus ist dabei angesprochen." (1)

Neben den umfangreichen Problemen, die sich aus den beengten Standorten, den differenzierten Baustellenbedingungen und den komplizierten Transportproblemen für die Weiterentwicklung der Bauweisen und -verfahren ergeben, stehen vor allem die Fragen der Vorfertigung.

„Vor unseren Plattenwerkern steht die komplizierte Aufgabe, sowohl für den Wohnungsneubau auf Komplexstandorten als auch in innerstädtischen Gebieten die differenzierte Produktion in hoher Qualität vorzubereiten und durchzuführen und weiterhin zuverlässig Tag um Tag die Pläne zu erfüllen." (2)

Als vorzugsweise Lösung sieht der EGV Wohnungsbau eine Differenzierung der Vorfertigungsprozesse und eine Optimierung der in der Folge klassifizierten Produktion in „Standortproduktion", flexible Produktion, variable Produktion. Der Maschinenbau ist uns hierbei Vorbild. Standard-, flexible oder variable Produktionen unterscheiden sich untereinander durch ihre verschiedenen Möglichkeiten der Anpaßbarkeit an quantitativ und qualitativ veränderte Bedarfsforderungen. Die Anpassungsfähigkeit ist im Bereich der serienmäßigen Produktion (Standardproduktion) am geringsten und bei der variablen Produktion am größten. Bei der standardisierten Produktion sind nur sehr geringfügige Veränderungen möglich, die den Fertigungsablauf gar nicht oder nur sehr unwesentlich beeinflussen. Bei der flexiblen Produktion sind Änderungen zulässig, die kurzfristig

erfolgen können, ohne daß die Form aus der Produktion genommen werden muß. Auf die schnelle Durchführung solcher Änderungen muß sich der Technologe im Formenbau einstellen, und der Projektant darf sich bei flexibler Produktion dann auch nur in diesem Rahmen bewegen. Bei der variablen Produktion sind Änderungen an Formen notwendig, die nicht mehr im Fertigungsprozeß möglich sind, also ein Herauslösen der Formen aus dem Fertigungsprozeß und die Durchführung der Änderung in der Formenbauwerkstatt erfordern.

Wichtig ist, daß wir gemeinsam die Grenzen dieser Bereiche möglichst exakt, bezogen auf die konkrete Situation, festlegen und damit gewährleisten, daß einerseits die Möglichkeiten der Veränderungen voll ausgeschöpft werden im Sinne unserer städtebaulichen Qualität und die Fertigung andererseits aber auch nicht überfordert wird. Es geht also darum, das Optimum zwischen Forderungen der Architektur und den technologischen Bedingungen einer rationellen Produktion zu finden. Das Erkennen dieser Sachzusammenhänge wird die Arbeit der Städtebauer und Architekten, der Plattenwerker und Kollektive auf den Baustellen im Sinne höchstmöglicher Effekte bei der Abrundung unserer innerstädtischen Bereiche ermöglichen." (2)

Wenn dieser hoffnungsvolle Prozeß dazu führt, was er verspricht, sind Baustellen- und Transportprozesse wieder stärker zu beachten.

Durchaus noch nicht einheitlich, häufig auch emotionell, werden die Leistungsgrenzen der Plattenbauweise eingeschätzt. Diese Frage hat sowohl wegen der langfristigen Wirkung baupolitischer Entscheidungen als auch wegen der Dringlichkeit der mit der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms verbundenen innerstädtischen Bauaufgaben eine nicht zu überschätzende Bedeutung. In welchem Umfang auch immer, wird die Einführung ergänzender Bauweisen wie monolithische Verfahren und Mauerwerksbau für dringlich gehalten.

Aus seinen praktischen Erfahrungen resümiert z. B. Koll. Göbel: „Aber auch für mich wird aus dieser ganzen Problematik deutlich, daß wir uns beim innerstädtischen Bauen sehr ernst um ergänzende Bauweisen bemühen müssen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Montage jedes Winkels um jeden Preis sinnvoll ist bei der Plattenbauweise. Dazu kommt, daß sich das innerstädtische Bauen in Zukunft zu einem Teil in kleinen und kleinsten Baulücken vollzieht, für die das hier vorgestellte Erzeugnissortiment aus ökonomischer Sicht bestimmt nicht das günstigste ist. Selbst wenn wir uns technisch und gestalterisch anpassen können mit unserem Sortiment, bin ich davon überzeugt, daß zu hohe Mehrkosten auftreten, beispielsweise bei Kleinstlücken. Eine Kranumsetzung kostet eben um die 10 000 M. Wenn ich damit nur 6 Wohnungen montiere, dann erhöht das den WE-Preis sehr wesentlich. Viele andere Faktoren kommen dazu. Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, daß wir uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da wir eine neue Baureihe entwickeln, die für einen großen Teil der Standorte im innerstädtischen Bereich zugeschnitten ist, um eine Weiterentwicklung ergänzender Bauweisen bemühen müssen, die effektiv dort zum Einsatz kommen kann, wo die Großplattenbauweise nicht sinnvoll ist. Die Großplattenbauweise ist zur Zeit die effektivste Bauweise für den innerstädtischen Wohnungsbau – ich sehe das auch ganz genauso –. Ihre Effektivität zu sichern und zu erhöhen, kann aber auch dadurch erreicht werden, daß sie sinnvoll mit monolithischen Teilen ergänzt wird. Das ist eine Aufgabe, die wir auch kurzfristig angeben müssen."

Sehen wir darin nicht nur eine Entlastung der Plattenbauweise, sondern in der Entwicklung flexiblerer, kleinteiligerer Technologien auch eine Hilfe für kleinere Baubetriebe. Im Nachhinein läßt sich darüber hinaus schlußfolgern, daß es eine begeisternde Aufgabe für die ZFG „Wohn- und gesellschaftliche Bauten" wäre, diesen Klärungsprozeß zu unterstützen.

Zu ökonomischen Fragen

Einheitlich war die Position zu den volkswirtschaftlichen Orientierungen. Die Einsicht in die Notwendigkeit des sparsamen Umganges mit Energie und Material, mit Kosten und Arbeitszeit, ausgedrückt durch Bauaufwandssenkung, energieökonomisches Bauen, Materialsubstitution, Bauzeitverkürzung und die unabdingbare Einhaltung der Normative bestimmt auf allen Gebieten das Herangehen an die unterschiedlichen Aufgaben. Die erforderliche Effektivität zu erreichen, das wurde auf diesem Seminar bewußt in den Vordergrund gestellt, war das zentrale Thema der meisten Beiträge.

Bekanntlich unterscheiden sich die Aufwendungen für das innerstädtische Bauen zum Teil wesentlich von denen, die für das Bauen auf extensiven Standorten zu erbringen waren. Das betrifft alle Aufwandsarten, denn „weitergehende Überlegungen zeigen, daß die Frage nach der Effektivität allein aus der einseitigen Betrachtung des einmaligen Aufwandes für ein abgegrenztes Teilgebiet nicht zu beantworten ist. Hinzu kommen noch Faktoren, für die uns verbindliche Berechnungsgrundlagen fehlen. Das betrifft vor allem den Nutzungsaufwand, die Einbeziehungen gesamtstädtischer Aspekte in den volkswirtschaftlichen Aufwand sowie die Einflußfaktoren aus territorialer Sicht, der Standortverteilung der Produktivkräfte, der Transportprobleme, der Energieökonomie usw." (1)

Für alle, die nicht täglich mit ökonomischen Fragen zu tun haben, waren dem umfangreichen Beitrag von Prof. Fuchs interessante Informationen zu entnehmen:

Der volkswirtschaftliche Gesamtaufwand ergibt sich aus einmaligem plus laufendem Aufwand. Beide Aufwandsarten sind nicht dimensionsgleich, Kriterien zur Vergleichbarkeit müssen noch erarbeitet werden. Bisher vorliegende Normative betreffen den einmaligen Aufwand. Künftig sollen Normative erarbeitet werden, die alle Aufwandsarten einschließen.

Der einmalige Aufwand für den komplexen Wohnungsbau (65 000 M), bestehend aus Aufwendungen für Wohnungen (39900 M), gesellschaftliche Einrichtungen (9 700 M), Sekundärerschließung (12 400 M) und Sonstige (3000 M z. B. Grundstückserwerb und -freimachen), ist, wie die Klammerwerte zeigen, eindeutig durch Normative vorgegeben. Dazu kommt noch der Aufwand für die Primärerschließung, der jedoch außerhalb dieses Komplexnormatives abgerechnet wird.

Der Aufwand wird als Preis z. B. im Normativ vorgegeben. In den Betrieben drückt sich die Wechselbeziehung zwischen Preis und Kosten als Kostensatz aus. 50 Prozent der Kosten im industriellen Wohnungsbau entstehen derzeit in der Vorfertigung. Sollte die Auslastung der Plattenwerke sinken, würde dieser Anteil steigen. Der Transport erfordert hier mindestens 3 Prozent des Normativs der Wohnung bei etwa 10 km Transportentfernung, 7 bis 10 Prozent können es bei Entfernungen von 50 km werden. Je nach Umschlagkosten wird ab 60 bis 120 km gebrochener Transport wirtschaftlicher (z. B. Straße Schiene).

Die Ermittlung des Preises eines Wohngebäudes erfolgt durch Addition unterschiedlicher Teilpreise, bezogen auf 1 m² Wohnfläche. Dabei wird der tatsächlich notwendige Aufwand nicht immer ausreichend preiswirksam. Hier ergeben sich Probleme, die im Interesse des innerstädtischen Bauens und der Qualität weiterer Überlegungen bedürfen.

Wie wird sich nun der Aufwand beim innerstädtischen Bauen entwickeln?

Der einmalige Aufwand ist vom Anteil der einzelnen Reproduktionsformen abhängig. Je geringer der Neubauanteil, desto geringer der Erstaufwand (3).

„Untersuchungen zur Reproduktion der Bausubstanz von dichtbebauten Quartieren mit differenziertem Baubestand zeigen, wie der Investitionsaufwand vom Anteil des Ersatzbaus, der Rekonstruktion, der Modernisierung und Instandsetzung abhängt. Der einmalige Aufwand für die Umgestaltung liegt eindeutig bei den Alternativen mit dem geringsten Abgang und Ersatzneubau an Wohnungen" (1)

Jede erhaltene Dreiraumwohnung ermöglicht Materialeinsparungen von etwa 1,5 t Stahl, 15 t Zement und 56 t Zuschlagstoffe, sie verringert darüber hinaus wesentlich den Transportaufwand und den erheblich angestiegenen Grundfondseinsatz. Erhöhen wird sich beim innerstädtischen Bauen jedoch der Aufwand für die einzelne Wohnung.

Für die Rekonstruktion einer Wohnung gilt ein Aufwandsnormativ von 35 000 M je WE, das jedoch nicht selten überschritten wurde. Je nach Anteil der beiden Reproduktionsformen ergibt sich ein Mittelwert von Neubau und Modernisierung in der Größenordnung von 40 000 M bis 48 000 M je WE.

Beim Aufwand für Sekundärerschließungen und Sonstiges ist kaum mit deutlichen Veränderungen zum extensiven Bauen zu rechnen. In ungünstigen Fällen sind Mehraufwendungen möglich. Andererseits sollten Erwartungen in dieser Hinsicht nicht übertrieben werden. (11)

Der Aufwand für gesellschaftliche Einrichtungen wird unterschiedlich beurteilt. Im allgemeinen wird mit teilweise sogar deutlichen Einsparungen, bezogen auf das Normativ gerechnet. (3)

Eindeutige Einsparungen werden beim innerstädtischen Bauen auf zwei Gebieten erwartet, der Primärerschließung und dem laufenden Aufwand. So wurden in Leipzig-Grünau etwa 27 500 M für Primärerschließung ausgegeben. In innerstädtischen Gebieten lag dieser Aufwand zwischen 1800 M und 7800 M je WE.

Für den laufenden Aufwand wurden Werte von 5500 M je Jahr und WE im Neubaugebiet sowie 3700 M je Jahr und WE im Rekonstruktionsgebiet ermittelt. Bei der Einrechnung des Verkehrs- und Transportaufwandes der Bevölkerung soll der Unterschied noch deutlicher werden.

Zusammenfassend konnte auf dem Seminar erneut festgestellt werden, daß das innerstädtische Bauen im Vergleich zur bisherigen Praxis nicht nur zu sozialen und städtebaulichen Vorteilen führt, sondern daß es auch mit deutlichen ökonomischen Effekten verbunden ist.

Leisten wir unseren Beitrag, diese Erkenntnis in wirksame praktische Ergebnisse umzusetzen!



Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Hochbauingenieur Alfred Erler, Stendal,
1. Juli 1923, zum 50. Geburtstag
Architekt Friedrich Sauer, Erfurt,
1. Juli 1903, zum 80. Geburtstag
Architekt Martin Scharf, Leipzig,
1. Juli 1908, zum 75. Geburtstag
Architekt Dipl.-Ing. Helmut Schmidt, Glauchau,
2. Juli 1933, zum 50. Geburtstag
Architekt Oberingenieur Otto Richter, Berlin,
5. Juli 1908, zum 75. Geburtstag
Architekt Bauingenieur Heinz Gentsch, Waren,
7. Juli 1933, zum 50. Geburtstag
Architekt Dipl.-Ing. Heinz Mahn, Gera,
8. Juli 1933, zum 50. Geburtstag
Architekt Hochbauingenieur Willi Neumann, Rehbrücke,
8. Juli 1913, zum 70. Geburtstag
Architekt Dipl.-Ing. Hans Grotewohl, Berlin,
11. Juli 1923, zum 60. Geburtstag
Architekt Bauingenieur Willi Müller, Erfurt,
13. Juli 1908, zum 75. Geburtstag
Architekt Bauingenieur Georg Prinz, Erfurt,
14. Juli 1908, zum 75. Geburtstag
Architekt Hochbauingenieur Walter Aderhold, Magdeburg,
17. Juli 1923, zum 60. Geburtstag
Architekt Hochbauingenieur Helmut Haase, Dresden,
17. Juli 1933, zum 50. Geburtstag
Architekt Eberhard Flemming, Rodewisch,
21. Juli 1933, zum 50. Geburtstag
Architekt Dr.-Ing. Gerhard Lehmann, Berlin,
21. Juli 1933, zum 50. Geburtstag
Architekt Dipl.-Ing. Walter Schönfelder, Weimar,
24. Juli 1933, zum 50. Geburtstag
Architekt Hochbauingenieur Erwin Hoffmann, Altenburg,
27. Juli 1908, zum 75. Geburtstag
Architekt Bauingenieur Walter Stoll, Karl-Marx-Stadt,
30. Juli 1913, zum 70. Geburtstag
Architekt Albert Nörthemann, Magdeburg,
31. Juli 1933, zum 50. Geburtstag

Wettbewerbe

Kulturbund der DDR rief zum Fotowettbewerb auf

Der Kulturbund der DDR hat zu einem unter dem Motto „Denkmale der Geschichte unserer Heimat" stehenden Fotowettbewerb aufgerufen. Interessenten aus allen Teilen der DDR sind aufgefordert, Zeugnisse der Geschichte und Kultur, der Baukunst und des Städtebaus, der Produktions- und Verkehrsgeschichte, der Landschaftsgestaltung sowie der Lebensweise unserer Werktätigen mit der Kamera aufzuspüren und im Bild festzuhalten. Bis zum 30. September 1983 sollen geeignete Schwarzweiß- bzw. Farbfotos an die Gesellschaft für Denkmalpflege, 1030 Berlin, Postfach 34, eingesandt werden. Mit der Aktion wollen der Kulturbund sowie das Institut für Denkmalpflege auch mit Blick auf den 35. Jahrestag der DDR im Oktober 1984 historische und kulturelle Werte erfassen und anschaulich dokumentieren. Zugleich ist beabsichtigt, die heimatgeschichtliche Forschung anzuregen und neue Interessenten an der Heimatgeschichte, Denkmalpflege und Fotografie zu gewinnen. Die besten Fotos werden prämiiert und im Mai 1984 auf einer Ausstellung gezeigt, die in Dresden veranstaltet wird.

H. C.

Hochschulnachrichten

Dissertationen an der Sektion Architektur der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Almers, Almer

Beitrag zur Entwicklung automatengestützter Verfahren für den Architekturentwurf mehrgeschossiger Mehrzweckgebäude unter besonderer Berücksichtigung der graphischen Darstellung

Weimar, Hochschule für Architektur und Bauwesen, Sektion Architektur und Bauingenieurwesen, Dissertation A, 12. 5. 1982

Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. H. Lahnert, Weimar
Dr.-Ing. P. Hupfer, Weimar
Dr.-Ing. P. Backasch, Weimar
Dipl.-Ing. E. Neu, Rostock

Für den Entwurfs- und Projektierungsprozeß wird die Rolle des Architekten als Autor des Gesamtentwurfs betont und das Prinzip der iterativen Verbesserung von Lösungen hervorgehoben. Daraus wird die allgemeine Forderung an automatengestützte Verfahren für den Entwurf abgeleitet, daß die gesamte Entwurfselementmenge im graphischen Dialog geschlossen behandelt werden muß. Eine wirtschaftliche Lösung ist unter folgenden Annahmen möglich. Die baulich-räumliche Struktur wird durch planare Graphen beschrieben, geometrisch wird ein Gebäude als Menge benachbarter gerader durchbrochener prismatischer Körper (Hüllelemente) betrachtet; Algorithmen für Dimensionierungs- und Visibilitätsprobleme sind angegeben. Für Zeichnungserstellungen werden mit den Hüllelementen verknüpfte 2-D-Bildelemente verwendet. Anwendungsbeispiele aus dem Anwenderzentrum Rostock sind enthalten.

Calvo, Helicha Enriquez

Zur Erarbeitung von wissenschaftlichen Projektierungsgrundlagen für den Krankenhausbau in Cuba unter besonderer Berücksichtigung der physikalischen Therapie im Rahmen der Rehabilitation und unter Nutzung der Erfahrungen der DDR

Weimar, Hochschule für Architektur und Bauwesen, Sektion Architektur und Bauingenieurwesen, Dissertation A, 2. 7. 82

Gutachter:
Dr.-Ing. sc. A. Hecht, Weimar
Dr.-Ing. Höckert, Berlin
Prof. Rául González Romeo, Havanna
Dr. Luis M. Cruz Cruz, Havanna
Dr. José J. Goicoechea Boffil, Cienfuegos

Auf der Grundlage der Erfahrungen der DDR und des Studiums vorliegender Materialien wird die theoretische Basis geschaffen für allgemeine Krankenhäuser in Cuba unter besonderer Berücksichtigung spezifischer Bedingungen. Dabei wird aufgrund der Dringlichkeit die Physikalische Therapie ausführlich behandelt; von der Bedarfsermittlung über Funktionseinheiten und Prinzipienlösungen bis zur territorialen Anwendung. Für die Gesamtstruktur und andere Abteilungen werden Hinweise zur Bearbeitung von Projektierungsgrundlagen gegeben, indem wesentliche Probleme behandelt und Strukturvorschläge erarbeitet werden.

Hecht, Alfred

Kombination und Integration als Entwicklungsaspekte und Möglichkeiten der Aufwandssenkung – dargestellt für den Entwurf von Gesellschaftsbauten generell und von medizinischen Hochschulbauten mit ihren Lehreinrichtungen exemplarisch-speziell.

Weimar, Hochschule für Architektur und Bauwesen, Sektion Architektur und Bauingenieurwesen, Dissertation B, 15. 10. 1982

Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. Stahr
Prof. Dr. sc. med. Thielmann, Erfurt
Prof. Dr.-Ing. habil. Korneli, Dresden
Dr.-Ing. Höckert, Berlin

Bereits in den frühen Phasen der Investitionsvorbereitung kann mit den Möglichkeiten der Kombination und Integration über deren Einfluß auf Raumprogramm und Strukturlösung in hohem Maße aufwandmindernde Wirksamkeit erzielt werden. Ausgehend von Zielstellung, Problemlage, Motivation und Begriffsdefinitionen erfolgt eine dreistufige Behandlung des Themas mit methodisch adäquater Bearbeitungstiefe: Nach Darstellung der Möglichkeiten für Gesellschaftsbau im allgemeinen als Initiallösungen wird die komplexe Funktionsverflechtung für eine der kompliziertesten gesellschaftlichen Einrichtungen – die medizinischen Lehr- und Forschungsstätten – dargestellt, mit der themenbezogenen Behandlung offener Probleme als Impuls für weitere wissenschaftliche Arbeiten verknüpft und schließlich der Nachweis der möglichen Aufwandssenkung im Rahmen der Bearbeitung von Planungs- und Projektierungsgrundlagen für hochschulmedizinische Ausbildungsräume im einzelnen erbracht.

Stallknecht, Wilfried

Wandlungsfähigkeit von Räumen im industriellen Wohnungsbau der DDR

Weimar, Hochschule für Architektur und Bauwesen, Sektion Architektur und Bauingenieurwesen, Dissertation B, 9. 11. 1982

Gutachter:
Prof. Dr.-Ing. habil. A. Bach, Weimar
Prof. Dr.-Ing. W. Straßenmeier, Weimar
Prof. Dr.-Ing. W. Geisler, Halle
Prof. Dr.-Ing. A. Felz, Berlin

Mit der Wandlungsfähigkeit von Räumen im industriellen Wohnungsbau der DDR wird angestrebt, ohne Aufwandserhöhung für die Wohnung deren funktionell-gestalterische Qualität zu verbessern und Möglichkeiten zu eröffnen, die Wohnung jederzeit differenzierten und sich wandelnden Anforderungen der jeweiligen Benutzer anpassen zu können. Neben geeigneten Wohnungsbauserien mit weitgespannten Geschoßdecken sind dafür umbaubare, raumtrennende Ausstattungssortimente erforderlich. Durch mehrere Experimente konnte nachgewiesen werden, daß die gebotenen Möglichkeiten zur differenzierten funktionellen Organisation der Wohnungen von den beteiligten Familien maximal benutzt und anerkannt wurden. Nach 10jähriger Nutzung der Wohnungen durchgeführte Befragungen ergaben, daß sich die Mehrzahl der befragten Mieter auch heute wieder für eine mit umbaubaren Ausstattungssortimenten wandlungsfähig angelegte Wohnung entscheiden würden.

Bücher

Aus dem Buchangebot des VEB Verlag für Bauwesen empfehlen wir:

Ahnert
Maurerarbeiten
Lehrbuch
3., stark bearbeitete Auflage, 208 Seiten, 230 Zeichnungen, 5 Fotos, 41 Tabellen, brosch. 7,30 M

Grothe/Gentsch/Sauerbrey
Kommentar Be- und Entwässerung von Gebäuden
Band 10 der Fachbuchreihe HLS-Technik
1. Auflage, 128 Seiten, 70 Zeichnungen, 49 Tafeln, Pappband, 15,– M

Rätzer
Richtlinien für den Materialbedarf im Bauwesen
Wissensspeicher in Tabellenform
Reihe Taschenbücher für das Bauwesen
15., bearbeitete Auflage, 320 Seiten (Tabellen), Lederin, 10,80 M

Waterstradt/Schaller/Lindegren
1 x 1 der Anstrich- und Tapezierarbeiten
5., unveränderte Auflage, 92 Seiten, 60 Zeichnungen, 12 Tabellen, Pappband, 8,– M

Wilcke
Stuck- und Gipsarbeiten
Lehrbuch
6. Auflage, 200 Seiten, 200 Zeichnungen, 10 Fotos, 22 Tabellen, Pappband, 8,50 M, Ausland 16,– M

Wilcke
1 x 1 der Dachdeckungsarbeiten
4., stark bearbeitete Auflage, 80 Seiten, 78 Zeichnungen, 17 Tafeln, Brolin/Broschur, 5,– M

Kurzfassung

Wenzel, K. Ch.

Blankenburg – Rekonstruktion einer Kleinstadt 333

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 6, S. 333–336, 2 Lagepläne, 7 Abbildungen

Im Rahmen der sozialistischen Entwicklung von Städtebau und Architektur gebührt der liebevollen Pflege des Stadtzentrums mit seinen Ensembles und historischen Gebäuden, mit seinen den Bürgern vertrauten Straßen und Plätzen besondere Aufmerksamkeit. Blankenburg mit fast 20 000 Einwohnern, die zweitgrößte Stadt im Kreis Wernigerode, weist mit ihrer 750jährigen Geschichte gerade im Bereich des Stadtzentrums eine einmalige stadtbaukünstlerische Struktur auf, deren Rekonstruktion und Instandsetzung zunehmend an Bedeutung gewinnt. In den vier Teilbereichen des Stadtzentrums sind Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Grundsatzes im Gange. Beispiele hierfür, die auch die Lösung typischer Probleme aufzeigen, werden vorgestellt.

Schauer, H.-H.

Salzwedel – Zur Erhaltung und Entwicklung von Struktur und Bild einer Kreisstadt 337

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 6, S. 337–345, 7 Lagepläne, 4 Isometrien, 3 Ansichten, 16 Abbildungen

Salzwedel im Nordwesten der Altmark, eine Kreisstadt von 23 000 Einwohnern, wurde vor 750 Jahren erstmalig urkundlich als Stadt erwähnt und ist heute ein bedeutendes städtebauliches Denkmal. Die Bemühungen der Bürger, der örtlichen Organe und der Planungseinrichtungen um die Erhaltung von Stadtstruktur und Stadtbild, unterstützt vom Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Halle, werden an Hand zahlreicher Beispiele von Problemen der städtebaulichen Planung bis zur Instandsetzung und Modernisierung von Backsteinbauten und Fachwerkhäusern vorgestellt.

Senst, C.

Reihenhaus-Eigenheimsiedlung in Ludwigsfelde 346

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 6, S. 346–350, 2 Lagepläne, 2 Grundrisse, 6 Abbildungen

Im Jahre 1976 wurde vom Rat des Bezirkes Potsdam für die Stadt Ludwigsfelde die Errichtung von über 200 Eigenheimen vorrangig für Arbeiterfamilien des Automobilwerkes des Ortes beschlossen. Dabei wurde aus Gründen der besseren Baulandnutzung und der Material- und Energieeinsparung, aber auch im Hinblick auf eine geschlossene städtebauliche Wirkung auf Reihenhauskomplexe orientiert. Die Erfahrungen bei der Realisierung dieses größten Eigenheimstandortes im Bezirk und die Anwendung neuer Methoden der Planung und Vorbereitung solcher Komplexe werden in diesem Beitrag näher erläutert. Vorgestellt wird auch die ökonomisch effektive neue Reihenhaus-Serie B 2, die funktionelle Vorteile mit einer architektonisch interessanten Gestaltungsmöglichkeit verbindet.

Trauzettel, H.; Wagner, D.

Lösungsvarianten zur Komplettierung innerstädtischer Rekonstruktionsgebiete mit Vorschuleinrichtungen und Schulen 351

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 6, S. 351–354, 4 Abbildungen

Bei der Umsetzung der sozialen Zielstellungen des Wohnungsbauprogramms der DDR in innerstädtischen Gebieten haben die Gemeinschaftseinrichtungen einen strukturbestimmenden Anteil an der städtebaulich-räumlichen Neuorganisation. Die Schulbausubstanz ist dabei in den meisten Fällen weiter verwendbar und mit Hilfe von entsprechenden Ergänzungsbausteinen den gegenwärtigen Anforderungen anzupassen. Schulbauten und ähnliche Einrichtungen bieten entscheidende Ansatzpunkte für Zentren des Gemeinschaftslebens in den innerstädtischen Gebieten. Die optimale Nutzung dieser Bauten für gesellschaftliche, kulturelle und sportliche Aktivitäten verschiedener Altersgruppen untersuchen die Autoren an Hand der Leipziger Vorstadt und der Äußeren Neustadt in Dresden und stellen entsprechende Prinziplösungen vor.

Scholz, H.

Wohnungs- und Städtebau in Finnland 362

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 6, S. 362–368, 19 Abbildungen

Der Autor berichtet über ein internationales Seminar des finnischen Architektenverbandes und über einige neue Tendenzen im Wohnungs- und Städtebau Finnlands. Hervorgehoben werden die für die finnische Architektur typische enge Verbindung mit der Landschaft, eine mehrgeschossige Bebauung und die Qualität des industriellen Wohnungsbaus. Auch in Finnland treten die Erhaltung und Rekonstruktion vorhandener Bausubstanz sowie die Bebauung kleinerer innerstädtischer Standorte jetzt mehr in den Vordergrund.

Bärthel, H.; Strehle, R.

Zu Fragen der Tiefbausubstanz bei der Rekonstruktion 369

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 6, S. 369–375, 7 Abbildungen

Im Zusammenhang mit der Rekonstruktion von Altbauwohngebieten erlangen die Erhaltung und Vervollkommnung der vorhandenen Tiefbausubstanz, insbesondere der Straßen und der Netze der technischen Versorgung, wachsende Bedeutung. Die Autoren legen dar, daß ein erheblicher Teil der Versorgungsleitungen weitergenutzt werden kann. Für den Fall, daß Leitungen neu verlegt werden müssen, werden als Varianten die Erdverlegung im Straßenraum, die Kellerfreiverlegung, der Kellerleitungsgang und die Verlegung untersucht. Für ein konkret untersuchtes Gebiet wurde die Kellerfreiverlegung als kostengünstigste Lösung eingeschätzt.

Содержание

Wenzel, K. Ch.

Бланкенбург — реконструкция малого города

Architektur der DDR, Берлин 32 (1983) 6, стр. 333—336, 2 плана расположения, 7 илл.

В рамках социалистического развития градостроительства и архитектуры особенное внимание уделяется заботе о сохранении центральной части города с его ансамблями и историческими зданиями, а также с его улицами и площадями, с которыми граждане хорошо знакомы. Являясь вторым по величине городом в округе Вернигероде, г. Бланкенбург с почти 20 тыс. жителей и со своей 750-летней историей именно в пределах городского центра имеет своеобразную градостроительную структуру, реконструкции которой придается все большее значение. В четырех районах центральной части города выполняются мероприятия по осуществлению этого принципа. Представляются примеры, показывающие и решение типичных проблем.

Schauer, H.-H.

Зальцведель — о сохранении и развитии структуры и облика окружного города

Architektur der DDR, Берлин 32 (1983) 6, стр. 337—345, 7 планов расположения, 4 изометрии, 3 вида, 6 илл.

Город Зальцведел, расположенный на Северо-востоке области Альтмарка, является окружным городом с 23 тыс. жителей. Впервые он был документально упомянут как город 750 лет тому назад, и в настоящее время он является значительным градостроительным памятником. Забота граждан, местных органов и плановых организаций о сохранении городской структуры и облика города, которая поддерживается отделением Института по охране памятников г. Халле, излагается на основе многочисленных примеров проблем градостроительного планирования, включая ремонт и модернизацию построек из жженного кирпича и фахверкских зданий.

Senst, C.

Поселок, застроенный одноквартирными блокированными домами, в городе Людвигсфельде

Architektur der DDR, Берлин 32 (1983) 6, стр. 346—350, 2 плана расположения, 2 плана, 6 илл.

В 1976 году совет округа Потсдам принял решение о строительстве в городе Людвигсфельде свыше 200 частных одноквартирных домов преимущественно для семей рабочих автомобильного завода города. При этом по причинам более полного использования застраиваемой территории, экономии материала и энергии, а также принимая во внимание создание законченного градостроительного ансамбля было ориентировано на комплексы, образуемых блокированными домами. В настоящей статье более подробно рассматривается опыт, накопленный при застройке этого наибольшего места размещения одноквартирных домов в округе, а также применение новых методов планирования и подготовки таких комплексов. Кроме того, представляется эффективная по отношению к экономике новая серия блокированных домов В 2, которая сочетает функциональные преимущества с возможностью интересного архитектурного оформления.

Trauzettel, H.; Wagner, D.

Варианты решения комплектации внутригородских реконструируемых районов с дошкольными учреждениями и школами

Architektur der DDR, Берлин 32 (1983) 6, стр. 351—354, 4 илл.

При осуществлении социальных задач программы жилищного строительства ГДР на внутригородских территориях общественные учреждения являются определяющими структуру компонентами градостроительно-пространственного преобразования. В большинстве случаев фонд школьных зданий можно использовать дальше. Следует приспособить его к сегодняшним требованиям при помощи соответствующих дополнительных блоков. Школьные здания и подобные учреждения представляют собой решающие исходные пункты для создания центров общественной жизни во внутригородских районах. На основе Лейпцигского пригорода и Внешнего нового города г. Дрездена авторы рассматривают оптимальное использование этих зданий для общественных, культурных и спортивных активностей жителей различного возраста и представляют принципиальные решения.

Scholz, H.

Жилищное и городское строительство в Финляндии

Architektur der DDR, Берлин 32 (1983) 6, стр. 362—368, 19 илл.

Автор сообщает о международном семинаре Финского союза архитекторов и о некоторых новых тенденциях в жилищном и городском строительстве. Подчеркиваются типичная для финской архитектуры тесная связь с ландшафтом, многоэтажная застройка и качество индустриального жилищного строительства. Теперь также и в Финляндии на первый план выдвигаются сохранение и реконструкция существующего строительного фонда, а также застройка небольших внутригородских мест размещения.

Bärthel, H.; Strehle, R.

О вопросах фонда подземных сооружений при реконструкции

Architektur der DDR, Берлин 32 (1983) 6, стр. 369—375, 7 илл.

В связи с реконструкцией старых жилых районов растущее значение придается сохранению и совершенствованию существующих подземых сооружений, в особенности улиц и подземной инженерной сети. Авторы доказывают, что дальнейшее использование значительной части коммуникаций подземного городского хозяйства оказывается возможным. В случае, если подземную сеть приходится проложить вновь, то в качестве вариантов рассматриваются прокладка в грунте под улицами, свободная прокладка в подвальном пространстве, подвальный коммуникационный коридор и прокладка. Для конкретного рассматриваемого района установлено, что свободная прокладка в подвальном пространстве является самым экономичным решением.

Summary	Resume

Wenzel, K. Ch.

Blankenburg – Renewal of a Small Town 333

Architektur der DDR 32 (1983) No. 6, pp. 333–336, 2 layouts, 7 illustrations

Urban development and architecture by socialist principles implies particular attention to considerate treatment of urban centres with their historic buildings and spaces as well as streets and squares which often are subjects of great affection for local dwellers. Blankenburg has a population of almost 20,000 and is the second town by size in the District of Wernigerode. Its centre has assumed a unique architectural identity in its 750-year history. Growing importance is being attributed to its preservation and maintenance. Appropriate action has been taken in four areas of the centre. An account is given of some examples which might be of interest for the solution of typical problems.

Wenzel, K. Ch.

Blankenburg – reconstruction d'une petite ville

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 6, pages 333–336, 2 plans d'ensemble, 7 illustrations

Dans le cadre du développement socialiste de l'urbanisme et de l'architecture, une attention particulière est consacrée à l'entretien du centre-ville avec ses ensembles collectifs et bâtiments historiques, avec ses rues et places familières aux habitants. Avec ses presque 20 000 habitants, Blankenburg est la deuxième ville par ordre d'importance de l'arrondissement de Wernigerode. La ville qui peut se prévaloir d'une histoire vieille de 750 ans présente notamment dans la zone de centre-ville une structure urbaniste et architecturale unique dont la conservation et la reconstruction prennent de plus en plus de l'importance. L'article renseigne sur des mesures visant la réalisation des projets de même que sur la solution de problèmes typiques.

Schauer, H.-H.

Salzwedel – Identity of a District Centre, Maintenance and Development 337

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) No. 6, pp. 337–345, 7 layouts, 4 isometric views, 3 general views, 16 illustrations

Salzwedel in the northwestern part of Altmark Province is a district centre with a population of 23,000. It was first mentioned in a town charter, 750 years ago, and is a major subject of architectural conservation today. Efforts for the preservation and protection of the historic identity of the town are undertaken by local citizens, local government, and planning institutions. They are supported by the Institute of Architectural Conservation of Halle and are described in some detail with reference to planning, repair, and modernisation of brick and lattice structures.

Schauer, H.-H.

Salzwedel – conservation et développement de la structure et de l'image d'un chef-lieu d'arrondissement

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 6, pages 337–345, 7 plans d'ensemble, 4 plans isométriques, 3 plans verticaux, 16 illustrations

La ville de Salzwedel, chef-lieu d'arrondissement comptant 23 000 habitants, est située au Nord-Ouest de l'Altmark. Documentée pour la première fois il y a 750 ans, la ville est aujourd'hui un monument urbaniste d'importance. Les efforts déployés par les habitants, organismes locaux et institutions de planification, avec le soutien de l'Institut de l'entretien des monuments, section de Halle, pour conserver la structure urbaine et l'image de la ville sont mis en évidence moyennant de nombreux exemples – à partir de problèmes de la planification urbaniste jusqu'à la mise en état et la modernisation de constructions de briques et de maisons en pans de bois.

Senst, C.

Estate of Owner-Occupied Terraced Houses in Ludwigsfelde 346

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) No. 6, pp. 346–350, 2 layouts, 2 floor plans, 6 illustrations

The Regional Council of Potsdam decided in 1976 to have more than 200 owner-occupied houses built and rented primarily to working-class families linked to the automobile factory at Ludwigsfelde. An orientation was given to a terraced house design for better land use, economy in material and energy consumption, and a more coherent urban design effect. An account is given in this article of experience obtained from the job, the largest owner-occupied complex ever completed in the region, as well as from the use of new methods in planning and site preparation. Also described is the new B-2 terraced house series, a system of high economy which combines functional benefits with attractive architectonic solutions.

Senst, C.

Cité de maisons individuelles en série à Ludwigsfelde

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 6, pages 346–350, 2 plans d'ensemble, 2 sections horizontales, 6 illustrations

En 1976, le Conseil du district de Potsdam décida la réalisation de plus de 200 maisons individuelles à Ludwigsfelde destinées surtout à des familles ouvrières de l'usine automobile de cette ville. Dans le but d'une meilleure utilisation du terrain à bâtir et d'une économie d'énergie et de matériaux, mais aussi en vue d'un aménagement réussi, on opta pour des complexes de maisons individuelles en série. L'article renseigne sur les expériences faites à la réalisation de ce projet de maisons individuelles en série le plus important du district de Potsdam et sur l'application de méthodes nouvelles de la planification et de la préparation de tels complexes. L'article présente, de plus, la série B2, une série de maisons individuelles en série qui allie des avantages fonctionnels à une configuration architectonique intéressante.

Trauzettel, H.; Wagner, D.

Possible Solutions to Complete Renewal Areas in Urban Centres by Adding Schools and Pre-School Facilities 351

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) No. 6, pp. 351–354, 4 illustrations

Community facilities will be of major importance to structures in urban renewal, since they rank high among the social objectives of the GDR housing construction programme. Most of the existing school buildings can be re-used, in this context, following improvement to present-day standards by means of complementary components or modules. School buildings and similar facilities can be used as major centres of community life in urban areas. Best possible uses of such buildings for social, cultural, and sporting activities of various age groups were studied by the authors, with particular reference made to two areas, Leipziger Vorstadt and Äussere Neustadt in Dresden. Some policy solutions are suggested.

Trauzettel, H.; Wagner, D.

Solutions pour compléter des zones de reconstruction de centre-ville par des établissements préscolaires et des écoles

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 6, pages 351–354, 4 illustrations

De concert avec la réalisation des objectifs sociaux du programme de construction de logements de la RDA dans des zones de centre-ville, les établissements collectifs ont une part décisive à la réorganisation urbaniste. Dans la plupart des cas, il est possible d'utiliser ultérieurement les bâtiments scolaires existants et de les adapter, moyennant des modules complémentaires, aux exigences actuelles. Des bâtiments scolaires et établissements analogues peuvent jouer un rôle important comme centres de la vie collective dans des zones de centre-ville. A l'exemple de la Leipziger Vorstadt et de la Äussere Neustadt à Dresde, les auteurs analysent l'utilisation optimale de ces constructions pour des activités sociales, culturelles et sportives de différents groupes d'âge et proposent des solutions correspondantes.

Scholz, H.

Housing Construction and Town Planning in Finland 362

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) No. 6, pp. 362–368, 19 illustrations

This is a report about an international seminar by the Finnish Association of Architects and about some new trends in housing construction and town planning in Finland. Particular reference is made to close linkage between built-up spaces and surrounding landscape, a typical feature of Finnish architecture, as well as to multistorey structures and to quality standards of industrialised housing construction. Finland is one of the countries in which growing emphasis is being laid on preservation and modernisation of existing building stock and on new construction on smaller sites in urban centres.

Scholz, H.

Construction de logements et urbanisme en Finlande

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 6, pages 362–368, 19 illustrations

L'auteur renseigne sur un séminaire international de l'Association des architectes finlandais ainsi que sur plusieurs tendances s'accentuant en construction de logements et en urbanisme de la Finlande. L'accent y est mis sur la liaison étroite avec le paysage environnant, trait caractéristique de l'architecture de ce pays, sur une variante de construction à plusieurs étages et sur la qualité de la construction de logements industrielle. En Finlande aussi, la conservation et la reconstruction de la substance existante ainsi que la construction sur des emplacements plus petits dans des zones de centre-ville prennent de l'importance.

Bärthel, H.; Strehle, R.

Existing Civil Engineering Structures – Relevance to Renewal 369

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) No. 6, pp. 369–375, 7 illustrations

Renewal programmes for old-age housing areas have added to the importance of existing civil engineering structures, in particular roads and supply networks, which have to be preserved and modernised. The point is made by the authors that for many supply networks continued use would be possible. Four variants are taken into consideration for cases in which networks have to be re-installed, normal laying techniques, underground laying beneath road surfaces, exposed laying in cellars, and cellar-placed collectors. Exposed laying in cellars was estimated as the least expensive solution in a real area studied by the authors.

Bärthel, H.; Strehle, R.

Problèmes de l'infrastructure à la reconstruction

Architektur der DDR, Berlin 32 (1983) 6, pages 369–375, 7 illustrations

De concert avec la reconstruction de zones de logements anciens, une attention de plus en plus grande est consacrée à la conservation et au perfectionnement de l'infrastructure existante, notamment des rues et du réseau d'approvisionnement technique. Les auteurs exposent les possibilités existant en vue d'une utilisation ultérieure d'une grande partie des canalisations. Pour une pose de câbles nouveaux, les variantes suivantes sont analysées: pose en pleine terre dans la zone de la rue, pose libre en sous-sol, conduite de câbles en sous-sol. Pour une zone déterminée, la pose libre en sous-sol est considérée comme étant la variante la plus économique.